

Andreas Pöge & Bianca Bredow

Jugend in Brandenburg

Ergebnisse der Zeitreihenstudie 2022/2023



Potsdam, Oktober 2023

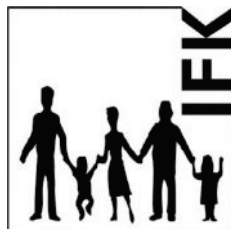
IEK



Andreas Pöge & Bianca Bredow

Jugend in Brandenburg

Ergebnisse der Zeitreihenstudie 2022/2023



Potsdam, Oktober 2023

Impressum

Titel: Jugend in Brandenburg – Ergebnisse der Zeitreihenstudie 2022/2023

Autoren: Priv.-Doz. Dr. Andreas Pöge
Dipl. Psych. Bianca Bredow

Anschrift: Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V.
an der Universität Potsdam (IFK)
Staffelder Dorfstraße 19
16766 Kremmen / Staffelde
Tel.: +49 (0) 33055 – 23 91 60
Fax: +49 (0) 33055 – 23 91 03
Mail: ifk@ifk-potsdam.de
www.ifk-potsdam.de

Die diesem Bericht zugrunde liegende empirische Studie wurde mit Mitteln des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBSJ) gefördert.

Inhaltsverzeichnis

1	Die Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ – Methodischer Rahmen und Untersuchungsanlage der Erhebungswelle 2022/2023	6
1.1	Informationen zur Zeitreihenstudie.....	6
1.2	Beschreibung der Stichprobe der Erhebungswelle 2022/2023	7
1.3	Erläuterungen zum methodischen Instrumentarium	10
2	Werte, Krisen, Zukunftserwartungen und Migration.....	15
2.1	Theoretische und methodische Vorbemerkungen.....	15
2.2	Untersuchungsergebnisse.....	20
2.3	Fazit	39
3	Familie, Freizeit und Sport.....	43
3.1	Theoretische und methodische Vorbemerkungen.....	43
3.2	Untersuchungsergebnisse.....	49
3.3	Fazit	66
4	Politisches Interesse und politische Partizipation	72
4.1	Theoretische und methodische Vorbemerkungen.....	72
4.2	Untersuchungsergebnisse.....	75
4.3	Fazit	89
5	Delinquenz und Opfererfahrungen.....	93
5.1	Theoretische und methodische Vorbemerkungen.....	93
5.2	Untersuchungsergebnisse.....	97
5.3	Fazit	105
6	Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds	110
6.1	Theoretische und methodische Vorbemerkungen.....	110
6.2	Untersuchungsergebnisse.....	113
6.3	Fazit	125
7	Rechtsextremismus, „Ausländerfeindlichkeit“ und Diskriminierung.....	132
7.1	Theoretische und methodische Vorbemerkungen.....	132
7.2	Untersuchungsergebnisse.....	139
7.3	Fazit	147
8	Schulqualität und Schulschwänzen	154
8.1	Theoretische und methodische Vorbemerkungen.....	154
8.2	Untersuchungsergebnisse.....	159
8.3	Fazit	176
	Anhang: Dokumentation der Skalen.....	182

1 Die Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ – Methodischer Rahmen und Untersuchungsanlage der Erhebungswelle 2022/2023

1.1 Informationen zur Zeitreihenstudie

Die Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) an der Universität Potsdam begann im Jahr 1991 als Versuch, „wendebedingte“ Veränderungen der Lebenssituation Jugendlicher und die Auswirkungen des sozioökonomischen Wandels auf die Persönlichkeitsentwicklung Heranwachsender zu erfassen (Sturzbecher & Dietrich, 1992). In einer Pilotstudie wurde eine Stichprobe von 1.644 Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden im Alter zwischen 14 und 18 Jahren aus 42 allgemeinbildenden Schulen und Oberstufenzentren (OSZ) schriftlich befragt; ergänzend wurden leitfadengestützte Interviews mit 40 Mitgliedern rechtsorientierter Jugendcliquen durchgeführt (ebd.). Dabei zielten die Befragungen nicht nur auf die Untersuchung von Gewaltbereitschaft, „Ausländerfeindlichkeit“ und Rechtsextremismus ab, sondern auch auf das Finden von erfolgversprechenden Präventionsansätzen.

Die Zeitreihenstudie wurde seit 1991 mit schriftlichen Befragungen landesrepräsentativer Stichproben in den Jahren 1993, 1996, 1999, 2001, 2005, 2010 und 2017 fortgeführt. Die jeweiligen Untersuchungsergebnisse wurden unter anderem in den Publikationen „Jugend und Gewalt in Ostdeutschland – Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie“ (Sturzbecher, 1997), „Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz“ (Sturzbecher, 2001), „Werte, Familie, Politik, Gewalt – Was bewegt die Jugend?“ (Sturzbecher & Holtmann, 2007), „Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher“ (Sturzbecher, Kleeberg-Niepage & Hoffmann, 2012) sowie „Wandel der Jugend in Brandenburg. Lebenslage – Werte – Teilhabe“ (Sturzbecher, Bredow & Büttner, 2019) dargestellt. Eine Besonderheit bildete die Erhebungswelle des Jahres 2001: Diese Befragung ermöglichte nicht nur eine Fortsetzung der bisherigen Trendanalysen, sondern hatte darüber hinaus den Charakter einer Längsschnitt- bzw. Panelstudie, da ein Großteil der Jugendlichen, die an der Erhebung des Jahres 1999 teilgenommen hatten, erneut befragt wurde. Dementsprechend bietet diese Teilstudie interessante Einblicke in die individuellen Entwicklungsverläufe von Einstellungen (z. B. Gewaltbereitschaft, Rechtsextremismus) bei Jugendlichen (Sturzbecher, 2002).

Im Zeitraum vom November 2022 bis Januar 2023¹ gaben brandenburgische Jugendliche zum nunmehr neunten Mal Auskunft über ihre Lebenssituation, ihre Einstellungen und ihre Erfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen. Hierfür wurden Schüler und Auszubildende um die Bearbeitung eines Fragebogens gebeten, der Fragen zu den folgenden Themen beinhaltete:

- Werte, Krisen, Zukunftserwartungen und Migration (s. Kap. 2),
- Familie, Freizeit und Sport (s. Kap. 3),
- Politisches Interesse und politische Partizipation (s. Kap. 4),
- Delinquenz und Opfererfahrungen (s. Kap. 5),
- Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds (s. Kap. 6),
- Rechtsextremismus, „Ausländerfeindlichkeit“ und Diskriminierung (s. Kap. 7) sowie
- Schulqualität und Schulschwänzen (s. Kap. 8).

Inhaltlich entsprach der bei der Studie „Jugend in Brandenburg 2022/2023“ verwendete Fragebogen in weiten Teilen den Erhebungsinstrumenten, die bei den vorangegangenen Erhebungswellen eingesetzt wurden, so dass eine Fortsetzung der bisherigen Trendanalysen möglich war.

¹ Zur Kenntlichmachung der aktuellen Studie wurde in Tabellen und Abbildungen aus Platzgründen zum Teil lediglich die Form „2022“ und nicht die vollständige Form „2022/2023“ gewählt.

Um auch aktuelle Erkenntnisinteressen des Landes berücksichtigen zu können², waren (wie bei den Vorläuferstudien auch) jedoch auch einige Veränderungen des Fragebogens notwendig. So wurden zu bestimmten Themen (z. B. Einstellungen gegenüber der EU, Häufigkeit der Nutzung verschiedener Medien und Partizipationsmöglichkeiten am sozialen Leben) 2022/2023 keine Daten mehr erhoben. An ihre Stelle traten die Themen „Bedrohlichkeit von Krisen“, „Wahrnehmung des Ukraine-Kriegs“, „Diskriminierungserfahrungen“ und „kommunale Partizipationsmöglichkeiten“. Darüber hinaus wurden die Indikatoren zur Erfassung von „Ausländerfeindlichkeit“ überarbeitet. Die Datenerhebung erfolgte – wie bereits 2010 und 2017 – computergestützt.

1.2 Beschreibung der Stichprobe der Erhebungswelle 2022/2023

Wie bei den vorangegangenen Erhebungswellen wurde der Fragebogen der aktuellen Studie einer Stichprobe aus der Grundgesamtheit der brandenburgischen Jugendlichen vorgelegt, „wie sie in den alterstypischen Bildungseinrichtungen vertreten sind“ (Landua, 2007, S. 12). Um die Befragungsergebnisse verallgemeinern und Aussagen zur Jugend in Brandenburg treffen zu können, musste diese Stichprobe möglichst landesrepräsentativ sein, d. h. sie sollte der Grundgesamtheit hinsichtlich der Merkmale und Merkmalskombinationen stark ähneln, welche für die inhaltlichen Schwerpunkte der Befragung von Bedeutung sind (Häder, 2006). Dazu wurde bereits im Rahmen der Vorläuferstudien ermittelt, dass insbesondere das Geschlecht der Schüler und Auszubildenden, ihr Alter (bzw. ihre Klassenstufe oder ihr Ausbildungsjahr) und die von ihnen besuchte Schulform wichtige Stichproben- bzw. Quotierungsmerkmale darstellen (Sturzbecher & Landua, 2001).

Repräsentative Stichproben können mit Hilfe von zufallsbasierten Auswahlssystematiken wie dem im Jahr 1993 bei der zweiten Erhebungswelle der Zeitreihenstudie verwendeten Verfahren des mehrstufigen „Klumpensamplings“ gezogen werden (Sturzbecher, Dietrich & Kohlstruck, 1994). Das Vorgehen von 1993 bestand in einem ersten Schritt aus einer Zufallsauswahl von Schulen („Klumpen“) aus der Grund- bzw. Auswahlgesamtheit der für das Jugendalter typischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen des Landes Brandenburg, welche alle Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe mit öffentlichem Träger umfasste. In einem zweiten Schritt wurde dann an jeder Schule der gefundenen Schulstichprobe jeweils eine Klasse der aufgefundenen Klassenstufen bzw. Ausbildungsjahre für die Untersuchung zufällig ausgewählt und in die Untersuchung einbezogen. Die im Jahr 1993 gezogene Schulstichprobe bildete – bis auf einige geringfügige Ergänzungen – auch die Grundlage für die Auswahl der Befragungsteilnehmer bei den nachfolgenden Erhebungszeitpunkten, so dass in den Jahren 1993, 1996 und 1999 jeweils Schüler derselben Schulen befragt wurden (Sturzbecher & Landua, 2001).

Beim Vergleich der Befragungsergebnisse der Erhebungswellen der Jahre 1993 und 1996 wurden Abweichungen zwischen der Verteilung der oben genannten Quotierungsmerkmale in den beiden Stichproben von der Verteilung dieser Strukturparameter in den betreffenden Grundgesamtheiten durch eine gezielte Reduzierung der Größe bestimmter Teilstichproben kompensiert. Ab der Studie des Jahres 1999 wurden strukturelle Ungleichheiten zwischen der jeweiligen Befragungsstichprobe und der betreffenden Grundgesamtheit mit Hilfe von Gewichtungsvariablen bereinigt (Sturzbecher & Landua, 2001; Sturzbecher & Langner, 1997).

Durch Schulschließungen und die Zusammenlegung von Realschulen und Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe zur neuen Schulform der „Oberschulen“ waren bei der Erhebungswelle des Jahres 2005 erstmals größere „Nachbesserungen“ an der 1993 gezogenen Schulstichprobe

² Die Studie wurde mit Mitteln des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg gefördert.

notwendig (Landua, 2007). Die damalige Schulstichprobe, die im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungswellen um einige Oberschulen erweitert wurde, umfasste 39 Schulen des sekundären Bildungsbereichs.

Um am Prinzip der konstanten Erhebungsregionen festzuhalten, wurde bei der Erhebung des Jahres 2010 auf die Schulstichprobe von 2005 zurückgegriffen. Allerdings wurden wiederum Anpassungen nötig. Diese waren zum einen erforderlich, weil einige Oberschulen aus der Stichprobe des Jahres 2005 wegen sinkender Schülerzahlen (durch den Geburtenknick und den Ausbau der Gymnasialstufe) mittlerweile geschlossen oder in Grundschulen umgewandelt worden waren. Zum anderen musste die Schulstichprobe durch Schulen mit freien Trägern ergänzt werden, um einen realitätsnahen Blick auf die Jugend in Brandenburg zu erhalten: Einrichtungen dieser Art waren bis einschließlich der Erhebungswelle des Jahres 2005 nicht Bestandteil der Schulstichprobe, weil ihr Anteil an der Grundgesamtheit der Sekundarschulen des Landes Brandenburg relativ gering war. Da dieser Anteil jedoch im Zeitraum von 2005 bis 2010 von 5,9 Prozent auf 10,7 Prozent anstieg³ und sich somit nahezu verdoppelte, erschien eine Erweiterung der Schulstichprobe durch Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft zwingend notwendig, um landesrepräsentative Ergebnisse zu erhalten.

Die Tatsache, dass sich im Land Brandenburg die Schulen mit freien Trägern hinsichtlich der Höhe ihrer Schülerzahlen und der Art der Trägerschaft erheblich unterscheiden, stellte im Jahr 2010 eine große Herausforderung für die Wahl einer geeigneten Systematik zur Stichprobenziehung dar. Die hohe Heterogenität dieser Schulen implizierte eigentlich die Verwendung eines geschichteten Stichprobenverfahrens. Eine annähernd repräsentative Abbildung der Grundgesamtheit der Schulen in freier Trägerschaft hätte allerdings ein „Oversampling“ zur Folge gehabt: In der Schülerstichprobe der Erhebungswelle des Jahres 2010 wären Schüler, die eine Bildungseinrichtung in freier Trägerschaft besuchen, deutlich überrepräsentiert gewesen. Eine solche Stichprobenverzerrung hätte weiterführenden statistischen Analysen (wie z. B. Korrelationsanalysen und statistischen Gruppenvergleichen) entgegengestanden, bei denen gemäß einschlägiger forschungsmethodischer Empfehlungen auf eine Gewichtung der Daten verzichtet werden soll (Pospeschill, 2009), wenn man die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse auf die Grundgesamtheit nicht einschränken will.

Angesichts der geschilderten Herausforderungen erschien es angemessener, der Auswahl von Schulen mit freien Trägern weniger stichprobentheoretische als vielmehr pragmatische Überlegungen zugrunde zu legen: Es wurde entschieden, nur so viele Schulen in freier Trägerschaft zu erfassen, dass das Verhältnis der Anzahl von Bildungseinrichtungen in freier und öffentlicher Trägerschaft in etwa der Relation in der Grundgesamtheit der brandenburgischen Sekundarschulen entspricht. Dementsprechend wurde die Schulstichprobe durch vier zufällig ausgewählte Bildungseinrichtungen mit freien Trägern erweitert (eine Oberschule, ein Gymnasium, zwei berufliche Schulen). Auf eine Erfassung von Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe und von Waldorfschulen wurde verzichtet, da der Anteil der Schüler dieser Einrichtungen an der Gesamtanzahl der brandenburgischen Schüler und Auszubildenden im sekundären Bildungsbereich zum Zeitpunkt der Befragung sehr gering war. Weiterhin wurden Schulen mit weniger als 150 Schülern nicht berücksichtigt, um Jahrgangsausfällen vorzubeugen. Schließlich wurde bei der Zufallsauswahl auch darauf geachtet, dass die ausgewählten Schulen sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten liegen.

Bei der Erhebung im Jahr 2017 wurde auf die Schulstichprobe der Erhebung von 2010 zurückgegriffen. Allerdings wurden durch Schulschließungen und seit 2010 veränderte Relationen im

³ Zum Zeitpunkt der dritten Erhebungswelle im Jahr 1996 betrug der Anteil der Schüler von freien Schulen an der Grundgesamtheit lediglich rund 1,5 Prozent; er wuchs bis zum Jahr 1999 auf rund 2,1 Prozent.

Schüleranteil der verschiedenen Schulformen erneut einige wenige Anpassungen der Erhebungsstichprobe an die veränderte Grundgesamtheit nötig. Diese Anpassungen erfolgten durch eine ergänzende Auswahl zusätzlicher Schulen, die sich in räumlicher Nähe der nunmehr geschlossenen Einrichtungen befanden, dieselbe Schulform wie diese aufwiesen und ihnen hinsichtlich des Charakters des Schulumfeldes ähnelten (städtisch vs. ländlich).

Auch bei der Konzeption der Schulstichprobe für die Erhebung 2022/2023 wurde die beschriebene Vorgehensweise angewendet. Als Basis diente die Schulstichprobe des Jahres 2017, die aufgrund von Änderungen in der Grundgesamtheit (vor allem Änderungen in den Relationen der Schüleranteile verschiedener Schulformen und Schulträgerschaften) moderat angepasst wurde. Bedauerlicherweise stimmten acht Schulen, die in der Schulstichprobe von 2017 vertreten waren und zum Teil bereits an mehreren Erhebungswellen teilgenommen hatten, einer erneuten Teilnahme nicht zu. Als Gründe für die Absagen wurden in den meisten Fällen die außergewöhnlichen Belastungen für das Lehrpersonal sowie die Schülerinnen und Schüler im Nachgang der Corona-Pandemie angeführt, die eine erneute Teilnahme nicht zuließen. Als Ersatz für die Ausfälle wurden Schulen zu einer Befragungsteilnahme eingeladen, die hinsichtlich der Merkmale „Schulform“, „Schulträgerschaft“ und „Region“ möglichst ähnlich zu den entsprechenden Schulen waren. Trotz umfassender Bemühungen konnten die Ausfälle jedoch nicht vollständig kompensiert werden. Die Schulstichprobe der vorliegenden Studie umfasst 36 Schulen, darunter 10 Oberschulen, 4 Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe, 9 Gymnasien (einschließlich eines Gymnasiums in freier Trägerschaft) und 13 OSZ (einschließlich eines OSZ in freier Trägerschaft). Die Merkmale der Schülerstichprobe der Erhebung 2022/2023 sind nachfolgend dargestellt (s. Tab. 1.1).

Tab. 1.1: Fallzahlen und Anteilswerte der Schülerstichproben 2017 und 2022/2023

(Teil-)Gruppen	Stichprobe 2017		Stichprobe 2022/2023	
	Anzahl*	Prozent	Anzahl*	Prozent
Gesamt	3.734	100,0	3.142	100,0
Jungen	1.947	52,2	1.512	49,3
Mädchen	1.780	47,8	1.554	50,7
7./8. Klasse	1.129	30,2	907	28,7
9./10. Klasse	1.119	30,0	762	24,3
11./12./13. Klasse	533	14,3	728	23,2
1. bis 3. Ausbildungsjahr	953	25,5	745	23,7
Oberschule	1.518	40,7	1.059	33,7
Gymnasium	1.263	33,8	1.338	42,6
OSZ	953	25,5	745	23,7
Schule mit öffentlichem Träger	3.332	89,2	2.893	92,1
Schule mit freiem Träger	402	10,8	249	7,9

* Aufgrund von fehlenden Werten addieren sich die jeweiligen Fallzahlen der einzelnen Teilgruppen nicht immer auf die Gesamtanzahl aller Befragten auf.

Wie bereits angedeutet und analog zu den Erhebungswellen der Jahre 2005, 2010 und 2017 erfolgte die Auswahl der Befragungsteilnehmerinnen und Befragungsteilnehmer, indem aus jeder Einrichtung der Schulstichprobe per Zufall eine Klasse pro Klassenstufe ausgewählt wurde.

Alle Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Klasse wurden dann um die Teilnahme an der Befragung gebeten. Entsprechend wurde bei den OSZ bzw. bei den beruflichen Schulen hinsichtlich der Ausbildungsjahre verfahren.

An der aktuellen Jugendstudie 2022/2023 nahmen insgesamt 3.142 Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende teil. Die Befragten waren in der Regel (d. h. in über 95,0 % der Fälle) zwischen 12 und 23 Jahre alt. Lediglich 0,1 Prozent der Befragten war erst 11 Jahre alt. Durch die Befragungen an den OSZ wurden allerdings auch einige ältere Jugendliche in die Stichprobe einbezogen: 4,2 Prozent der Befragten waren im Alter zwischen 24 und 30 Jahren. An der großen Streuung des Alters zeigt sich auch bei der vorliegenden Studie ein bundesweiter Trend, wonach sich immer mehr Jugendliche immer länger in der Ausbildung befinden (Popp, 2010) und immer mehr Jugendliche nicht unmittelbar nach ihrem Schulabschluss mit einer Ausbildung beginnen, sondern sich erst im höheren Alter dazu entschließen (Bundesministerium für Forschung und Bildung, 2018).

Die Teilnahme an der Befragung erfolgte selbstverständlich freiwillig, d. h. die Schülerinnen und Schüler sowie die Auszubildenden – im Falle der unter 18-Jährigen auch deren Erziehungsberechtigte – hatten die Möglichkeit, die Bearbeitung des Fragebogens zu verweigern. Die Teilnahmequote an der Befragung – d. h. die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bezug zur Soll-Klassenstärke – liegt bei ca. 84,0 Prozent. Damit beteiligten sich ca. 16,0 Prozent der Schülerinnen und Schüler bzw. der Auszubildenden, die eine teilnehmende Klasse, Ausbildungs-klasse oder einen teilnehmenden Oberstufenkurs besuchten, nicht an der Befragung. Als Gründe für die Nicht-Teilnahmen sind vor allem krankheitsbedingte Abwesenheiten am Befragungstag, nicht vorliegende elterliche schriftliche Befragungseinwilligungen trotz grundsätzlicher Teilnahmebereitschaft und die Verweigerung der Befragungsteilnahme zu nennen.

Eine Zufallsauswahl von Untersuchungseinheiten aus einer vorher definierten Grundgesamtheit führt stets zu einem gewissen Auswahlfehler. Um die Erhebungsstichprobe der Grundgesamtheit der brandenburgischen Jugendlichen zumindest hinsichtlich der Verteilung zentraler Strukturparameter anzugleichen, wurden – wie allgemein üblich – sogenannte „Gewichtungsvariablen“ genutzt, die auf der Grundlage von Informationen aus der Schülerstatistik des Landes Brandenburg zur Verteilung der kombinierten Merkmale „Geschlecht“, „Klassenstufe“ bzw. „Ausbildungsjahr“, „Schulform“ und „Trägerschaft“ in der Grundgesamtheit berechnet wurden. Diese Form der Gewichtung wurde bereits bei den vorangegangenen Erhebungswellen verwendet.

1.3 Erläuterungen zum methodischen Instrumentarium

Einzelindikatoren und Skalen

Die Erfassung der Indikatoren im Fragebogen erfolgte meist anhand von geradzahlig gestuften Ratingskalen, wobei jede einzelne Stufe bzw. Antwortkategorie durch eine sprachliche Formulierung umschrieben war (z. B. „Stimmt völlig“, „Stimmt eher“, „Stimmt eher nicht“, „Stimmt gar nicht“ oder „Zufrieden“, „Eher zufrieden“, „Eher unzufrieden“, „Unzufrieden“).⁴ Diese Formulierungen werden auch bei der vorliegenden Darstellung der Untersuchungsergebnisse aufgegriffen.

Die Verwendung einer geradzahligen Anzahl von Antwortkategorien erlaubt es, die Ratingskalen so zu dichotomisieren, dass die Häufigkeiten, mit denen die jeweils einem Pol des Antwortkontinuums zugewandten Kategorien gewählt wurden, in einem einzigen Kennwert zu-

⁴ In den Vorgängerstudien wurden teilweise leicht abweichende Kategorienbeschreibungen verwendet (z. B. „Stimmt völlig“, „Stimmt teilweise“, „Stimmt kaum“, „Stimmt nicht“).

sammengefasst werden können (z. B. Zusammenfassung von „Stimmt völlig“ und „Stimmt eher“ einerseits sowie „Stimmt eher nicht“ und „Stimmt gar nicht“ andererseits). Diese in der Forschungspraxis übliche Form der Rückmeldung der Ergebnisse von Fragebogenuntersuchungen wurde auch im vorliegenden Bericht häufig gewählt.

Eine Reihe der vorgestellten Befunde resultiert aus der Analyse von Skalen, zu welchen einzelne Indikatoren im Ergebnis testpsychologischer Analysen zusammengefasst wurden. Beispielsweise setzt sich die Skala „Ausländerfeindlichkeit“ aus insgesamt sieben Indikatoren zusammen; die Skala „Politikverdrossenheit“ umfasst insgesamt fünf Indikatoren. Die Zusammenfassung von einzelnen Antworten der Befragten zu Skalen führt zu zuverlässigeren Ergebnissen, sofern die entsprechenden Indikatoren tatsächlich den gleichen Sachverhalt abbilden, was durch Faktoren- und Konsistenzanalysen geprüft wird. In der Befragung 2022/2023 wurde weitgehend auf bereits erprobte Skalen vorangegangener Erhebungswellen zurückgegriffen. Nichtsdestotrotz wurden alle in der vorliegenden Studie genutzten Skalen auch 2022/2023 hinsichtlich ihrer Struktur und ihrer psychometrischen Güte analysiert; die dabei errechneten Güteparameter waren in weiten Teilen erneut sehr zufriedenstellend und bestätigten die methodenkritischen Analyseergebnisse der Vorläuferstudien. Bei einzelnen Skalen (z. B. „Ausländerfeindlichkeit“) war es allerdings erforderlich, Indikatoren anzupassen, da diese nach nunmehr 30 Jahren von den Jugendlichen nicht mehr in derselben Weise verstanden wurden wie zu Beginn der Erhebungen in den 1990er Jahren. In diesen Fällen wird im laufenden Text auf die Veränderungen hingewiesen.

Bei der Ergebnisdarstellung wurde die maximale Skalensumme jeweils in vier gleiche Teile geteilt, die den Merkmalsausprägungen „Niedrig“, „Eher niedrig“, „Eher hoch“ und „Hoch“ entsprechen.⁵ Eine Übersicht zu den gebildeten Skalen und zu den Indikatoren, welche die Skalen konstituieren, findet sich mit Angaben zur internen Konsistenz der jeweiligen Skala im Anhang zum vorliegenden Bericht. In den mit „Methodische Bemerkungen“ überschriebenen Teilkapiteln, die Bestandteil aller nachfolgenden Kapitel sind, werden jeweils weitere Informationen zu den in der Studie verwendeten Skalen und Indikatoren gegeben.

In der vorliegenden Studie wurden – wie bereits 2017 – Indikatoren verwendet, die einen noch differenzierteren Blick auf die brandenburgische Jugend erlauben. So werden in den einzelnen Kapiteln Unterschiede zwischen dem Berliner Umland („Speckgürtel“) und den berlinfernen Regionen Brandenburgs untersucht. Zum Berliner Umland werden dabei alle Schulen gezählt, die innerhalb der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg liegen (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin & Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, 2009).

Deskriptive Analysen

Bei den meisten Ergebnisdarstellungen sind die Verteilungskennwerte der erfassten Indikatoren deskriptiv in Form von Durchschnitts- bzw. Mittelwerten oder prozentualen Häufigkeiten dargestellt. Der Fokus liegt hierbei auf dem Vergleich der Ergebnisse aus den Jahren 2017 und 2022/2023; es werden aber auch Ergebnisse der weiter zurückliegenden Erhebungswellen berichtet. Sofern sich die in den Tabellen und Abbildungen dargestellten Prozentsätze nicht zu 100 Prozent addieren, beruhen die Abweichungen auf der Anwendung von Rundungsregeln.

In den Ergebnisdarstellungen erfolgen in der Regel Differenzierungen nach dem Alter und dem Geschlecht; außerdem wird auf die verschiedenen Schulformen Bezug genommen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass im Land Brandenburg seit Beginn der

⁵ Um auch neuere Methodenentwicklungen zu berücksichtigen, wurde bei der Skalenberechnung darüber hinaus eine optimierte Vorgehensweise über kategorisierte Mittelwertindizes angewandt. Auch hierzu finden sich im laufenden Text entsprechende Vermerke.

Zeitreihenstudie mehrere Schulstrukturereformen (s. oben) durchgeführt wurden, sodass ein Vergleich der Befragungsergebnisse nach Schulformen über die lange zurückliegenden Erhebungszeiträume der Zeitreihe hinweg erschwert wird. Diesem Umstand wird in der Ergebnisdarstellung dadurch Rechnung getragen, dass unter dem Begriff „Oberschule“ alle Schulformen der Sekundarstufe (d. h. Oberschulen, Realschulen, Gesamtschulen) mit Ausnahme der Gymnasien zusammengefasst wurden.

Insbesondere im Hinblick auf die nach Schulformen differenzierten Ergebnisdarstellungen ist ferner zu beachten, dass mit diesen Darstellungen keinesfalls eine Wertung der jeweiligen Schulformen vorgenommen werden soll. Die Darstellungen haben lediglich beschreibenden Charakter. Bestimmte Unterschiede zwischen den Schulformen können beispielsweise durchaus auch in unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Verteilungen oder in Abweichungen bei der sozialen Herkunft der Schülerschaft ihre Ursachen haben.

Mittelwertvergleiche

Bei den meisten Indikatoren wurde mit Hilfe statistischer Methoden untersucht, inwiefern bzw. mit welcher Wahrscheinlichkeit Mittelwertunterschiede zwischen bestimmten Teilgruppen der Erhebungsstichprobe auch zwischen den entsprechenden Teilgruppen der Grundgesamtheit aller Schüler und Auszubildenden bestehen oder ob die gefundenen Unterschiede lediglich zufällige Schwankungen abbilden. Wenn es unwahrscheinlich ist, dass für eine Stichprobe ermittelte Mittelwertunterschiede nur auf Zufallseinflüsse zurückzuführen sind, spricht man von „statistisch signifikanten“ Unterschieden (Bortz, 2005). Sofern nicht anders angegeben, sind alle in den nachfolgenden Kapiteln berichteten Mittelwertunterschiede statistisch signifikant.⁶

In einigen Fällen wurden zusätzlich sogenannte „Effektstärken“ berechnet, welche dazu dienen, die praktische Bedeutsamkeit von empirisch gefundenen (in unserem Fall: „statistisch signifikanten“) Mittelwertunterschieden zu beurteilen. Als Kennwert für die Effektstärke wurde „f“ berechnet. Nach Cohen (1992) bezeichnen Werte im Bereich von $f = .10$ bis $f < .25$ „kleine“ Effekte, Werte von $f = .25$ bis $f < .40$ „mittlere“ Effekte und Werte von $f \geq .40$ „große“ Effekte. Für die Überprüfung von Geschlechts-, Schulform- und Altersunterschieden wurden die Effektstärken (f) zu den einzelnen Faktoren auf Basis eines einfaktoriellen Gruppenvergleichs berechnet.

Maßzahlen für bivariate Zusammenhänge

Bei einigen Indikatoren wurde untersucht, ob bzw. wie stark sie mit anderen Indikatoren zusammenhängen. Statistische Zusammenhänge werden in der Regel in Form von sogenannten Korrelationskoeffizienten ausgedrückt, welche die Stärke des linearen Zusammenhangs zweier Merkmale in einem einzigen Wert zum Ausdruck bringen. Korrelationskoeffizienten wie der Koeffizient Cramérs V, die für Daten berechnet werden können, welche auf nominalem Messniveau⁷ erfasst wurden, ermöglichen nur Aussagen darüber, ob es einen Zusammenhang zwischen den betrachteten Merkmalen gibt (Maximalwert: 1) oder nicht (Wert: 0). Liegt hingegen zumindest ein ordinales Messniveau vor (d. h. die Daten lassen sich der Größe bzw. dem Rang nach ordnen), besteht darüber hinaus die Möglichkeit, die „Richtung“ eines Zusammenhangs anzugeben. Wenn zwei Merkmale gleichsinnig miteinander kovariieren (z. B. „Körperlänge“ und „Schuhgröße“), liegt ein positiver Zusammenhang vor (Maximalwert: +1.0). Kovariieren zwei Merkmale hingegen gegenläufig (z. B. Schulerfolg und Häufigkeit des Drogenkonsums), handelt es sich um eine negative Korrelation (Maximalwert: -1.0). Der Wert „0“ signalisiert das

⁶ Auch weitere statistische Kennwerte (z. B. Korrelationskoeffizienten und Regressionskoeffizienten) wurden auf statistische Signifikanz untersucht. Sofern nicht anders vermerkt, sind alle in den nachfolgenden Kapiteln angegebenen Koeffizienten statistisch signifikant.

⁷ Beim nominalen Messniveau (z. B. „Geschlecht“, „Ja-Nein-Fragen“) wird durch die Relationen zwischen den betrachteten Daten lediglich die Gleichheit bzw. Ungleichheit von Messobjekten ausgedrückt.

Fehlen eines linearen Zusammenhangs bzw. die statistische Unabhängigkeit der betrachteten Merkmale. Als statistisches Zusammenhangsmaß für Daten auf Ordinalskalenniveau wurde im vorliegenden Ergebnisbericht der Koeffizient ρ („Rho“) nach Spearman ermittelt. Für Merkmale auf Kardinalskalenniveau (d. h. die Abstände zwischen verschiedenen Merkmalsausprägungen können exakt bestimmt werden) wurde – wie üblich – der Koeffizient r nach Pearson bestimmt. Gemäß einer Faustregel des US-amerikanischen Psychologen Jacob Cohen (1988) kann in den Sozialwissenschaften ein Korrelationskoeffizient r ab einer Höhe von .10 als „klein“, ab einer Höhe von .30 als „mittel“ und ab einer Höhe von .50 als „groß“ angesehen werden. Diese Richtwerte können auch zur Orientierung bei der Beurteilung von Zusammenhängen dienen, die mit Hilfe der Korrelationskoeffizienten V , ρ und τ beschrieben werden. Selbstverständlich müssen bei der Interpretation der Höhe von Korrelationskoeffizienten zusätzlich auch immer inhaltliche Aspekte berücksichtigt werden. Zudem ist zu betonen, dass zwei in Korrelation stehende Variablen sich nicht direkt gegenseitig beeinflussen müssen, sondern von einer (unbekannten) dritten Variable beeinflusst werden können. Dementsprechend kann nicht in jedem Fall ein direkter inhaltlicher Schluss von der einen auf die andere Variable gezogen werden.

Multivariate Verfahren

Zuweilen versucht man, ein bestimmtes Merkmal durch andere Variablen („Prädiktoren“) zu erklären oder vorherzusagen. Dabei stellt man nicht selten fest, dass mehr als ein Prädiktor notwendig ist, um das betrachtete Merkmal hinreichend befriedigend erklären zu können. Wenn man Zusammenhänge zwischen einer Gruppe von Variablen bzw. Indikatoren modellieren will, muss man auf Verfahren der multivariaten Statistik – wie beispielsweise die „Multiple Regressionsanalyse“ – zurückgreifen. Die Regressionsanalyse liefert für jeden Prädiktor bestimmte Kennwerte (sogenannte „Beta“-Koeffizienten; Wertebereich -1.0 bis +1.0), die Aufschluss darüber geben, wie stark dieser Prädiktor (bei Kontrolle der anderen Prädiktoren) zur Erklärung des interessierenden Phänomens bzw. Merkmals beiträgt. Die Stärke, mit der alle berücksichtigten Prädiktoren die unterschiedlichen Ausprägungen des betrachteten Merkmals erklären, wird durch den Koeffizienten „ R^2 “ angezeigt. Dieser Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Wert von $R^2 = 1.0$ würde bedeuten, dass das Merkmal vollständig, also zu 100 Prozent, durch die Wirkung aller Prädiktoren im Regressionsmodell erklärt werden kann. In einigen Fällen wurde darüber hinaus Eta^2 berechnet. Wie R^2 gibt auch Eta^2 den Anteil erklärter Varianz für die abhängige Variable an. Zwar wurden die Berechnungen dazu bivariat durchgeführt, in der Interpretation sind die Werte jedoch nicht mit Korrelationsmaßen vergleichbar, sondern mit R^2 . Hier gelten Werte zwischen .01 und .06 als schwach, zwischen .06 und .14 als mittelstark und über .14 als stark (Cohen, 1988).

Zu einigen Themenbereichen werden im vorliegenden Bericht auch Ergebnisse dargelegt, welche unter Verwendung weiterer multivariater Analyseverfahren ermittelt wurden (z. B. mittels „Faktorenanalysen“). Nähere Informationen zu diesen Verfahren und methodische Hinweise zur Interpretation der mit ihrer Hilfe berechneten Befunde finden sich jeweils in den „Methodischen Bemerkungen“, welche Bestandteil aller nachfolgenden Kapitel sind.

Literatur

- Bortz, J. (2005). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Bundesministerium für Forschung und Bildung (BMBF) (2018). *Berufsbildungsbericht 2018*. Bonn: BMBF.
- Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences*. Hillsdale: Erlbaum.
- Cohen, J. (1992). A power primer. *Psychological Bulletin*, 112, 155-159.
- Häder, M. (Hrsg.). (2006). *Empirische Sozialforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Landua, D. (2007). Einführung. In D. Sturzbecher & D. Holtmann (Hrsg.), *Werte, Familie, Politik, Gewalt – Was bewegt die Jugend? Aktuelle Ergebnisse einer Befragung* (S. 11-16). Berlin: LIT Verlag.
- Popp, U. (2010). Von der „Verschulung der Jugend“ zur „jugendgerechten“ Schule? In C. Riegel, A. Scherr & B. Stauber (Hrsg.), *Transdisziplinäre Jugendforschung. Grundlagen und Forschungskonzepte* (S. 327-343). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pospeschill, M. (2009). *SPSS – Durchführung fortgeschrittener statistischer Verfahren*. Hannover: RRZN.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (SenSW) & Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg (MIL) (2009). *Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B)*. Berlin, Potsdam: SenSW & MIL.
- Sturzbecher, D. & Dietrich, P. (1992). *Die Situation von Jugendlichen in Brandenburg. Zusammenfassende Darstellung zu den Feldstudien „Jugendszene und Jugendgewalt im Land Brandenburg“ und „Freizeitverhalten Jugendlicher und Freizeitangebote im Land Brandenburg“* (Arbeitsberichte des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam, Band 2). Vehlfeanz: IFK.
- Sturzbecher, D. & Holtmann, D. (2007). Werte, Familie, Politik, Gewalt – Was bewegt die Jugend? Aktuelle Ergebnisse einer Befragung. In M. Grundmann (Hrsg.), *Individuum und Gesellschaft. Beiträge zur Sozialisations- und Gemeinschaftsforschung*. Berlin, Münster: LIT Verlag.
- Sturzbecher, D. & Landua, D. (2001). Ostdeutsche Jugendliche im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz* (S. 11-32). Opladen: Leske + Budrich.
- Sturzbecher, D. & Langner, W. (1997). „Gut gerüstet in die Zukunft?“ – Wertorientierungen, Zukunftserwartungen und soziale Netze brandenburgischer Jugendlicher. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie* (S. 11-81). Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Sturzbecher, D. (2001). *Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz*. Opladen: Leske + Budrich.
- Sturzbecher, D. (Hrsg.). (1997). *Jugend und Gewalt in Ostdeutschland – Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie*. Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Sturzbecher, D. (Hrsg.). (2002). *Jugendtrends in Ostdeutschland: Bildung, Freizeit, Politik, Risiken*. Opladen: Leske + Budrich.
- Sturzbecher, D., Bredow, B. & Büttner, M. (Hrsg.). (2019). *Wandel der Jugend in Brandenburg. Lebenslage – Werte – Teilhabe*. Wiesbaden: Springer VS.
- Sturzbecher, D., Dietrich, P. & Kohlstruck, M. (Hrsg.). (1994). *Jugend in Brandenburg. 93. Schriftenreihe zur politischen Bildung*. Potsdam: Staatskanzlei Brandenburg, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.
- Sturzbecher, D., Kleeberg-Niepage, A. & Hoffmann, L. (Hrsg.). (2012). *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

2 Werte, Krisen, Zukunftserwartungen und Migration

2.1 Theoretische und methodische Vorbemerkungen

Wertorientierungen Jugendlicher

Werte werden als zentrale Orientierungs- und Bewertungsmaßstäbe aufgefasst, die im Jugendalter herausgebildet werden. Eine weitverbreitete Definition von Kluckhohn (1951) beschreibt Werte folgendermaßen: „A value is a conception, explicit or implicit, distinctive of an individual or characteristic of a group, of the desirable which influences the selection from available modes, means, and ends of action.“ Zentral für diese Definition ist, dass Werte als Auffassungen „vom Wünschenswerten“ beschrieben werden, die für die Auswahl von Handlungen relevant sind. Eine der wichtigsten Eigenschaften von Werten besteht somit darin, dass sie allgemein handlungsleitende Maßstäbe darstellen. Darüber hinaus wird Werten eine wichtige sinnstiftende Funktion zugesprochen. Auch wenn die oben genannte Definition inzwischen von einigen Forschern modifiziert und weiterentwickelt wurde – bedeutende Ansätze stammen von Rokeach (1973), Inglehart (1977), Klages (1984) und Schwartz (1992) – so bleiben diese beiden Eigenschaften Kern der unterschiedlichen Theorien. Darüber hinaus stimmen die Ansätze weitestgehend darin überein, dass Werte in der Regel dauerhafte, tief in der Persönlichkeit verwurzelte Grundüberzeugungen und Zielvorstellungen darstellen, die einen relativ hohen Abstraktionsgrad aufweisen (Kadishi-Fässler 1993; Pöge 2017).

Da Wertorientierungen Teil der individuellen Persönlichkeitsstruktur sind, unterscheiden sie sich interindividuell stark. Dennoch werden Werte bzw. vorherrschende Wertemuster für gesellschaftliche Teilgruppen (z. B. „die Jugend“) und ganze Gesellschaften betrachtet, um mit Hilfe dieser Muster Rückschlüsse auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen (z. B. vorherrschende Lebensbedingungen) ziehen zu können. Von Individuen werden nämlich zumeist solche Werte verinnerlicht, die am besten geeignet sind, die eigene Lebenssituation zu meistern. Werteveränderungen spiegeln damit auch immer Anpassungsprozesse der Menschen an veränderte Lebensbedingungen wider (Flanagan, 1987). Mit diesen Phänomenen beschäftigt sich die empirische Werteforschung bereits seit circa 50 Jahren im Rahmen der „Wertewandelforschung“ (Gille, 2006).

Besonders bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang die Theorie über den Wertewandel von Inglehart. Aufbauend auf der Maslowschen Bedürfnispyramide (1954) konzipiert Inglehart (1971, 1995) einen Werteraum, der „materialistische Werte“ und „postmaterialistische Werte“ als Pole einer Wertedimension umfasst. Er betrachtet die Werteentwicklungen westlicher Nachkriegsgesellschaften und geht davon aus, dass zunächst materialistische Wertorientierungen wie physiologische Grundbedürfnisse und Sicherheitsbedürfnisse in ihrer Bedeutsamkeit vorherrschend waren. Erst die zunehmende Befriedigung materialistischer Werte schaffte Freiräume für die Fokussierung auf postmaterialistische Werte wie soziale Anerkennung und Selbstverwirklichung. Der Wertewandel in westlichen Gesellschaften – bei dem materialistische Werte durch postmaterialistische ersetzt bzw. substituiert wurden – vollzog sich damit aufgrund eines sozioökonomischen Modernisierungsprozesses.

Darüber hinaus geht Inglehart (1998) davon aus, dass Wertorientierungen nicht die aktuellen sozioökonomischen Bedingungen der Menschen widerspiegeln, sondern solche Lebensumstände, die in ihrer Jugendphase vorherrschten und damit für das gesamte Leben prägend waren. Besonders hohe Bedeutung wird dabei Werten zugemessen, deren Erfüllung nicht gegeben ist. Wachsen Jugendliche also unter unsicheren materiellen Umständen auf, neigen sie dazu, materialistischen Werten eine hohe Bedeutung zukommen zu lassen („Mangelhypothese“). Ein Wertewandel vollzieht sich daher nur durch einen Generationenwechsel („Sozialisationshypo-

these“). Der Ansatz von Inglehart erscheint auf den ersten Blick mit individuellen Lebenserfahrungen gut vereinbar und daher plausibel; er wurde aber bereits früh sowohl unter inhaltlichen als auch methodischen Gesichtspunkten vehement kritisiert (Kadishi-Fässler, 1993).

In der Forschung herrscht Einigkeit darüber, dass die Zunahme physischer und ökonomischer Sicherheit für breite Bevölkerungsteile postindustrieller Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg einen grundlegenden Wertewandel auslöste. Welzel (2009) stellt diesbezüglich fest, dass zwar das Vokabular der Beschreibung des Wertewandels bei den einzelnen Forschern variieren würde, sein Wesen sich aber auf eine kurze Formel bringen ließe: Der Trend gehe von Werten der „Füg- und Folgsamkeit“ hin zu Werten der „Selbstbestimmung und Gleichberechtigung“ (ebd., S. 111). Grundlegend strittig sind jedoch die Struktur des menschlichen Werteraums (z. B. hierarchisch vs. mehrdimensional) und damit verbunden der Modus des Wertewandels (z. B. Wertesubstitution vs. Wertesynthese). Einige Theorien wie die „Theorie allgemeiner menschlicher Werte“ von Schwartz (1992) gehen davon aus, dass es eine bestimmte Anzahl an grundlegenden Werten für alle Menschen gibt, die in Beziehung zueinander stehen. So sind sich einige Werte ähnlich und können sogar zu Wertedimensionen höherer Ordnung zusammengefasst werden (z. B. Selbstentfaltungswerte), andere Werte sind miteinander nicht vereinbar (z. B. Hedonismus und Tradition). Werte und deren Wandel können mit Hilfe solcher Theorien nicht nur wie bei Inglehart gesamtgesellschaftlich und im intergenerationalen Vergleich auf der Materialismus-Postmaterialismus-Dimension betrachtet werden, sondern in einer vielschichtigen Weise.

Die Ergebnisse aktueller Jugendstudien belegen die Wichtigkeit sozialer Werte bei Jugendlichen. In der „Shell-Jugendstudie“ zeigt sich beispielsweise, dass seit dem Jahr 2002 die Familie und enge persönliche Beziehungen die wichtigsten Orientierungspunkte für junge Menschen darstellen. Im Jahr 2019 schätzten 97 Prozent der Jugendlichen eine gute Freundschaft, 94 Prozent eine vertrauensvolle Partnerschaft und 90 Prozent ein gutes Familienleben als wichtig ein (Albert, Hurrelmann, Quenzel & Kantar, 2019). In der „McDonald’s Ausbildungsstudie 2019“ wurde ebenfalls die Bedeutung sozialer Werte für Jugendliche untersucht: Im Jahr 2019 zählten 73 Prozent der befragten Jugendlichen den Freundeskreis, 60 Prozent die Familie und 57 Prozent eine glückliche Partnerschaft zu den wichtigsten Dingen im Leben (Hurrelmann, Köcher & Sommer, 2019). Die qualitative SINUS-Jugendstudie „Wie ticken Jugendliche in Deutschland?“ ermittelte für das Jahr 2019, dass sich alle befragten Jugendlichen Halt und soziale Geborgenheit wünschten. Zwei Drittel der Jugendlichen benannten die Familie und die Freunde als die Dinge, auf die sie nicht verzichten könnten. Dabei betonten die meisten Jugendlichen nicht nur die Bedeutsamkeit ihrer derzeitigen Familie, sondern brachten auch den Wunsch zum Ausdruck, später eine eigene Familie zu gründen (Calmbach, Flaig, Edwards, Möller-Slawinski, Borchard & Schleer, 2020).

Laut der „Shell Jugendstudie 2019“ haben materialistische Werte in den vergangenen Jahren für die Jugendlichen etwas an Bedeutsamkeit verloren. Dennoch blieb ein hoher Lebensstandard im Jahr 2019 für 63 Prozent der Jugendlichen ein wichtiges Lebensziel und auch das Streben nach Sicherheit wurde von 77 Prozent der Jugendlichen als wichtig erachtet (Albert et al., 2019). Die „McDonald’s Ausbildungsstudie 2019“ zeigt, dass 51 Prozent der Jugendlichen finanzielle Unabhängigkeit im Jahr 2019 als besonders erstrebenswert ansahen. Dagegen hielten es lediglich 20 Prozent der Jugendlichen für sehr wichtig, sich im Leben viel leisten zu können (Hurrelmann et al., 2019). Die genannten Befunde stammen allerdings aus einer Zeit, in der die Auswirkungen aktueller Krisen (z. B. Ukraine-Krieg, Inflation) noch nicht erfasst werden konnten.

In der „Shell Jugendstudie 2019“ wurde eine hohe Bedeutsamkeit hedonistisch-selbstverwirklichender Wertorientierungen ermittelt: 80 Prozent der Jugendlichen gaben an, dass es ihnen

wichtig sei, „das Leben in vollen Zügen zu genießen“; den Anspruch, „gesundheitsbewusst zu leben“, hielten 79 Prozent der Jugendlichen für wichtig (Albert et al., 2019). In der „McDonald’s Ausbildungsstudie 2019“ wurden ebenfalls Gesundheit, berufliche Zufriedenheit und Lebensgenuss als die wichtigsten Ziele im Leben von Jugendlichen identifiziert: Einen „Beruf zu erlangen, der Spaß macht und Erfüllung verspricht“, wurde von 62 Prozent der Jugendlichen im Jahr 2019 als besonders wichtig angesehen. Für mehr als die Hälfte (52 %) der jungen Menschen war es sehr wichtig, einen „sicheren Arbeitsplatz“ zu finden und „im Beruf erfolgreich“ zu sein. Weitere 48 Prozent der Befragten gaben an, dass es ihnen sehr wichtig war, das „Leben zu genießen und Spaß zu haben“ (Hurrelmann et al., 2019). Im Trendvergleich zeigte sich, dass berufliche Werte tendenziell an Stellenwert verloren, während Aspekte der Selbstverwirklichung an Bedeutung gewannen.

In Bezug auf das politische Engagement ermittelte die „Shell-Jugendstudie 2019“ eine Trendwende, da diese Wertorientierung für die Jugendlichen seit dem Jahr 2002 enorm an Wichtigkeit gewonnen hatte. Im Jahr 2019 gaben 34 Prozent der Jugendlichen an, „politisches Engagement“ für wichtig zu erachten (Albert et al., 2019); im Jahr 2002 waren es noch 23 Prozent.

Auch in der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ werden die Wertorientierungen Jugendlicher erfasst. Das Wertinventar der Studie umfasst seit 1993 die Items „Das Leben genießen“, „Viel Geld verdienen“, „Für andere da sein“, „Eine erfüllende Arbeit haben“, „Aktiv am politischen Leben teilnehmen“, „Ohne Anstrengungen angenehm leben“ und „Eine Familie gründen“. 1999 wurden die Items „Materiell abgesichert sein“ und „Immer seine eigene Meinung vertreten“ ergänzt, 2005 kam das Item „Gesund leben“ hinzu. Die Jugendlichen sollen diese Items auf einer vierstufigen Skala nach ihrer Bedeutsamkeit für ihr persönliches Leben bewerten (Rating-Verfahren). Die Formulierung der Werteitems orientiert sich nach Sturzbecher und Langner (1997) an der auf Zinnecker und Behnken zurückgehenden „Schülerstudie ’90“ (Behnken et al., 1991); ähnliche Formulierungen finden sich in den meisten einschlägigen Wertestudien. Die Werte werden als Konkreta – hier in Form von Lebenszielen – erfasst (z. B. „Viel Geld verdienen“). Für die Interpretation der Ergebnisse ist es wichtig zu bedenken, dass nicht unbedingt das Konkretum an sich im Vordergrund steht, sondern entsprechende „Auffassungen vom Wünschenswerten“ (z. B. „Finanzielle Sicherheit“; Golonka, 2009).

Lebenszufriedenheit Jugendlicher

Welche Faktoren beeinflussen das individuelle Wohlbefinden? Gesundheit, intakte soziale Beziehungen, soziale Unterstützung und Anerkennung sowie positive Erfahrungen bei der Arbeit oder in der Schule erweisen sich insgesamt als förderlich für das Wohlbefinden (Grimm, 2006; Winkler, 2004). Darüber hinaus beeinflussen auch die materiellen Lebensbedingungen die Lebenszufriedenheit: Wohlhabende Personen berichten in der Regel eine höhere Lebenszufriedenheit als finanziell weniger bemittelte Personen, wobei der Zusammenhang zwischen finanzieller Situation und Lebenszufriedenheit keinesfalls linear ausfällt (Grimm, 2006). Vielmehr rücken andere Einflussfaktoren in den Vordergrund, sobald gewisse materielle Mindeststandards erreicht sind (Easterlin, 1974; Pedersen & Schmidt, 2009). Zudem ist nicht nur die absolute, sondern auch die relative Höhe der materiellen Ressourcen relevant. Bezugsgrößen können dabei beispielsweise die finanzielle Situation in der Vergangenheit oder die finanzielle Situation anderer Personen ähnlichen Alters sein (Grimm, 2006). Ferner belegen Zwillingsstudien und weitere verhaltensgenetische Untersuchungen, dass genetische Voraussetzungen und Umweltfaktoren während der Kindheit einen entscheidenden Einfluss auf die generelle Lebenszufriedenheit nehmen (Spinath & Hahn, 2013). Schließlich weisen Persönlichkeitsdispositionen wie das Selbstwertempfinden, Extraversion, Optimismus und internale Kontrollüberzeugungen einen positiven Zusammenhang zum individuellen Wohlbefinden bzw. zur Lebenszufriedenheit auf (Winkler, 2004).

Die „McDonald’s Ausbildungsstudie 2019“ (Hurrelmann et al., 2019) ermittelte bei Jugendlichen in Deutschland hinsichtlich ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit einen Durchschnittswert von 7,5 auf einer Skala von 0 („Überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („Völlig zufrieden“). In der „Jugendstudie 2021“ des Bankenverbands wurde gezeigt, dass 87 Prozent der befragten Jugendlichen mit ihrem Leben zufrieden waren. Auch während der Corona-Pandemie blieb die Lebenszufriedenheit somit relativ hoch (Bundesverband deutscher Banken, 2021). In der 2019 durchgeführten Studie „Jugendliche in Niedersachsen“ wurde auf einer Skala von 1 („Überhaupt nicht zufrieden“) bis 4 („Sehr zufrieden“) erhoben, wie zufrieden Jugendliche mit ihrem Erfolg in der Schule, ihren Freundschaften, ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer Gesundheit und ihrem Leben insgesamt waren. Der Mittelwert der allgemeinen Lebenszufriedenheit lag bei 3,2; auch die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen waren mit ihrem Leben also insgesamt zufrieden (Krieg, Rook, Beckmann & Kliem, 2020).

Auch in der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ werden Jugendliche bereits seit der Erhebung im Jahr 1999 nach ihrer Zufriedenheit mit zentralen Lebensbereichen befragt (z. B. soziale Beziehungen, Wohnsituation, Gesundheit). Die allgemeine Lebenszufriedenheit wurde als Gesamtheit der bereichsspezifischen Lebenszufriedenheit operationalisiert (kategorisierter additiver Lebenszufriedenheitsindex). Auf der Basis von bivariaten Korrelationsanalysen wurden Zusammenhänge zwischen bereichsspezifischer bzw. allgemeiner Lebenszufriedenheit und ausgewählten Persönlichkeitsmerkmalen ermittelt. Beispiele für diese Persönlichkeitsmerkmale sind „Zukunftserwartungen“ und „Kontrollüberzeugungen“, die seit 1993 bzw. 1996 erfasst werden.

Kontrollüberzeugungen Jugendlicher

Kontrollüberzeugungen beziehen sich nach Rotter (1966) auf das Ausmaß, zu dem eine Person glaubt, dass das Eintreten eines Ereignisses vom eigenen Verhalten abhängt oder durch äußere Faktoren bestimmt wird. Wird der Erfolg bzw. Misserfolg der eigenen Handlungen auf die eigene Person zurückgeführt, bezeichnet man dies als „Internale Kontrollüberzeugungen“. Bei einer empfundenen Fremdbestimmung spricht man von „externalen Kontrollüberzeugungen“. Während Jugendliche mit externalen Kontrollüberzeugungen also die Verantwortung für ihre Lebenssituation fremden Mächten (z. B. „Schicksal“, „Mächtige Menschen“) zuschreiben, sind Jugendliche mit internalen Kontrollüberzeugungen eher der Meinung, „ihres eigenen Glückes Schmied“ zu sein (Bredow & Sturzbecher, 2019). Dabei ist entscheidend, was das Individuum glaubt, und nicht unbedingt, wie sich der Sachverhalt objektiv betrachtet darstellt. Erfolge stärken die internalen Kontrollüberzeugungen; Misserfolge fördern dagegen – sofern sie vom Betroffenen nicht als Ergebnis unglücklicher Fügung oder mangelnder Anstrengungsbereitschaft interpretiert werden – die Etablierung externaler Kontrollüberzeugungen (Rotter, 1966).

Krisenerleben Jugendlicher

Der Forschungsstand dazu, wie Jugendliche aktuelle Krisen (z. B. Ukraine-Krieg, Inflation, wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen) erleben, ist noch als eher spärlich einzuschätzen. Schnetzer, Hurrelmann und Hampel (2023) berichten, dass die Inflation (63 %), der Krieg in Europa (59 %), der Klimawandel (53 %), die Wirtschaftskrise (45 %) und die Altersarmut (40 %) die größten Sorgen der 14- bis 29-Jährigen darstellen. Dabei stellen die Forscher heraus, dass sich im „Sorgen-Ranking“ große Gemeinsamkeiten zwischen den Bewertungen der jungen, der mittleren und der älteren Bevölkerungsgruppe zeigen. Dagegen fällt das Belastungserleben zwischen den Altersgruppen sehr unterschiedlich aus: Die jüngere Altersgruppe fühlt sich durch die Folgen von Corona-Pandemie, Klimakrise, Krieg in der Ukraine und hoher Inflation stärker belastet als die anderen Altersgruppen. So äußern 46 Prozent der 14- bis 29-Jährigen, unter Stress zu leiden; 35 Prozent berichten von Erschöpfung und 33 Prozent von Selbstzweifeln.

Zum Ausbau der Datenlage wurde in der aktuellen Erhebungswelle der Studie „Jugend in Brandenburg“ erstmals seit Beginn der Zeitreihenstudie thematisiert, wie Jugendliche Krisen wahrnehmen. Dazu wurden zum einen 12 derzeit relevante ausgewählte Krisen hinsichtlich ihres Bedrohungspotenzials aus Sicht der Jugendlichen erhoben. Zum anderen wurde als besonders markante Krise der Ukraine-Krieg ausgewählt und im Hinblick auf 7 bedrohliche Einzelaspekte näher erfasst.

(Berufsbezogene) Zukunftserwartungen Jugendlicher

Vor der Corona-Pandemie gaben in der „Shell Jugendstudie 2019“ mehr als die Hälfte (58 %) der befragten Jugendlichen an, optimistisch in die eigene Zukunft zu blicken. Dieser Optimismus traf insbesondere auf die Einschätzung der beruflichen Zukunft zu. Zwar waren die Ansprüche der Jugendlichen an ihren zukünftigen Beruf gestiegen, aber auch die Zuversicht, den Traumberuf ergreifen zu können, stieg an. Im Jahr 2019 gaben 84 Prozent der Jugendlichen an, sicher zu sein, „ihre beruflichen Wünsche verwirklichen zu können“ (Albert et al., 2019). Die „Jugendstudie 2021“ des Bankenverbandes ermittelte, dass 83 Prozent der Jugendlichen in Deutschland eine optimistische Einstellung zur eigenen Zukunft hatten. Dabei sahen mehr als die Hälfte (56 %) ihre berufliche Zukunft durch die Corona-Pandemie nicht beeinträchtigt, weitere 36 Prozent hielten kleinere Einschränkungen für möglich und lediglich 8 Prozent befürchteten starke negative Folgen für die Karriere (Bundesverband deutscher Banken, 2021). In der „McDonald’s Ausbildungsstudie 2019“ wurden große Unterschiede im Ost-West-Vergleich gefunden: Die Jugendlichen im Osten bewerteten die berufliche Entwicklung deutlich weniger positiv als die Jugendlichen im Westen (Hurrelmann et al., 2019).

Migrationswünsche Jugendlicher

Der demografische Wandel und die Abwanderung der Bevölkerung – insbesondere von Jugendlichen – vom Land in die Städte und aus den neuen in die alten Bundesländer haben in den letzten Jahren bundesweit öffentliches Interesse erfahren. Speck und Schubarth (2009) bemerken in diesem Zusammenhang einen Trend zur Dramatisierung und Stigmatisierung von Regionen und Bevölkerungsgruppen. Der Fokus der Berichterstattung richtet sich auf Ostdeutschland und hier insbesondere auf die ländlichen Regionen. Der Prototyp des „Abwanderers“ wird als weiblich, gut gebildet, flexibel sowie beruflich qualifiziert und ambitioniert beschrieben (Rolfes & Mohring, 2009). Die „Dagebliebenen“ werden in der überregionalen Berichterstattung hingegen vielfach als perspektivlos, unmotiviert, deviant und rechtsextrem bezeichnet.

Die „McDonald’s Ausbildungsstudie 2019“ deckte große Unterschiede der Jugendlichen in Ostdeutschland und Westdeutschland im Hinblick auf die Bewertung ihrer beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und ihre Migrationsabsichten auf. Die Jugendlichen im Osten bewerteten ihre beruflichen Entwicklungschancen deutlich weniger positiv als die Jugendlichen im Westen und beabsichtigten deutlich häufiger einen Wohnortwechsel: Die regionalen beruflichen Möglichkeiten und Zukunftschancen wurden von den Jugendlichen im Osten von 9 Prozent als „Sehr gut“ und von 46 Prozent als „Gut“ eingeschätzt. Im Westen waren es dagegen 16 Prozent („Sehr gut“) und 60 Prozent („Gut“). 37 Prozent der Jugendlichen schätzten ihre beruflichen Möglichkeiten und Zukunftschancen im Osten als „Weniger gut“ ein. Zwar beabsichtigte auch der Großteil (59 %) der ostdeutschen Jugendlichen, in der eigenen Region zu bleiben, in Westdeutschland waren es mit insgesamt 65 Prozent aber deutlich mehr Jugendliche. Die höhere Mobilitätsbereitschaft der ostdeutschen Jugendlichen wurde in der Studie auf die besseren beruflichen Chancen im Westen zurückgeführt. Große Unterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen Jugendlichen gab es 2019 auch bei der Einschätzung der Attraktivität des Ostens: 64 Prozent der ostdeutschen und 29 Prozent der westdeutschen Jugendlichen hielten Ostdeutschland für attraktiv. Nach den Ergebnissen der Studie schnitt der Westen

Deutschlands in allen Punkten, welche die berufliche Zukunft der Jugendlichen betreffen (Einkommen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Karrieremöglichkeiten, Lebensqualität), besser ab als der Osten (Hurrelmann et al. 2019).

Auch in der Studie „Jugend in Brandenburg“ werden die Jugendlichen zur Prognose demografischer Entwicklungen bereits seit der Erhebungswelle des Jahres 2005 nach ihrer Zufriedenheit mit regionalen Lebensbedingungen (z. B. den Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten) und ihren Migrationswünschen⁸ befragt. Dabei steht die erste Phase des Migrationsprozesses nach Eisenstadt (1954) – d. h. die Motivbildung – im Mittelpunkt der Untersuchung. Es erscheint naheliegend, dass Jugendliche, die mit ihren regionalen Lebensbedingungen zufrieden sind, eher in Brandenburg bleiben wollen als Jugendliche, die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen empfinden. Diese Annahme wurde sowohl anhand der Zufriedenheit mit einzelnen regionalen Lebensaspekten als auch mit Hilfe eines additiven Index der allgemeinen regionalen Lebenszufriedenheit überprüft.

Die Untersuchungsergebnisse zu den vorgestellten Items und Skalen werden nachfolgend jeweils anhand von Häufigkeitsverteilungen für die aktuelle (2022/2023) und die vorangegangene Erhebung (2017) dargestellt. Darüber hinaus werden unter Einbeziehung weiterer Erhebungszeitpunkte mit Hilfe von Mittelwertvergleichen und Häufigkeitsverteilungen längerfristige Trends veranschaulicht. Schließlich werden Gruppenunterschiede abgebildet, die sich – wie in den bisherigen Untersuchungen – vor allem auf die Merkmale Geschlecht, Alter, Schulform und Herkunft⁹ beziehen. Zusätzlich wird bei den Analysen zum Teil auch die Wohnlage („Berliner Umland“ vs. „Weiterer Metropolenraum“) berücksichtigt.

2.2 Untersuchungsergebnisse

Wertorientierungen

Ein gesundes Leben zu führen, besitzt für die meisten brandenburgischen Jugendlichen eine besonders hohe Bedeutung (s. Tab. 2.1; Veränderungen um mehr als 10 Prozentpunkte sind grau gekennzeichnet). In der aktuellen Studie 2022/2023 schätzen fast drei Viertel der Jugendlichen die Wertorientierung „Gesund leben“ als „Sehr bedeutsam“ ein. Der starke Bedeutungszuwachs seit dem Jahr 2010 hat sich damit augenscheinlich verfestigt (2010: 59,8 %; 2017: 73,1 %; 2022: 74,6 %). Eine erfüllende Arbeit zu haben, ist für brandenburgische Jugendliche bereits seit 25 Jahren von sehr hoher Bedeutung (2017: 68,2 %; 2022: 63,0 %), genauso wie ein genussvolles Leben 2017: 61,9 %; 2022: 62,0 %). Während die Bedeutung einer erfüllenden Arbeit im Vergleich zu 2017 allerdings zurückgegangen ist, hat sich die Bedeutung eines genussvollen Lebens kaum verändert. Die Bedeutung einer Familiengründung (2017: 62,2 %; 2022: 53,6 %) und die Bedeutung der prosozialen Wertorientierung „Für andere da sein“ (2017: 60,2 %; 2022: 50,8 %) haben seit 2017 erheblich abgenommen. Auch die Bedeutsamkeit des politischen Engagements hat bei den Jugendlichen nach einem Anstieg zwischen 2010 und 2017 wieder abgenommen. Nur noch 5,9 Prozent schätzen politisches Engagement als „Sehr bedeutsam“ ein (2017: 10,1 %). Wie bereits in den Vorgängerstudien, weist das politische Engagement damit von den im Fragebogen erfassten Wertorientierungen den geringsten Stellenwert auf. Ein hoher Bedeutungszuwachs ist hingegen bei den materiellen Werten „Viel Geld verdienen“ (2017: 24,0 %; 2022: 35,3 %) und „Materiell abgesichert sein“ (2017: 42,8 %; 2022: 56,8 %) festzustellen, nachdem die Wichtigkeit dieser Lebensziele zwischen 2010 und 2017 zwischenzeitlich abgesunken war. Auch der eher leistungsfeindliche Wert „Ohne Anstrengung

⁸ Unter „Migration“ wird dabei auch Binnenmigration verstanden, also ein Wohnortwechsel innerhalb Deutschlands bzw. im jeweiligen Bundesland.

⁹ Hierbei wurde in Jugendliche mit deutscher Herkunft und Jugendliche mit ausländischer bzw. nicht-deutscher Herkunft unterschieden. Letztgenannte Jugendliche wurden nicht in Deutschland geboren und/oder besitzen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

ein angenehmes Leben führen“ hat für brandenburgische Jugendliche an Bedeutung gewonnen (2017: 23,2 %; 2022: 27,3 %). Das Einstehen für die eigene Meinung, notfalls auch zum eigenen Nachteil, erfährt von 39,3 Prozent der brandenburgischen Jugendlichen eine sehr hohe Wertschätzung und ist in seiner Bedeutung damit in etwa gleichgeblieben.

Tab. 2.1: Wertorientierungen 2017 und 2022/2023 (in %)

„Wie bedeutsam ist jedes der unten genannten Ziele für Ihr persönliches Leben?“								
	Sehr bedeutsam		Bedeutsam		Kaum bedeutsam		Überhaupt nicht bedeutsam	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesund leben	73,1	74,6	22,2	21,5	4,1	3,0	0,6	0,9
Eine erfüllende Arbeit haben	68,2	63,0	28,3	32,4	2,9	3,7	0,6	0,9
Das Leben genießen	61,9	62,0	32,1	32,2	4,6	4,6	1,4	1,1
Materiell abgesichert sein	42,8	56,8	46,4	37,3	9,6	5,2	1,1	0,7
Für andere da sein	60,2	50,8	34,7	42,4	4,2	5,7	0,9	1,0
Viel Geld verdienen	24,0	35,3	55,1	51,8	18,4	11,4	2,5	1,5
Eigene Meinung vertreten	40,2	39,3	46,4	45,3	11,6	14,0	1,8	1,4
Eine Familie gründen	62,2	53,6	27,7	30,3	7,6	10,3	2,5	5,8
Ohne Anstrengungen angenehm leben	23,2	27,3	44,0	43,4	27,8	24,2	5,0	5,2
Aktiv am politischen Leben teilnehmen	10,1	5,9	37,3	27,9	40,4	49,4	12,2	16,7

Wie bereits dargelegt, wird ein Großteil der aufgeführten Wertorientierungen seit 1993 erfasst, sodass Trends über die letzten 25 Jahre hinweg abgebildet werden können. Einen Überblick über Veränderungen bei den einzelnen Wertorientierungen vermitteln die entsprechenden Zeitreihen der Mittelwerte (s. Abb. 2.1). Der Wertebereich der Einschätzungen reicht auf einer vierstufigen Skala von „1“ bis „4“, wobei niedrige Werte für eine geringe Bedeutsamkeit und hohe Werte für eine hohe Bedeutsamkeit stehen.

Aus der Abbildung geht hervor, dass die hedonistisch-selbstverwirklichenden Wertorientierungen „Eine erfüllende Arbeit haben“ und „Das Leben genießen“ im gesamten Erhebungszeitraum bis einschließlich 2010 am bedeutsamsten für die brandenburgischen Jugendlichen waren. Eine erfüllende Arbeit belegte dabei meist den ersten und Lebensgenuss den zweiten Platz. Obwohl beiden Wertorientierungen auch 2022/2023 von den Jugendlichen eine sehr hohe Bedeutung beigemessen wird, nimmt nun – ebenso wie bereits im Jahr 2017 – eine andere Wertorientierung den ersten Platz ein: Der Wunsch, gesund zu leben (2022: M = 3,70), übertrifft die Bedürfnisse nach einer erfüllenden Arbeit (2017: M = 3,58) und einem genussvollen Leben (2022: M = 3,55).

Die prosoziale Wertorientierung „Für andere da sein, auch wenn man selbst auf etwas verzichten muss“ ist für die brandenburgischen Jugendlichen im Zeitraum von 1993 bis 2017 immer wichtiger geworden. Die größte Aufwertung erfuhr diese Wertorientierung Mitte der 1990er Jahre (1993: M = 3,04; 1996: M = 3,28; 1999: M = 3,35; 2005: M = 3,43; 2010: M = 3,48;

2017: $M = 3,54$). In der aktuellen Erhebung 2022/2023 ist nun das erste Mal wieder eine Abnahme der Bedeutung zu beobachten (2022: $M = 3,43$). Im Gegensatz dazu haben die Wertorientierungen „Materiell abgesichert sein“ (2005: $M = 3,47$; 2010: $M = 3,38$; 2017: $M = 3,31$) und „Viel Geld verdienen“ (2005: $M = 3,31$; 2010: $M = 3,23$; 2017: $M = 3,01$) zwischen 2005 und 2017 beständig an Wertschätzung durch die Jugendlichen verloren. Für beide Wertorientierungen ist nun – im Vergleich zu 2017 – eine deutliche Zunahme zu verzeichnen (2022: $M = 3,50$ bzw. $M = 3,21$).

In Bezug auf die eher leistungskritische Wertorientierung „Ohne Anstrengungen angenehm leben“ zeigte sich bereits 2017 eine Trendumkehr, die sich auch 2022/2023 fortsetzt: Dieser Wert hatte von 1999 bis 2010 an Wertschätzung verloren, ist nun aber für die Jugendlichen wieder wichtiger geworden (2010: $M = 2,73$; 2017: $M = 2,85$; 2022: $M = 2,93$). In Bezug auf den Wert „Aktiv am politischen Leben teilnehmen“ war – nach einem stetigen Bedeutungszuwachs zwischen 1993 und 2005 und einem erstmaligen Bedeutungsverlust im Jahr 2010 – zum Jahr 2017 ein deutlicher Bedeutungsanstieg festzustellen. In 2022/2023 ist wieder ein Absinken der Bedeutung in etwa auf das Niveau von 2010 zu beobachten (1993: $M = 1,98$; 1996: $M = 2,09$; 1999: $M = 2,23$; 2005: $M = 2,32$; 2010: $M = 2,22$; 2017: $M = 2,45$; 2022: $M = 2,21$).

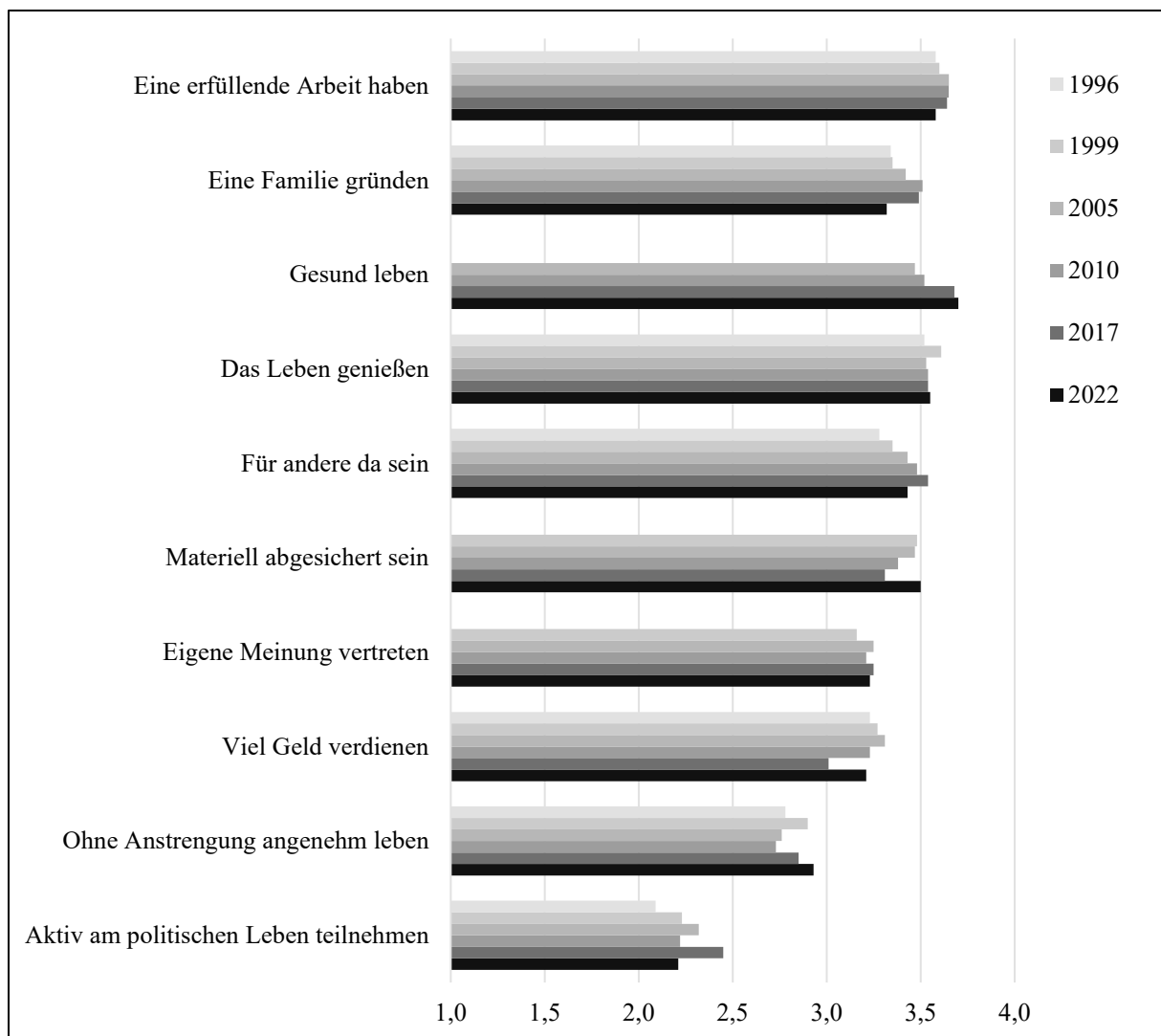


Abb. 2.1: Wertorientierungen im Zeitraum von 1993 bis 2022/2023 (Mittelwerte einer Skala von „1“ = „Überhaupt nicht bedeutsam“, „2“ = „Kaum bedeutsam“, „3“ = „Bedeutsam“ bis „4“ = „Sehr bedeutsam“)

Die Bedeutsamkeit einzelner Wertorientierungen variiert für Jugendliche unterschiedlicher Gruppen. Wie schon im Jahr 2017, so ist 2022/2023 das Führen eines gesunden Lebens für Mädchen insgesamt etwas bedeutsamer als für Jungen ($f = .08$). Darüber hinaus sehen Ober-schülerinnen und Oberschüler sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ein gesundes Leben als wichtiger an als Auszubildende an OSZ ($f = .06$). Der noch im Jahr 2017 vorhandene deutliche Alterseffekt, dass jüngere Jugendliche ein gesundes Leben als wertvoller einschätzen als ältere Jugendliche, ist in der aktuellen Studie nicht mehr festzustellen.

Neben einem gesunden Leben sind auch die Wertorientierungen „Für andere da sein, auch wenn man selbst auf etwas verzichten muss“ ($f = .12$) und „Eine erfüllende Arbeit haben“ ($f = .09$) für Mädchen etwas bedeutsamer als für Jungen. Jungen ist es dagegen etwas wichtiger als Mädchen, viel Geld zu verdienen ($f = .09$) und ohne Anstrengung ein angenehmes Leben zu führen ($f = .07$). Einen Überblick über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Wertehierarchie von Mädchen und Jungen bietet die Tabelle 2.2.

Auch im Hinblick auf die Wertorientierung „Aktiv am politischen Leben teilnehmen“ finden sich Unterschiede zwischen den Teilgruppen: Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Ober-schülerinnen und Oberschüler schätzen politisches Engagement als etwas bedeutsamer ein als Auszubildende ($f = .10$). Darüber hinaus ist jüngeren Jugendlichen politisches Engagement etwas wichtiger als älteren Jugendlichen ($f = .07$). So erachten 35,7 Prozent der bis 14-Jährigen politisches Engagement als „Sehr bedeutsam“ oder „Bedeutsam“, bei den 15- bis 17-Jährigen trifft dies auf 35,9 Prozent und bei den ab 18-Jährigen auf 28,5 Prozent zu. Die Ergebnisse von Korrelationsanalysen zeigen, dass die Wertschätzung politischen Engagements in einem positiven Zusammenhang mit politischem Interesse ($r = .46$) und der selbst attestierten politischen Kompetenz ($r = .35$) steht: Jugendliche, die eine aktive politische Beteiligung wichtig finden, sind häufig politisch interessierter und halten sich außerdem für kompetenter. Eine kausale Interpretation ist dabei jedoch nicht möglich, d. h. es kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass eine stärkere Vermittlung der Bedeutsamkeit von politischer Partizipation zu mehr politischem Interesse und zu mehr politischer Kompetenz führt. Die Bedeutsamkeit der politischen Wertorientierung steht außerdem im Zusammenhang zur tatsächlichen politischen Beteiligung: Zwischen der politischen Wertorientierung einerseits und der bisherigen Nutzung möglicher Beteiligungsformen (erfasst über einen additiven Index, der beispielsweise die Teilnahme an einer Demonstration, die Teilnahme an einer Wahl und die aktive Mitarbeit in einer politischen Bewegung umfasst, s. Kap. 4) andererseits liegt ein geringer positiver Zusammenhang vor ($r = .20$). Der Zusammenhang mit der zukünftig geplanten politischen Beteiligung liegt im mittleren Bereich ($r = .30$).

Vergleicht man Jugendliche deutscher und ausländischer Herkunft im Hinblick auf die Bedeutsamkeit der untersuchten Wertorientierungen, so finden sich kaum nennenswerte Unterschiede: Die Jugendlichen weisen unabhängig von ihrer Herkunft einen sehr ähnlichen Wertekanon auf. Nur der Teilnahme am politischen Leben und dem Führen eines gesunden Lebens messen nicht-deutsche Jugendliche eine etwas höhere Bedeutung bei als deutsche Jugendliche ($f = .04$ bzw. $f = .06$).

Tab. 2.2: Wertorientierungen differenziert nach Geschlecht 2022/2023 (Wertehierarchie, Mittelwerte, Signifikanz des Mittelwertunterschieds)

Werte	Hierarchie		Mittelwerte		Signifikanz
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	
Gesund leben	1	1	3,66	3,74	***
Eine erfüllende Arbeit haben	3	2	3,53	3,64	***
Das Leben genießen	2	3	3,55	3,56	n. s.
Materiell abgesichert sein	4	4	3,53	3,50	n. s.
Für andere da sein	5	5	3,35	3,50	***
Eine Familie gründen	6	6	3,32	3,35	n. s.
Eigene Meinung vertreten	8	7	3,22	3,24	n. s.
Viel Geld verdienen	7	8	3,27	3,15	***
Ohne Anstrengung angenehm leben	9	9	2,97	2,85	***
Aktiv am politischen Leben teilnehmen	10	10	2,22	2,24	n. s.

Anmerkungen: Mittelwerte einer Skala von „1“ = „Überhaupt nicht bedeutsam“, „2“ = „Kaum bedeutsam“, „3“ = „Bedeutsam“ bis „4“ = „Sehr bedeutsam“; * = signifikant auf dem 5%-Niveau; ** = signifikant auf dem 1%-Niveau; *** = signifikant auf dem 0,1%-Niveau

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den vorliegenden Daten im Hinblick auf die Wertewandeldebatte ziehen? Vor dem Hintergrund der Inglehartschen Mangelhypothese, die postuliert, dass Menschen denjenigen Dingen den größten subjektiven Wert beimessen, die relativ knapp sind, erscheinen insbesondere die jüngsten Bedeutungsänderungen der erhobenen Wertorientierungen relevant. Die sprunghaften Bedeutungsanstiege der materialistischen Wertorientierungen „Materiell abgesichert sein“ und „Viel Geld verdienen“ – aber auch „Ohne Anstrengung angenehm leben“ – scheinen darauf hinzudeuten, dass Jugendliche die ökonomischen Auswirkungen der derzeitigen Krisen als bedrohlich wahrnehmen. Sie messen daher materiellen Dingen wieder deutlich mehr Bedeutung bei. Auch der Bedeutungszuwachs des Items „Gesund leben“ lässt sich – zumindest teilweise – vermutlich durch die Erfahrungen der Corona-Krise begründen. Allerdings muss an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass die Bedeutung des Items bereits in der Studie des Jahres 2017 deutlich höher ausfiel, als in den Jahren zuvor. Es ist daher anzunehmen, dass sich in diesem beobachteten Trend auch ein grundsätzlicher Wertewandel der Jugend hin zu einem gesundheitsbewussteren Lebensstil zeigt. Die Bedeutungsabnahme der Wertorientierungen „Eine erfüllende Arbeit haben“, „Für andere da sein“ und „Eine Familie gründen“ lässt sich ebenfalls über die Krisenrezeption erklären: Zur Zeit scheinen die materiellen Auswirkungen der Krise für die Jugendlichen im Vordergrund zu stehen. Die Sicherung der materiellen Bedürfnisse steht daher über der Verwirklichung der eher postmaterialistisch geprägten anderen genannten Lebensziele.

Lebenszufriedenheit

Wie steht es um die Lebenszufriedenheit der brandenburgischen Jugendlichen? Wie in der Tabelle 2.3 zu erkennen ist, äußern sich die Jugendlichen zu allen erfassten Aspekten ihrer Lebenssituation mehrheitlich „Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“. Besonders viele Jugendliche berichten ihre uneingeschränkte Zufriedenheit („Zufrieden“) im Hinblick auf ihre Wohnsituation

(2017: 70,4 %; 2022: 72,4 %), ihr Verhältnis zu den Eltern (2017: 67,2 %; 2022: 68,6 %) sowie ihre Beziehungen zu Freunden und Bekannten (2017: 70,3 %; 2022: 68,4 %).

Ein besonders hohes Wachstum an uneingeschränkter Zufriedenheit wurde zwischen den Erhebungen 2010 und 2017 in den Bereichen „Finanzielle Lage“ und „Freizeitmöglichkeiten“ erzielt. Dieser Trend setzt sich auch in der aktuellen Studie fort: Inzwischen sind 48,3 Prozent (2010: 29,0 %; 2017: 46,1 %) der Jugendlichen mit ihrer finanziellen Lage und 51,1 Prozent (2010: 39,8 %; 2017: 48,2 %) der Jugendlichen mit ihren Freizeitmöglichkeiten völlig zufrieden. Bei beiden Merkmalen wird der bislang höchste Zufriedenheitsgrad seit Beginn ihrer Erfassung im Jahr 1999 erreicht. Dennoch ist immer noch ungefähr jeder fünfte Jugendliche mit der finanziellen Lage (18,6 %) und jeder sechste Jugendliche mit den Freizeitmöglichkeiten (16,1 %) „Unzufrieden“ oder „Eher unzufrieden“.

Bildet man aus den Zufriedenheitswerten aller erfassten Lebensaspekte – zu denen neben den bereits genannten Aspekten auch die Schul- bzw. Ausbildungssituation, die Gesundheit und die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung gehören – einen kategorisierten additiven Lebenszufriedenheitsindex, so zeigt sich die Mehrheit der Jugendlichen insgesamt völlig „Zufrieden“ (2017: 73,5 %; 2022: 73,7 %) oder zumindest „Eher zufrieden“ (2017: 23,4 %; 2022: 22,6 %). Eine Minderheit von 3,5 Prozent ist „Eher unzufrieden“ (2017: 3,0 %), und nur 0,2 Prozent der Jugendlichen sind gänzlich „Unzufrieden“ (2017: 0,1 %) mit ihrer Lebenssituation.

Tab. 2.3: Zufriedenheit mit zentralen Lebensaspekten 2017 und 2022/2023 (in %)

	„Wie zufrieden sind Sie mit folgenden Aspekten in Ihrem Leben?“							
	Zufrieden		Eher zufrieden		Eher unzufrieden		Unzufrieden	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Wohnsituation	70,4	72,4	20,5	19,8	7,0	6,0	2,1	1,9
Verhältnis zu den Eltern	67,2	68,6	23,5	21,7	6,5	6,8	2,8	3,0
Beziehung zu Freunden und Bekannten	70,3	68,4	24,9	26,5	4,1	4,5	0,6	0,6
Gesundheit	54,7	52,6	32,5	34,8	10,6	10,2	2,1	2,4
Freizeitmöglichkeiten	48,2	51,1	33,1	33,4	16,1	13,0	2,7	2,5
Möglichkeiten, mein Leben selbst zu bestimmen	49,7	50,1	39,1	38,8	9,6	9,3	1,6	1,8
Finanzielle Lage	46,1	48,3	33,2	33,1	14,9	13,9	5,8	4,7
Schul- bzw. Ausbildungssituation	42,0	36,8	44,9	47,2	11,7	13,8	1,5	2,3

Wie hat sich die Zufriedenheit mit den erhobenen Lebensaspekten seit 1999 verändert? Ein Blick auf die Abbildung 2.2 zeigt, dass die Zufriedenheit bezüglich der vier Lebensaspekte auf den obersten Rangplätzen (Beziehung zu Freunden und Bekannten, Wohnsituation, Verhältnis zu den Eltern, Gesundheit) seit 1999 weitgehend stabil geblieben oder geringfügig gesunken ist. Bei der Interpretation dieser Tendenz gilt es zu bedenken, dass die Zufriedenheit mit diesen Lebensaspekten immer noch hoch ausgeprägt ist und eine hohe Zufriedenheit nur schwer gesteigert werden kann. Im Hinblick auf drei der untersten vier Rangplätze (Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, Freizeitmöglichkeiten, Finanzielle Lage) zeigt sich dagegen im Zeitverlauf

eine deutliche Steigerung der Zufriedenheit. Besonders hoch ist der Zufriedenheitsanstieg in Bezug auf die Lebensaspekte „Finanzielle Lage“ und „Freizeitmöglichkeiten“. In beiden Bereichen haben sich Trends, die bereits seit 1999 zu beobachten waren, in den letzten Jahren fortgesetzt. Der positive Entwicklungsverlauf zeigt sich auch im Hinblick auf den bereits beschriebenen Lebenszufriedenheitsindex, der die Gesamtzufriedenheit mit allen erfassten Aspekten der Lebensqualität abbildet (1999: $M = 3,61$; 2005: $M = 3,62$; 2010: $M = 3,64$; 2017: $M = 3,70$; 2022: $M = 3,70$). Auffällig ist jedoch, dass die Zufriedenheit mit der „Schul- bzw. Ausbildungssituation“ nach einem Anstieg im Jahr 2017 in der aktuellen Studie deutlich abgesunken ist. Es ist davon auszugehen, dass sich die derzeit angespannte Lage an den brandenburgischen Schulen (z. B. Lehrermangel, hohe Krankenstände, Pandemiefolgen) negativ auf die Zufriedenheit der Jugendlichen auswirkt.

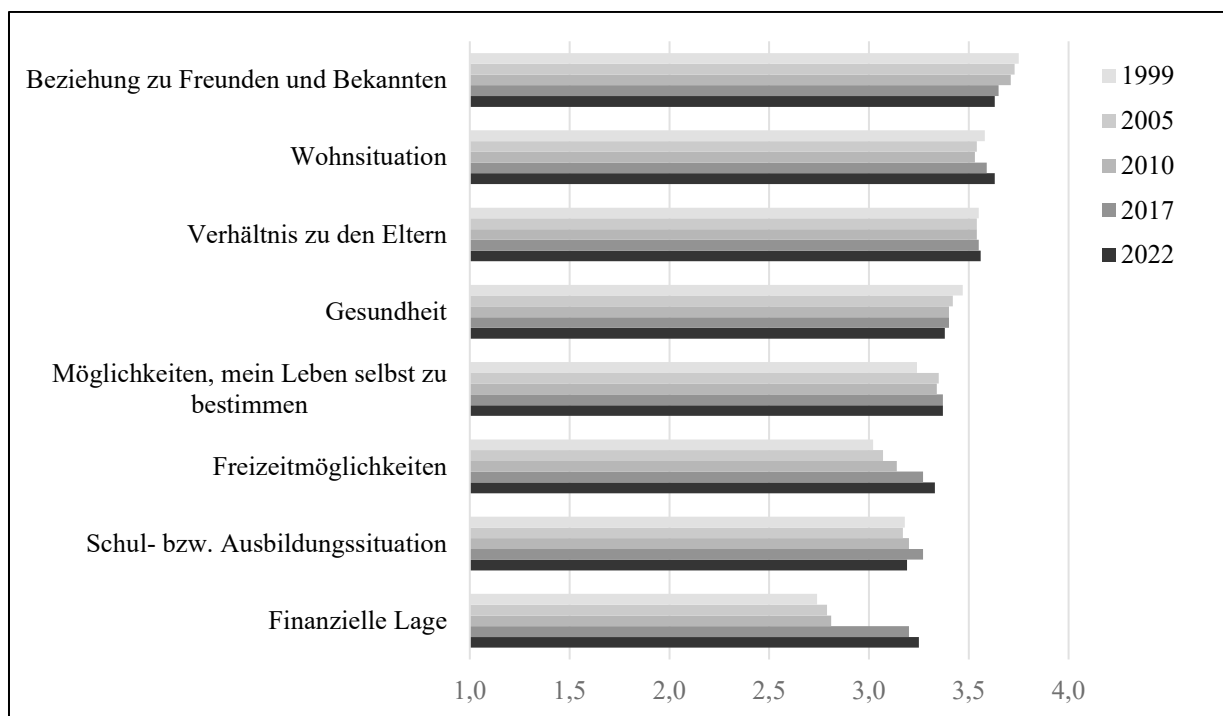


Abb. 2.2: Zufriedenheit mit zentralen Lebensaspekten im Zeitraum von 1999 bis 2022/2023
(Mittelwerte einer Skala von „1“ = „Unzufrieden“, „2“ = „Eher unzufrieden“, „3“ = „Eher zufrieden“ bis „4“ = „Zufrieden“)

Das Alter und die Schulform der Jugendlichen stehen in keinem nennenswerten Zusammenhang zur Zufriedenheit mit den sozialen Beziehungen zu Freunden und Bekannten sowie zu den Eltern. Die männlichen Jugendlichen sind – im Unterschied zur Erhebung im Jahr 2017 – allerdings diesbezüglich jeweils etwas zufriedener als die weiblichen Jugendlichen ($f = .08$ bzw. $f = .14$). Die Zufriedenheit mit Freundschaftsbeziehungen wird darüber hinaus durch die Angehörigkeit zu einem Freundeskreis beeinflusst ($V = .20$): Während 76,0 Prozent derjenigen, die einem festen Freundeskreis angehören, zufrieden mit ihren Beziehungen zu Freunden und Bekannten sind, trifft dies nur auf 47,4 Prozent derjenigen ohne festen Freundeskreis zu. Darüber hinaus trägt auch die Verfügbarkeit eines besten Freundes bzw. einer besten Freundin zur Zufriedenheit bei ($V = .16$): 72,2 Prozent der Jugendlichen mit einem besten Freund, aber nur 41,5 Prozent derjenigen ohne einen besten Freund sind mit ihren Freundschaftsbeziehungen zufrieden.

Die Zufriedenheit mit dem Verhältnis zu den Eltern steht einerseits im Zusammenhang mit familiären Unterstützungspotenzialen vor allem bei der beruflichen Entwicklung ($r = .47$) und

bei Schwierigkeiten mit Lehrern oder Ausbildern ($r = .44$). Andererseits spielen auch Faktoren wie die „Elterliche Restriktion“ ($r = -.43$) und die „Elterliche Vernachlässigung“ ($r = -.37$) eine Rolle. Insgesamt gesehen gilt: Jugendliche, die auf Unterstützung durch die Familie bauen können und überzeugt sind, dass sich ihre Eltern um sie kümmern und nicht nur Kontrolle ausüben, äußern sich zufriedener mit ihrem Verhältnis zu den Eltern als Jugendliche, die wenig Unterstützung erhalten, Restriktionen erfahren und sich allein gelassen fühlen.

Die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur selbstbestimmten Lebensgestaltung korreliert erwartungsgemäß ebenfalls positiv mit familiären Unterstützungspotenzialen sowie negativ mit „Elterlicher Restriktion“ ($r = -.27$) und „Elterlicher Vernachlässigung“ ($r = -.14$). Darüber hinaus sind Jugendliche, die ihren Lehrern eine hohe „Soziale Lehrqualität“ (z. B. „Unsere Lehrer sind gerecht“, „Unsere Lehrer berücksichtigen unsere Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung und Stoffauswahl“) bescheinigen, häufiger mit den Möglichkeiten zufrieden, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können ($r = .20$). Es lässt sich vermuten, dass gute Erfahrungen im Hinblick auf die familiäre und schulische Partizipation sowie die Fürsorge von Eltern und Lehrern das generelle Selbstwirksamkeitserleben der Jugendlichen fördern und dabei auch auf weitere Lebensbereiche positiv ausstrahlen. Dies zeigt sich nicht zuletzt in einem negativen Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur selbstbestimmten Lebensgestaltung und „Externalen Kontrollüberzeugungen“ ($r = -.26$).

Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Gesundheit und der Wohnsituation zeigen sich Effekte des Geschlechts, des Alters und der Schulform: Jungen, jüngere Jugendliche sowie Gymnasiastinnen bzw. Gymnasiasten und Oberschülerinnen bzw. Oberschüler äußern sich in Bezug auf diese Lebensaspekte zufriedener als Mädchen, ältere Jugendliche und Auszubildende an OSZ. Auch die Herkunft ist im Hinblick auf diese beiden Zufriedenheitsaspekte relevant: Während deutsche Jugendliche zufriedener mit ihrer Wohnsituation sind als nicht-deutsche Jugendliche, so ist es bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit genau andersherum.

Darüber hinaus steht eine schlechte ökonomische Lage im Zusammenhang mit der Unzufriedenheit bezüglich der Wohnsituation. Vor allem Jugendliche, die eine schwierige finanzielle Situation in der Familie erlebt und als belastend empfunden haben, sind mit ihrer Wohnsituation unzufrieden ($p = .22$). Keine signifikanten Unterschiede finden sich hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Wohnsituation dagegen zwischen denjenigen, die im „Berliner Umland“ wohnen, und denjenigen, die im „Weiteren Metropolenraum“ angesiedelt sind: Beide Gruppen weisen im Hinblick auf ihre Zufriedenheit einen ähnlichen Mittelwert auf ($M = 3,60$ bzw. $M = 3,62$). Darüber hinaus besteht auch kein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Wohnsituation und der Größe des Wohnorts, in dem die Jugendlichen zum Befragungszeitpunkt wohnten.

Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Schul- bzw. Ausbildungssituation finden sich keine signifikanten Geschlechtsunterschiede, wohl aber Unterschiede zwischen Jugendlichen der unterschiedlichen Schulformen ($f = .05$) und der verschiedenen Alterskategorien ($f = .05$). Die Zufriedenheit der Jugendlichen, die ein Gymnasium (83,7 % „Zufrieden“ oder „Eher Zufrieden“) oder eine Oberschule besuchen (82,2 %) fällt etwas niedriger aus als die Zufriedenheit derjenigen, die ein OSZ besuchen (87,3 %). Betrachtet man das Alter, so fällt vor allem die höhere Zufriedenheit der jüngeren Jugendlichen auf: Während 86,5 Prozent der bis 14-Jährigen äußern, sie seien „Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“, trifft dies nur auf 81,7 Prozent der 15- bis 17-Jährigen und auf 84,0 Prozent der ab 18-Jährigen zu.

Noch deutlichere Altersunterschiede zeigen sich bei der Einschätzung der Freizeitmöglichkeiten ($f = .22$). Diesbezüglich äußern sich 89,9 Prozent der bis 14-Jährigen, 85,0 Prozent der 15- bis 17-Jährigen, aber nur 75,0 Prozent der ab 18-Jährigen „Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“. Die mit dem Alter steigenden Möglichkeiten zur selbstständigen Mobilität und der in der Regel

größere Bewegungsradius können der absinkenden Zufriedenheit offenbar kaum entgegenwirken. Auch bei der Einschätzung der Freizeitmöglichkeiten zeigt sich, dass Oberschüler und Gymnasiasten zufriedener sind als Auszubildende an OSZ ($f = .18$).

Am deutlichsten finden sich die bereits skizzierten Alters- und Schulformunterschiede im Hinblick auf die Einschätzung der finanziellen Lage: Nur 8,8 Prozent der bis 14-Jährigen und 15,9 Prozent der 15- bis 17-Jährigen, aber 38,3 Prozent der ab 18-Jährigen sind mit ihrer finanziellen Lage „Unzufrieden“ oder „Eher unzufrieden“ ($f = .35$). Darüber hinaus sind nur 12,5 Prozent der Gymnasiastinnen bzw. Gymnasiasten und 12,7 Prozent der Oberschülerinnen bzw. Oberschüler, aber 38,1 Prozent der Auszubildenden an OSZ mit ihrer finanziellen Lage „Unzufrieden“ oder „Eher unzufrieden“ ($f = .35$). Zwar steht älteren Jugendlichen und Auszubildenden in der Regel deutlich mehr Geld zur Verfügung als jüngeren Jugendlichen und Schülern allgemeinbildender Schulen, allerdings scheinen die finanziellen Ansprüche schneller zu wachsen als die finanziellen Ressourcen. Ein Grund dafür könnte sein, dass ältere Jugendliche auch höhere finanzielle Belastungen zu tragen haben (z. B. Mietkosten bei der eigenständigen Nutzung von Wohnraum; Kosten bei der Freizeitgestaltung). Darüber hinaus könnten die geringeren Zufriedenheitswerte speziell bei Auszubildenden auch darauf zurückzuführen sein, dass sie sich – bedingt durch ihre Arbeit im Ausbildungsbetrieb – bei der Beurteilung ihrer finanziellen Lage an den wahrscheinlich deutlich mehr verdienenden Mitarbeitern mit abgeschlossener Ausbildung orientieren. Hingegen wählen Schüler vermutlich eher andere Schüler – und damit Personen, die häufig über ähnliche finanzielle Ressourcen verfügen – als Bezugspunkt des Vergleichs.

Im Einklang mit den dargestellten itemspezifischen Ergebnissen findet sich bei jüngeren Jugendlichen auch insgesamt eine höhere Lebenszufriedenheit als bei älteren Jugendlichen ($f = .19$). Darüber hinaus weisen Gymnasiasten und Oberschüler eine höhere Gesamtzufriedenheit auf als Auszubildende ($f = .16$). Ferner sind Jungen etwas zufriedener als Mädchen ($f = .10$). Keine nennenswerten Zusammenhänge existieren in Bezug auf die Herkunft: Jugendliche deutscher Herkunft berichten eine ähnliche Gesamtzufriedenheit wie Jugendliche ausländischer Herkunft. Es gibt auch keine nennenswerten Zufriedenheitsunterschiede in Abhängigkeit von der Größe oder Berlinnähe des Wohnorts der Jugendlichen. Ob jemand insgesamt in seinem Leben eher zufrieden ist oder nicht, steht dagegen – analog zu den Ergebnissen anderer Jugendstudien – in einem hohen Zusammenhang mit seiner ökonomischen Lage. Insbesondere eine erlebte und als belastend empfundene schwierige finanzielle Situation der Familie ($\rho = -.23$) korreliert negativ mit der Gesamt-Lebenszufriedenheit. Die insgesamt hohe Lebenszufriedenheit unter brandenburgischen Jugendlichen hängt daher nicht zuletzt damit zusammen, dass sich ein Großteil der Jugendlichen in einer guten ökonomischen Lage befindet. Zudem steht die Lebenszufriedenheit auch im Zusammenhang mit verschiedenen Persönlichkeitsmerkmalen: Ergebnisse von Korrelationsanalysen zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen der allgemeinen Lebenszufriedenheit einerseits sowie berufsbezogenem Zukunftsoptimismus ($r = .26$) und internalen Kontrollüberzeugungen ($r = .27$) andererseits.

Kontrollüberzeugungen

In der aktuellen Erhebung weisen 21,5 Prozent der Jugendlichen (2017: 35,6 %) „Niedrige“ externale Kontrollüberzeugungen auf, d. h. sie sind davon überzeugt, das Erreichen ihrer Ziele durch ihr eigenes Handeln beeinflussen zu können (Skala „Externale Kontrollüberzeugung“ s. Anhang). Auf 43,8 Prozent der Jugendlichen (2017: 38,6 %) trifft dies mit Abstrichen zu – sie weisen „Eher niedrige“ externale Kontrollüberzeugungen auf. Demgegenüber weisen 26,0 Prozent der Jugendlichen „Eher hohe“ externale Kontrollüberzeugungen auf (2017: 20,7 %) und sind dementsprechend wenig überzeugt davon, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können.

8,7 Prozent (2017: 5,2 %) der Jugendlichen weisen sogar „Hohe“ externale Kontrollüberzeugungen auf (s. Tab. 2.4). Damit ist der Anteil an Jugendlichen, die sich „fremdbestimmt“ fühlen, so hoch wie noch nie seit Beginn der Erhebung der diesbezüglichen Fragen im Jahr 1996.

Tab. 2.4: Skala „Externale Kontrollüberzeugungen“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Skala „Externale Kontrollüberzeugungen“							
	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	35,6	21,5	38,6	43,8	20,7	26,0	5,2	8,7
Jungen	36,8	23,4	38,1	43,8	19,9	25,3	5,2	7,4
Mädchen	34,3	19,9	39,0	44,2	21,4	26,3	5,2	9,6
Bis 14 Jahre	33,3	19,4	38,8	43,2	21,4	27,7	6,5	9,8
15 bis 17 Jahre	38,8	22,7	37,1	43,1	19,7	25,7	4,4	8,6
Ab 18 Jahre	34,1	22,9	40,5	45,6	21,1	24,3	4,3	7,2
Oberschule	29,8	18,9	36,8	40,1	24,8	29,2	8,5	11,8
Gymnasium	41,8	25,1	39,2	48,1	16,8	21,5	2,2	5,3
OSZ	34,1	20,0	40,0	43,2	20,7	28,0	5,2	8,9

Der Vergleich der Ergebnisse von 2017 und 2022/2023 zeigt – sowohl bezogen auf die gesamte Stichprobe als auch auf einzelne Teilgruppen von Jugendlichen – eine besorgniserregende Entwicklung auf: In der aktuellen Studie sind deutlich weniger Jugendliche der Überzeugung, „ihres eigenen Glückes Schmied zu sein“, als noch vor fünf Jahren. In allen betrachteten Teilgruppen fiel der Anteil derjenigen mit „Niedrigen“ externalen Kontrollüberzeugungen um mehr als 10 Prozentpunkte ab. Am stärksten ist dieser Rückgang bei den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (16,7 Prozentpunkte) sowie bei den 15- bis 17-Jährigen (16,1 Prozentpunkte) ausgeprägt – beide Teilgruppen wiesen 2017 noch besonders niedrige externale Kontrollüberzeugungen auf.

Im Gegensatz zu 2017 finden sich signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern ($f = .05$): Mädchen weisen höhere externale Kontrollüberzeugungen auf als Jungen. Die 2017 ermittelten Unterschiede zwischen den Schulformen sind erhalten geblieben (2017: $f = .15$; 2022: $f = .13$): Gymnasiastinnen bzw. Gymnasiasten weisen bei den externalen Kontrollüberzeugungen die geringsten und Oberschülerinnen bzw. Oberschüler die höchsten Skalenwerte auf. Oberschülerinnen bzw. Oberschüler sind mit 11,8 Prozent bei den Jugendlichen mit einer völlig fatalistischen Lebenseinstellung bei ansteigender Tendenz deutlich überrepräsentiert (1996: 5,3 %; 1999: 5,1 %; 2005: 6,7 %; 2010: 8,9 %; 2017: 8,5 %).

Betrachtet man die Veränderungen der Skala „Externale Kontrollüberzeugungen“ anhand der Mittelwerte im längerfristigen Zeitverlauf, dann zeigt sich, dass die Verbreitung externaler Kontrollüberzeugungen unter den brandenburgischen Jugendlichen von 1996 bis 1999 geringfügig zugenommen hatte. Während zwischen 1999 und 2005 ein leichter Rückgang externaler Kontrollüberzeugungen stattfand, war zwischen 2005 und 2010 wieder ein geringfügiger Anstieg und zwischen 2010 und 2017 ein gleichbleibendes Niveau zu verzeichnen. Wie bereits ausgeführt, ist seit 2017 ein deutlicher Anstieg festzustellen, der sich auch in einem erhöhten Mittelwert widerspiegelt. Insgesamt liegt die Verbreitung externaler Kontrollüberzeugungen

derzeit auf dem höchsten Stand seit Beginn der Erfassung im Jahr 1996 (1996: $M = 2,01$; 1999: $M = 2,07$; 2005: $M = 1,88$; 2010: $M = 1,96$; 2017: $M = 1,96$; 2022: $M = 2,22$).

Wie der Abbildung 2.3 zu entnehmen ist, lassen sich zu allen Erhebungszeitpunkten die meisten Jugendlichen hinsichtlich ihrer externalen Kontrollüberzeugungen den Kategorien „Niedrig“ und „Eher niedrig“ zuordnen. Über alle Erhebungszeitpunkte hinweg ist jedoch der Anteil an Jugendlichen mit hohen externalen Kontrollüberzeugungen und damit mit fatalistischen Einstellungsmustern gestiegen: Bei der Erhebung im Jahr 1996 hatten sich nur 3,3 Prozent der brandenburgischen Jugendlichen als völlig „fremdbestimmt“ erlebt; derzeit beträgt dieser Wert 8,7 Prozent.

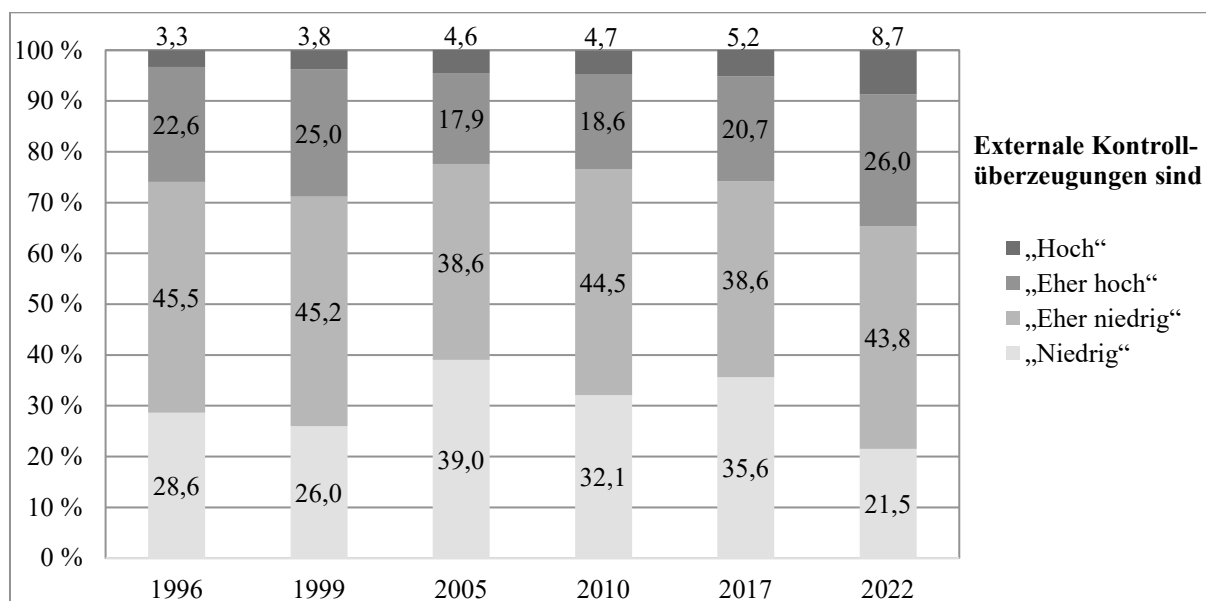


Abb. 2.3: „Externale Kontrollüberzeugungen“ im Zeitraum von 1996 bis 2022/2023 (in %)

Eine empfundene Fremdbestimmung steht häufig in einem engen Zusammenhang zu sozialen Einflüssen: Die Analysen zeigen, dass im familiären Kontext externalen Kontrollüberzeugungen häufig mit „Elterlicher Restriktion“ ($r = .27$) und „Elterlicher Vernachlässigung“ ($r = .20$) einhergehen. Im Peer-Kontext korrelieren externalen Kontrollüberzeugungen mit dem Fehlen eines Freundeskreises ($V = .11$): Während 75,1 Prozent der Jugendlichen mit niedrigen externalen Kontrollüberzeugungen einen Freundeskreis besitzen, gilt dies nur für 68,4 Prozent der Jugendlichen mit hohen externalen Kontrollüberzeugungen. Auch im schulischen Kontext finden sich Zusammenhänge, beispielsweise zur „Sozialen Lehrqualität“ ($r = -.15$). Dies weist auf die Bedeutung von Mitgestaltungsmöglichkeiten im Schul- und Unterrichtsgeschehen sowie von transparenten und vor allem selbstwertdienlichen Leistungsbewertungen für die Förderung von internalen Kontrollüberzeugungen hin. Schließlich findet sich auch ein Zusammenhang zwischen „Externalen Kontrollüberzeugungen“ und „Berufsbezogenem Zukunftsoptimismus“ ($r = -.36$): Je stärker die Jugendlichen daran glauben, ihres eigenen Glückes Schmied zu sein, desto optimistischer fällt ihr Blick in die Zukunft aus. Steigende externalen Kontrollüberzeugungen stellen damit einen Anlass für Beunruhigung dar; dies gilt nicht zuletzt, weil externalen Kontrollüberzeugungen einer hohen Leistungsmotivation und dem Lebenserfolg entgegenstehen und substanzielle Zusammenhänge zu „Ausländerfeindlichkeit“ ($r = .21$), Rechtsextremismus ($r = .29$) und allgemeiner Gewaltbereitschaft ($r = .27$) aufweisen.

Krisenerleben

In der aktuellen Studie 2022/2023 wurde das erste Mal die Bedrohlichkeit verschiedener Krisen erhoben (s. Tab. 2.5). Die Ergebnisse zeigen, dass die in der Öffentlichkeit als beunruhigend

rezipierten Krisen auch von Jugendlichen als solche eingeschätzt werden: Von den brandenburgischen Jugendlichen wird dabei die Inflation als mit Abstand am bedrohlichsten wahrgenommen (62,7 % Kategorie „Sehr bedrohlich“). Es folgen die mangelnde Energieversorgung (49,2 %) und der Klimawandel bzw. die Umweltverschmutzung (44,5 %). Auch Terrorismus (39,6 %), Arbeitslosigkeit (35,3 %), der Zustand des Gesundheitswesens (31,6 %), der Ukraine-Krieg (30,8 %) und eine wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen (29,2 %) gehören zu den Krisen, von denen sich Jugendliche bedroht fühlen. Als mit Abstand am wenigsten bedrohlich wird die Corona-Pandemie eingeschätzt (9,6 %).

Tab. 2.5: Bedrohlichkeit von Krisen 2022/2023 (in %)

„Für wie bedrohlich halten Sie die folgenden Dinge?“				
	Gar nicht bedrohlich	Eher nicht bedrohlich	Eher bedrohlich	Sehr bedrohlich
Inflation (steigende Preise)	1,4	4,9	31,0	62,7
Mangelnde Energieversorgung (z. B. Gas, Strom)	2,1	10,0	38,7	49,2
Klimawandel/Umweltverschmutzung	6,4	13,6	35,5	44,5
Terrorismus	5,8	18,5	36,2	39,6
Arbeitslosigkeit	3,6	17,6	43,5	35,3
Zustand des Gesundheitswesens	3,7	22,3	42,4	31,6
Ukraine-Krieg	7,8	19,3	42,0	30,8
Wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen	3,8	23,2	43,8	29,2
Zuwanderung / Aufnahme von Geflüchteten	11,4	33,8	31,5	23,2
Steigende Staatsverschuldung	3,3	19,5	54,3	22,8
Zustand des Bildungswesens	4,4	32,2	40,9	22,6
Corona-Pandemie	13,7	40,2	36,5	9,6

Vergleicht man die Mittelwerte der einzelnen Indikatoren, so zeigen sich zum Teil sehr deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Alterskategorien, den Schulformen und der Herkunft der Jugendlichen. Besonders auffällig ist, dass Mädchen fast alle genannten Krisen als bedrohlicher einschätzen als Jungen. Besonders stark fallen die Unterschiede dabei hinsichtlich der Einschätzung des Terrorismus ($f = .19$), der Arbeitslosigkeit ($f = .17$), des Zustandes des Gesundheitswesens ($f = .16$), des Klimawandels bzw. der Umweltverschmutzung ($f = .14$), der Inflation ($f = .08$) und des Ukraine-Kriegs ($f = .12$) aus. Als Grund für diese Unterschiede kann der in der psychologischen Forschung seit Langem bekannte und gut belegte Befund angeführt werden, dass Frauen grundsätzlich stärker zu Ängstlichkeit neigen als Männer.

Bezüglich des Alters ist festzustellen, dass die Corona-Pandemie besonders von den jüngsten Jugendlichen (bis 14 Jahre) immer noch als bedrohlich wahrgenommen wird ($f = .13$). Die aufgeführten Krisen, die sich auf die Wirtschaft beziehen, werden hingegen eher von den älteren Jugendlichen als bedrohlich eingeschätzt: In diesem Zusammenhang sind eine steigende Staatsverschuldung ($f = .09$), die Inflation ($f = .11$) und vor allem eine wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen ($f = .21$) zu nennen. Es ist zu vermuten, dass sich Jugendliche erst mit zunehmendem Alter für wirtschaftliche Gegebenheiten interessieren und die Tragweite von diesbezüglichen Krisen dann erst wahrnehmen. Weitere Altersunterschiede sind bei der Einschätzung der Bedrohlichkeit der Zuwanderung sichtbar: Je älter die Jugendlichen sind, desto

eher wird die Zuwanderung als bedrohlich wahrgenommen ($f = .09$). Deutlich stärker fällt der Altersunterschied hinsichtlich der Bewertung des Zustandes des Bildungswesens aus. Auch hier gilt, dass die Bedrohlichkeit in den höheren Alterskategorien höher eingestuft wird als in den jüngeren Alterskategorien ($f = .21$). Vermutlich wird den Jugendlichen erst mit zunehmendem Alter klar, welchen Einfluss der Zustand des Bildungswesens auf ihre persönlichen Entwicklungschancen hat (z. B. bei der Berufswahl). Daher werden mögliche festgestellte Defizite des Systems vermutlich zum Ende der Schullaufbahn hin eher als bedrohlich eingeschätzt.

Ebenso wie bei den Alterskategorien findet sich bei der Einschätzung der wirtschaftsbezogenen Krisen auch ein Unterschied hinsichtlich der Schulformen: Eine mangelnde Energieversorgung ($f = .06$), die Inflation ($f = .11$), die steigende Staatverschuldung ($f = .11$) und besonders die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen ($f = .18$) werden von Auszubildenden an OSZ als bedrohlicher eingeschätzt als von Jugendlichen, die eine andere Schulform besuchen. Man kann davon ausgehen, dass die befragten Auszubildenden aufgrund ihrer Einbindung in das Berufsleben bereits einen stärkeren Bezug zu wirtschaftlichen Themen aufweisen als die Schülerinnen und Schüler. Daher verspüren sie vermutlich eine stärkere Relevanz der diesbezüglichen Krisen in Bezug auf ihr eigenes Leben und nehmen diese Krisen als eher bedrohlich wahr als die anderen Jugendlichen. Im Gesundheitsbereich ist zu konstatieren, dass Auszubildende an OSZ zwar die Corona-Krise als weniger bedrohlich empfinden als Jugendliche an anderen Schulformen ($f = .12$), sie den Zustand des Gesundheitswesens insgesamt aber als bedrohlicher einschätzen ($f = .07$). Weitere schulformbezogene Unterschiede bei der Kriseneinschätzung sind im Bereich des Ukraine-Kriegs und des Terrorismus zu finden: Beide sicherheitsbezogenen Krisen werden von den Schülerinnen und Schülern der Gymnasien als bedrohlicher wahrgenommen als von den Jugendlichen der anderen Schulformen ($f = .07$ bzw. $f = .06$). Deutlich stärkere Unterschiede liegen darüber hinaus hinsichtlich des Klimawandels vor ($f = .18$), der besonders von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten als bedrohlich wahrgenommen wird. Die Zuwanderung wird dagegen von den Schülerinnen und Schülern dieser Schulform als erheblich weniger bedrohlich eingeschätzt als von den anderen Jugendlichen ($f = .20$).

Jugendliche deutscher Herkunft fühlen sich von der Inflation stärker bedroht als nicht-deutsche Jugendliche ($f = .08$). Möglicherweise fällt die Einschätzung der nicht-deutschen Jugendlichen deshalb entspannter aus, da sie aus ihren Heimatländern häufig deutlich höhere Inflationsraten gewohnt sind als deutsche Jugendliche. Zudem ist ein Unterschied zwischen deutschen und nicht-deutschen Jugendlichen hinsichtlich der Bewertung der Corona-Krise auffällig ($f = .09$): Deutsche Jugendliche nehmen diese Krise als weniger bedrohlich wahr als nicht-deutsche Jugendliche. So schätzen lediglich 9,0 Prozent der deutschen Jugendlichen die Corona-Pandemie als „Sehr bedrohlich“ ein, während dies bei 31,4 Prozent der nicht-deutschen Jugendlichen der Fall ist. Ein Grund für diesen großen Unterschied liegt möglicherweise in der schlechteren Gesundheitsversorgung in den Herkunftsländern der nicht-deutschen Jugendlichen.

Ukraine-Krieg

Aus aktuellem Anlass wurden die Jugendlichen gebeten, ihre etwaigen Ängste hinsichtlich des Ukraine-Kriegs anzugeben. Dazu wurden sieben Einzelaspekte erfasst, die unterschiedliche Befürchtungen zum Ausdruck brachten (s. Tab. 2.6). Unter den Jugendlichen ist die Angst am weitesten verbreitet, dass es durch den Krieg zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte. Mit 69,1 Prozent stimmten über zwei Drittel der befragten Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildenden dieser Aussage „Völlig“ oder „Eher“ zu. Gefolgt wird diese Befürchtung von den Ängsten, dass es der eigenen Familie aufgrund des Krieges finanziell schlechter gehen wird als bisher (69,0 %) und dass der Krieg noch sehr lange dauert (68,2 %). Die zusammengezählten Nennungen der Antworten „Stimmt völlig“ und „Stimmt eher“ der Befürchtungen, dass sich der Krieg auch auf Deutschland ausweitert (66,5 %) und dass deutsche Soldatinnen und Soldaten im Krieg kämpfen müssen (64,5 %), liegen auf einem ähnlich hohen Niveau.

Allerdings liegen die Prozentanteile der höchsten Zustimmungskategorie „Stimmt völlig“ deutlich unter den entsprechenden Anteilen der vorgenannten Aspekte. Auch die Befürchtung, dass Deutschland eine noch größere Anzahl an Flüchtlingen aufnimmt als bisher, ist mit 63,8 Prozent bei einer deutlichen Mehrheit der Jugendlichen zu erkennen. Die Angst davor, dass die eigene Familie wegen des Krieges fliehen muss, fällt dagegen deutlich geringer aus: 43,8 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage „Völlig“ oder „Eher“ zu.

Tab. 2.6: Befürchtungen bezüglich des Ukraine-Kriegs 2022/2023 (in %)

„Ich habe Angst davor, dass ...“	Stimmt völlig	Stimmt eher	Stimmt eher nicht	Stimmt gar nicht
... es zu einem Einsatz von Atomwaffen kommt.	37,7	31,4	21,1	9,7
... es meiner Familie und mir aufgrund des Krieges finanziell schlechter gehen wird als bisher.	34,5	34,5	21,0	10,0
... der Ukraine-Krieg noch sehr lange dauert.	22,0	46,2	22,9	8,8
... sich der Ukraine-Krieg auch auf Deutschland ausweitete.	33,5	33,0	23,9	9,7
... deutsche Soldatinnen und Soldaten im Krieg kämpfen müssen.	27,3	37,2	25,5	10,0
... in Deutschland eine noch größere Anzahl an Flüchtlingen aufgenommen wird als bisher.	31,7	32,1	23,7	12,5
... meine Familie und ich fliehen müssen.	24,8	19,0	31,8	24,4

Ebenso wie bei der Einschätzung der Bedrohlichkeit von Krisen, ist auch bei den Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg auf Basis der Mittelwerte der Einzelitems eine grundsätzlich höhere Ängstlichkeit der weiblichen Jugendlichen gegenüber den männlichen Jugendlichen zu erkennen. Vor finanziellen Einbußen ($f = .14$), vor einer langen Kriegsdauer ($f = .16$), vor dem Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten ($f = .22$), vor einem Einsatz von Atomwaffen ($f = .23$), vor einer nötigen eigenen Flucht ($f = .24$) und vor einer Ausweitung des Krieges auf Deutschland ($f = .26$) haben deutlich mehr Schülerinnen Angst als Schüler. Beispielsweise stimmten 43,4 Prozent der Schülerinnen der Aussage zu, Angst vor einer Ausweitung des Ukraine-Krieges auf Deutschland zu haben; bei den Schülern lag die völlige Zustimmung indessen lediglich bei 23,1 Prozent.

Hinsichtlich des Alters sind nur leichte Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilgruppen auszumachen: Die Schülerinnen und Schüler ab 18 Jahren befürchten etwas seltener als andere Jugendliche, dass es zu einem Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten kommen könnte ($f = .06$). Sie befürchten dafür aber etwas häufiger, dass sie durch den Krieg finanzielle Einbußen zu erwarten haben könnten ($f = .08$). Bei den jüngeren Jugendlichen (bis 14 Jahre) ist die Angst vor einer möglichen eigenen Flucht etwas weiter verbreitet als bei den anderen Altersgruppen ($f = .09$). Auch bezüglich der Schulform liegen lediglich leichte Unterschiede vor: Die Schülerinnen und Schüler, die eine Oberschule besuchen, befürchten etwas seltener eine Ausweitung des Krieges auf Deutschland ($f = .06$) und einen möglichen Atomwaffeneinsatz ($f = .06$) als diejenigen, welche die anderen Schulformen besuchen. Die Auszubildenden an OSZ haben etwas häufiger Angst vor finanziellen Einbußen durch den Krieg ($f = .08$) und die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten haben deutlich seltener Angst vor einer größeren Anzahl an aufzunehmenden Flüchtlingen ($f = .18$) als die Jugendlichen der jeweils anderen Schulformen. Die Herkunft der befragten Schülerinnen und Schüler spielt bei den Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg kaum eine Rolle.

Berufsbezogene Zukunftserwartungen

Trotz aller Krisen liegt der berufsbezogene Zukunftsoptimismus 2022/2023 in etwa auf dem hohen Niveau des Jahres 2017 – dem Jahr mit dem bis dato höchsten Stand seit der ersten Erhebung 1993 (Skala „Berufsbezogener Zukunftsoptimismus“ s. Anhang). 87,5 Prozent der Jugendlichen weisen einen „Hohen“ oder „Eher hohen“ berufsbezogenen Zukunftsoptimismus auf (2017: 88,8 %). Dabei stiegen die prozentualen Anteile der höchsten Kategorie „Hoch“ insgesamt und für fast alle betrachteten Teilgruppen noch einmal an. Einen Überblick über die Entwicklung des Zukunftsoptimismus in den Jahren von 2017 bis 2022/2023 bietet die folgende Tabelle 2.7.

Tab. 2.7: Skala „Berufsbezogener Zukunftsoptimismus“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Skala „Berufsbezogener Zukunftsoptimismus“							
	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	0,6	0,6	10,6	11,9	67,2	63,1	21,6	24,4
Jungen	0,5	0,8	9,6	9,9	67,3	62,3	22,6	27,0
Mädchen	0,6	0,3	11,6	13,3	67,2	64,2	20,5	22,1
Bis 14 Jahre	0,8	0,8	9,5	11,3	68,6	67,8	21,1	20,2
15 bis 17 Jahre	0,5	0,5	10,4	12,9	68,7	61,1	20,4	25,6
Ab 18 Jahre	0,3	0,7	12,1	11,4	63,0	59,4	24,5	28,5
Oberschule	1,1	0,8	11,7	11,5	66,1	63,3	21,1	24,4
Gymnasium	0,3	0,2	9,3	11,8	71,9	67,0	18,6	20,9
OSZ	0,2	1,1	11,1	11,9	61,9	63,1	26,8	24,4

Betrachtet man die langfristige Entwicklung des Zukunftsoptimismus seit 1993, so zeigt sich zunächst einmal, dass der Optimismus der Jugendlichen von 1993 bis 1996 leicht angestiegen ist. Im Jahr 1999 gab es dann ein deutliches Absinken des Zukunftsoptimismus, es wurde der bisherige Tiefstwert erreicht. Seitdem ist der Zukunftsoptimismus von Erhebung zu Erhebung gewachsen (1993: $M = 2,89$; 1996: $M = 2,93$; 1999: $M = 2,81$; 2005: $M = 2,84$; 2010: $M = 3,08$; 2017: $M = 3,10$; 2022: $M = 3,11$). Der größte Zuwachs an Optimismus war dabei zwischen den Jahren 2005 und 2010 zu verzeichnen. In diesem Zeitraum hat sich die Verbreitung von „Niedrigem“ oder „Eher niedrigem“ Zukunftsoptimismus von 27,4 Prozent auf 13,2 Prozent stark verringert.

Mittelwertvergleiche der Teilgruppen zeigen, dass sich der Zukunftsoptimismus kaum hinsichtlich des Geschlechts, des Alters und der Herkunft der Jugendlichen unterscheidet. Darüber hinaus ist der Zukunftsoptimismus unabhängig davon, ob die Jugendlichen im „Berliner Umland“ oder im „Weiteren Metropolenraum“ wohnen und welche Schulform sie besuchen. Bezogen auf den Bildungsbereich finden sich positive Zusammenhänge zur Zufriedenheit mit den Schulleistungen ($r = .25$), zur sozialen Lehrqualität ($r = .22$), zum Schulspaß ($r = .19$) und zur wahrgenommenen Schulqualität ($r = .16$). Negative Korrelationen liegen dagegen mit Schulstress bzw. Schulangst ($r = -.19$) sowie der Schulunlust ($r = -.18$) vor. Schulische Erfolgserlebnisse und positiv wahrgenommene Schulbedingungen scheinen somit eine optimistische Sicht auf die Zukunft zu fördern.

Abschließend sei ein Befund im Hinblick auf den beruflichen Zukunftsoptimismus besonders hervorgehoben, und zwar die nach wie vor gleichbleibend hohe Erwartung der Jugendlichen, dass sich ihr Berufswunsch erfüllen wird. Im Jahr 2022/2023 stimmen 82,1 Prozent (2017: 83,2 %) der brandenburgischen Jugendlichen „Eher“ oder „Völlig“ der Aussage zu, dass ihr Berufswunsch in Erfüllung gehen wird.

Migrationswünsche

Die regionalen Lebensbedingungen werden 2022/2023 überwiegend ähnlich beurteilt wie im Jahr 2017 (s. Tab. 2.8). Dennoch treten einige Unterschiede zutage: Der Aussage, dass sich im eigenen Wohnort vieles zum Positiven verändert hat, stimmen mit 52,7 Prozent weniger Jugendliche „Eher“ oder „Völlig“ zu als noch 2017 (59,9 %). Mit 45,2 Prozent sind darüber hinaus ebenfalls weniger Jugendliche als 2017 (51,3 %) „Eher“ oder „Völlig“ der Meinung, dass sie viele Möglichkeiten haben, im Wohnort selbst etwas auf die Beine stellen zu können. Auch die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt wird von den Jugendlichen reflektiert: Ihr Glaube daran, in der Region eine ihren Vorstellungen entsprechende Wohnung zu finden, ist seit 2017 deutlich zurückgegangen. Waren 2017 noch 65,4 Prozent „Eher“ oder „Völlig“ der Ansicht, eine den Vorstellungen entsprechende Wohnung finden zu können, sind es 2022/2023 nur noch 50,8 Prozent.

Tab. 2.8: Einschätzung der regionalen Lebensbedingungen 2017 und 2022/2023 (in %)

	Einschätzung der regionalen Lebensbedingungen							
	Stimmt völlig		Stimmt eher ¹⁰		Stimmt eher nicht ¹¹		Stimmt gar nicht ¹²	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Andere Einwohner helfen bei Schwierigkeiten	34,4	32,3	34,5	35,7	18,8	21,7	12,3	10,3
Schwierigkeiten, eine Arbeitsstelle im Traumberuf zu finden	18,9	18,5	35,0	35,9	27,7	35,3	18,4	10,3
Verbundenheit zum Wohnort und seinen Einwohnern	27,6	26,7	38,0	37,8	22,7	25,5	11,6	10,0
Wohnung finden, die meinen Vorstellungen entspricht	23,1	14,9	42,3	35,9	24,2	37,8	10,3	11,4
Gute Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten	36,6	31,8	46,7	49,7	11,9	16,7	4,8	1,9
Positive Entwicklung des Wohnortes	18,7	14,2	41,2	38,5	28,4	35,4	11,6	11,9
Jugendliche haben viele Möglichkeiten, selbst etwas auf die Beine zu stellen	15,8	11,6	35,5	33,6	32,6	41,2	16,0	13,6

Bildet man aus den in der Tabelle 2.8 dargestellten Indikatoren einen kategorisierten additiven Index zur Einschätzung der regionalen Lebensbedingungen, so zeigt sich die Mehrheit der Jugendlichen insgesamt völlig „Zufrieden“ (2017: 21,5 %; 2022: 14,8 %) oder „Eher zufrieden“

¹⁰ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt teilweise“.

¹¹ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt kaum“.

¹² Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt nicht“.

(2017: 47,5 %; 2022: 53,2 %). Optimierungsbedarf in vielen Bereichen sehen 29,3 Prozent der Jugendlichen (2017: 25,1 %), aber nur 2,7 Prozent der Jugendlichen sind völlig „Unzufrieden“ mit den Lebensbedingungen an ihrem Wohnort (2017: 5,9 %). Dabei beurteilen Mädchen die regionalen Lebensbedingungen etwas kritischer als Jungen ($f = .10$): Während sich 35,5 Prozent der Mädchen „Unzufrieden“ oder „Eher unzufrieden“ äußern, gilt dies nur für 28,1 Prozent der Jungen. Darüber hinaus nimmt die Unzufriedenheit mit steigendem Alter der Jugendlichen zu ($f = .25$): Nur 22,5 Prozent der bis 14-Jährigen, aber 32,1 Prozent der 15- bis 17-Jährigen und sogar 47,2 Prozent der ab 18-Jährigen äußern sich „Unzufrieden“ oder „Eher unzufrieden“. Schließlich finden sich auch Unterschiede zwischen den Schulformen der Jugendlichen: Ober-schülerinnen bzw. Oberschüler sind am zufriedensten, während Auszubildende an OSZ die geringste Zufriedenheit aufweisen ($f = .18$).

Trotz der weit verbreiteten hohen Zufriedenheit mit den regionalen Lebensbedingungen können sich 74,0 Prozent der Jugendlichen vorstellen, ihren Wohnort in der Zukunft auf Dauer zu verlassen. Hierbei sind – im Gegensatz zu früheren Erhebungen – keine Unterschiede mehr zwischen Jungen und Mädchen festzustellen. Allerdings ist der Abwanderungswunsch bei Jugendlichen aus kleineren Orten etwas geringer ausgeprägt als bei Jugendlichen, die in größeren Orten wohnen: Während sich 69,5 Prozent der Jugendlichen, die in Orten mit maximal 1.500 Einwohnern wohnen, einen dauerhaften Wohnortwechsel vorstellen können, gilt dies für 79,6 Prozent der Jugendlichen, die in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern wohnen. Eine mögliche Ursache könnte darin liegen, dass sich Jugendliche aus kleineren Orten stärker mit ihrer Region verbunden fühlen ($\rho = -.11$). Zwischen Jugendlichen deutscher Herkunft und Jugendlichen ausländischer Herkunft bestehen ebenfalls Unterschiede im Hinblick auf die Migrationspläne: Während sich 73,6 Prozent der deutschen Jugendlichen vorstellen können, ihren Wohnort dauerhaft zu verlassen, trifft dies auf 84,8 Prozent der Jugendlichen mit nicht-deutscher Herkunft zu.

Diejenigen Jugendlichen, die sich einen dauerhaften Wohnortwechsel vorstellen können, wurden danach gefragt, in welcher Region ihr künftiger Wohnort liegen sollte. 36,6 Prozent dieser Jugendlichen zeigen eine gewisse „Landestreue“ und wollen in Brandenburg bleiben (s. Tab. 2.9). Nach Berlin zieht es 13,4 Prozent dieser Jugendlichen. 25,4 Prozent der umzugsbereiten Jugendlichen möchten gern in andere deutsche Bundesländer ziehen. Deutschland verlassen möchten 24,5 Prozent der umzugsbereiten Jugendlichen; der überwiegende Teil von ihnen (14,4 %) möchte aber in Europa bleiben. Auch im Hinblick auf die Region des künftigen Wohnorts äußern sich Jungen und Mädchen insgesamt ähnlich. Immer weniger umzugsbereite Jugendliche zieht es in eine Großstadt (2005: 23,1 %; 2010: 21,2 %; 2017: 17,2 %; 2022: 13,3 %) oder Millionenstadt (2005: 35,6 %; 2010: 32,8 %; 2017: 21,1 %; 2022: 15,5 %). Hingegen steigt die Attraktivität von „Dörfern oder Kleinstädten“ als Wohnort für die Jugendlichen stetig an (2005: 14,9 %; 2010: 17,2 %; 2017: 22,1 %; 2022: 26,7 %). Dieser Befund ist gerade für ein Flächenland wie Brandenburg von hoher Bedeutung. Jugendliche, die in einem größeren Ort wohnen, bevorzugen dabei auch künftig eher größere Wohnorte, wohingegen Jugendliche aus kleineren Wohnorten auch künftig kleinere Orte präferieren ($\rho = .13$). 25,3 Prozent der umzugsbereiten Jugendlichen – und damit einem etwas geringeren Anteil als noch im Jahr 2017 – ist die Größe ihres künftigen Wohnorts egal (2005: 17,2 %; 2010: 16,5 %; 2017: 27,2 %). Auch im Hinblick auf die künftige Wohnortgröße zeigen Mädchen und Jungen ein ähnliches Antwortverhalten.

Tab. 2.9: Vorstellungen zum zukünftigen Wohnort 2022/2023 (in %)

In welcher Region sollte Ihr künftiger Wohnort liegen? Mein künftiger Wohnort sollte ...		Wie groß sollte Ihr künftiger Wohnort sein? Mein künftiger Wohnort sollte ...	
... in Brandenburg liegen.	36,6	.. ein Dorf oder eine Kleinstadt sein.	26,7
... in Berlin liegen.	13,4	... eine Stadt, so groß wie z. B. Angermünde oder Guben sein.	19,1
... in einer anderen Region Deutschlands liegen.	25,4	... eine Großstadt, so groß wie z. B. Cottbus oder Potsdam sein.	13,3
... in einem anderen europäischen Land liegen.	14,4	... eine Millionenstadt, so groß wie z. B. Berlin oder Hamburg sein.	15,5
... in einem Land außerhalb Europas liegen.	10,1	Es ist mir egal, wie groß mein künftiger Wohnort ist.	25,3

Ein Wohnortwechsel stellt für viele Jugendliche eine Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit dar. Für die Migrationsneigung ist dabei entscheidend, wie hoch die Lebensqualität in der Region eingeschätzt wird bzw. welche Perspektiven die Region für die Verwirklichung von Lebensplänen bietet ($V = .11$): Von den Jugendlichen, die mit den regionalen Lebensbedingungen insgesamt „Unzufrieden“ sind, können sich 81,2 Prozent vorstellen, in Zukunft dauerhaft an einem anderen Ort zu wohnen. Gleiches trifft nur auf 61,4 Prozent der Jugendlichen zu, die „Zufrieden“ mit den regionalen Lebensbedingungen sind. Die nachfolgende Tabelle 2.10 bietet einen genaueren Überblick über den Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den einzelnen regionalen Lebensbedingungen und den Migrationsneigungen. Dabei zeigt sich deutlich, dass nicht nur „harte“ regionale Faktoren wie der Arbeits- und Wohnungsmarkt, sondern auch „weiche“ Faktoren wie die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und die Qualität der sozialen Netzwerke mit den Migrationsneigungen von Jugendlichen zusammenhängen. Zudem stehen die Migrationsneigungen im Zusammenhang mit der Verbundenheit zum Wohnort: 86,6 Prozent der Jugendlichen, die sich ihrem Wohnort und seinen Einwohnern gar nicht verbunden fühlen, können sich einen dauerhaften Wohnortwechsel vorstellen. Gleiches gilt nur für 62,9 Prozent der Jugendlichen, die eine starke Verbundenheit zum Wohnort empfinden.

Tab. 2.10: Zufriedenheit mit regionalen Lebensbedingungen und Migrationspläne 2022/2023
(in %)

Zufriedenheit mit regionalen Lebensbedingungen	„Könnten Sie sich vorstellen, in Zukunft <u>dauerhaft</u> an einem anderen Ort (innerhalb Deutschlands oder im Ausland) zu wohnen als an Ihrem jetzigen Wohnort?“
	„Ja“
Einschätzung der Schul- und Ausbildungssituation	
„In meiner Region gibt es gute Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten, die ich brauche, um meine beruflichen Ziele zu erreichen.“	
„Stimmt völlig“ (31,8 % der Jugendlichen)	72,1
„Stimmt gar nicht“ (1,9 % der Jugendlichen)	83,5
Einschätzung der Berufsperspektiven	
„Ich glaube, dass es schwierig sein wird, in meiner Region eine Arbeitsstelle in meinem Traumberuf zu finden.“	
„Stimmt völlig“ (18,5 % der Jugendlichen)	80,6
„Stimmt gar nicht“ (10,3 % der Jugendlichen)	64,7
Einschätzung des Wohnungsmarktes	
„In meiner Region kann ich eine Wohnung finden, die ganz meinen Vorstellungen entspricht.“	
„Stimmt völlig“ (14,9 % der Jugendlichen)	64,5
„Stimmt gar nicht“ (11,4 % der Jugendlichen)	82,5
Entwicklung des Wohnortes	
„In den letzten Jahren hat sich in meinem Wohnort vieles zum Positiven verändert.“	
„Stimmt völlig“ (14,2 % der Jugendlichen)	67,6
„Stimmt gar nicht“ (11,9 % der Jugendlichen)	79,9
Verbundenheit zum Wohnort	
„Ich fühle mich mit meinem Wohnort und seinen Einwohnern verbunden.“	
„Stimmt völlig“ (26,7 % der Jugendlichen)	62,9
„Stimmt gar nicht“ (10,0 % der Jugendlichen)	86,6
Unterstützende soziale Netzwerke	
„Wenn ich persönlich ein Problem habe, gibt es außer meiner Familie auch Leute aus meiner Region, die mir helfen.“	
„Stimmt völlig“ (32,3 % der Jugendlichen)	69,6
„Stimmt gar nicht“ (10,3 % der Jugendlichen)	80,5
Gestaltungsmöglichkeiten	
„Jugendliche haben hier viele Möglichkeiten, selbst etwas ‚auf die Beine zu stellen‘.“	
„Stimmt völlig“ (11,6 % der Jugendlichen)	65,0
„Stimmt gar nicht“ (13,6 % der Jugendlichen)	82,5

2.3 Fazit

Die Wertorientierungen der brandenburgischen Jugendlichen hängen sehr zeitstabil vor allem mit ihren Wünschen nach einem gesunden Leben, der Gründung einer Familie und sozialem Engagement zusammen. Darüber hinaus stellen das Finden einer erfüllenden Arbeit und das Streben nach Lebensgenuss wichtige Säulen des Wertegerüsts dar. Die meisten Jugendlichen verbinden also in ihren Lebenszielen ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein mit Lebensfreude und Bestrebungen zur Selbstverwirklichung (siehe dazu bereits Bredow & Sturzbecher, 2019). Allerdings haben seit 2017 vor allem Lebensziele an Bedeutung gewonnen, die sich auf die materielle Sicherheit beziehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die zahlreichen Krisen und die damit verbundenen wahrgenommenen Unsicherheiten finanzielle Sicherheitsbedürfnisse bei den Jugendlichen hervorgerufen haben, die sich nun in ihren Wertorientierungen widerspiegeln.

Trotz der vielfältigen Krisen der heutigen Zeit ist die große Mehrheit der brandenburgischen Jugendlichen mit ihrem Leben zufrieden. Die meisten empfinden ihre Wohnsituation als komfortabel und weisen ein intaktes soziales Umfeld mit stabilen Beziehungen zu Freunden, Bekannten und Eltern auf. Besonders hoch fällt das Wachstum an Zufriedenheit in den letzten Jahren in den Bereichen „Finanzielle Lage“ und „Freizeitmöglichkeiten“ aus. Dagegen ist die Zufriedenheit mit der Schul- und Ausbildungssituation gesunken. Die derzeitigen Herausforderungen, vor denen das brandenburgische Schulsystem steht, scheinen sich damit auch in der Wahrnehmung der Jugendlichen niederzuschlagen. Auffällig erscheint, dass die Lebenszufriedenheit der Jugendlichen in Teilen mit zunehmendem Alter sinkt. Vermutlich ändert sich mit steigendem Alter der Charakter und die Dringlichkeit der wahrgenommenen Herausforderungen, was je nach Bewältigungsressourcen und Bewältigungserfolg unterschiedliche Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit haben kann. Darüber hinaus steht die Lebenszufriedenheit in einem engen Zusammenhang zur ökonomischen Lage der Jugendlichen: Die insgesamt hoch ausgeprägte Lebenszufriedenheit ist daher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich viele Jugendliche in einer guten ökonomischen Lage befinden.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit steht im Zusammenhang mit den Kontrollüberzeugungen der Jugendlichen: Jugendliche, die davon überzeugt sind, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können (d. h. internale Kontrollüberzeugungen aufweisen), sind mit ihrem Leben zufriedener. In diesem Zusammenhang ist eine bedenkliche Entwicklung zu beobachten: Immer mehr Jugendliche weisen externe Kontrollüberzeugungen auf, fühlen sich also fremdbestimmt. Mögliche Gründe für diese Entwicklung sind in den Erfahrungen der Jugendlichen mit den Corona-Maßnahmen zu finden: Durch die mit diesen Maßnahmen verbundenen tiefgreifenden Eingriffe in private Bereiche (z. B. durch das Kontaktverbot) und das Gefühl, diesen Eingriffen ausgeliefert zu sein, ist bei Jugendlichen vermutlich ein Gefühl der Fremdbestimmtheit gewachsen, auch wenn die Maßnahmen überwiegend mitgetragen wurden. Aufgrund der Zunahme externer Kontrollüberzeugung unter brandenburgischen Jugendlichen besteht die dringende Notwendigkeit, im familiären Umfeld wie auch – insbesondere, wenn die Familie dabei versagt – in den Bildungseinrichtungen vielfältige Chancen für sozial akzeptierte Erfahrungen von Erfolg und Selbstwirksamkeitserleben zu organisieren. Gelingt es nicht, die Handlungspotenziale von Kindern und Jugendlichen auf sozial akzeptierte Erfolgchancen zu richten, wächst die Gefahr, dass Selbstwirksamkeitserfahrungen nicht zuletzt in gewalttätigen und extremistischen Aktionen gesucht werden.

Die in der aktuellen Studie zum ersten Mal erfasste Bedrohungswahrnehmung durch Krisen lässt insgesamt erkennen, dass Jugendliche auch mit ihren Befürchtungen und Ängsten vor allem Teil der Gesamtgesellschaft sind. So finden sich unter den als am bedrohlichsten wahrgenommenen Krisen die Inflation, eine mangelnde Energieversorgung und der Klimawandel –

allesamt Krisen, die auch in der gesamten (medialen) Öffentlichkeit als besonders virulent betrachtet werden. Auch der Ukraine-Krieg als spezifische Krise wird von den Jugendlichen in einer ähnlichen Weise rezipiert wie von den Erwachsenen. Viele Aspekte des Krieges werden mit großer Sorge betrachtet, wobei ein möglicher Einsatz von Atomwaffen die größten Ängste auslöst.

Von den vielfältigen Krisen scheinen die berufsbezogenen Zukunftserwartungen nicht berührt zu sein: 87,5 Prozent der Jugendlichen besitzen einen „Hohen“ oder „Eher hohen“ berufsbezogenen Zukunftsoptimismus. Damit sind die Jugendlichen in etwa so optimistisch wie in der Vorgängerstudie von 2017, in der der bis dato höchste Wert seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1993 erreicht wurde. Die Jugendlichen reflektieren offenbar, dass sich der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren zu einem durch die Nachfragenden dominierten Markt entwickelt hat: Nicht mehr die Ausbildungs- und Beschäftigungssuchenden müssen sich um eine Stelle bemühen, sondern die Anbieter von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen müssen sich intensiv damit auseinandersetzen, wie sie ausreichend Auszubildende und Erwerbstätige rekrutieren können.

Die Frage, wo die brandenburgischen Jugendlichen künftig leben möchten, ist für die Bevölkerungspolitik und die Strukturentwicklung in den Regionen von zentraler Bedeutung. Die Migrationsneigung wird dabei entscheidend durch die empfundene Lebensqualität in der Region und die erkennbaren Chancen für künftigen Lebenserfolg beeinflusst (Bredow & Sturzbecher, 2019). Diesbezüglich zeigt sich, dass die Mehrheit der Jugendlichen insgesamt „Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“ mit den regionalen Lebensbedingungen ist. Brandenburg ist also ein guter Ort zum Leben. Trotz dieser grundsätzlichen Zufriedenheit mit den regionalen Lebensbedingungen können sich fast drei Viertel der Jugendlichen vorstellen, in Zukunft ihren Wohnort auf Dauer zu verändern. Darin eingeschlossen sind allerdings auch diejenigen, die zwar an einen anderen Wohnort ziehen, aber trotzdem in der Region Berlin/Brandenburg leben möchten. Berücksichtigt man diese Jugendlichen, dann wollen insgesamt 61,9 Prozent aller Jugendlichen in Berlin/Brandenburg bleiben. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass die ländlichen Regionen immer weiter an Attraktivität gewinnen. Wirtschafts- und regionalwissenschaftliche Analysen zeigen, dass die Gründe dafür vielfältig sind. Ländliche Regionen bieten aus Sicht einer wachsenden Anzahl von Menschen mehr Chancen als Großstädte, bezahlbaren Wohnraum zu finden und Wohneigentum zu bilden, ein gesundes Leben mit wenig aufwendigen Sportmöglichkeiten zu führen, Solidarität und wechselseitige Unterstützung im Sozialraum zu erfahren sowie mit ökologischen Konzepten (z. B. alternative Strom- oder Lebensmittelerzeugung) zu experimentieren. Zudem bieten die überschaubaren ländlichen Lebensräume gute Chancen, im Rahmen politischen und gesellschaftlichen Engagements Selbstwirksamkeit wie auch soziale Wertschätzung zu erfahren. Damit sind einige Handlungsfelder benannt, in denen die Kommunalpolitik und die Kommunalverwaltungen in den Städten und Gemeinden zukunftsorientierte junge Menschen für ihre Regionen binden bzw. gewinnen können.

Insgesamt gesehen, zeigen die dargestellten Ergebnisse zwar zu bewältigende Herausforderungen auf, aber auch Gründe für Optimismus, dass die Bewältigung gelingt: Die meisten brandenburgischen Jugendlichen blicken zuversichtlich in ihre berufliche Zukunft, sind gesundheitsbewusst und mit ihrem Leben zufrieden. Allerdings gilt es zu diskutieren, auf welche Weise man auch den relativ wenigen Jugendlichen Entwicklungschancen eröffnen kann, die resigniert und unzufrieden mit ihrem Leben sind und wenig Hoffnung auf positive Veränderungen hegen.

Literatur

- Albert, M., Hurrelmann, K., Quenzel, G. & Kantar (2019). *Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort (18. Shell Jugendstudie)*. Weinheim: Beltz.
- Behnken, I., Günther, C., Kabat vel Job, O., Keiser, S., Karig, U., Krüger, H. H., Lindner, B., von Wensierski, H. J. & Zinnecker, J. (Hrsg.). (1991). *Schülerstudie '90: Jugendliche im Prozeß der Vereinigung*. Weinheim: Juventa Verlag.
- Bredow, B. & Sturzbecher, D. (2019). Werte, Zukunftserwartungen und Migration. In D. Sturzbecher, B. Bredow & M. Büttner (Hrsg.), *Wandel der Jugend in Brandenburg – Lebenslage, Werte, Teilhabe* (S. 15-60). Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesverband deutscher Banken. (2021). *Jugendstudie 2021*. Verfügbar unter: https://bankenverband.de/media/files/2021_09_28_Charts_Jugendstudie_gesamt-final.pdf [28.09.2023].
- Calmbach, M., Flaig, M., Edwards, J., Möller-Slawinski, H., Borchard, I. & Schleer, C. (2020). *Wie ticken Jugendliche? SINUS-Jugendstudie 2020: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Easterlin, R. (1974). Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence. In P. David & M. Reder (Eds.), *Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honour of Moses Abramowitz* (pp. 89-125). New York: New York Academic Press.
- Eisenstadt, S. N. (Hrsg.). (1954). *The Absorption of immigrants: A comparative study based mainly on the Jewish community in Palestine and the State of Israel*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Flanagan, S. C. (1987). Value Change in Industrial Society. *The American Political Science Review*, 81, 1303-1319.
- Gille, M. (2006). Werte, Geschlechtsrollenorientierungen und Lebensentwürfe. In M. Gille, S. Sardeibiermann, W. Gaiser & J. de Rijke (Hrsg.), *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger* (S. 131-211). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Golonka, J. (2009). *Werbung und Werte. Mittel ihrer Versprachlichung im Deutschen und im Polnischen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grimm, J. (2006). *Ergebnisse der Glücksforschung als Leitfaden für politisches Handeln?* Verfügbar unter: <https://www.uni-flensburg.de/fileadmin/content/institute/iim/dokumente/forschung/discussion-papers/14-grimm-gluecksforschung-gesamt-2.pdf> [27.09.2023].
- Hurrelmann, K., Köcher, R. & Sommer, M. (2019). *Die McDonald's Ausbildungsstudie 2019. Kinder der Einheit - Same Same but (still) different!* Düsseldorf: DIE QUALITÄNER.
- Inglehart, R. (1971). The Silent Revolution in Europe. Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *The American Political Science Review*, 65, 991-1017.
- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, R. (1995). *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Inglehart, R. (1998). *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Kadishi-Fässler, B. (1993). Gesellschaftlicher Wertewandel. Die Theorien von Inglehart und Klages im Vergleich. *Zeitschrift für Soziologie*, 19, 339-363.
- Klages, H. (1984). *Wertorientierungen im Wandel*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Kluckhohn, C. (1951). Values and Value Orientations in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification. In T. Parsons & E. A. Shils (Eds.), *Toward a General Theory of Action* (pp. 388-433). Cambridge: Harvard University Press.
- Krieg, Y., Rook, L., Beckmann, L. & Kliem, S. (2020). Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2019 (KFN-Forschungsbericht Nr. 154). Hannover: KFN.
- Maslow, A. H. (1954). *Motivation and Personality*. New York: Harper and Row.

- Pedersen, P. J. & Schmidt, T. D. (2009). *Happiness in Europe. Cross country differences in the determinants of subjective well being*. Verfügbar unter: <http://ftp.iza.org/dp4538.pdf> [27.09.2023].
- Pöge, A. (2017). *Werte im Jugendalter. Stabilität – Wandel – Synthese*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rokeach, M. (1976). *Beliefs, Attitudes and Values*. San Francisco: Jossey-Bass Publisher.
- Rolfes, M. & Mohring, K. (2009). Diskursanalysen zur Abwanderung ostdeutscher Jugendlicher. Einige Überlegungen zum Diskurs über Abwanderung aus Brandenburg. In W. Schubarth & K. Speck (Hrsg.), *Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien* (S. 69-90). Weinheim: Juventa Verlag.
- Rotter, J. B. (1966). Generalized expectancies for internal versus external control of reinforcement. *Psychological Monographs*, 8, 1-28.
- Schnetzer, S., Hurrelmann, K. & Hampel, K. (2023). *Trendstudie „Jugend in Deutschland – 2023 mit Generationenvergleich“*. Verfügbar unter: <https://simon-schnetzer.com/jugend-in-deutschland-2023-mit-generationenvergleich/> [28.09.2023].
- Schwartz, S. H. (1992). Universals in the content and structure of values: Theory and empirical tests in 20 countries. In M. Zanna (Ed.), *Advances in experimental social psychology* (pp. 1-65). New York: Academic Press. [http://dx.doi.org/10.1016/S0065-2601\(08\)60281-6](http://dx.doi.org/10.1016/S0065-2601(08)60281-6)
- Speck, K. & Schubarth, W. (2009). Regionale Abwanderung Jugendlicher als Teil des demografischen Wandels – eine ostdeutsche oder gesamtdeutsche Herausforderung? In W. Schubarth & K. Speck (Hrsg.), *Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien* (S. 11-40). Weinheim: Juventa Verlag.
- Spinath, M. & Hahn, E. (2013). Wovon unsere Lebenszufriedenheit abhängt. *Spektrum der Wissenschaft*, 2, 72-79.
- Sturzbecher, D. & Langner, W. (1997). „Gut gerüstet in die Zukunft?“ – Wertorientierungen, Zukunftserwartungen und soziale Netze brandenburgischer Jugendlicher. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie* (S. 11-81). Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Welzel, C. (2009). Werte- und Wertewandelforschung. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch* (S. 109-139). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Winkler, B. (2004). *Verbesserung des subjektiven Wohlbefindens, der Kontrollüberzeugung und der Zukunftsperspektive sozial benachteiligter Jugendlicher durch den Erwerb von Computerkenntnissen*. Bern: Selbstverlag.

3 Familie, Freizeit und Sport

3.1 Theoretische und methodische Vorbemerkungen

Begriffsdefinitionen

Bei der Definition des Familien-Begriffs wird weit verbreitet auf das Konzept der Lebensformen zurückgegriffen, die ganz allgemein stabile Beziehungsmuster von Menschen im privaten Bereich beschreiben. Meist werden als Lebensformen eheliche und nicht-eheliche Paarbeziehungen, Eltern-Kind-Beziehungen und in einem Haushalt zusammenlebende Lebensgemeinschaften unterschieden. Diesem Lebensform-Konzept folgend ist eine Familie „[...] im Kern als eine in einem Haushalt zusammenlebende Eltern-Kind-Gemeinschaft definiert“ (Konietzka & Zimmermann, 2022, S. 60 f.). Nach dieser sehr weiten Definition, die zum Teil auch in den amtlichen Statistiken Anwendung findet, ist es unbedeutend, ob ein oder zwei Elternteile im Haushalt leben, die zusammenlebenden Eltern miteinander verheiratet sind, welchem Geschlecht sich die Elternteile zugehörig fühlen oder ob die Elternteile in einem biologischen Abstammungsverhältnis zu den im Haushalt lebenden Kindern stehen. Haushaltsübergreifende Beziehungsstrukturen fallen dagegen nicht unter diesen Familienbegriff. Gleiches gilt für Ehepaare, die ohne Kinder in einem Haushalt zusammenleben (Konietzka & Kreyenfeld, 2015).

Familien treten je nach kulturell-gesellschaftlichen Leitbildern, individuellen Wertvorstellungen sowie strukturellen und ökonomischen Verhältnissen in unterschiedlichen Formen in Erscheinung. Dabei ist festzustellen, dass die Komplexität dieser Formen im Zeitverlauf deutlich zugenommen hat. In Westdeutschland wurden seit den 1970er Jahren eine sinkende Anzahl an Eheschließungen, eine steigende Anzahl an Scheidungen, eine fallende Geburtenrate, zunehmende Anteile nichtehelicher Geburten sowie ein immer höheres Heirats- und Erstgeburtsalter beobachtet. In Ostdeutschland blieb zwar die Geburtenrate auf einem höheren und das Heirats- und Erstgeburtsalter auf einem niedrigeren Niveau als in Westdeutschland, aber die Anteile nichtehelicher Geburten stiegen auch hier seit den 1970er Jahren deutlich an. Insbesondere die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ist als das zentrale Merkmal des Wandels von Lebensformen in den vergangenen Jahrzehnten anzusehen (Konietzka & Zimmermann, 2022).

Heutzutage reichen die zu beobachtenden Familienformen von verheirateten und unverheirateten Paaren mit Kindern über Alleinerziehende, getrennt Erziehende, Stief- und Patchworkfamilien bis hin zu Pflege- und Adoptivfamilien sowie Regenbogenfamilien. Die strukturelle Vielfalt der Familienformen wird in der Familiensoziologie anhand verschiedener Kriterien klassifiziert. Dazu gehören nach Willems (2008):

- die Art und Weise des Familienbildungsprozesses (z. B. durch biologische Elternschaft oder Elternschaft mit Hilfe der Reproduktionsmedizin),
- die Generationenzahl (z. B. Zwei- oder Mehrgenerationenfamilien),
- die Rollen innerhalb der Familie (z. B. Ein-Eltern-Familien vs. Zwei-Eltern-Familien),
- die Erwerbssituation (z. B. Teilzeiteltern, Vollzeithausmann, Dual-Career-Familien) sowie
- die Residenzregelung (z. B. „bilokale“ oder „binukleare“ Familien, in denen Kinder zwischen zwei Aufenthaltsorten wechseln oder zwei Familien angehören).

Neben dem klassischen Familienbild, das durch die traditionelle Kernfamilie mit zwei gegengeschlechtlichen Elternteilen sowie leiblichen Kindern definiert ist, lassen sich – wie bereits angerissen – verschiedene alternative Familienformen unterscheiden, beispielsweise:

- Als „Stief- und Patchworkfamilie“ wird „eine um Dauer bemühte Lebensgemeinschaft“ bezeichnet, „in die mindestens einer der Partner mindestens ein Kind aus einer früheren Partnerschaft mitbringt, wobei das Kind bzw. die Kinder zeitweise auch im Haushalt des jeweils zweiten leiblichen Elternteils leben kann bzw. können“ (Döring, 2002, S. 50). Stief-

und Patchworkfamilien waren früher häufig durch Verwitwung und erneute Heirat begründet. Heute sind diese Konstellationen meist das Ergebnis einer sich neu konstituierenden Partnerschaft mit Kindern nach einer Trennung bzw. Scheidung.

- Als „Alleinerziehende“ werden Elternteile bezeichnet, die allein mit Kindern in einem Haushalt leben. Diese Familienform stellt häufig eine vorübergehende Phase dar. Auch wenn kein Partner im Haushalt wohnt, leben nicht wenige Alleinerziehende in Partnerschaft. Subjektiv wird die Elternrolle weniger an der Haushaltsform festgemacht als vielmehr an der Verantwortungsteilung im Alltag (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2021).
- Unter einer „Regenbogenfamilie“ wird eine Lebenspartnerschaft mit Kind verstanden, „bei der zwei Lebenspartner gleichen Geschlechts mit oder ohne Tauschein beziehungsweise notarieller Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften“ (Statistisches Bundesamt, 2016, S. 47).

Im Land Brandenburg wurden für das Jahr 2022 als Ergebnis der Mikrozensus-Erhebung 263.600 Familien mit Kindern unter 18 Jahren gezählt, wobei für die Erfassung sogenannte Hauptwohnsitzhaushalte zugrunde gelegt wurden. Unter diesen Familien befanden sich 146.100 Ehepaare mit Kindern (55,4 %), 56.000 Lebensgemeinschaften mit Kindern (21,2 %) und 61.500 Alleinerziehende (23,3 %; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2023). Damit stellen eheliche Lebensgemeinschaften mit leiblichen Kindern zwar noch die zahlenmäßig dominierende Lebensform dar, sind aber weiter rückläufig, während andere Formen des Zusammenlebens mit Kindern weiterhin zunehmen.

In der vorliegenden Untersuchung wurde eine Differenzierung der Familienformen anhand der Kategorien „Traditionelle Familie“, „Ein-Eltern-Familie“, „Stieffamilie“ und „Andere“ vorgenommen. Wie alle Versuche, die vielfältigen Lebens- und Familienformen in einem überschaubaren Kategoriensystem abzubilden, weist auch die gewählte Einteilung bestimmte Stärken und Schwächen auf. Zu den Stärken zählt, dass mit Hilfe dieser Einteilung ein zeitlicher Überblick über die letzten 30 Jahre gewährt werden kann. Um dies zu realisieren, musste der Kern der Kategorisierung trotz der zu beobachtenden weiteren Ausdifferenzierung von Familienformen im Vergleich zu den Vorgängerstudien weitgehend beibehalten werden. Eine Veränderung stellt jedoch die nun explizite Berücksichtigung von Adoptiv- und Pflegeeltern dar. Trotz dieser Veränderung können die Ergebnisse der aktuellen Studie mit den Ergebnissen aus früheren Erhebungen verglichen werden. Die Zuordnung der Jugendlichen zu den Familienformen ist der Tabelle 3.1 zu entnehmen und ergibt sich aus den Angaben zu dem im Fragebogen enthaltenen Item „Ich lebe zusammen mit ...“. Zu beachten ist, dass auch einige „Patchworkfamilien“ (s. o.) in diesem System der Kategorie „Traditionelle Familie“ zugeordnet werden, da bei der Erhebung im Fragebogen nicht unterschieden wurde, ob im Haushalt lebende Geschwister die gleichen leiblichen Eltern haben oder nicht: Wohnt ein Jugendlicher mit seinen leiblichen Eltern zusammen, hat aber auch Geschwister im Haushalt, die aus einer früheren Partnerschaft eines Elternteils stammen, so würde er hier der „Traditionellen Familie“ zugeordnet werden, obwohl er laut offizieller Statistik in einer „Patchwork-Familie“ lebt. Alle Jugendliche, die nicht einer der drei Familienformen „Traditionelle Familie“, „Ein-Eltern-Familie“ oder „Stieffamilie“ zugeordnet werden konnten, wurden in der Kategorie „Andere“ zusammengefasst. Dazu zählen beispielsweise diejenigen Jugendlichen, die angaben, „Alleine“ oder „In einer Einrichtung der Hilfe zur Erziehung“ zu leben.

Tab. 3.1: Bildung der Familienformen

Familienform	„Ich lebe zusammen mit ...“
Traditionelle Familie	„... meiner leiblichen Mutter.“ <u>und</u> „... meinem leiblichen Vater.“ <u>oder</u> „... meiner Adoptiv-/Pflegemutter.“ <u>und</u> „... meinem Adoptiv-/Pflege- vater.“
Ein-Eltern-Familie	„... meiner leiblichen Mutter.“ <u>oder</u> „... meinem leiblichen Vater.“ <u>oder</u> „... meiner Adoptiv-/Pflegemutter“ <u>oder</u> „... meinem Adoptiv-/Pflege- vater“
Stieffamilie	„... meiner leiblichen Mutter.“ <u>und</u> „... Partner/-in meiner Mutter (z. B. Stiefvater, Adoptivvater, Stiefmutter, Adoptivmutter) <u>oder</u> „... meinem leiblichen Vater.“ <u>und</u> „... Partner/-in meines Vaters (z. B. Stiefvater, Adoptivvater, Stiefmutter, Adoptivmutter)

Bedeutung der Familie für Jugendliche

Grundsätzlich besitzt die Familie in Deutschland einen sehr hohen Stellenwert. So sehen rund 77 Prozent der Bevölkerung die Familie als den wichtigsten Lebensbereich an; betrachtet man ausschließlich Eltern mit minderjährigen Kindern, so bildet die Familie sogar für etwa 91 Prozent den zentralen Lebensbereich (BMFSFJ, 2021). Das Leben in der Familie und die Familienerziehung prägen Werte, Leistungseigenschaften, soziale Kompetenzen und das Selbstkonzept. Dabei ist die Familie in der Regel das erste und wichtigste soziale Netzwerk, das ein Kind umgibt und Einfluss auf seine Persönlichkeitsentwicklung nimmt. Im Verlauf des Kindes- und Jugendalters ändert sich die Beziehung zur Familie zwar, doch die Familie bleibt für die meisten Jugendlichen eine wichtige Orientierungshilfe und soziale Ressource. Die Ergebnisse der 18. Shell-Jugendstudie 2019 zeigen, dass die Herkunftsfamilie für Jugendliche einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Sie bietet Sicherheit, positiven Rückhalt und emotionale Unterstützung sowohl bei schulischen Anforderungen als auch bei der beruflichen Ausbildung und in den ersten Berufsjahren. Die Mehrheit der Jugendlichen kommt bestens oder – trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten – gut mit ihren Eltern aus (Albert, Hurrelmann, Quenzel & Kantar, 2019).

Im Hinblick auf den beruflichen Entscheidungsprozess sind die eigenen Eltern für die Mehrheit der Jugendlichen die wertvollsten Ansprechpartner. Sie leisten auf vielfältige Weise Unterstützung – beginnend bei Ratschlägen bis hin zu konkreten Hilfen bei Bewerbungen oder bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche. Auch in der Auseinandersetzung mit Verunsicherungen durch politische Spannungen, internationale Krisen und Konflikte oder ökologische Katastrophen stellen die Eltern wichtige Ratgeber dar. Eltern, die einen gewissen sozialen Status erreicht haben, bieten jungen Menschen zudem Sicherheit (Hurrelmann & Albrecht 2014). Demgegenüber sind vor allem diejenigen Jugendlichen vor besondere Herausforderungen gestellt, deren Eltern Geringverdiener, bereits länger von Arbeitslosigkeit betroffen oder auf Transferleistungen angewiesen sind. Diesen Jugendlichen fehlt eine materielle Existenzgrundlage, sie stehen unter dem Druck, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, und haben häufig Statusängste.

Auch in der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ spielen das Familienklima und die familiären Ressourcen eine besondere Rolle. Fragen zum Familienklima finden sich bereits seit der zweiten Befragungswelle der Zeitreihenstudie im Jahr 1993 im Befragungsinstrument. In der aktuellen Befragung wurden die Jugendlichen zudem bereits zum dritten Mal zu familiären

Ressourcen befragt (z. B. Unterstützt die Familie aktiv bei der beruflichen Entwicklung? Hilft die Familie bei finanziellen Problemen?).

Belastungen von Familien

Familiäre Belastungen stellen für Jugendliche besondere Herausforderungen dar; dies gilt insbesondere dann, wenn die Belastungsfaktoren kumulieren (Schmidpeter & Koch, 2019). Neben weiteren möglichen Problemen können als zentrale familiäre Belastungsfaktoren (1) Arbeitslosigkeit und Armut, (2) die Trennung der Eltern sowie (3) die Konfrontation mit elterlicher Gewalt angesehen werden.

Zu (1): Jugendliche, die von Armut betroffen sind, haben keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zu der in unserer Gesellschaft herrschenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Lebensweise. Bei der Betrachtung von Armut wird in der Regel zwischen absoluter und relativer Armut unterschieden. Absolute Armut ist gekennzeichnet dadurch, dass die betroffenen Personen nicht einmal ihre physischen Grundbedürfnisse (z. B. Nahrung, Kleidung oder Wohnung) befriedigen können. Relative Armut wird in der Regel mithilfe der materiellen Versorgung (z. B. des zur Verfügung stehenden Einkommens) bemessen, auch wenn gelegentlich über sogenannte Lebenslagenansätze weitere Faktoren (z. B. soziale Isolation) berücksichtigt werden. Nach einer EU-Konvention gilt als arm, wer mit seinem Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Dabei wird das gesamte Nettoeinkommen des Haushaltes inklusive Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, anderer Transferleistungen oder sonstiger Zuwendungen berücksichtigt (Der Paritätische Gesamtverband, 2023). Aus relativer Armut resultiert eine Einschränkung subjektiver Handlungsspielräume von Jugendlichen und deren Familien. Dies kann für Jugendliche eine Beeinträchtigung ihrer Entwicklungsbedingungen, Benachteiligung, multiple Deprivation und eingeschränkte Zukunftsperspektiven bedeuten (Holz, 2010). Laut dem Armutsbericht 2022 lag die auf Basis der Mikrozensus-Daten ermittelte Armutsquote in Brandenburg im Jahr 2021 bei 14,6 Prozent. Damit wies Brandenburg die drittniedrigste Armutsquote aller Bundesländer auf (Armutsquote in Deutschland: 16,9 %). Dennoch gilt mehr als jedes fünfte minderjährige Kind im Land Brandenburg und jeder bzw. jede vierte junge Erwachsene als armutsgefährdet. Ein-Eltern-Familien sowie Familien mit drei und mehr Kindern weisen dabei ein besonders hohes Armuts-Risiko auf (Funcke & Menne, 2023).

Zu (2): Die Scheidungsquote in Deutschland wuchs seit den 1960er Jahren kontinuierlich an und erreichte im Jahr 2005 ihren vorläufigen Maximalwert (51,9 %). Seit 2005 fiel diese Quote wieder ab und lag im Jahr 2022 deutschlandweit bei 35,2 Prozent. Damit wird gegenwärtig etwa jede dritte Ehe geschieden; die nichtehelichen Lebensgemeinschaften weisen eine ähnlich hohe Instabilität auf (Statistisches Bundesamt, 2023). Im Land Brandenburg wurde im Jahr 2021 eine Gesamtzahl von 4.167 Ehen geschieden; dies waren 0,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der betroffenen minderjährigen Kinder stieg dabei um 2,5 Prozent auf 2.944 an (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2022). Damit ist jeder fünfte bis sechste Heranwachsende von der Trennung seiner Eltern betroffen. Die Trennung der Eltern zwingt Heranwachsende zu verschiedenen Anpassungsprozessen, die unter psychischen, rechtlichen, ökonomischen und umgebungsbezogenen Aspekten betrachtet werden können. So verändern sich meist gewohnte Formen der Zuwendung und Kommunikation in der Familie und in anderen Sozialbeziehungen. In der Familie müssen Rollen neu definiert werden; Sorge- und Umgangsregelungen werden getroffen. Materielle Werte werden aufgeteilt; nicht selten wechseln auch der Wohnort und die Sozialkontakte. Lediglich 12 Prozent der getrennten Eltern in Deutschland erziehen und betreuen ihre Kinder gemeinsam zu gleichen oder annähernd gleichen Teilen (Institut für Demoskopie Allensbach, 2021). Für das gemeinsame Erziehen spielen wirtschaftliche, psychologische und rechtliche Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle. Dazu gehören die Berücksichti-

gung von Betreuungsanteilen im Unterhaltsrecht, mehr finanzielle Unterstützung, die steuerliche Berücksichtigung von entstehenden Kosten, aber auch psychologische Beratung sowie Unterstützung für Trennungskinder und ihre Eltern.

Zu (3): Innerhalb der Familie wie auch auf institutioneller Ebene setzt sich seit einigen Jahren ein Erziehungsstil durch, der „Mitbestimmung“ und „Beschwerderechte“ von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt rückt und mittlerweile in der institutionellen Kindertagesbetreuung auch gesetzlich verankert wurde (Schmidpeter & Koch, 2019). Für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gilt ebenso wie für die Familienerziehung, dass eine „Versprachlichung der Erziehung“, bei der Aufklärungs- und Aushandlungsprozesse an die Stelle von Befehlen treten, dem Wohl des Kindes dient (Nave-Herz, 2007). Auch wenn es dazu einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, bleibt Erziehung für viele Eltern doch eine schwierige Gratwanderung zwischen den Polen „Freiheit gewähren“ und „Gehorsam fordern“. Fehlende Grenzen bieten Jugendlichen zwar große Freiheits- und Entwicklungsräume, tragen aber mitunter auch zu Orientierungslosigkeit und Verunsicherung bei. Die zunehmende Liberalisierung der Erziehung geht mit dem gesellschaftlichen Wandel einher. Erziehungsziele wie Selbstbestimmung, Selbstentfaltung, Mündigkeit und Partizipation stehen an erster Stelle. Daneben spielt auch die Förderung der Sozialkompetenz eine große Rolle. Hierzu gehören die Entwicklung von Toleranz und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, auf andere einzugehen (Ecarius, 2002). Können Auseinandersetzungen zwischen Eltern und ihren Kindern nicht in kommunikativen Aushandlungsprozessen ausgetragen werden, kann dies zu einem restriktiven Erziehungsverhalten führen. Dabei werden Freiheiten eingeschränkt, Verbote ausgesprochen, Kontrolle ausgeübt und (ggf. auch körperliche) Bestrafungen umgesetzt. Aus Wut, Hilflosigkeit oder Überforderung greifen manche Eltern in solchen Situationen – ungeachtet der eigenen und der gesellschaftlich anerkannten Prinzipien der gewaltfreien Erziehung – auf inadäquate Erziehungsmittel zurück. Diesbezüglich existieren auf nationaler und internationaler Ebene verschiedene Richtlinien und gesetzliche Regelungen – beispielsweise die UN-Kinderrechtskonvention (Unicef, 1989) – in denen jedem Kind ein Anspruch auf Gewaltfreiheit zugesprochen wird. Gewaltfreiheit schließt dabei jegliche Form körperlicher und psychischer Gewalt ebenso aus wie Ausbeutung, Verwahrlosung, Vernachlässigung und sexuelle Gewalt. In Deutschland wurde im Jahr 2000 ein Gesetz zur Ächtung von Gewalt in der Erziehung verabschiedet. Es enthält eine Neufassung des Paragraphen 1631 (Inhalt und Grenzen der Personensorge, BGB), dessen zweiter Absatz nun wie folgt lautet: „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig“.

Aktuelle und belastbare Zahlen zum Ausmaß der häuslichen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind schwer verfügbar, da gerade in diesem Bereich das Dunkelfeld sehr groß ist. Während der Corona-Pandemie wuchs zudem die Sorge, dass Kinder und Jugendliche zunehmend unter häuslicher Gewalt leiden könnten, da sich aufgrund der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen alle Haushaltsmitglieder über einen längeren Zeitraum vermehrt zuhause aufhalten mussten. Eine Repräsentativbefragung von Ebert und Steinert (2021) zeigt, dass zwischen April und Mai 2020 in 6,5 Prozent aller Haushalte Kinder gewalttätig bestraft wurden. Als Risikofaktoren ermittelten die Autoren Stressoren wie eine bestehende Quarantäneanordnung, finanzielle Sorgen und einen Arbeitsplatzverlust.

Wie auch in den vorherigen Erhebungswellen, enthält der Fragebogen zur aktuellen Erhebungswelle der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ Indikatoren zu elterlicher Gewalt sowie zu restriktiven und vernachlässigenden Erziehungsmethoden (siehe die Skalen „Elterliche Restriktion“ und „Elterliche Vernachlässigung“ im Anhang). Die Items wurden bereits seit dem Jahr 1993 verwendet und ermöglichen somit einen differenzierten Blick auf die vergangenen 30 Jahre.

Freizeit

Als Freizeit wird in der Regel der Zeitraum außerhalb von Schul- oder Arbeitszeit gefasst, über den Personen selbstbestimmt verfügen können. Während Freizeit in der Vergangenheit lediglich als Zeit zur Erholung und zur Wiederherstellung der Arbeitskraft betrachtet wurde, gewann sie in den vergangenen Jahrzehnten als eigenständiger Wert zunehmend an Bedeutung (Freericks & Brinkmann, 2015). In der wissenschaftlichen Forschung wurde dazu übergegangen, Freizeit nicht als „Restkategorie“ zu klassifizieren, sondern subjektive emotionale Bedeutungen, Motive, Inhalte und Erlebensweisen von Freizeit in den Vordergrund zu rücken (Bredow, 2012; Fastenmeier, Gstalter & Lehnig, 2003). Freizeit stellt heutzutage einen zunehmend wichtigen Lebensbereich von Jugendlichen dar, denn Jugendlichen steht immer mehr selbstbestimmte Zeit zur Verfügung (Harring, 2010). Freizeit, Müßiggang und „Zerstreuung“ bieten Erfahrungsmöglichkeiten, auch und vor allem für Jugendliche. So können Jugendliche in ihrer Freizeit beispielsweise Risiken eingehen, die ohne Gefährdung der inneren Ordnung genommen werden können, oder gemeinschaftliches Handeln erproben (ebd.). Die Freizeit ist damit ein wichtiger Handlungsraum zur Erlernung sozialer Verhaltensweisen und zur Verschiebung der eigenen Leistungsgrenzen im Sinne eines Wachstums durch Aufgaben und Ziele.

In der Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 stehen die Freizeitaktivitäten „Musik hören“, „Sich mit Leuten treffen“, „Im Internet surfen“ und „Videos, Filme, Serien anschauen“ auf den ersten vier Rangplätzen der am häufigsten genannten Beschäftigungen (Albert et al., 2019). Neben der reinen Interessenlage ist das Freizeitverhalten von Jugendlichen auch von den zur Verfügung stehenden Angeboten abhängig. In der „Jugendstudie Baden-Württemberg“ gab beispielsweise über die Hälfte (51 %) der Jugendlichen an, dass sie sich grundsätzlich ein größeres Freizeitangebot vor Ort wünschen (Antes, Gaedicke & Schiffers, 2020). In der „Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2017“ nannten die Befragten am häufigsten das Fehlen von Sportstätten (16 %), von sportlichen Aktivitäten/Angeboten (14 %) und von Angeboten zur Freizeitunterhaltung (14 %). 9 Prozent der Kinder und Jugendlichen waren allerdings auch der Meinung, in ihrer Stadt würden keine Angebote fehlen (Morgenstern, Rosenstengel-Kromke, Ihle & Kötsche, 2017).

Auch in der brandenburgischen Zeitreihenstudie wird die Zufriedenheit der Jugendlichen mit den Freizeitangeboten erfasst. Die Ergebnisse der vergangenen Erhebungswellen verdeutlichen, dass die Einschätzung stark davon abhängt, ob die befragten Jugendlichen im ländlichen oder städtischen bzw. Berlin-fernen oder Berlin-nahen Raum leben. In der vorliegenden Studie wurde daher erneut das Vorhandensein regionaler Freizeitangebote erhoben und die Zufriedenheit der Jugendlichen mit dem Gesamtangebot erfragt.

Sportengagement und Sportvereine

Durch sportliche Aktivität können im Jugendalter motorische, kognitive und soziale Kompetenzen erworben werden (Gerlach & Brettschneider, 2013). Zudem erfüllen Bewegung, Spiel und Sport erzieherische Wirkungen und somit pädagogische Funktionen (Neuber, Golenia, Krüger & Pfitzner, 2013). Nicht zuletzt kann sportliche Betätigung zur Wertevermittlung und zur Entwicklung eines positiven Selbst- und Körperkonzepts beitragen (Burrmann, 2004). Beeinflusst wird die Häufigkeit des Sporttreibens von Kindern und Jugendlichen durch ihr Alter, ihr Geschlecht, ihre Wohnumgebung und die sportliche Aktivität ihrer Eltern (ebd.). Klein, Fröhlich und Emrich (2011) konkretisieren die Befunde dahingehend, dass das Sportengagement speziell in Sportvereinen sowie die Beteiligung an Wettkämpfen stark vom Geschlecht der Kinder und Jugendlichen abhängt (Jungen sind hier aktiver), während sich beim allgemeinen Sportengagement keine Geschlechtseffekte zeigen. Zudem sind das Sportengagement und die motorische Leistung der Kinder und Jugendlichen vom Sozialstatus der Eltern determiniert. Soziologisch interpretiert, avanciert die motorische Leistung von Kindern und Jugendlichen zu

einer Problematik der sozialen Ungleichheit – übernimmt das Elternhaus doch eine wichtige Rolle bei der sportiven Wertevermittlung.

Die Organisationsformen des Sporttreibens sind vielfältig und reichen von Sportvereinen über kommerzielle Anbieter bis hin zur individuellen Gestaltung der sportlichen Aktivität. Forschungsergebnisse zeigen, dass sich Jugendliche in ihrer Freizeit in mehreren Kontexten sportlich betätigen (Burrmann, Seyda, Heim & Konowalczyk, 2016). Während die Eindämmungsmaßnahmen der Corona-Krise zeitweise zu erheblichen Einschränkungen der sportlichen Betätigung von Jugendlichen geführt und nicht zuletzt die Sportvereine vor Probleme gestellt haben, ist mittlerweile wieder eine Entspannung eingetreten. Für das Land Brandenburg meldet der Landessportbund, dass 2022 insgesamt 361.829 Menschen in einem der 2.969 Sportvereine aktiv waren. Dies sind 16.610 mehr Menschen als im Vorjahr und damit so viele wie noch nie in den vergangenen 30 Jahren. Über alle Altersgruppen hinweg sind also rund 14,3 Prozent der Brandenburger Gesamtbevölkerung im Sport organisiert (Landessportbund Brandenburg, 2023). Der beobachtete Zuwachs kann vor allem in den jüngsten Altersgruppen (0 bis 6 und 7 bis 14 Jahre) festgestellt werden: In diesen Altersgruppen ist annähernd jedes zweite Kind Mitglied in einem Sportverein. Bei den Jugendlichen liegen die Zahlen etwas unter diesen Werten, stiegen im Vergleich zum Vorjahr aber ebenfalls leicht an. Von den ca. 132.000 Jugendlichen in Brandenburg im Alter von 15 bis 20 Jahren waren im Jahr 2022 rund 38.000 (28,8 %) in einem Sportverein organisiert. Die beliebtesten Sportarten, die im Land Brandenburg über einen Sportverein organisiert werden, sind Fußball, Handball und Pferdesport.

In den „JIM-Studien“ der Jahre 2019, 2020, 2021 und 2022 wird berichtet, dass Sport zu den beliebtesten Freizeitaktivitäten der Jugendlichen gehört (Feierabend, Rathgeb, Kheredmand & Glöckler, 2020, 2021, 2022; Feierabend, Rathgeb & Reutter, 2019). In diesen Studien konnte ein Corona-bedingter Rückgang nachgezeichnet werden, der auch im Jahr 2022 noch nicht vollständig wieder aufgeholt worden war: Im Jahr 2019 gaben 66 Prozent der Jugendlichen an, „Täglich“ oder „Mehr als die Woche“ Sport zu treiben, im Jahr 2020 waren es 60 Prozent und im Jahr 2021 lediglich 51 Prozent. Für das Jahr 2022 wurde mit 63 Prozent wieder ein deutlich höherer Anteil ermittelt, der aber immer noch nicht wieder das Ausgangsniveau von 2019 erreichen konnte. In der „Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2017“ (Morgenstern et al., 2017) wurden Kinder und Jugendliche gefragt, wo sie Sport treiben, wie oft sie Sport treiben und welchen sportlichen Aktivitäten sie nachgehen. Die meisten Kinder und Jugendlichen benannten den Sportunterricht in der Schule (85 %), mehr als die Hälfte (54 %) berichtete aber auch, mindestens einmal pro Woche Sport in einem Sportverein zu betreiben.

In der vorliegenden Jugendstudie wurde – wie in den vorangegangenen Erhebungswellen – erfasst, wie häufig Jugendliche in Brandenburg in ihrer Freizeit Sport treiben und in welchem sozialen Kontext sie dies tun.

3.2 Untersuchungsergebnisse

Familienformen

In der aktuellen Erhebungswelle 2022/2023 gab etwa die Hälfte der brandenburgischen Jugendlichen (50,4 %) an, in traditionellen Familien mit beiden leiblichen Eltern bzw. beiden Adoptiv- oder Pflegeeltern zusammenzuleben (s. Abb. 3.1). Damit setzt sich der bis 2010 zu verzeichnende Trend einer Abnahme dieses Anteils fort, nachdem 2017 ein leichter Anstieg festzustellen war (1993: 77,6 %, 1996: 70,2 %; 1999: 62,7 %; 2005: 57,0 %; 2010: 53,4 %; 2017: 53,8 %). Der Anteil der Jugendlichen, die mit nur einem Elternteil zusammenwohnen, weist 2022/2023 mit 17,7 Prozent im Vergleich zur Vorerhebung einen leichten Anstieg auf (2017: 16,8 %). Jugendliche aus Ein-Eltern-Familien wachsen zu rund 77 Prozent der Fälle bei ihren leiblichen Müttern auf (2017: 84,0 %). Rund 13 Prozent der Jugendlichen berichten, in einer

Stieffamilie zu leben. Dieser Anteil liegt auf demselben Niveau wie in der Vorgängerstudie 2017. In rund 90 Prozent der Stieffamilien leben die Jugendlichen bei ihrer leiblichen Mutter und deren Lebenspartner. Schließlich leben 18,6 Prozent der Jugendlichen in einer anderen als den bisher genannten Familienformen, beispielsweise bei den Großeltern, in einer Einrichtung der Hilfe zur Erziehung oder in einer eigenen Wohnung. Dieser Anteil ist im Vergleich zur Vorgängerstudie leicht angestiegen (2017: 16,3 %).

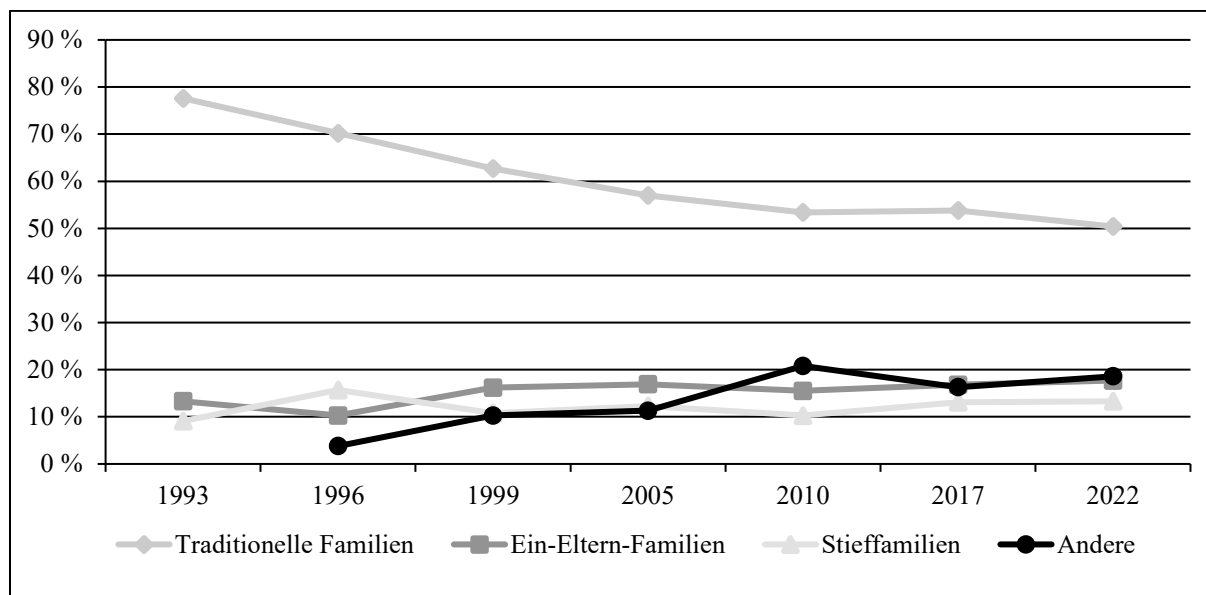


Abb. 3.1: Entwicklung der Familienformen im Zeitraum von 1993 bis 2022/2023 (in %)

Vergleicht man die familiären Lebensformen von Jugendlichen deutscher Herkunft mit den Lebensformen von Jugendlichen ausländischer Herkunft, so ist festzustellen, dass mehr Jugendliche deutscher Herkunft angeben, in einer „Traditionellen Familie“, einer „Ein-Eltern-Familie“ oder einer „Stieffamilie“ zu leben. Demgegenüber gibt ein deutlich höherer Anteil der Jugendlichen ausländischer Herkunft an, in einer „Anderen“ Familienform zu leben. (s. Abb. 3.2). Es ist zu beachten, dass insgesamt lediglich 103 ausländische Jugendliche in der Stichprobe enthalten sind und sich unter ihnen ein nicht unerheblicher Anteil an – zum Teil unbegleiteten – Flüchtlingen befindet. Daher ist die Quote derjenigen, die in einer Einrichtung untergebracht sind, deutlich höher als bei den deutschen Jugendlichen.

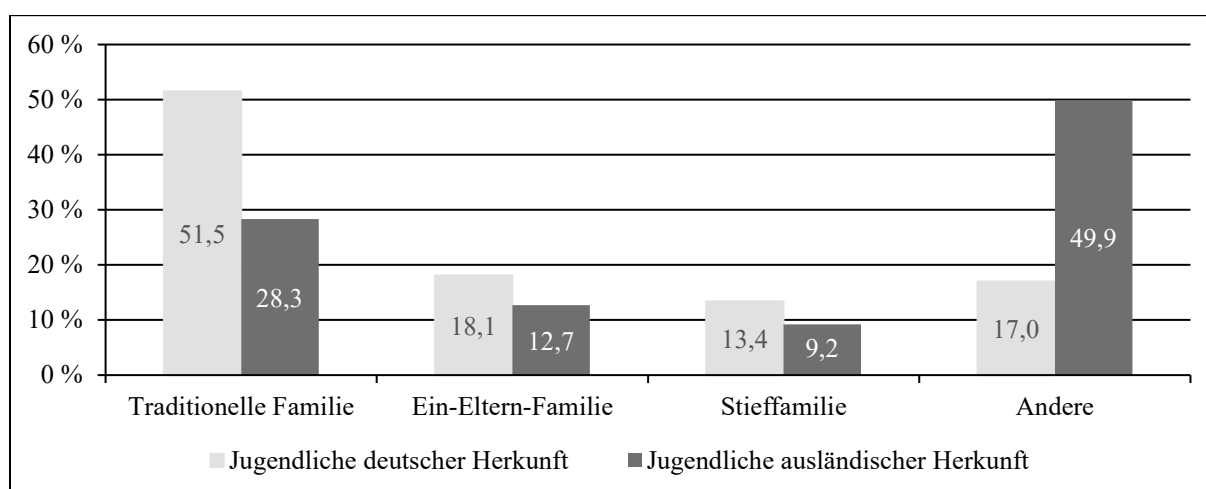


Abb. 3.2: Familienformen der Jugendlichen deutscher und ausländischer Herkunft 2022/2023 (in %)

Familiäre Belastungen

Die finanzielle Situation der Eltern beeinflusst wesentlich die familiären Bedingungen, unter denen Jugendliche aufwachsen. Im Jahr 2022/2023 sind 37,5 Prozent der Jugendlichen von finanziellen Problemlagen in der Familie betroffen (s. Abb. 3.3). Wie auch in der Vorgängerstudie 2017 zeigt sich damit ein Rückgang (2017: 40,9 %), nachdem zwischen 1993 und 2005 ein stetiger Zuwachs zu verzeichnen war (1993: 29,9 %; 1996: 35,6 %; 1999: 39,9 %; 2005: 51,5 %). Die Ergebnisse korrespondieren mit den bundesweiten Trends, wonach sich in den letzten fünfzehn Jahren die wirtschaftliche Lage der Familien insgesamt verbessert hat, wenngleich das Einkommensniveau von Familien mit Kindern noch deutlich unter dem von kinderlosen Paaren liegt und auch nicht alle Familien von dieser positiven Entwicklung profitieren (BMFSFJ, 2021). Auch die oben genannte geringe Armutsgefährdungsquote in Brandenburg schlägt sich vermutlich in diesem Ergebnis nieder.

Die ökonomische und soziale Familiensituation wird auch von den Teilhabechancen der Mütter und Väter am Erwerbsleben bestimmt. Diesbezüglich zeigt sich, dass seit dem Jahr 2005 immer weniger Jugendliche schon einmal eine Phase der Arbeitslosigkeit des Vaters (2005: 34,1 %; 2010: 32,5 %; 2017: 20,2 %; 2022: 16,3 %) oder der Mutter (2005: 41,9 %; 2010: 39,2 %; 2017: 26,8 %; 2022: 22,8 %) erlebt haben. Lediglich 2,8 Prozent der Jugendlichen berichten im Jahr 2022/2023, dass der in ihrem Haushalt lebende Vater bzw. 3,0 Prozent, dass die in ihrem Haushalt lebende Mutter derzeit arbeitslos ist.

Knapp 40 Prozent der Jugendlichen haben eine Trennung der leiblichen Eltern erlebt. Dieser Anteil steigt seit dem Jahr 1999 stetig an (1999: 24,0 %; 2005: 33,3 %; 2010: 35,0 %; 2017: 36,7 %). Jugendliche, deren Eltern über keinen Berufsabschluss verfügen, sind im Vergleich zu Jugendlichen, deren Eltern einen Berufsabschluss bzw. einen Hochschul-/Fachhochschulabschluss besitzen, häufiger von einer Trennung der leiblichen Eltern betroffen (kein Berufsabschluss: 42,1 %; Berufsabschluss oder Hochschulabschluss: 37,7 %). Rund 54 Prozent der betroffenen Jugendlichen fühlen sich durch die Trennung der Eltern „Sehr stark“ oder „Stark“ belastet.

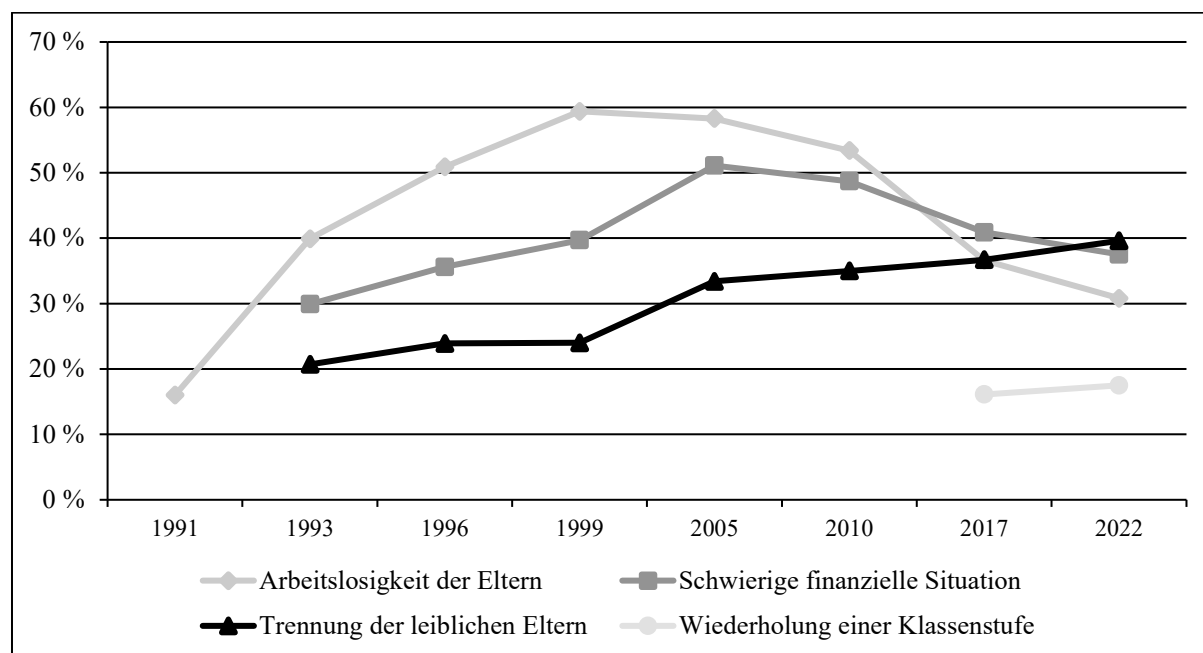


Abb. 3.3: Häufigkeiten von familiären Belastungssituationen im Zeitraum von 1991 bis 2022/2023 (in %)

Zuweilen erleben Jugendliche nicht nur eine, sondern multiple Belastungssituationen in der Familie. In der aktuellen Erhebungswelle haben insgesamt 10,4 Prozent der Jugendlichen sowohl die Arbeitslosigkeit eines Elternteils als auch die Trennung der leiblichen Eltern und eine schwierige finanzielle Situation erlebt (2017: 5,4 %). Dabei sind Schülerinnen und Schüler der Gymnasien weniger häufig mit der Arbeitslosigkeit eines Elternteils, der Trennung der leiblichen Eltern oder einer schwierigen finanziellen Situation der Eltern konfrontiert als Jugendliche an OSZ und an Oberschulen. Man muss davon ausgehen, dass Jugendliche vor besonders große Herausforderungen gestellt sind, ihr Leben erfolgreich zu meistern, wenn die elterlichen Unterstützungsressourcen in dieser Weise eingeschränkt sind.

Seit der Befragung 2017 äußern sich die Jugendlichen auch zu der familiären Belastungssituation „Wiederholung einer Klassenstufe“: 17,5 Prozent der 2022/2023 befragten Jugendlichen haben mindestens eine Klassenstufe wiederholt (Jungen: 18,7 %; Mädchen: 16,3 %). Besonders hoch ist der Anteil derer, die eine Klassenstufe wiederholt haben, unter den Jugendlichen, deren Eltern über keinen Berufsabschluss verfügen: Während 34,8 Prozent der Jugendlichen mit Eltern ohne Berufsabschluss mindestens einmal eine Klassenstufe wiederholt haben, betrifft dies nur 15,2 Prozent der Jugendlichen, deren Eltern einen Berufs- oder Hochschul-/Fachhochschulabschluss besitzen. Fehlende bzw. niedrige Bildungsabschlüsse der Eltern beeinflussen den Schulerfolg der Kinder in dem Sinne, dass das Erreichen von höheren Schulformen und Abschlüssen weniger wahrscheinlich wird. Differenziert man das „Wiederholen einer Klassenstufe“ nach den Schulformen (s. Tab. 3.2), so ist erwartungsgemäß festzustellen, dass deutlich mehr Auszubildende an OSZ (28,5 %) und Oberschülerinnen und Oberschüler (18,0 %) eine Klassenstufe wiederholen als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (9,6 %). Auch das Wiederholen einer Klassenstufe macht Jugendlichen und ihren Familien zu schaffen: 28,9 Prozent der betroffenen Jugendlichen gaben an, durch die Wiederholung einer Klassenstufe „Sehr stark“ bzw. „Stark“ belastet worden zu sein.

Tab. 3.2: Familiäre Belastungssituationen nach Schulformen 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-) Gruppen	Arbeitslosigkeit des Vaters erlebt		Arbeitslosigkeit der Mutter erlebt		Trennung der Eltern erlebt		Schwierige finanzielle Situation erlebt		Wiederholung einer Klassenstufe erlebt	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	20,2	16,3	26,8	22,8	36,7	39,6	40,9	37,5	16,1	17,5
Oberschule	28,7	14,8	28,6	19,6	43,4	38,8	41,1	37,3	20,0	18,0
Gymnasium	15,1	13,0	18,7	18,1	28,4	33,3	33,2	27,8	5,7	9,6
OSZ	19,5	23,2	36,3	34,2	40,9	49,8	52,3	51,9	26,1	28,5

Bezogen auf die familiäre Belastungssituation „Arbeitslosigkeit eines Elternteils“ ist in der Tabelle 3.3 differenziert nach Familienformen dargestellt, wie viele Jugendliche die elterliche Arbeitslosigkeit erlebt haben und wie die Betroffenen den Grad der Belastung einschätzen. Am häufigsten haben Jugendliche aus Ein-Elternfamilien die Arbeitslosigkeit eines Elternteils erlebt (Vater: 21,2 %; Mutter: 30,6 %). Der entsprechende Anteil der Jugendlichen aus traditionellen Familien ist deutlich niedriger (Vater: 11,9 %; Mutter: 14,9 %). Betrachtet man die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die betroffenen Jugendlichen, so zeigt sich, dass mehr Jugendliche aus Ein-Eltern-Familien und aus Stieffamilien angeben, durch die erlebte Arbeitslosigkeit eines Elternteils „Sehr stark“ oder „Stark“ belastet gewesen zu sein, als Jugendliche aus traditionellen Familien.

Tab. 3.3: Arbeitslosigkeit des Vaters bzw. der Mutter und Belastungsgrad nach Familienformen 2022/2023 (in %)

	„Haben Sie eine Arbeitslosigkeit Ihres Vaters bzw. Ihrer Mutter erlebt? Wenn ja, wie stark hat sie Sie belastet?“									
	Habe ich erlebt		Hat mich nicht belastet		Hat mich wenig belastet		Hat mich stark belastet		Hat mich sehr stark belastet	
	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter
Traditionelle Familien	11,9	14,9	44,6	47,6	34,1	36,7	14,9	13,1	6,3	2,6
Ein-Eltern-Familien	21,2	30,6	28,4	29,0	41,0	43,2	19,8	17,7	10,8	10,1
Stieffamilien	18,0	28,7	31,8	37,8	44,1	32,5	20,5	21,6	3,6	8,1

Vergleicht man das subjektive Belastungserleben der Jugendlichen, die eine elterliche Arbeitslosigkeit erlebt haben, mit dem Belastungserleben aufgrund anderer familiärer Belastungssituationen, so wird Folgendes deutlich: Die durchschnittliche Belastung der Jugendlichen durch die Arbeitslosigkeit des Vaters ($M = 1,94$) bzw. der Mutter ($M = 1,96$) wird im Vergleich zu den anderen Belastungssituationen am wenigsten stark empfunden (s. Abb. 3.4). Die höchste Belastung ergibt sich durch das Erleben einer Trennung der leiblichen Eltern ($M = 2,62$); danach folgen das Erleben einer schwierigen finanziellen Situation in der Familie ($M = 2,53$) und das Wiederholen einer Klassenstufe ($M = 2,04$). Offenbar ist die emotionale Bindung zu beiden Elternteilen bei Jugendlichen im Allgemeinen so groß, dass das Auseinanderbrechen der elterlichen Paarbeziehung als am stärksten belastend empfunden wird.

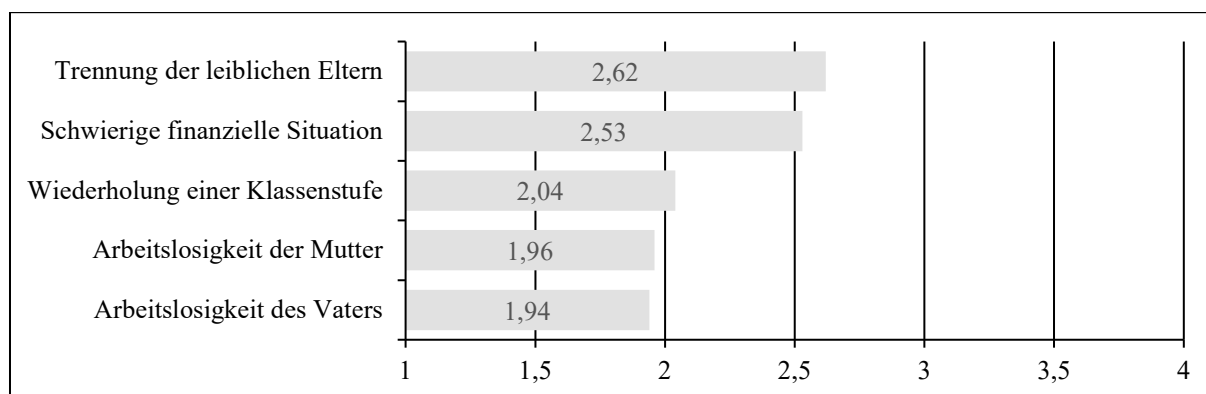


Abb. 3.4: Belastungsgrad familiärer Belastungssituationen 2022/2023 (Mittelwerte einer Skala von „1“ = „Hat mich nicht belastet“, „2“ = „Hat mich wenig belastet“, „3“ = „Hat mich stark belastet“ bis „4“ = „Hat mich sehr stark belastet“)

Familienklima

Wie Belastungen in der Familie bewältigt werden und wie hoch der subjektive Belastungsgrad der Jugendlichen ausfällt, hängt nicht zuletzt von den Ressourcen und dem Rückhalt in der Familie ab. Familiäre Ressourcen können als entscheidende Schutzfaktoren fungieren, um Belastungssituationen zu meistern und die Entwicklung der Jugendlichen günstig zu beeinflussen. Im 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wird beispielsweise betont, dass insbesondere die Eltern für Jugendliche von großer Bedeutung sind, wenn es darum geht, Probleme zu erörtern. Hier liegen Mütter an erster Stelle, gefolgt von Freunden auf dem zweiten Platz und Vätern auf dem dritten Platz. Diese Einstellung findet sich auch noch bei den 18- bis 25-Jährigen, die ihre Eltern als wichtigste Personen im persönlichen Umfeld bezeichnen (BMFSFJ,

2017). In der vorliegenden Jugendstudie berichten 63,3 Prozent der Jugendlichen, sich „Völlig“ auf die Familie verlassen zu können und 44,3 Prozent, mit dem Familienklima „Völlig“ zufrieden zu sein (s. Abb. 3.5). In Bezug auf beide Fragen ist damit ein leichter Rückgang der Zustimmung im Vergleich zur vorherigen Erhebungswelle von 2017 festzustellen. Fasst man allerdings die beiden höchsten Zustimmungskategorien zusammen, so zeigt sich, dass fast alle Jugendlichen (91,8 %) der Meinung sind, sich „Völlig“ oder „Eher“ auf die Familie verlassen zu können. Eine Zufriedenheit mit dem Familienklima ist bei 79,9 Prozent der Jugendlichen „Völlig“ oder „Eher“ gegeben. Daneben äußerten sich die Jugendlichen auch dazu, inwieweit Probleme in ihrer Familie offen angesprochen werden können und ob sie sich in ihrer Familie geborgen fühlen. Insgesamt sind 79,6 Prozent der Jugendlichen „Völlig“ oder „Eher“ der Meinung, in ihrer Familie über Probleme offen sprechen zu können (2017: 85,0 %). 88,6 Prozent der Jugendlichen fühlen sich in ihrer Familie „Völlig“ oder „Eher“ geborgen (2017: 91,5 %). Auch wenn die dargelegten Werte für eine weit verbreitete hohe Zufriedenheit der Jugendlichen mit dem Klima in brandenburgischen Familien sprechen, darf nicht unerwähnt bleiben, dass rund 20 Prozent der Jugendlichen „Eher nicht“ oder „Gar nicht“ zufrieden mit dem Familienklima sind und sich etwa jede bzw. jeder neunte Jugendliche in seiner bzw. ihrer Familie „Eher nicht“ oder „Gar nicht“ geborgen fühlt.

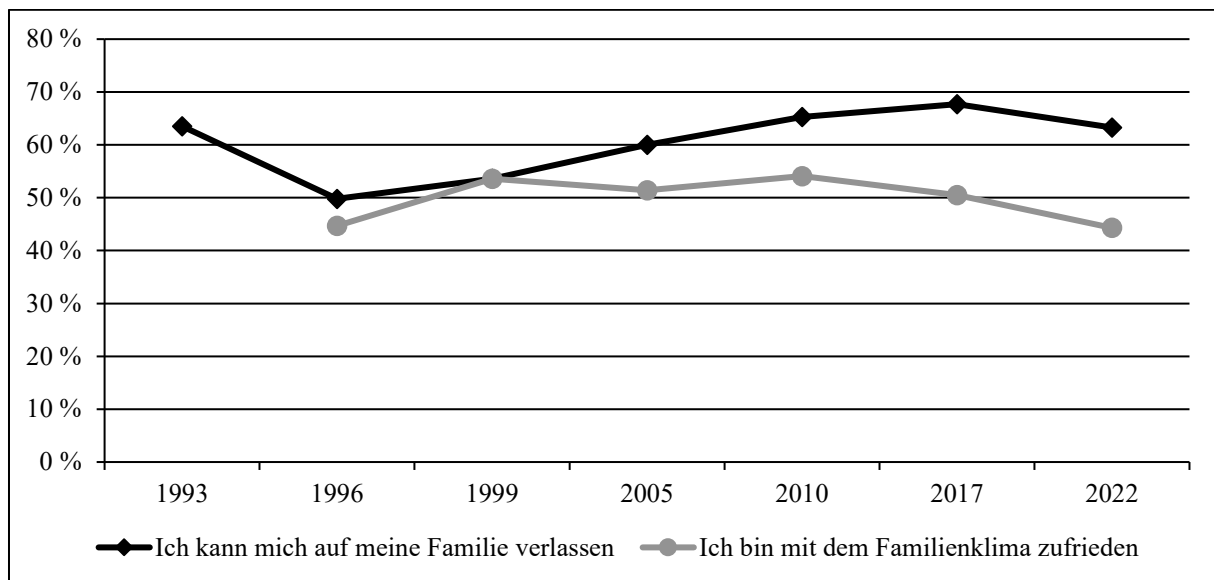


Abb. 3.5: Zustimmung zu den Aussagen „In meiner Familie kann ich mich auf die anderen verlassen“ und „Ich bin mit dem Klima in unserer Familie zufrieden“ im Zeitraum von 1993 bis 2022/2023 („Stimmt völlig“, in %)

Zeigen sich in Bezug auf die Einschätzung des Familienklimas Unterschiede zwischen den verschiedenen Familienformen? Die Antwort auf diese Frage findet sich in der Tabelle 3.4: Unter den Jugendlichen aus traditionellen Familien können sich 70,0 Prozent „Völlig“ auf ihre Familienmitglieder verlassen; dies gilt nur für 53,6 Prozent der Jugendlichen aus Ein-Eltern-Familien und 55,1 Prozent der Jugendlichen aus Stieffamilien. Im Vergleich zu 2017 ist der Anteil der Jugendlichen aus Ein-Eltern-Familien (2017: 6,2; 2022: 11,2 %) sowie aus Stieffamilien (2017: 6,4 %; 2022: 9,5 %) gestiegen, der angibt, sich „Eher nicht“ oder „Gar nicht“ auf die anderen verlassen zu können. Ähnliche Unterschiede zwischen den Familienformen liegen auch beim Indikator „Probleme offen ansprechen“ vor: Während 51,7 Prozent der Jugendlichen aus traditionellen Familien diesem Indikator „Völlig“ zustimmen, sind es nur 41,4 Prozent der Jugendlichen aus Ein-Eltern-Familien und 42,7 Prozent der Jugendlichen aus Stieffamilien, die hier eine völlige Zustimmung äußern. Die Jugendlichen aus traditionellen Familien berichten zudem über mehr Geborgenheit in der Familie („Völlig“: 70,8 %) als die Jugendlichen aus Ein-

Eltern-Familien („Völlig“: 57,6 %) und Stieffamilien („Völlig“: 54,7 %). Ebenso schätzen die Jugendlichen aus traditionellen Familien das Familienklima am häufigsten als zufriedenstellend ein: Rund 50 Prozent von ihnen sind „Völlig“ mit dem Familienklima zufrieden; Jugendliche aus Ein-Eltern-Familien (40,3 %) und Stieffamilien (34,4 %) vertreten diese Ansicht deutlich seltener.

Tab. 3.4: Familienklimaindikatoren differenziert nach Familienformen 2017 und 2022/2023 (in %)

		Stimmt völlig			Stimmt eher ¹³			Stimmt eher nicht ¹⁴			Stimmt gar nicht ¹⁵		
		T	E	S	T	E	S	T	E	S	T	E	S
„In meiner Familie kann ich mich auf die anderen verlassen.“	2017	73,6	63,1	59,0	22,6	30,7	34,7	2,7	3,8	4,2	1,1	2,4	2,2
	2022	70,0	53,6	55,1	24,8	35,1	35,4	3,9	8,2	8,8	1,3	3,0	0,7
„In meiner Familie können Probleme offen angesprochen werden.“	2017	57,5	54,1	47,6	29,8	31,4	32,1	9,7	10,1	13,3	3,0	4,5	7,0
	2022	51,7	41,4	42,7	32,8	32,4	31,6	12,2	19,1	17,9	3,3	7,2	7,9
„In meiner Familie fühle ich mich geborgen.“	2017	76,1	66,3	60,5	18,1	25,0	28,9	3,2	4,9	8,0	2,5	3,8	2,6
	2022	70,8	57,6	54,7	21,5	27,3	31,0	5,5	8,9	10,5	2,1	6,2	3,8
„Ich bin mit dem Klima in unserer Familie zufrieden.“	2017	57,3	45,5	36,5	32,7	38,2	44,0	6,6	9,8	12,5	3,3	6,5	7,0
	2022	48,7	40,3	34,4	34,7	36,4	42,9	12,9	15,9	15,9	3,6	7,4	6,7

Anmerkungen: „T“ = Jugendliche aus traditionellen Familien, „E“ = Jugendliche aus Ein-Eltern-Familien, „S“ = Jugendliche aus Stieffamilien

Unterstützung in der Familie

Die Jugendlichen wurden – wie bereits in den Jahren 2010 und 2017 – auch dazu befragt, inwieweit sie von ihrer Familie aktiv bei ihrer beruflichen Entwicklung unterstützt werden. Darüber hinaus sollten sie angeben, ob von Seiten der Familie eine Unterstützung bei etwaigen finanziellen Problemen und bei möglichen Problemen mit Lehrerinnen und Lehrern bzw. Ausbilderinnen und Ausbildern gegeben wäre. Schließlich wurde erfragt, inwieweit die Familie gegebenenfalls bei Problemen im Zusammenhang mit Drogenkonsum helfen würde.

Die große Mehrheit der Jugendlichen erfährt in Bezug auf ihre schulische und berufliche Entwicklung von der Familie aktive Unterstützung (2017: 88,7 %; 2022: 91,2 %). Ähnlich wie im Jahr 2017 geben rund 95 Prozent der Jugendlichen an, dass ihre Familie sie bei finanziellen Problemen unterstützen würde, und beinahe ebenso viele gehen davon aus, dass ihre Familie dies auch in Bezug auf Schwierigkeiten mit Lehrerinnen und Lehrern oder Ausbilderinnen und

¹³ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt teilweise“.

¹⁴ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt kaum“.

¹⁵ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt nicht“.

Ausbildern (2017: 93,2 %; 2022: 92,6 %) täte. Im Hinblick auf mögliche Drogenprobleme erwarten in der aktuellen Studie 90 Prozent der Jugendlichen, in einem solchen Fall Hilfe durch die eigene Familie zu bekommen (2017: 92,2 %). Alle genannten Werte liegen in etwa auf dem jeweiligen Niveau der Vorgängerstudie.

Elterliche Gewalt, Restriktion und Vernachlässigung

Wie einleitend erwähnt, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten die elterlichen Erziehungsziele und Erziehungspraktiken gewandelt. Im Fokus heutiger Erziehung stehen die Selbstständigkeit und Autonomie der Kinder und Jugendlichen. Trotz dieses Wandels gibt es nach wie vor Familien, in denen ein restriktiver Erziehungsstil gepflegt wird. Daneben gibt es auch Eltern, die sich nur wenig für die Belange ihrer Kinder interessieren und deren Verhalten als „vernachlässigend“ bezeichnet werden kann. In der vorliegenden Studie wurde mit Hilfe der Skalen „Elterliche Restriktion“ und „Elterliche Vernachlässigung“ (s. Anhang) erfasst, wie die Jugendlichen das Erziehungsverhalten ihrer Eltern einschätzen. Darüber hinaus wurden die Jugendlichen zu ihren Erfahrungen mit elterlicher Gewalt befragt.

Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen erlebt eine „Eher niedrige“ oder „Niedrige“ elterliche Restriktion (87,0 %). Dieser Wert ist im Vergleich zu 2017 (89,6 %) leicht gesunken (s. Tab. 3.5). Jungen treffen diese Einschätzung etwas häufiger (Kategorien „Eher niedrig“ und „niedrig“ insgesamt: 88,2 %) als Mädchen (85,9 %). Jugendliche ausländischer Herkunft (Kategorien „Eher hoch“ und „hoch“ insgesamt: 32,0%) berichten häufiger von einem stärker ausgeprägten elterlichen Restriktionsverhalten als Jugendliche deutscher Herkunft (12,6 %). Auch an dieser Stelle sei auf die geringe Anzahl an Jugendlichen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in der Stichprobe hingewiesen.

Der Anteil an Jugendlichen, die eine „Hohe“ oder „Eher hohe“ elterliche Vernachlässigung (Desinteresse für die Belange der Jugendlichen) beklagen, ist von 21,0 Prozent im Jahr 2017 auf 24,7 Prozent im Jahr 2022/2023 angestiegen. Dabei fällt der Anteil an Jugendlichen, die sich von den Eltern vernachlässigt fühlen, an den Oberschulen höher aus (31,3 %) als an den Gymnasien (20,9 %) und den OSZ (21,6 %). Von den Jugendlichen mit ausländischer Herkunft erleben 34,2 Prozent eine „Hohe“ oder „Eher hohe“ elterliche Vernachlässigung; bei den Jugendlichen deutscher Herkunft sind es 24,6 Prozent.

Tab. 3.5: Skalen „Elterliche Restriktion“ und „Elterliche Vernachlässigung“ 2017 und 2022/2023 (in %)

	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Elterliche Restriktion	60,5	53,9	29,1	33,1	8,3	11,0	2,0	2,0
Elterliche Vernachlässigung	47,4	41,2	31,7	34,0	17,7	18,9	3,3	5,8

Aus der Abbildung 3.6 geht hervor, wie sich der Anteil der Jugendlichen mit relativ hoher elterlicher Restriktion bzw. relativ hoher elterlicher Vernachlässigung (Kategorien „Hoch“ und „Eher hoch“ insgesamt) im Zeitraum von 1993 bis 2022/2023 verändert hat. Dabei zeigt sich, dass der Anteil an Jugendlichen mit restriktiven Eltern im Jahr 2010 den geringsten Wert seit Beginn der Befragungen erreichte und 2017 sowie 2022/2023 wieder etwas angestiegen ist. Der Anteil der vernachlässigten Jugendlichen sank zunächst zwischen den Jahren 1993 und 2005 stetig ab; seitdem ist jedoch ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2022/2023 ist die Anzahl sich vernachlässigt fühlender Jugendlicher so hoch wie zu keinem anderen Zeitpunkt

der Zeitreihenstudie. Es kann davon ausgegangen werden, dass die zahlreichen Krisen der jüngsten Zeit mit erheblich gestiegenen Belastungen der Eltern einhergegangen sind. Somit stehen Eltern vermutlich weniger zeitliche und materielle Ressourcen zur Verfügung und die verbliebenen Ressourcen werden neu verteilt. Da besonders jüngere Kinder nicht ohne ein hohes Ausmaß an elterlicher Zuwendung existieren können, werden vermutlich die älteren Jugendlichen häufiger allein gelassen und zunehmend vernachlässigt.

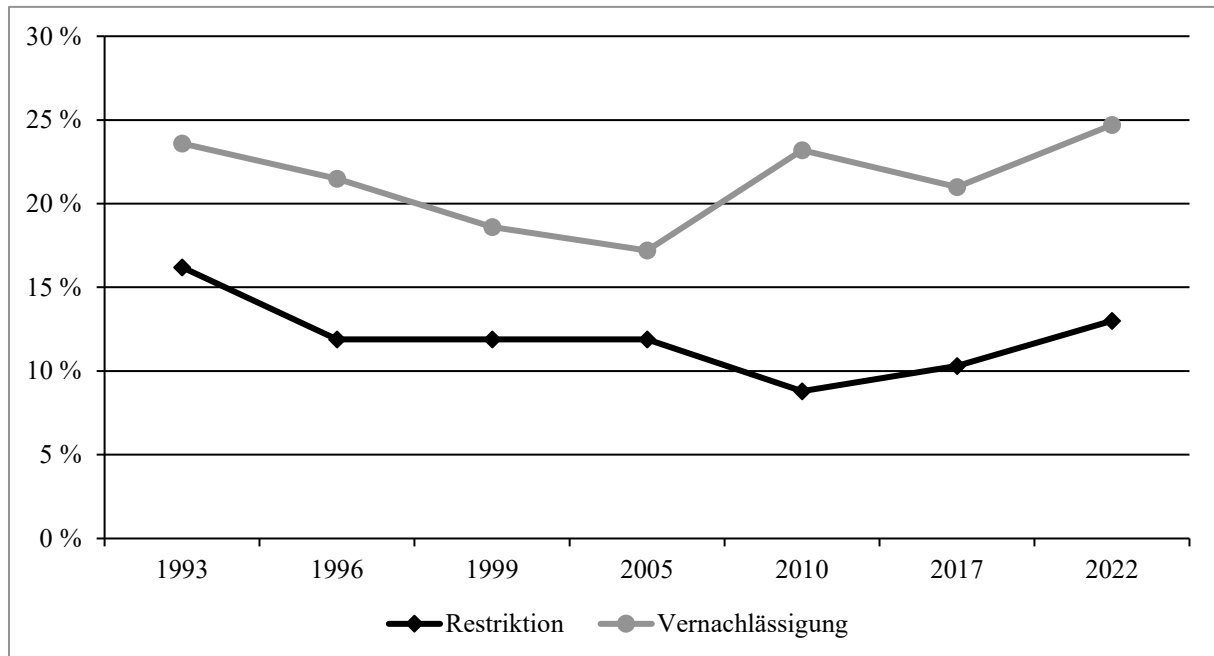


Abb. 3.6: Jugendliche mit relativ hoher „Elterlicher Restriktion“ bzw. „Elterlicher Vernachlässigung“ (Kategorien „Hoch“ und „Eher hoch“ insgesamt) im Zeitraum von 1993 bis 2022/2023 (in %)

Welche Ergebnisse finden sich in Bezug auf „Restriktion“ und „Vernachlässigung“ bei einer differenzierten Betrachtung nach Familienformen? Jugendliche aus Ein-Eltern-Familien erleben eine höhere elterliche Restriktion (Kategorien „Hoch“ und „Eher hoch“ insgesamt: 18,3 %) als Jugendliche aus traditionellen Familien (11,0 %) und Stieffamilien (14,2 %). Möglicherweise spricht dieser Befund – wie eingangs erläutert – für ein gewisses Maß an Überforderung von Alleinerziehenden. Von elterlicher Vernachlässigung sind hingegen Jugendliche aus Stieffamilien (27,0 %) häufiger betroffen als Jugendliche aus traditionellen Familien (23,5 %) und Ein-Eltern-Familien (24,5 %; s. Tab. 3.6). Insgesamt betrachtet, geht elterliche Vernachlässigung über alle Familienformen hinweg jedoch häufig mit einem restriktiven Erziehungsverhalten einher ($r = .26$).

Tab. 3.6: Skalen „Elterliche Restriktion“ und „Elterliche Vernachlässigung“ differenziert nach Familienformen 2017 und 2022/2023 (in %)

Skala „Elterliche Restriktion“	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Traditionelle Familien	60,3	55,6	30,1	33,4	8,3	9,3	1,3	1,7
Ein-Eltern-Familien	64,5	46,0	26,6	35,7	6,5	16,2	2,4	2,1
Stieffamilien	52,5	51,1	32,6	34,7	11,5	12,8	3,3	1,4
Skala „Elterliche Vernachlässigung“								
Traditionelle Familien	50,2	43,1	31,9	33,4	15,7	17,8	2,2	5,7
Ein-Eltern-Familien	42,3	36,6	33,6	38,9	20,0	18,1	4,1	6,4
Stieffamilien	43,5	38,9	31,2	34,1	24,2	22,2	1,1	4,8

Im Zusammenhang mit elterlicher Restriktion wurden die Jugendlichen auch konkret gefragt, ob sie schon einmal durch die leiblichen Eltern oder – sofern vorhanden – deren Lebenspartner geschlagen wurden. Nicht erfasst wurde dabei der subjektive Schweregrad der Gewalterfahrung. Der Anteil an Jugendlichen, die noch „Nie“ körperliche Gewalt durch die Eltern erfahren haben, ist seit der Vorgängerstudie weiter gestiegen: Im Jahr 2022/2023 berichten 80,6 Prozent der Jugendlichen, dass sie noch „Nie“ von ihrem leiblichen Vater geschlagen wurden (2017: 79,3 %; s. Tab. 3.7); 78,6 Prozent wurden noch „Nie“ von ihrer leiblichen Mutter geschlagen (2017: 77,9 %). Die Anteile derjenigen Jugendlichen, die noch „Nie“ vom Lebenspartner oder der Lebenspartnerin der Mutter (88,6 %) oder vom Lebenspartner oder der Lebenspartnerin des Vaters (92,9 %) geschlagen wurden, liegen sogar noch etwas höher. Aufgrund einer optimierten Erfassung in der aktuellen Studie lassen sich die Anteile für die Lebenspartner allerdings nicht mit denjenigen der vorherigen Studien vergleichen.

Tab. 3.7: Elterliche Gewalt 2017 und 2022/2023 (in %)

	„Wurden Sie schon einmal von den genannten Personen geschlagen?“							
	Oft		Manchmal		Selten		Nie	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Leiblicher Vater	2,4	2,3	4,0	4,8	14,3	12,3	79,3	80,6
Leibliche Mutter	2,5	2,2	3,8	5,0	15,8	14,2	77,9	78,6
Lebenspartner/-in der Mutter	–	1,6	–	3,1	–	6,7	–	88,6
Lebenspartner/-in des Vaters	–	1,6	–	2,5	–	3,0	–	92,9

Bei einer genaueren Betrachtung derjenigen Jugendlichen, die angaben, von mindestens einer der beiden leiblichen Elternteile „Oft“ oder „Manchmal“ geschlagen worden zu sein, zeigt sich das in der Abbildung 3.7 illustrierte Bild: Bei beiden Elternteilen ist ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2017 zu konstatieren: Vom leiblichen Vater wurden 7,1 Prozent (2017: 6,4 %) der Jugendlichen und von der leiblichen Mutter 7,2 Prozent (2017: 6,3 %) der Jugendlichen „Oft“ oder „Manchmal“ geschlagen.

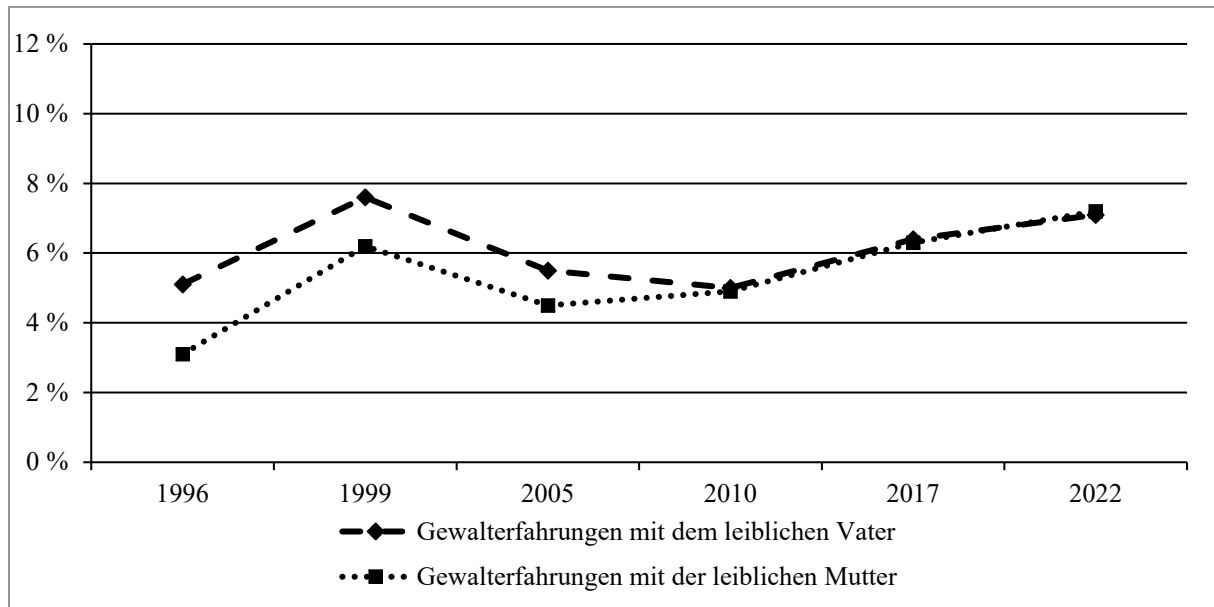


Abb. 3.7: Gewalterfahrungen durch die leiblichen Eltern (Kategorien „Oft“ oder „Manchmal“) im Zeitraum von 1996 bis 2022/2023 (in %)

Insgesamt betrachtet zeigt sich damit eine uneinheitliche Befundlage. Während im Vergleich zu 2017 etwas mehr Jugendliche überhaupt keine Gewalterfahrungen durch leibliche Elternteile machten, scheint auch der Anteil derjenigen, die häufiger Gewalt durch leibliche Elternteile ausgesetzt waren, leicht zugenommen zu haben. Häusliche Gewalt durch Lebenspartnerinnen bzw. Lebenspartner der Elternteile scheint indessen seltener vorzukommen als durch leibliche Elternteile.

Die Gewalterfahrungen durch leibliche Eltern und die eigene „Gewaltbereitschaft“ der Jugendlichen (Skala s. Anhang) stehen in einem schwachen positiven Zusammenhang (Vater: $r = .15$; Mutter $r = .08$). Weitere Zusammenhänge sind zwischen einem restriktiven oder vernachlässigenden Erziehungsverhalten der Eltern und externalen Kontrollüberzeugungen bei den Jugendlichen zu erkennen ($r = .28$ bzw. $r = .27$): Die Zuversicht der Jugendlichen, ihre Lebensgestaltung und ihren Lebenserfolg in den eigenen Händen zu haben, wird damit offenkundig vom Erziehungsverhalten der Eltern beeinflusst. Außerdem führt das Erleben von elterlicher Restriktion und Vernachlässigung zu einer geringeren Lebenszufriedenheit der Jugendlichen ($r = -.29$ bzw. $r = -.27$).

Familienaktivitäten

Viele Eltern und ihre Kinder verbringen einen großen Teil ihrer Freizeit miteinander. Allerdings ist hierbei zu unterscheiden, ob eine gemeinsame interaktive Freizeitgestaltung stattfindet oder ob die Familienmitglieder während ihrer Freizeit lediglich zusammen sind. Zu berücksichtigen ist zudem, dass aus dem Umfang der mit den Familienmitgliedern gemeinsam verbrachten Zeit weder auf die subjektive Wertschätzung gemeinsamer Freizeitgestaltung noch auf ein bestimm-

tes Familienklima oder eine spezifische Sozialisationswirkung geschlossen werden kann. Dennoch ist bekannt, dass es sich bei Familien, die selten gemeinsame Freizeitaktivitäten durchführen, häufiger um „Problemfamilien“ handelt (Nave-Herz, 2007).

In der vorliegenden Jugendstudie wurde daher auch nach den Familienaktivitäten der Jugendlichen gefragt: Gemeinsame Besuche bei Verwandten oder Bekannten stellen im Jahr 2022/2023 – wie bereits in der Vorgängerstudie 2017 – die häufigste Familienfreizeitaktivität der Jugendlichen dar (49,6 % „Oft“; 36,3 % „Manchmal“). Gemeinsames Fernsehen gehört bei 28,3 Prozent der Jugendlichen „Oft“ zum Familienalltag (39,2 % „Manchmal“). An dritter und vierter Stelle stehen „Ausflüge in die Natur“ sowie „Brett- oder Kartenspiele“. Im Gegensatz dazu stellen „Computerspielen“ (47,5 % „Nie“) sowie „Besuche von Museen oder Ausstellungen“ (32,3 % „Nie“) nur bei wenigen Jugendlichen Aktivitäten dar, die regelmäßig gemeinsam mit den Familienmitgliedern ausgeübt werden (s. Abb. 3.8).

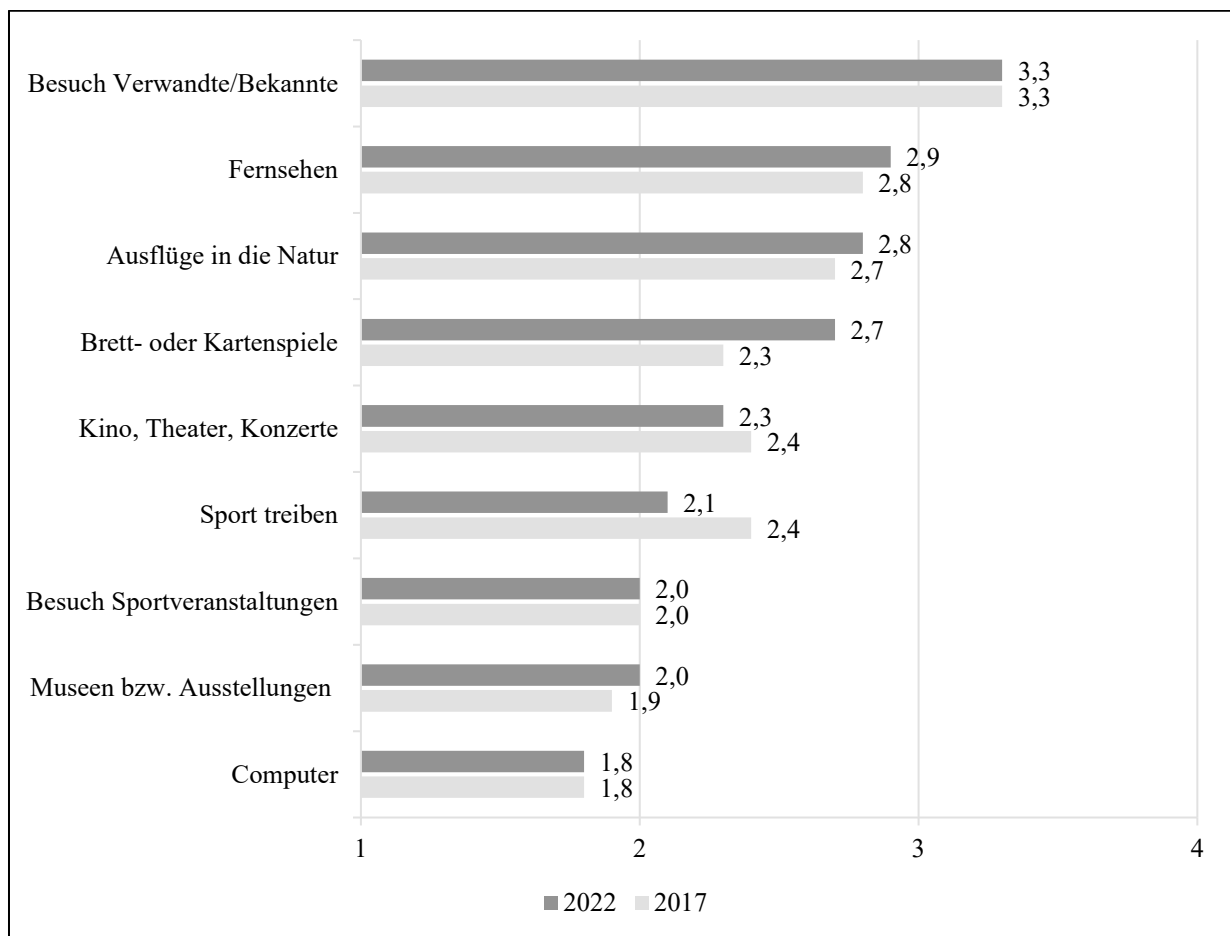


Abb. 3.8: Familienaktivitäten 2017 und 2022/2023 (Mittelwerte einer Skala von „1“ = „Nie“, „2“ = „Selten“, „3“ = „Manchmal“ bis „4“ = „Oft“)

Freundschaftsbeziehungen

Für die Lebensbewältigung und Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen sind nicht nur die Familien, sondern auch das weitere soziale Umfeld von großer Bedeutung. Es beeinflusst die Partizipation am gesellschaftlichen Leben und damit auch die Freizeitaktivitäten (Harring, Böhm-Kasper, Rohlf & Palentien, 2010). Sozialbeziehungen und Freundschaften eröffnen Jugendlichen in sozialkultureller Hinsicht Teilnahme- und Selbstverwirklichungschancen (Ferchhoff, 2007). Dabei werden Erfahrungen mit Geborgenheit, Zusammengehörigkeit und Solida-

rität gemacht, aber auch Abhängigkeiten und Rivalitäten erlebt. Die Funktion von Freundschaftsbeziehungen geht daher über die reine Spielkameradschaft und die damit einhergehende Vermeidung von Langeweile hinaus (Harring et al., 2010). Die soziale Rahmung des Alltags mit ähnlichen Lebensführungen, die gemeinsame Identitätsbildung und das bunte Angebot an Jugendkulturen sind Gründe dafür, warum Freundschaften aus der Adoleszenz häufig von enormer Dauer geprägt sind (Alleweldt, 2009).

Rund 87 Prozent der Jugendlichen in Brandenburg haben einen Menschen im Leben, den sie als „besten Freund“ oder als „beste Freundin“ bezeichnen würden (s. Tab. 3.8). Diesbezüglich zeigt sich ein leichter Rückgang im Vergleich zu früheren Erhebungswellen (2005: 88,7 %; 2010: 89,8 %; 2017: 88,9 %). Etwa 73 Prozent der Jugendlichen in Brandenburg gehören einem Freundeskreis an, der sich regelmäßig trifft und sich zusammengehörig fühlt. Damit scheint sich der seit 2005 vorliegende positive Trend nun wieder umzukehren (2005: 70,0 %; 2010: 73,0 %; 2017: 77,5 %). Im Vergleich der Teilgruppen haben Jungen und jüngere Jugendliche häufiger einen besten Freund und fühlen sich einem Freundeskreis zugehörig als Mädchen und ältere Jugendliche.

Tab. 3.8: Freundschaftsbeziehungen 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	„Haben Sie einen Menschen, den Sie als besten Freund/beste Freundin bezeichnen würden?“		„Gehören Sie einem Freundeskreis an, der sich regelmäßig trifft und sich zusammengehörig fühlt?“	
	„Ja“		„Ja“	
	2017	2022	2017	2022
Gesamt	88,9	87,2	77,5	73,1
Jungen	89,8	88,6	79,6	77,3
Mädchen	87,9	86,2	75,1	69,4
Bis 14 Jahre	93,8	91,0	76,5	75,2
15 bis 17 Jahre	87,5	86,3	80,4	73,0
Ab 18 Jahre	83,5	84,1	74,3	70,5
Oberschule	91,4	90,0	76,7	75,5
Gymnasium	88,5	86,4	79,6	74,1
OSZ	86,0	84,6	75,4	68,4

Freizeitangebote und ihre Bewertung

Wie eingangs erwähnt, spielt hinsichtlich des Freizeitverhaltens Jugendlicher auch das zur Verfügung stehende regionale Freizeitangebot eine bedeutsame Rolle. Ein Großteil der Jugendlichen in Brandenburg zeigt sich im Jahr 2022/2023 grundsätzlich „Zufrieden“ (24,7 %) oder „Eher zufrieden“ (47,7 %) mit dem regionalen Angebot zur Freizeitgestaltung. Die Zufriedenheit liegt damit leicht unter dem Niveau der Vorgängerstudie (s. Tab. 3.9). Damit wird erstmals der in den vergangenen Erhebungen erkennbare positive Trend unterbrochen („Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“ insgesamt: 1999: 48,1 %; 2005: 61,7 %; 2010: 70,2 %; 2017: 73,6 %, 2022: 72,4 %).

Tab. 3.9: Gesamtzufriedenheit mit dem Freizeitangebot in der Region 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-) Gruppen	„Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit dem Angebot zur Freizeitgestaltung in Ihrer Region?“							
	Zufrieden		Eher zufrieden		Eher unzufrieden		Unzufrieden	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	24,8	24,7	48,8	47,7	20,9	22,8	5,5	4,7
Jungen	28,3	29,5	48,4	46,0	17,7	19,9	5,6	4,6
Mädchen	20,9	20,4	49,4	49,6	24,2	25,3	5,5	4,7
Bis 14 Jahre	34,2	30,4	47,0	50,0	14,6	16,3	4,1	3,3
15 bis 17 Jahre	22,1	26,2	48,1	45,7	23,9	23,4	6,0	4,8
Ab 18 Jahre	15,1	15,9	52,8	48,6	25,4	29,1	6,7	6,4
Oberschule	29,5	31,7	45,6	46,1	18,8	17,5	6,0	4,6
Gymnasium	24,7	23,8	50,5	49,9	20,0	23,0	4,8	3,4
OSZ	18,4	17,2	50,7	46,7	24,9	29,3	6,0	6,9

Mit Hilfe einer multiplen linearen Regressionsanalyse wurde berechnet, von welchen Einflussfaktoren die Einschätzung der Zufriedenheit mit dem Angebot zur Freizeitgestaltung in Brandenburg abhängt. Im Modell wurden die Variablen Geschlecht, Alter, Schulform und Entfernung des Wohnortes zu Berlin berücksichtigt (s. Tab. 3.10). Die Analyse zeigt, dass das Alter der Jugendlichen, das Geschlecht, die Schulform und auch die Entfernung des Wohnortes zu Berlin die Zufriedenheit mit dem Angebot zur Freizeitgestaltung signifikant beeinflussen: Die Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot nimmt mit zunehmendem Alter der Jugendlichen ab. Zudem zeigen sich Jungen zufriedener als Mädchen. Schülerinnen und Schüler an Oberschulen sind mit dem Freizeitangebot zufriedener als Auszubildende an Oberstufenzentren. Weiterhin berichten Jugendliche, deren Wohnort entfernt von Berlin liegt, eine geringere Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot als Jugendliche mit einem Wohnort in der Nähe von Berlin. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass einerseits das Modell insgesamt nur 4 Prozent der Varianz erklärt und andererseits die Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot insgesamt sehr hoch ausfällt.

Tab. 3.10: Multiple lineare Regressionsanalyse zur Zufriedenheit mit dem Angebot zur Freizeitgestaltung in der Region 2022/2023

	β	Signifikanz
Alter (in Jahren)	-.11	.00
Jungen ¹	.10	.00
Gymnasium ²	.03	.30
Oberschule ²	.12	.00
Weiterer Metropolenraum ³	-.08	.00
Varianzaufklärung R²		.04

Anmerkungen: ¹Referenzgruppe: Mädchen; ²Referenzgruppe: OSZ; ³Referenzgruppe: Berliner Umland

Die Jugendlichen wurden nicht nur nach der Gesamtzufriedenheit mit dem Freizeitangebot, sondern auch nach dem Vorhandensein von und dem Interesse an einzelnen Angeboten befragt. Dabei zeigte sich ein differenziertes Bild: „Kneipen, Restaurants, Cafés“ (73,4 %), „Kinos“ (65,3 %), „Sportvereine, Trainingsgruppen“ (59,0 %) und „Shopping-Center, Einkaufsstraßen“ (58,0 %) sind im Lebensraum vieler Jugendlicher in Brandenburg vorhanden und für sie von hohem Interesse (s. Tab. 3.11). Zugleich klagen nicht wenige Jugendliche über ein Fehlen von „Shopping-Centern, Einkaufsstraßen“ (24,8 %), „Diskotheken, Konzerten, Clubs“ (23,5 %) und „Kinos“ (15,9 %) in ihrer Wohngegend. An den Angeboten von religiösen oder weltanschaulichen Gruppen (92,8 %), Jugendverbänden (88,5 %) und kirchlichen Gruppen (87,0 %) besteht bei über drei Viertel der Jugendlichen unabhängig vom Vorhandensein kein Interesse.

Tab. 3.11: Vorhandensein von und Interesse an Freizeitangeboten 2022/2023 (in %)

„Gibt es die aufgeführten Freizeitangebote in Ihrer Region und sind Sie daran interessiert?“				
Die Angebote sind...	... vorhanden und sie interessieren mich auch.	... vorhanden, aber sie interessieren mich nicht.	... nicht vorhanden und sie interessieren mich auch nicht.	... nicht vorhanden, aber sie interessieren mich.
Jugendclubs, Jugendtreffs	24,9	50,2	18,5	6,4
Sportvereine, Trainingsgruppen	59,0	31,6	5,5	3,9
Öffentliche Flächen und Plätze zum Sporttreiben	48,3	33,5	9,6	8,5
Kinos	65,3	11,9	6,9	15,9
Diskotheken, Konzerte, Clubs	37,3	19,3	20,0	23,5
Angebote zum kreativen Arbeiten (z. B. Malkurse, Modellbau)	15,2	31,6	42,6	10,6
Büchereien/Bibliotheken	32,5	52,2	11,8	3,5
Kneipen, Restaurants, Cafés	73,4	18,6	3,8	4,2
Shopping-Center, Einkaufsstraßen	58,0	10,1	7,0	24,8
Helfende Organisationen (z. B. Jugend-Feuerwehr, DLRG, Deutsches Rotes Kreuz, THW)	26,4	58,2	12,6	2,8
Kirchliche Gruppen	11,6	71,2	15,8	1,3
Andere religiösen Gruppen oder Weltanschauungsgemeinschaft (z. B. Humanistischer Verband)	4,7	42,5	50,3	2,5
Angebote von anderen Jugendverbänden (z. B. Berlin-Brandenburgische Landjugend, Falken, Pfadfinder)	6,8	42,7	45,7	4,7

Jungen bevorzugen in etwas höherem Ausmaß als Mädchen vorhandene Sportflächen oder Sportvereine. Mädchen sind hingegen stärker an dem Besuch von Kinos, Büchereien, Clubs, Cafés oder Shopping-Centern interessiert als Jungen. Auch das kreative Arbeiten und die Mitwirkung in einer helfenden Organisation sprechen Mädchen etwas stärker an als Jungen.

Sportengagement und Sportvereine

In Brandenburg ist die Häufigkeit des Sporttreibens (s. Tab. 3.12) unter den Jugendlichen in den letzten Jahren zwar geringfügig abgesunken, bleibt aber auf einem insgesamt hohen Niveau. Lediglich ein geringer Anteil Jugendlicher ist „So gut wie nie“ in der Freizeit sportlich aktiv (2010: 9,8 %; 2017: 11,2 %; 2022: 10,8 %). 73,9 Prozent der Jugendlichen treiben hingegen einmal pro Woche oder häufiger in ihrer Freizeit Sport (2010: 75,6 %; 2017: 77,7 %). Jungen sind insgesamt öfter sportlich aktiv als Mädchen ($f = .13$). Zudem nimmt die Häufigkeit des Sporttreibens mit zunehmendem Alter ab ($f = .20$). So sind nur 6,8 Prozent der bis 14-Jährigen „So gut wie nie“ in der Freizeit sportlich aktiv, während dies für 16,1 Prozent der ab 18-Jährigen gilt. Auch hinsichtlich der Schulform zeigen sich Unterschiede in der Häufigkeit des Sporttreibens: Schülerinnen und Schüler von Gymnasien und Oberschulen treiben häufiger Sport als Auszubildende an OSZ ($f = .27$). Die dargestellten Ergebnisse zu den Unterschieden zwischen den Teilgruppen decken sich dabei weitestgehend mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2017.

Tab. 3.12: Häufigkeit des Sporttreibens in der Freizeit 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	„Wie oft treiben Sie in Ihrer Freizeit Sport?“					
	So gut wie nie	Nur einige Male im Jahr	1 x pro Monat	1 x pro Woche	Mehrmals pro Woche	Täglich
Gesamt	10,8	8,7	6,6	16,1	40,3	17,5
Jungen	9,3	7,0	4,7	13,6	42,4	23,0
Mädchen	11,8	10,2	8,2	18,9	38,4	12,5
Bis 14 Jahre	6,8	6,3	5,4	15,6	46,5	19,4
15 bis 17 Jahre	10,3	7,3	6,0	16,4	40,1	19,8
Ab 18 Jahre	16,1	13,3	8,9	16,2	34,0	11,5
Oberschule	11,4	7,5	5,6	15,3	34,1	26,1
Gymnasium	5,5	5,6	5,2	17,2	50,0	16,4
OSZ	17,7	14,6	9,7	15,4	34,1	8,4

Mithilfe einer multiplen linearen Regressionsanalyse wurden die Einflüsse verschiedener Variablen auf das Sporttreiben simultan getestet (s. Tab. 3.13). Die Regressionsanalyse zeigt, dass das Alter, das Geschlecht, die Schulform und auch die Bildungsherkunft für die Erklärung der Häufigkeit des Sporttreibens relevant sind: Jüngere Jugendliche sind sportlich aktiver als ältere Jugendliche. Ebenso sind Jungen häufiger sportlich aktiv als Mädchen. Jugendliche ohne Akademiker im Elternhaus sind weniger häufig sportlich aktiv als Jugendliche, die mindestens einen Elternteil mit einem Hochschulabschluss besitzen. In Bezug auf die Schulform bestätigt sich, dass Auszubildende an OSZ weniger häufig sportlich aktiv sind als Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und Oberschulen. Lediglich die Wohnortnähe zu Berlin beeinflusst die

Häufigkeit des Sporttreibens nicht signifikant. Die Analyse bestätigt den im Theorieteil dargelegten Befund, dass Bildungsherkunft und Bildungsinstitution mit praktischer Sportausübung in Beziehung stehen.

Tab. 3.13: Multiple lineare Regressionsanalyse zur Häufigkeit des Sporttreibens 2022/2023

	β	Signifikanz
Alter (in Jahren)	-.10	.00
Jungen ¹	.13	.00
Gymnasium ²	.19	.00
Oberschule ²	.16	.00
Weiterer Metropolenraum ³	-.04	.08
Beide Eltern Akademiker ⁴	.10	.00
Ein Elternteil Akademiker ⁴	.05	.01
Varianzaufklärung R²		.10

Anmerkungen: ¹Referenzgruppe: Mädchen; ²Referenzgruppe: OSZ; ³Referenzgruppe: Berliner Umland; ⁴Referenzgruppe: Kein Akademiker im Elternhaus

Im Anschluss an die Frage, wie häufig sich die Jugendlichen in ihrer Freizeit insgesamt sportlich betätigen, wurden sie gebeten, ihre Aussage zu spezifizieren und anzugeben, in welchem Kontext der Sport betrieben wird. Die Jugendlichen sollten zu diesem Zweck hinsichtlich verschiedener Sportangebote (Sportverein, kommerzielle Sportanbieter, Schulsport-AG, andere Organisationen, Sporttreiben gemeinsam mit anderen ohne Organisation oder Sporttreiben für sich allein) darlegen, wie häufig sie diese Angebote wahrnehmen. Die Antworten der Jugendlichen lassen erkennen, dass Sportvereine eine zentrale Variante der sportlichen Betätigung darstellen (s. Tab. 3.14): 38,9 Prozent der Jugendlichen betreiben wenigstens einmal pro Woche Sport in einem Sportverein. Die Vereine haben damit – unter Umständen aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen – im Vergleich zu den letzten beiden Erhebungswellen (2010: 42,6 %; 2017: 46,1 %) etwas an Bedeutung für die Jugendlichen eingebüßt. Jungen sind häufiger in einem Sportverein aktiv als Mädchen ($f = .16$). Insgesamt treiben 44,1 Prozent der Jungen, aber nur 34,2 Prozent der Mädchen mindestens einmal die Woche Sport in einem Verein. Im Jahr 2017 waren es noch 51,3 Prozent der Jungen und 40,3 Prozent der Mädchen. Zudem nutzen Schülerinnen und Schüler von Gymnasien und Oberschulen häufiger die Angebote von Sportvereinen als Auszubildende an OSZ ($f = .21$): Über 40 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Oberschülerinnen und Oberschüler treiben mindestens einmal die Woche Sport im Verein, wohingegen dies nur für 23,5 Prozent der Auszubildenden an OSZ gilt.

Auch die Angebote kommerzieller Sportanbieter wie Fitnessstudios werden von den Jugendlichen im Land Brandenburg häufig genutzt. 34,7 Prozent der Jugendlichen nehmen mindestens einmal pro Woche Angebote kommerzieller Sportanbieter wahr, womit diese Angebote weiter an Bedeutung gewonnen haben (2010: 25,3 %; 2017: 30,4 %). Die Nutzung unterscheidet sich dabei nach dem Geschlecht, denn mehr Jungen als Mädchen nutzen die Angebote kommerzieller Sportanbieter ($f = .13$). Darüber hinaus sind Unterschiede zwischen den Altersgruppen ($f = .18$) erkennbar: Während nur knapp 25 Prozent der bis 14 Jahre alten Jugendlichen mindestens einmal die Woche bei kommerziellen Anbietern Sport treiben, trifft dies auf fast 40 Prozent der Jugendlichen ab 15 Jahren zu. Bei der Nutzung von schulischen Sportangeboten in Form von Schulsport-AGs sind im Zeitvergleich kaum Veränderungen feststellbar: 17 Prozent

der Jugendlichen nutzen 2022/2023 die Sportangebote der Schule mindestens einmal wöchentlich (2010: 15,6 %; 2017: 19,5 %). Allerdings zeigen sich auch hier Altersunterschiede ($f = .20$): Die Nutzung von Schulsport-AGs nimmt mit zunehmendem Alter ab.

Viele Jugendliche treiben mindestens einmal pro Woche ohne Bezug zu einer Organisation „Allein“ (61,0 %) oder „Gemeinsam mit anderen“ (21,0 %) Sport. Die Häufigkeit nimmt mit dem Erwachsenwerden ab: Von den erwachsenen Jugendlichen ab 18 Jahren treiben nur 54,8 Prozent allein und 18,2 Prozent „Gemeinsam mit anderen“ ohne Bezug zu einer Organisation Sport. Bei den nicht-erwachsenen Jugendlichen sind es dagegen jeweils über 63 Prozent, die allein Sport treiben, und rund 22 Prozent, die gemeinsam mit anderen sportlich aktiv sind, ohne dass eine Organisation hierin involviert ist.

Tab. 3.14: Sportengagement der Sportaktiven in verschiedenen Kontexten 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Sportaktive: Sporttreiben (mindestens einmal pro Woche)					
	Sportverein	Kommerzieller Sport	Schulsport-AG	In anderen Organisationen	Gemeinsam mit anderen (ohne Organisation)	Für mich allein
Gesamt	38,9	34,7	17,0	9,6	21,0	61,0
Jungen	44,1	39,2	17,6	11,0	22,6	62,1
Mädchen	34,2	30,5	16,2	8,3	19,5	60,4
Bis 14 Jahre	49,3	24,8	25,9	10,7	22,2	63,2
15 bis 17 Jahre	40,2	39,1	16,8	11,1	21,5	63,7
Ab 18 Jahre	24,9	39,3	6,1	5,8	18,2	54,8
Gymnasium	46,9	34,0	16,5	8,5	22,3	62,7
Oberschule	40,7	34,0	25,6	13,6	22,7	65,0
OSZ	23,5	36,5	6,3	6,2	16,6	53,1

3.3 Fazit

Die dargestellten Ergebnisse liefern einen differenzierten Einblick in die familiäre Situation der brandenburgischen Jugendlichen mit den zur Verfügung stehenden familiären Ressourcen und den auftretenden Belastungen. Auch im Land Brandenburg macht sich der bekannte stete Wandel der vorherrschenden Familienformen in der Gesamtgesellschaft bemerkbar: Die Anteile der Jugendlichen, die in den Jugendstudien einer als „Traditionelle Familie“ bezeichneten Familienform zugeordnet werden, gehen seit dem Jahr 1993 kontinuierlich zurück. In der aktuellen Erhebungswelle 2022/2023 wird ein diesbezüglicher vorläufiger Tiefstand erreicht, auch wenn diese Familienform nach wie vor die am weitesten verbreitete Form des familiären Zusammenlebens im Land Brandenburg darstellt.

Hinsichtlich des Familienklimas berichtet nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen von einer hohen Zufriedenheit und gibt an, sich auf die Familie verlassen zu können sowie sich in der Familie geborgen zu fühlen. Die gilt insbesondere für Jugendliche aus traditionellen Familien. Betrachtet man in Bezug auf das Familienklima jedoch nur die Kategorie der höchsten Zufriedenheit, dann ist im Vergleich zum Jahr 2017 ein leichter Rückgang zu beobachten. Möglicherweise sind an diesem Umstand die großen Belastungen abzulesen, die

durch die zahlreichen jüngsten Krisen erwachsen und auch die Familien vor zunehmende Herausforderungen stellen. Auch wenn der familiäre Zusammenhalt 2022/2023 insgesamt sehr hoch ist, scheint es an der einen oder anderen Stelle zu innerfamiliären Reibungen und Auseinandersetzungen zu kommen, die auf das wahrgenommene Familienklima durchschlagen.

Aus der Erfassung der familiären Belastungssituationen ist indessen keine Verschlechterung der ökonomischen Situation der Familien im Vergleich zu den Vorjahren erkennbar. Seit 2005 – und damit seit vier Erhebungswellen – sinkt der Anteil an Jugendlichen, die eine schwierige finanzielle Situation in der Familie oder die Arbeitslosigkeit eines Elternteils erlebt haben, immer weiter ab. Im Unterschied zu der positiven Entwicklung der ökonomischen Situation brandenburgischer Familien steigt der Anteil an Jugendlichen, die eine Trennung der Eltern erlebt haben, seit Beginn der Erfassung im Jahr 1993 kontinuierlich an. Gleichzeitig wird eine Trennung der Eltern im Vergleich zu den übrigen erhobenen Belastungssituationen als besonders belastend empfunden. Möglicherweise ist auch in diesem Zusammenspiel ein Grund für die oben beschriebene geringfügige Abnahme des Familienklimas zu sehen. Auf das Ausmaß der familiären Unterstützung scheinen die geschilderten Entwicklungen indessen keinen Einfluss zu haben: Wie bereits in der Vorgängerstudie von 2017 berichten jeweils über 90 Prozent der Jugendlichen, von ihrer Familie in Bezug auf die schulische und berufliche Entwicklung, bei finanziellen Problemen, bei Schwierigkeiten mit Lehrer/innen oder Ausbilder/-innen sowie bei möglichen Drogenproblemen Unterstützung zu erhalten.

Die Befunde zum elterlichen Erziehungsverhalten liefern ein etwas diffuses Bild. Festgehalten werden kann, dass zwar immer größere Anteile der brandenburgischen Jugendlichen gänzlich gewaltfrei erzogen werden, ein kleiner Anteil an Jugendlichen aber einem wachsenden Ausmaß häuslicher Gewalt durch Eltern ausgesetzt ist. Von einem restriktiven elterlichen Erziehungsverhalten berichten zwar auch nur wenige Jugendliche, der Anteil steigt aber seit 2010 – nach einer längeren Phase des Absinkens – kontinuierlich an; betroffen sind insbesondere Jugendliche aus Ein-Eltern-Familien. Knapp ein Viertel der Jugendlichen berichtet von elterlicher Vernachlässigung. Auch dieser Anteil steigt kontinuierlich an und liegt im Jahr 2022/2023 auf dem höchsten Niveau seit Beginn der Befragungen im Jahr 1993; hier sind insbesondere Jugendliche aus Stieffamilien betroffen.

Aus den Befunden lässt sich ableiten, dass bei der Weiterentwicklung von familienfördernden Maßnahmen insbesondere die Teilhabechancen von Jugendlichen aus Ein-Eltern-Familien und Stieffamilien berücksichtigt werden sollten. Eine Stärkung der Elternverantwortung sowie eine kompensatorische Unterstützung von Jugendlichen, die in diesen Familienformen leben, können in den Bereichen „Familienbildung“ sowie „Erziehungs- und Familienberatung“ erfolgen. Zusätzlich müssen Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf der Agenda bleiben, um notwendige Zeitressourcen für die familiäre Alltags- und Beziehungsgestaltung sicherzustellen. Dies gilt auch und gerade für Familien, deren Kinder das Jugendalter erreichen, denn diese passagere Entwicklungsphase ist durch die einsetzende dynamische Identitätsentwicklung und Pubertätsphänomene geprägt. Damit wird die Eltern-Kind-Beziehung verletzlich: Sie muss von den Eltern durch eine ständig neu auszubalancierende Balance von haltgebender Orientierung und gewährter Selbstbestimmung gestützt werden.

Im Hinblick auf die untersuchten Freizeitaktivitäten bleibt im Ergebnis festzuhalten, dass die Jugendlichen mit dem Freizeit- und Sportangebot im Land Brandenburg überwiegend zufrieden sind. Dabei ist nach wie vor ein relatives Desinteresse an konfessionellen und daseinsfürsorglichen Angeboten (z. B. Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, DLRG) zu konstatieren. Gerade aber die sogenannten Freiwilligenorganisationen sind Musterbeispiele ehrenamtlichen Engagements, die sie zu einer Säule moderner Zivilgesellschaften werden lassen (Rasche & Herrmann, 2019). Defizite auf dem Gebiet des zivilgesellschaftlichen Engagements sind nicht einseitig bei

„wohlstandsverwahrlosten“ und „netzabhängigen“ Jugendlichen zu sehen, die kein Interesse an gemeinschaftlicher Kohäsion im Rahmen typischer Freiwilligenorganisationen zeigen. Vielmehr ist den Freiwilligenorganisationen zu empfehlen, die Attraktivität ihres Organisationsrahmens einschließlich des Leistungsportfolios für Jugendliche kritisch zu hinterfragen. An dieser Stelle ist beispielsweise eine stärkere Social-Media-Präsenz zu empfehlen, um die jugendlichen Zielgruppen besser zu erreichen sowie für eine höhere Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit zu sorgen.

Literatur

- Albert, Hurrelmann, Quenzel & Kantar (2019). *Jugend 2019. 18. Shell Jugendstudie*. Frankfurt a. M.: Beltz.
- Alleweldt, E. (2009). Jugend als Zeit der Freundschaft. In M. Lindenau (Hrsg.), *Jugend im Diskurs – Beiträge aus Theorie und Praxis: Festschrift zum 60. Geburtstag von Jürgen Gries* (S. 85-95). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2022). *Ehescheidungen in Berlin und Brandenburg*. Verfügbar unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/246-2022> [16.06.2023].
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023). *Statistischer Bericht. Ergebnisse des Mikrozensus im Land Brandenburg 2022 (Erstergebnisse)*. Verfügbar unter: https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/e202efacb10554c4/ad2023380b00/SB_A01-10-00_2022j01_BB.pdf [11.10.2023].
- Antes, W., Gaedicke, V. & Schiffers, B. (2020). *Jugendstudie Baden-Württemberg 2020*. Baltmannsweiler: Schneider.
- Bredow, B. (2012). Freizeit, Medien und Sport. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 79-102). Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017). *15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland*. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> [11.10.2023].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021). *Familie heute. Daten. Fakten. Trends. Familienreport 2020*. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/163108/ceb1abd3901f50a0dc484d899881a223/familienreport-2020-familie-heute-daten-fakten-trends-data.pdf> [11.10.2023].
- Burmann, U. (2004). Effekte des Sporttreibens auf die Entwicklung des Selbstkonzepts Jugendlicher. *Zeitschrift für Sportpsychologie*, 11 (2), 71-82.
- Burmann, U., Seyda, M., Heim, R. & Konowalczyk, S. (2016). Individualisierungstendenzen im Sport von Heranwachsenden – revisited. *Sport und Gesellschaft*, 13 (2), 113-143.
- Der Paritätische Gesamtverband (2023). *Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022*. Verfügbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Armutsbericht_2022_aktualisierte_Auflage.pdf [11.10.2023].
- Döring, G. H. (2002). *Soziale Vaterschaft in Stieffamilien. Imaginationen von reifendem Glück*. Regensburg: Roderer Verlag.
- Ebert, C. & Steinert, J. (2021). Prevalence and risk factors of violence against women and children during COVID-19, Germany. *Bull World Health Organ*, 99, 429-438.
- Ecarius, J. (2002). *Familienerziehung im historischen Wandel: Eine empirische Studie über Erziehung und Erziehungserfahrungen von drei Generationen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Fastenmeier, W., Gstalter, H. & Lehnig, U. (2003). Was empfinden Menschen als Freizeit? – Emotionale Bedeutung und Definitionen. In ifmo Institut für Mobilitätsforschung (Hrsg.), *Motive und Handlungsansätze im Freizeitverkehr* (S. 13-29). Berlin: Springer.
- Feierabend, S., Rathgeb, T. & Reutter T. (2019). *JIM-Studie 2019 - Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang*. Verfügbar unter: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2019/JIM_2019.pdf [11.10.2023].
- Feierabend, S., Rathgeb, T., Kheredmand, H. & Glöckler, S. (2020). *JIM-Studie 2020 - Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger*. Verfügbar unter: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2020/JIM-Studie-2020_Web_final.pdf [11.10.2023].

- Feierabend, S., Rathgeb, T., Kheredmand, H. & Glöckler, S. (2021). *JIM-Studie 2021 - Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger*. Verfügbar unter: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2021/JIM-Studie_2021_barrierefrei.pdf [11.10.2023].
- Feierabend, S., Rathgeb, T., Kheredmand, H. & Glöckler, S. (2022). *JIM-Studie 2022. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger*. Verfügbar unter: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2022_Web_final.pdf [11.10.2023].
- Ferchhoff, W. (2007). *Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert: Lebensformen und Lebensstile*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH.
- Freericks, R. & Brinkmann, D. (Hrsg.). (2015). *Handbuch Freizeitsoziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Funcke, A. & Menne, S. (2023). *Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Fact-Sheet. Bertelsmann Stiftung*. Verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/januar/neue-zahlen-zur-kinder-und-jugendarmut-jetzt-braucht-es-die-kindergrundsicherung> [16.06.2023].
- Gerlach, E. & Brettschneider, W.-D. (2013). *Aufwachsen mit Sport: Befunde einer 10-jährigen Längsschnittstudie zwischen Kindheit und Adoleszenz*. Aachen: Meyer & Meyer Sport.
- Harring, M. (2010). Freizeit, Bildung und Peers: Bildung im Kontext heterogener Freizeitwelten Jugendlicher. In M. Harring, O. Böhm-Kasper, C. Rohlf, & C. Palentien (Hrsg.), *Freundschaften, Cliques und Jugendkulturen: Peers als Bildungs- und Sozialisationsinstanzen* (S. 21-59). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Harring, M., Böhm-Kasper, O., Rohlf, C. & Palentien, C. (2010). Peers als Bildungs- und Sozialisationsinstanzen – eine Einführung in die Thematik. In M. Harring, O. Böhm-Kasper, C. Rohlf, & C. Palentien (Hrsg.), *Freundschaften, Cliques und Jugendkulturen: Peers als Bildungs- und Sozialisationsinstanzen* (S. 9-19). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holz, G. (2010). Kinderarmut: Definitionen, Konzepte und Befunde. In G. Holz & A. Richter-Kornweitz (Hrsg.), *Kinderarmut und ihre Folgen. Wie kann ihre Prävention gelingen?* München: Ernst Reinhardt.
- Hurrelmann, K. & Albrecht, E. (2014). *Die heimlichen Revolutionäre*. Weinheim: Beltz.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2021). *Lebens- und Einkommenssituation von Alleinerziehenden*. Verfügbar unter: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/8229_Alleinerziehende_Lebenssituation.pdf [11.10.2023].
- Klein, M., Fröhlich, M. & Emrich, E. (2011). Sozialstatus, Sportpartizipation und sportmotorische Leistungsfähigkeit. *Sport und Gesellschaft*, 8 (1), 54-79.
- Konietzka, D. & Kreyenfeld, M. (2015). Sozialstruktur und Lebensform. In P. Hill & J. Kopp (Hrsg.), *Handbuch Familiensoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Konietzka, D. & Zimmermann, O. (2022). Familie in der Gegenwart: Familienformen und -verläufe. In J. Ecarius & Anja Schierbaum (Hrsg.), *Handbuch Familie* (S. 1-21). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Landessportbund Brandenburg (2023). *Statistische Erhebung des LSB Brandenburg e. V.* Verfügbar unter: https://lsb-brandenburg.de/wp-content/uploads/2023/03/2023_Mitgliederstatistik.pdf [11.10.2023].
- Morgenstern, I., Rosenstengel-Kromke, L., Ihle, L. & Kötsche, F. (2017). *Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2017*. Jena: Organisationsberatungsinstitut Thüringen.
- Nave-Herz, R. (2007). *Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung*. Darmstadt: Primus.
- Neuber, N., Golenia, M., Krüger, M. & Pfitzner, M. (2013). Erziehung und Bildung – Sportpädagogik. In A. Güllich & M. Krüger (Hrsg.), *Sport: Das Lehrbuch für das Sportstudium* (S. 397-437). Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.

- Rasche, C. & Herrmann, K. (2019). Freizeit, Medien und Sport. In D. Sturzbecher, B. Bredow & M. Büttner (Hrsg.), *Wandel der Jugend in Brandenburg – Lebenslage, Werte, Teilhabe* (S. 87-112). Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidpeter, E. & Koch, G. (2019). Familie und familiäre Belastungen. In D. Sturzbecher, B. Bredow & M. Büttner (Hrsg.), *Wandel der Jugend in Brandenburg – Lebenslage, Werte, Teilhabe* (S. 61-86). Wiesbaden: Springer VS.
- Statistisches Bundesamt (2016). *Datenreport 2016: Sozialbericht für Deutschland. Kapitel 2: Familie, Lebensformen und Kinder. Auszug aus dem Datenreport 2016*. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016Kap2.pdf> [28.08.2018].
- Statistisches Bundesamt (2023). *Scheidungsquote in Deutschland von 1960 bis 2022*. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/76211/umfrage/scheidungsquote-von-1960-bis-2008/> [11.10.2023].
- Unicef (1989). *Konvention über die Rechte des Kindes*. Verfügbar unter: <https://www.unicef.de/blob/9364/a1bbed70474053cc61d1c64d4f82d604/d0006-kinderkonvention-pdf-data.pdf> [31.08.2018].
- Willems, H. (Hrsg.). (2008). *Lehr(er)buch Soziologie. Für die pädagogischen und soziologischen Studiengänge*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

4 Politisches Interesse und politische Partizipation

4.1 Theoretische und methodische Vorbemerkungen

Politisches Interesse und politische Kompetenz

Der Begriff „Politisches Interesse“ wird in der Forschung zwar nicht einheitlich verwendet, grundsätzlich wird politisches Interesse aber als eine Haltung aufgefasst und damit vom politischen Verhalten (z. B. politische Partizipation) abgegrenzt (van Deth, 2013). Der Definition von van Deth (2013, S. 272) nach, handelt es sich bei politischem Interesse um „den Grad der Aufmerksamkeit, den ein Individuum politischen Ereignissen zumisst“. Neller (2002, S. 489) versteht unter politischem Interesse ein ganzes System kognitiver Orientierungen, dessen Funktionen „das Erkennen und Verstehen politischer Wirklichkeit und die Vorbereitung zielgerichteten politischen Handelns“ sind. Hier wird das Interesse gleichsam als Vorbedingung für politisches Handeln beschrieben. „Politische Kompetenz“ baut auf einem politischen Grundverständnis auf und beinhaltet das daraus resultierende Vermögen, politikbezogene Informationen strukturiert aufnehmen und verarbeiten zu können (Schoen, 2005). Im Allgemeinen geht man davon aus, dass ein hohes politisches Interesse mit einem großen Ausmaß an bewusster Beschäftigung mit der Politik, einem hohen Grad an Politikwissen und einer ausgeprägten politischen Kompetenz einhergeht.

Unter Jugendlichen nimmt das politische Interesse relativ wenig Raum ein, auch wenn in den vergangenen Jahren in bundesweiten Studien ein steigendes Interesse zu verzeichnen war. So zeigte sich in der „18. Shell Jugendstudie“, dass das politische Interesse von Jugendlichen zwischen den Jahren 2002 (30 %) und 2015 (43 %) kontinuierlich gestiegen war und sich im Jahr 2019 mit 41 Prozent stabilisierte (Albert, Hurrelmann, Quenzel & Katar, 2019). Die Autoren der Shell-Studie bestätigen auch die bereits skizzierte enge Verbindung zwischen dem politischen Interesse und der Selbsteinschätzung der politischen Kompetenz: Im Vergleich zu politisch uninteressierten Jugendlichen berichteten politisch interessierte Jugendliche deutlich häufiger, etwas von Politik zu verstehen (Albert, Hurrelmann, Quenzel & TNS Infratest Sozialforschung, 2015).

In der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg 2022/2023“ wird das politische Interesse bereits seit dem Jahr 1993 und die politische Kompetenz seit dem Jahr 1996 erfasst, sodass Langzeitvergleiche vorgenommen werden können. Zur Erfassung des politischen Interesses und der politischen Kompetenz werden im Fragebogen die beiden Indikatoren „Ich interessiere mich für Politik“ und „Ich verstehe eine Menge von Politik“ verwendet. Die Jugendlichen können diese beiden Indikatoren jeweils auf einer vierstufigen Skala bewerten.

Politikverdrossenheit

Der Begriff „Politikverdrossenheit“ ist noch weniger klar umrissen als der Begriff des politischen Interesses. Heil (2016) weist darauf hin, dass eine einheitliche Definition fehle und bislang kaum konzeptionell fundierte Operationalisierungsvorschläge vorlägen. In der vorliegenden Studie wird Politikverdrossenheit in Anlehnung an Arzheimer (2002, S. 202) als „negative oder zumindest neutrale Einstellungen gegenüber einer Vielzahl politischer Objekte“ verstanden. Eine zentrale Rolle spielen hierbei das Vertrauen in die Arbeit von Politikern und der Glaube an die eigenen politischen Einflussmöglichkeiten (Beierlein, Kemper, Kovaleva & Rammstedt, 2012).

In der 18. Shell Jugendstudie wurde Politikverdrossenheit anhand des Items „Ich glaube nicht, dass sich Politiker darum kümmern, was Leute wie ich denken“ erfasst. Diese Aussage beantworteten 71 Prozent der Jugendlichen mit „Trifft voll und ganz zu“ oder „Trifft zu“ (Albert et al., 2019). Im qualitativen Teil der Sinus-Studie 2020 wurde Politikverdrossenheit über kontrollierte Assoziationen erfasst. Das bedeutet, dass die Jugendlichen aufgefordert wurden, auf

die Frage „Was geht Dir durch den Kopf, wenn Du an Politik denkst?“ dem Interviewer oder der Interviewerin alles mitzuteilen, was ihnen an Wörtern, Ideen, Bildern, Gedanken oder Gefühlen einfiel. Die daraufhin genannten Assoziationen wurden verschiedenen Themenfeldern zugeordnet und als positive, neutrale oder negative Assoziationen definiert. Es zeigte sich, dass die Jugendlichen mehrheitlich (52 %) negative Vorstellungen zu Politik äußerten. Lediglich 19 Prozent der Jugendlichen verbanden mit Politik positive Bilder wie die Vorstellung einer lebendigen Demokratie, Meinungsfreiheit, Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie gute und sichere Lebensbedingungen, die Wohlstand, Frieden, Harmonie garantieren (Calmbach, Flaig, Edwards, Möller-Slawinski, Borchard & Schleer, 2020). In der Studie „Perspektiven von Jugendlichen“ (Goede, Schröder & Lehmann, 2020) wurde Politikverdrossenheit mithilfe der Items „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“, „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ und „Andere werden von der Regierung stets besser behandelt als Leute wie ich“ erfasst. Die Mehrheit der befragten Jugendlichen äußerte keine „Politikverdrossenheit“. Bei allen drei Items zeigte sich eine sehr häufige Angabe der Mittelkategorie „Teils/teils“¹⁶, sodass sich eine Distanzierung der Jugendlichen zur Politik in dieser Studie nicht ableiten ließ.

Wie anhand der Ausführungen ersichtlich ist, wird das Konstrukt „Politikverdrossenheit“ in der Fachliteratur sehr unterschiedlich operationalisiert. In der vorliegenden Studie wurde – wie bereits in den vorherigen Studien – der Ansatz gewählt, das Konstrukt mittels einer Skala mit fünf Items zu erfassen (Skala „Politikverdrossenheit“ s. Anhang), welche die Einstellungen der Jugendlichen zur Responsivität des politischen Systems sowie ihr Vertrauen gegenüber den Parteien, den Politikern und den politischen Mechanismen abbilden (Zehrt & Feist, 2012). Zusätzlich wurde die Zufriedenheit mit der Politik im Land Brandenburg im Hinblick auf verschiedene Lebensbereiche erhoben (z. B. „Unterstützung von Familien und Kindern“, „Schaffung von Freizeitangeboten“, „Bekämpfung des Rechtsextremismus“).

Politische Beteiligung und Partizipationsbereitschaft

Unter politischer Partizipation versteht man die Teilhabe und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Darunter fallen Verhaltensweisen von Bürgerinnen und Bürgern, die als Gruppe oder allein freiwillig Einfluss auf politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems ausüben wollen (Andersen & Woyke, 2021). Gaiser, Krüger, Rijke und Wächter (2016) differenzieren dabei zwischen institutionellen Formen der Beteiligung (z. B. Wahlen) und nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen (z. B. Demonstrationen). Darüber hinaus unterscheiden die Autoren zwischen einem kontinuierlichen Engagement (z. B. Parteiarbeit) und einem zeitlich „punktuellen“ Engagement (z. B. Unterschriftensammlungen). Niedermayer (2005) unterteilt die Gesamtheit partizipativer Aktivitäten in sechs Formen: a) Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, b) parteibezogene Aktivitäten, c) auf Gemeinde, Wahlkampf und Politiker bezogene Aktivitäten, d) legaler Protest, e) ziviler Protest und f) politische Gewalt.

Politische Partizipation spielt in der Demokratie eine zentrale Rolle und kann als Voraussetzung für eine funktionierende demokratische Staatsform angesehen werden. In der Bundesrepublik Deutschland existieren daher verschiedene Vorschriften, die den Staat und seine Behörden verpflichten, die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Im Land Brandenburg wurde mit dem Paragraphen 18a der Kommunalverfassung die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen am politischen Prozess festgeschrieben. Die Kommunen sind mit diesem Gesetz verpflichtet worden, Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen zu beteiligen, die ihre Interessen betreffen. So sollen Kinder und Jugendliche beispielsweise bei der Gestaltung

¹⁶ Item 1: 32 %; Item 2: 29 %; Item 3: 25 %.

von Jugendzentren, bei der Planung von Sport- und Freizeitanlagen, aber auch bei der Gestaltung von Verkehrsanbindungen mitwirken. Die Art und Weise der Beteiligung ist im Gesetz nicht geregelt und kann von einzurichtenden Jugendfragestunden bis hin zu Jugendparlamenten und Jugendbeiräten reichen.

Betrachtet man die Forschungslandschaft zur politischen Partizipation, so fällt auf, dass die Ergebnisse verschiedener Studien häufig nicht ohne Weiteres miteinander verglichen werden können. Politische Partizipationserfahrung und Partizipationsbereitschaft wurden zumeist mit Hilfe sehr unterschiedlicher Fragen und Antwortmöglichkeiten erfasst. In der Sinus-Studie 2020 antwortete die Mehrheit der 14- bis 17-Jährigen auf die Frage „Bist Du in irgendeiner Form politisch aktiv?“ mit „Nein, gar nicht“ (Calmbach et al., 2020). Dabei wussten die meisten Jugendlichen, wie man sich politisch engagieren konnte und fanden zivilgesellschaftliche Aktionen wie die Teilnahme an Demonstrationen am attraktivsten. Nur selten wurden hingegen militante Aktionen akzeptiert. Die am häufigsten genannte zum Einsatz kommende politische Beteiligungsform waren Gespräche mit der Familie, den Freundinnen und Freunden sowie Mitschülerinnen und Mitschülern. Eher selten wurden hingegen direkte politische Aktionen oder politische Diskussionen im Netz oder im Freundeskreis genannt. Als Grund für die verhaltene Partizipationsbereitschaft vermuten Calmbach et al. (2020) nicht nur Langeweile oder Desinteresse der Jugendlichen, sondern auch Gefühle der Macht- und Einflusslosigkeit, gepaart mit der Überzeugung, als Minderjährige nichts ausrichten zu können. Die Jugendlichen fühlten sich von den Politikerinnen und Politikern nicht gehört und nicht ernst genommen. Häufig unterstellten sie der älteren Generation Ignoranz und Zynismus. In der Studie „Perspektiven von Jugendlichen“ wurde politische Teilhabe insbesondere über die Teilnahme an politischen Demonstrationen oder Kundgebungen sowie über das sichtbare Zeigen von politischen Einstellungen erfasst. Nur rund 17 Prozent der befragten Jugendlichen gaben an, an einer Demonstration oder Kundgebung teilgenommen zu haben. Weiterhin bejahten nur 3 Prozent der Jugendlichen die Aussage „Anhand meiner Kleidung (oder Buttons, Aufnäher, Sticker) können alle erkennen, wie ich politisch drauf bin“ und nur 4 Prozent die Aussage „Anhand meiner Profile in den sozialen Medien (z. B. Facebook, Instagram) können alle erkennen, wie ich politisch drauf bin“ (Goede et al., 2020). In der „Jugendstudie Bayern 2019“ wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob und in welcher Häufigkeit sie von verschiedenen Möglichkeiten des gesellschaftlichen und politischen Engagements (z. B. soziale Medien, Hilfsorganisationen, politische Parteien, Bürgerinitiativen) bereits Gebrauch machten. In der Gruppe der 17- bis 24-Jährigen gaben nur 19 Prozent der Jugendlichen an, sich in Parteien zu engagieren und nur 23 Prozent beteiligten sich an Bürgerinitiativen (Ferber & Jörg, 2019). In der „Jugendstudie Baden-Württemberg“ gab gut ein Fünftel (21 %) der befragten Jugendlichen an, im eigenen sozialen Umfeld politisch aktiv gewesen zu sein, ohne dies in ehrenamtlich organisierter Form getan zu haben (Antes, Gaedicke & Schiffrers, 2020). Um welche Aktivitäten es sich dabei handelte, wurde in der Studie nicht differenziert erfasst. In der „Jugendstudie 2023“ der TUI-Stiftung (TUI, 2023) gaben 68 Prozent der befragten jungen Menschen zwischen 16 und 26 Jahren an, dass Wählen eine „Bürgerpflicht“ sei. Allerdings berichtete weniger als die Hälfte (48 Prozent), in Schule und Ausbildung gut auf das Wählen vorbereitet zu werden. Etwas mehr als ein Drittel (34 Prozent) war der Meinung, bei Wahlen komme es auf die eigene Stimme nicht an. Etwas mehr als die Hälfte (54 %) der zum Teil noch nicht wahlberechtigten Befragten würde selbst an Wahlen teilnehmen, 21 Prozent würden nicht daran teilnehmen. Hinsichtlich anderer Mitwirkungsmöglichkeiten waren knapp drei Viertel der Meinung, Demonstrationen und Versammlungen seien gerechtfertigt, aber nur 37 Prozent würden selbst an solchen Veranstaltungen teilnehmen. Zur Durchsetzung politischer Ziele hielten viele Befragte illegale Mittel wie Hackerangriffe (45 %) und Sachbeschädigung (56 %) für nicht gerechtfertigt.

Wie bereits in den vorangegangenen Erhebungswellen wurden die Jugendlichen auch in der aktuellen Erhebungswelle der Studie „Jugend in Brandenburg“ nach ihren politischen Partizipationserfahrungen und ihrer Partizipationsbereitschaft befragt. Dabei wurden zehn Indikatoren verwendet. Diese Indikatoren erstreckten sich u. a. von der Mitarbeit in einer politischen Bewegung über die Teilnahme an einer Demonstration, die Beteiligung an einer Unterschriftenaktion oder Online-Petition, die Kontaktaufnahme zu Politikerinnen und Politikern oder Parteien über das Internet und die Teilnahme an einer Wahl bis hin zur Anwendung von Gewalt gegen Personen aus politischen Gründen.

Ergänzend zu den genannten allgemeinen Partizipationsmöglichkeiten wurde in der aktuellen Erhebungswelle erstmals die Kenntnis kommunaler Mitwirkungsmöglichkeiten in der eigenen Stadt oder Gemeinde erhoben und die Bereitschaft zur Nutzung dieser Möglichkeiten erfasst. Dazu wurden zwölf Beteiligungsmöglichkeiten aufgeführt (z. B. „Gespräch oder Diskussionsrunde mit Politikerinnen oder Politikern“, „Plan- oder Rollenspiel in der Schule oder im Jugendclub“). Weiterhin konnten die Jugendlichen Auskunft über ihre Beteiligung an konkreten Projekten geben (z. B. „Einrichtung, Pflege oder Bau von Radwegen“, „Auswahl des Essensanbieters in der Schule“). Schließlich wurde auch erfasst, ob die Jugendlichen der Meinung waren, es gebe viele Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der eigenen Stadt oder Gemeinde und ob sie denken, die Stadt oder Gemeinde würde die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei ihren politischen Entscheidungen berücksichtigen.

In der aktuellen Studie wurde auch erneut erfasst, ob die Jugendlichen beabsichtigten, einen Freiwilligendienst zu absolvieren. Die Möglichkeit, sich über einen solchen Dienst für die Gesellschaft zu engagieren, besteht für Personen, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dabei können Tätigkeiten in sozialen, ökologischen und kulturellen Feldern, in Bereichen des Sports und der Integration sowie im Zivil- und Katastrophenschutz ausgeübt werden. In der Studie wurde daher auch erhoben, welchen Einsatzbereich die Jugendlichen bei einem Freiwilligendienst bevorzugen würden.

4.2 Untersuchungsergebnisse

Politisches Interesse und politische Kompetenz

Im Jahr 2022/2023 stimmen 38,5 Prozent der brandenburgischen Jugendlichen „Völlig“ oder „Eher“ dem Statement „Ich interessiere mich für Politik“ zu (s. Tab. 4.1). Damit ist – nach einem Anstieg zwischen den Jahren 2010 und 2017 (2010: 37,5 %; 2017: 44,2 %) – wieder ein Rückgang des Interesses der Jugendlichen an Politik zu beobachten. Die Mehrheit der Jugendlichen interessiert sich nicht oder nur wenig für Politik. Der Anteil an Jugendlichen, die absolutes politisches Desinteresse äußern, sinkt dabei allerdings seit 2010 ebenfalls ab (2010: 32,4 %; 2017: 24,9 %; 2022: 23,8 %).

Wie bereits in der Vorgängerstudie weisen im Jahr 2022/2023 Jungen („Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ insgesamt: 40,7 %) nur noch ein leicht höheres politisches Interesse auf als Mädchen (35,7 %). Die Höhe des politischen Interesses variiert zudem mit der Schulform. Bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ist das höchste politische Interesse zu verzeichnen („Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“ insgesamt: 42,7 %). Geringer fällt das Interesse bei Auszubildenden an OSZ (38,7 %) sowie Schülerinnen und Schüler der Oberschulen (34,2 %) aus. Ein Alterseffekt zeigt sich insofern, als dass das politische Interesse mit zunehmendem Alter steigt: Von den bis 14-Jährigen gaben 33,6 Prozent an, politisches Interesse zu haben („Stimme eher zu“ und „Stimme völlig zu“); von den 15- bis 17-Jährigen waren es 40,6 Prozent und von den ab 18-Jährigen 41,6 Prozent.

Tab. 4.1: Politisches Interesse 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	„Ich interessiere mich für Politik.“							
	Stimmt völlig		Stimmt eher ¹⁷		Stimmt eher nicht ¹⁸		Stimmt gar nicht ¹⁹	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	13,1	11,2	31,1	27,3	30,9	37,8	24,9	23,8
Jungen	16,1	13,7	31,0	27,0	29,0	34,3	23,8	25,0
Mädchen	9,8	8,1	31,3	27,6	32,9	41,4	26,0	22,9
Bis 14 Jahre	11,9	9,6	29,2	24,0	31,5	40,1	27,4	26,3
15 bis 17 Jahre	14,8	11,3	31,1	29,3	31,3	37,6	22,8	21,8
Ab 18 Jahre	12,2	12,0	34,3	29,6	29,3	35,0	24,2	23,4
Oberschule	11,2	10,4	26,7	23,8	32,6	38,8	29,6	27,1
Gymnasium	16,5	12,6	34,4	30,1	28,9	37,5	20,2	19,8
OSZ	10,9	10,1	32,3	28,6	31,5	36,7	25,3	24,7

Die Ausprägung des politischen Interesses steht in einem schwachen Zusammenhang zu den Schulnoten der Jugendlichen: Jugendliche mit guten Schulnoten weisen etwas häufiger ein hohes politisches Interesse auf als Jugendliche mit schlechten Schulnoten ($r = -.17$). Darüber hinaus geben Jugendliche mit einem hohen politischen Interesse häufiger an, dass die aktive Teilnahme am politischen Leben ein sehr bedeutsames Ziel in ihrem Leben darstellt ($r = .46$).

Der Anteil an Jugendlichen, die sich für politisch kompetent halten, hat zwischen den Jahren 1996 und 2017 kontinuierlich zugenommen. Der stärkste Zuwachs war im Zeitraum zwischen 1999 und 2005 zu verzeichnen: Während im Jahr 1999 lediglich 25,4 Prozent der Jugendlichen „Völlig“ oder „Teilweise“ der Aussage „Ich verstehe eine Menge von Politik“ zustimmten, erhöhte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2005 auf 35,8 Prozent. Seitdem stieg der Wert langsam, aber stetig weiter an (2010: 37,5 %, 2017: 41,3 %). Im Jahr 2022/2023 ist nun erstmals ein leichtes Absinken des Wertes zu verzeichnen (39,0 %; s. Tab. 4.2).

Tab. 4.2: Politische Kompetenz 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	„Ich verstehe eine Menge von Politik.“							
	Stimmt völlig		Stimmt eher ²⁰		Stimmt eher nicht ²¹		Stimmt gar nicht ²²	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	7,9	9,0	33,4	30,0	40,4	43,6	18,3	17,4
Jungen	10,8	12,1	38,2	34,6	37,4	38,5	13,6	14,8
Mädchen	4,7	5,7	28,2	25,0	43,6	49,1	23,5	20,1

¹⁷ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

¹⁸ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

¹⁹ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

²⁰ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

²¹ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

²² Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

Die Selbsteinschätzung der politischen Kompetenz variiert stärker als das politische Interesse in Abhängigkeit vom Geschlecht der Jugendlichen ($f = .17$). So schätzen sich im Jahr 2022/2023 Jungen (46,7 %) deutlich häufiger politisch kompetent ein als Mädchen (30,7 %). Jedoch zeichnet sich auch hier eine kontinuierliche Verringerung des Abstands zwischen Jungen und Mädchen ab (s. Abb. 4.1).

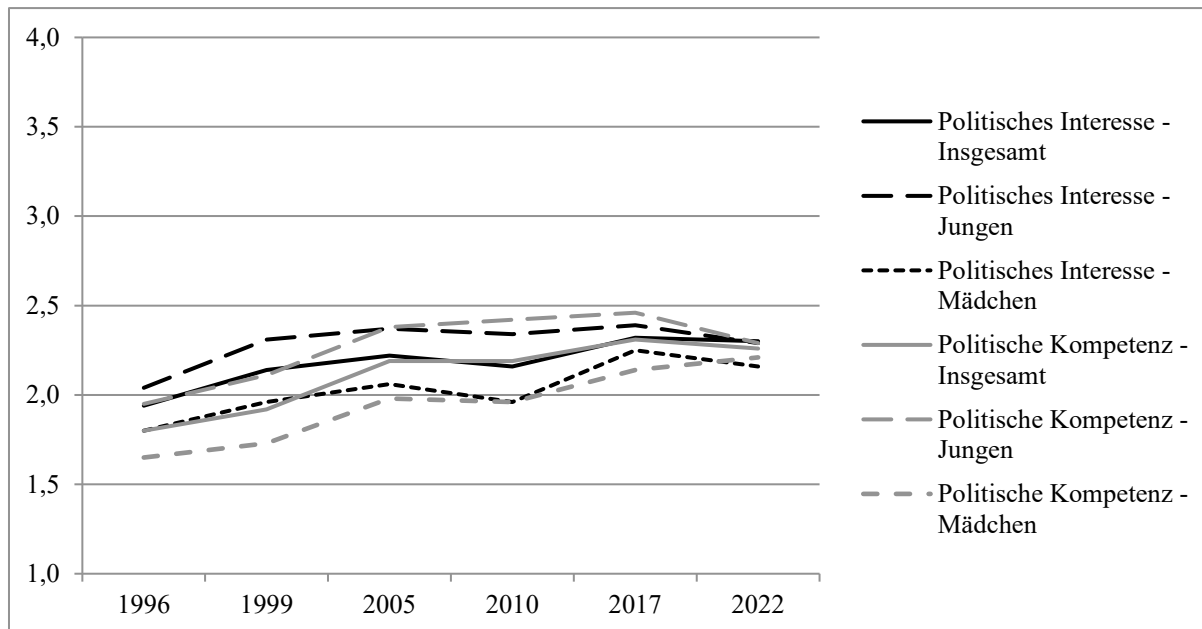


Abb. 4.1: Politisches Interesse und politische Kompetenz nach Geschlecht im Zeitraum von 1996 bis 2022/2023 (Mittelwerte einer Skala von „1“ = „Stimmt gar nicht“²³, „2“ = „Stimmt eher nicht“²⁴, „3“ = „Stimmt eher“²⁵ bis „4“ = „Stimmt völlig“)

Politikverdrossenheit

Die „Politikverdrossenheit“ unter brandenburgischen Jugendlichen hat im Vergleich zur Studie des Jahres 2017 leicht abgenommen und erreicht einen Wert von 79,7 Prozent (Kategorien „Hoch“ und „Eher hoch“ insgesamt im Jahr 2005: 88,7 %; 2010: 83,6 %; 2017: 82,0 %, s. Tab. 4.3). Damit ist zwar seit dem Jahr 2005 ein kontinuierlicher Trend der zurückgehenden Politikverdrossenheit zu verzeichnen, das Niveau ist allerdings immer noch besorgniserregend hoch. Erfreulich ist, dass besonders der Anteil an Jugendlichen, die hochgradig politikverdrossen sind, deutlich gesunken ist (Kategorie „Hoch“ 2005: 48,8 %; 2010: 40,8 %; 2017: 35,7 %; 2022: 31,5 %). Überdurchschnittlich politikverdrossen sind im Jahr 2022/2023 Jugendliche ab 18 Jahren (Kategorien „Hoch“ und „Eher hoch“ insgesamt: 83,4 %; bis 14-Jährige: 78,8 %; 15- bis 17-Jährige: 78,4 %) und – vermutlich durch das durchschnittlich höhere Alter bedingt – Auszubildende an OSZ (84,4 %; Gymnasium: 75,9 %; Oberschule: 80,6 %). Mädchen (80,9 %) sind geringfügig politikverdrossener als Jungen (78,7 %).

²³ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

²⁴ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

²⁵ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

Tab. 4.3: Skala „Politikverdrossenheit“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Skala „Politikverdrossenheit“							
	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	2,1	2,1	15,9	18,1	46,3	48,2	35,7	31,5
Jungen	2,5	2,5	17,1	18,7	46,3	45,4	34,2	33,3
Mädchen	1,7	1,7	14,6	17,4	46,3	51,1	37,4	29,8
Bis 14 Jahre	2,2	2,2	17,2	19,0	47,1	52,4	33,5	26,4
15 bis 17 Jahre	2,5	2,2	16,7	19,4	47,9	47,9	32,9	30,5
Ab 18 Jahre	1,2	1,6	12,5	15,0	42,6	42,4	43,7	41,0
Oberschule	2,1	2,3	13,8	17,2	44,9	48,4	39,2	32,2
Gymnasium	2,8	2,1	21,2	22,0	50,7	52,4	25,3	23,5
OSZ	1,2	1,9	10,7	13,7	41,6	41,5	46,5	42,9

Die Politikverdrossenheit steht im Zusammenhang mit der Herkunft der Jugendlichen: So weisen 31,8 Prozent der Jugendlichen deutscher Herkunft, aber nur 25,3 Prozent der Jugendlichen ausländischer Herkunft eine hohe Politikverdrossenheit auf. Darüber hinaus hängt die Politikverdrossenheit mit externalen Kontrollüberzeugungen zusammen: Je politikverdrossener die Jugendlichen sind, desto stärker glauben sie daran, ihr Leben nicht selbst kontrollieren zu können ($r = .27$). Schließlich korrelieren sowohl „Rechtsextremismus“ ($r = .16$) als auch „Ausländerfeindlichkeit“ ($r = .30$) mit Politikverdrossenheit.

Nachfolgend soll betrachtet werden, welche Veränderungen auf Itemebene im Zeitverlauf zu verzeichnen sind bzw. inwieweit Veränderungen bei einzelnen Items zur Verringerung der Politikverdrossenheit insgesamt beigetragen haben. Die größten Veränderungen finden sich im Hinblick auf die Items „Ich glaube nicht, dass sich Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken“ und „Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen, was die Regierung tut“: Im Vergleich zum Jahr 2017 ist der Anteil an Jugendlichen, die beiden Items „Völlig“ oder „Eher“ zustimmen um 7,6 bzw. 9,5 Prozentpunkte gesunken. Einen Überblick über die Veränderungen bei der Zustimmung zu den einzelnen Items der Skala „Politikverdrossenheit“ im Zeitraum von 2017 bis 2022/2023 bietet die Tabelle 4.4.

Tab. 4.4: Items „Politikverdrossenheit“ 2017 und 2022/2023 (in %)

	„Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“							
	Stimmt völlig		Stimmt eher ²⁶		Stimmt eher nicht ²⁷		Stimmt gar nicht ²⁸	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Ich glaube nicht, dass sich Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.	38,3	32,7	45,4	43,4	13,2	19,3	3,1	4,6
Im Allgemeinen verlieren die Abgeordneten im Bundestag ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk.	28,0	27,8	53,9	52,7	16,0	17,4	2,1	2,1
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, die Ansichten der Wähler interessieren sie nicht.	28,2	27,3	45,9	44,1	21,4	25,7	4,5	2,9
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	36,8	36,6	37,7	39,2	18,1	19,0	7,4	5,2
Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen, was die Regierung tut.	26,0	23,7	48,0	40,8	17,7	27,8	8,3	7,6

Zufriedenheit mit der Politik im Land Brandenburg

Die Zufriedenheit der Jugendlichen mit der Politik im Land Brandenburg fällt relativ hoch aus (s. Abb. 4.2). Mehr als 60 Prozent der Jugendlichen sind mit der Berücksichtigung ihrer Interessen – vor allem aber mit den ausbildungsbezogenen Politikbereichen wie der „Schaffung ausreichend vieler Ausbildungsplätze“ (85,5 %) und der „Unterstützung beim Berufseinstieg“ (75,2 %) – „Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“. Mit der Bewältigung der Aufgaben des „Umweltschutzes“ (52,3 %) und dem „Abbau von Arbeitslosigkeit“ (54,8 %) zeigt sich indessen nur etwa die Hälfte der Jugendlichen „Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“.

Ältere Schülerinnen und Schüler betrachten alle Politikfelder kritischer als jüngere ($f = .24$): So sind zum Beispiel nur 57,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler ab 18 Jahren mit der „Schaffung von Freizeitangeboten“ „Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“ (bis 14 Jahre: 82,1 %; 15 bis 17 Jahre: 70,9 %); in Bezug auf die „Unterstützung von Familien mit Kindern“ liegt der Anteil bei 56,1 Prozent (bis 14 Jahre: 78,2 %; 15 bis 17 Jahre: 71,4 %). Die Zufriedenheit mit der „Unterstützung Jugendlicher beim Berufseinstieg“ hängt insbesondere von der Schulform ab: Während nur 65,8 Prozent der Auszubildenden an OSZ „Zufrieden“ oder „Eher zufrieden“ sind, beträgt der Anteil bei den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten 73,4 Prozent sowie bei den Oberschülerinnen und Oberschülern 82,6 Prozent.

²⁶ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

²⁷ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

²⁸ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

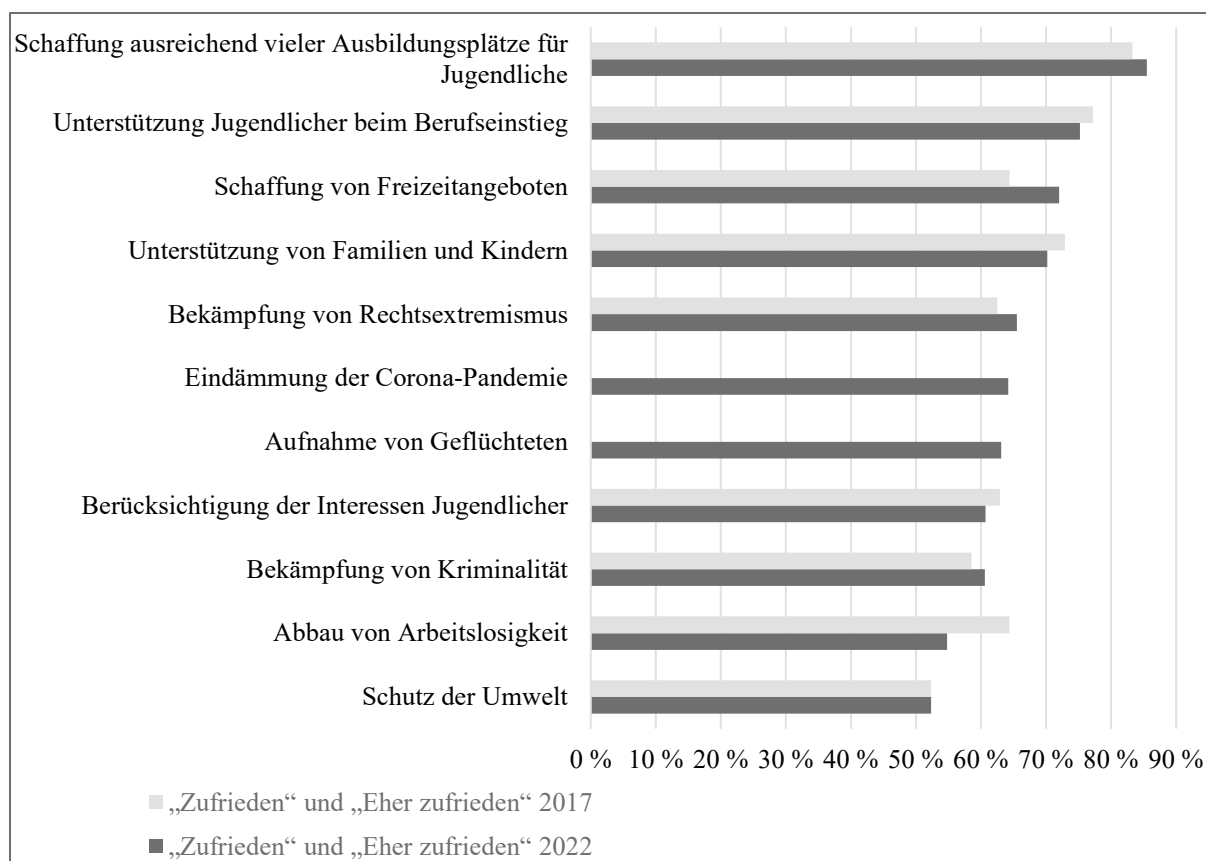


Abb. 4.2: Zufriedenheit mit der Politik im Land Brandenburg 2017 und 2022/2023 (in %)

Insgesamt betrachtet, empfinden 60,8 Prozent der Jugendlichen die Berücksichtigung ihrer Interessen in der Politik im Land Brandenburg als zufriedenstellend oder eher zufriedenstellend (2017: 62,9 %). Der größte Zuwachs an Zufriedenheit ist im Vergleich zum Jahr 2017 bei der „Schaffung von Freizeitmöglichkeiten“ zu verzeichnen (Kategorien „Zufrieden“ und „Eher zufrieden“ insgesamt im Jahr 2017: 64,4 %; 2022: 72,0 %). Ein Bereich, in dem sich die Jugendlichen im Vergleich zu 2017 deutlich weniger zufrieden äußern, ist der „Abbau von Arbeitslosigkeit“. Hier ist der Anteil der „Zufriedenen“ oder „Eher zufriedenen“ Jugendlichen von 64,4 Prozent im Jahr 2017 auf 54,8 Prozent im Jahr 2022/2023 gesunken. In manchen Themenbereichen zeigen sich deutliche Geschlechtsunterschiede: So nehmen Jungen insbesondere beim „Umweltschutz“ (56,3 % bzw. 48,9 %) sowie bei der „Bekämpfung von Kriminalität“ (64,9 % bzw. 56,2 %) und beim „Abbau von Arbeitslosigkeit“ (59,3 % bzw. 50,3 %) eine zufriedeneren Haltung ein als Mädchen.

Politische Beteiligung und Partizipationsbereitschaft

Betrachten wir zunächst, inwieweit die Jugendlichen tatsächlich schon an politischen Aktivitäten teilgenommen haben. Die diesbezüglichen Ergebnisse sind in der Tabelle 4.5 dargestellt. Es zeigt sich, dass die Mehrheit der Jugendlichen (62,4 %) bereits mindestens eine der erfassten politischen Beteiligungsformen genutzt hat. Dabei beteiligten sich die befragten Jugendlichen vor allem aktiv an Wahlen (34,5 %), Unterschriftenaktionen bzw. Online-Petitionen (29,3 %) oder an Demonstrationen (22,7 %). Lediglich 6,3 Prozent der Jugendlichen haben dagegen schon einmal eine Politikerin, einen Politiker oder eine Partei über das Internet kontaktiert, und nur 4,0 Prozent der Jugendlichen sind einer Partei oder Jugendorganisation beigetreten. Die Akzeptanz für politische Gewalt ist unter den Jugendlichen gering: Nur wenige Jugendliche haben bisher politisch motivierte Gewalt gegen fremdes Eigentum (3,1 %) oder Personen (2,6 %) angewandt.

Tab. 4.5: Genutzte Formen der Politischen Partizipation 2017 und 2022/2023 (in %)

	„In der Vergangenheit habe ich das schon gemacht.“	
	2017	2022
Teilnahme an einer Wahl (z. B. U18-Wahl, Juniorwahl, Bundestagswahl)	31,8	34,5
Beteiligung an einer Unterschriftenaktion oder Online-Petition	39,2	29,3
Teilnahme an einer Demonstration	18,2	22,7
Politische Inhalte im Internet verbreiten	10,3	15,0
In sozialen Medien (z. B. TikTok, WhatsApp) Mitglied einer Gruppe werden, bei der es um politische Themen geht	9,4	15,0
In einer politischen Bewegung aktiv mitarbeiten (z. B. Fridays for Future)	8,6	10,4
Einen Politiker oder eine Partei über das Internet kontaktieren	4,6	6,3
Einer politischen Partei oder deren Jugendorganisation beitreten (z. B. CDU / Junge Union, SPD / Jusos, Die Grünen / Junge Grüne, FDP / Junge Liberale, AfD / Junge Alternative)	6,0	4,0
Beschädigung fremden Eigentums aus politischen Gründen (z. B. Fenster einschlagen, politischen Spruch an Hauswand sprayen)	12,5	3,1
Anwenden von Gewalt gegen Personen aus politischen Gründen (z. B. Schlägereien auf Demonstrationen mit der Gegenseite oder Polizisten)	6,7	2,6

Betrachtet man die Veränderungen zur Studie des Jahres 2017, so fällt vor allem auf, dass 2022/2023 deutlich weniger Jugendliche angaben, schon einmal an einer Unterschriftenaktion oder Online-Petition teilgenommen zu haben, als noch 2017. Zugleich ist erfreulicherweise der Anteil an Jugendlichen deutlich zurückgegangen, die aus politischen Gründen schon einmal Gewalt gegen fremdes Eigentum oder gegen Personen angewendet haben. Dagegen verbreiten immer mehr Jugendliche politische Inhalte im Internet oder werden in sozialen Medien Mitglied von Gruppen, in denen es um politische Inhalte geht. Ferner haben auch die Anteile an Jugendlichen leicht zugenommen, die bereits an einer Wahl oder Demonstration teilgenommen sowie in einer politischen Bewegung (z. B. Fridays for Future) aktiv mitgearbeitet haben.

Bei einigen Partizipationsformen ist die Betrachtung über einen noch größeren Zeitraum möglich, da sie schon seit vielen Jahren in der Jugendstudie erfasst werden (s. Abb. 4.3). Offensichtlich verlieren Unterschriftenaktionen – auch wenn sie noch recht weit verbreitet sind – zunehmend an Bedeutung. Seit dem Beginn der diesbezüglichen Erhebung im Jahr 1996 geben immer weniger Jugendliche an, diese Form der Partizipation schon einmal genutzt zu haben; dies gilt, obwohl das entsprechende Item im Jahr 2022/2023 um Online-Petitionen ergänzt wurde. Die aktive Mitarbeit in einer politischen Bewegung wurde dagegen in den vergangenen fast 30 Jahren von einem – auf einem relativ niedrigen Niveau von rund 10 Prozent – gleichbleibend hohen Anteil junger Menschen als Möglichkeit genutzt, am politischen Leben teilzuhaben. Die Teilnahme an Demonstrationen hatte im Jahr 2017 den niedrigsten Stand seit 1996 erreicht, in der aktuellen Studie ist wieder ein Anstieg zu erkennen. Möglicherweise ist diese Entwicklung dadurch begründet, dass in der jüngeren Vergangenheit in der Öffentlichkeit politische Themen diskutiert werden, die für Jugendliche eine besondere Bedeutung besitzen (z. B. Klimawandel, Corona-Maßnahmen, Rechtsextremismus).

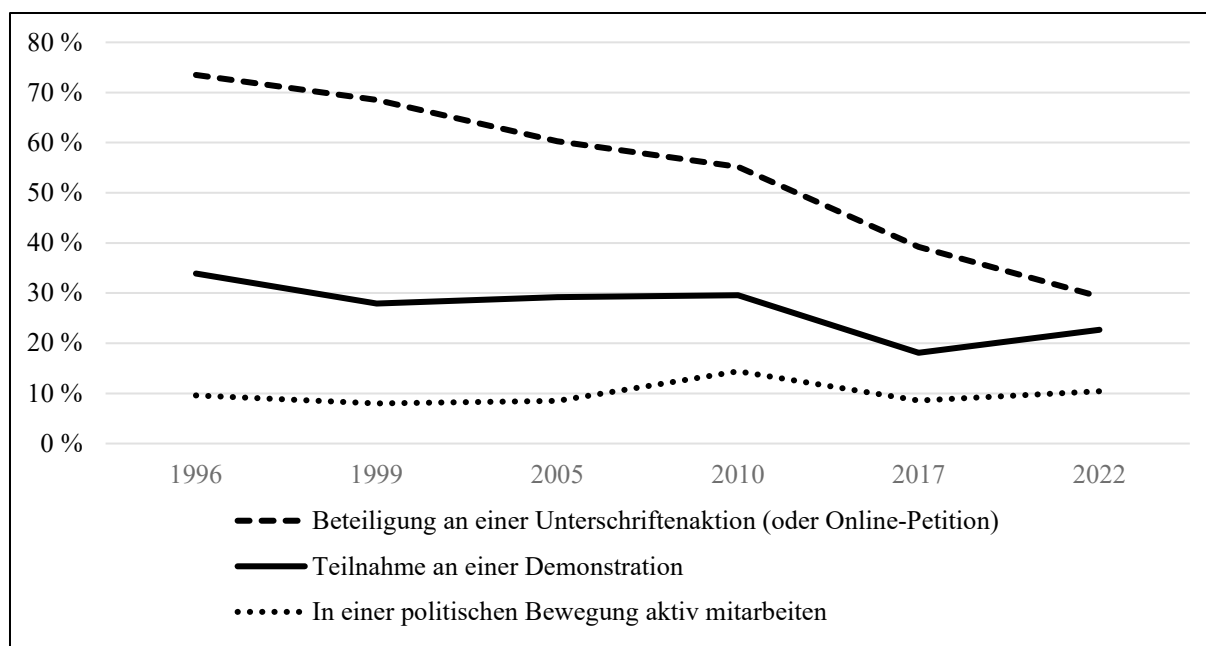


Abb. 4.3: Genutzte Formen der Politischen Partizipation im Zeitraum von 1996 bis 2022/2023 (in %)

Neben der tatsächlichen Beteiligung am politischen Leben in der Vergangenheit wurde auch die Bereitschaft der Jugendlichen erfasst, sich zukünftig politisch zu engagieren (s. Tab. 4.6). Es ist kaum verwunderlich, dass die Reihung der Beteiligungsformen, die die Jugendlichen in Zukunft nutzen wollen, mit der Reihung der Beteiligungsformen korrespondiert, die sie in der Vergangenheit bereits genutzt haben. Die meisten Jugendlichen planen fest, an einer Wahl teilzunehmen (2017: 83,4 %; 2022: 51,8 %;) oder würden dies zumindest in „außergewöhnlichen Situationen“ tun (2017: 11,3 %; 2022: 32,3 %). Der deutliche Rückgang der Entschlossenheit zur Wahlteilnahme im Vergleich zum Jahr 2017 kann teilweise darauf zurückgeführt werden, dass Ende September 2017 die damalige Bundestagswahl stattfand und die Erhebungen der Jugendstudie zwischen November und Dezember 2017 erfolgten. Daher standen die Jugendlichen vermutlich unter dem Eindruck des Wahlkampfes und der Koalitionsverhandlungen im Anschluss an die Wahl. Es ist davon auszugehen, dass diese politischen Ereignisse das Wahlinteresse und die Wahlabsicht der Jugendlichen beeinflusst haben, was sich in den Antworten auf die diesbezügliche Frage niedergeschlagen haben dürfte. In zeitlicher Nähe zu den Erhebungen 2022/2023 fand hingegen kein vergleichbares innenpolitisches Großereignis statt. Neben einer zukünftigen Wahlteilnahme planen die Jugendlichen vor allem Beteiligungen an Unterschriftenaktionen oder Online-Petitionen (2017: 48,6 %; 2022: 32,3 %) sowie Demonstrationsteilnahmen (2017: 25,6 %; 2022: 24,3 %). Die Anwendung politischer Gewalt ist dagegen – wie bislang auch – für den überwiegenden Teil der jungen Menschen in Brandenburg tabu: Mehr als 84 Prozent würden aus politischen Gründen unter keinen Umständen Gewalt gegen Personen anwenden (2017: 80,4 %; 2022: 85,8 %) oder fremdes Eigentum beschädigen (2017: 81,1 %; 2022: 84,3 %). Darüber hinaus würde jeweils über die Hälfte der befragten Personen unter keinen Umständen in den sozialen Medien einer politischen Gruppe beitreten (2017: 51,2 %; 2022: 56,0 %), politische Inhalte im Internet verbreiten (2017: 57,5 %; 2022: 57,5 %), Politikerinnen, Politiker oder Parteien über das Internet kontaktieren (2017: 45,2 %; 2022: 59,1 %) sowie einer politischen Partei oder deren Jugendorganisation beitreten (2022: 59,6 %).

Wählen zu gehen, wird also von den Jugendlichen als wichtigstes Instrument zur (politischen) Mitbestimmung wahrgenommen, auch wenn die feste Wahlabsicht im Vergleich zu 2017 abgenommen hat. In diesem Zusammenhang äußern Jugendliche mit einer niedrigen externalen

Kontrollüberzeugung besonders häufig eine Wahlabsicht (Kategorie „Ja“: 60,2 %; „In außergewöhnlichen Situationen“: 18,9 %; „Unter keinen Umständen“: 20,9 %). Jugendliche mit einer hohen externalen Kontrollüberzeugung stehen dem Wählen dagegen erwartungsgemäß kritischer gegenüber: Von diesen Jugendlichen möchten nur 36,0 Prozent in Zukunft wählen gehen, 25,6 Prozent planen dies für „Außergewöhnliche Situationen“, und 38,4 Prozent möchten „Unter keinen Umständen“ wählen ($f = .17$). Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen den Schulnoten und der Wahlabsicht: Schüler mit besseren Schulnoten äußern häufiger die Absicht, wählen zu gehen, als Schüler mit schlechteren Schulnoten ($f = .25$). Hinsichtlich der Schulform zeigt sich, dass Gymnasiastinnen und Gymnasiasten überdurchschnittlich häufig eine Wahlteilnahme beabsichtigen (Kategorie „Ja“: 62,0 %). Am seltensten hegen Schüler an Oberschulen die Absicht, in Zukunft wählen zu gehen (Kategorie „Ja“: 37,1 %).

Tab. 4.6: Formen der künftigen politischen Partizipation 2017 und 2022/2023 (in %)

	„In Zukunft würde ich das ...					
	... machen.“		... in außergewöhnlichen Situationen machen.“		... unter keinen Umständen machen.“	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Teilnahme an einer Wahl (z. B. U18-Wahl, Juniorwahl, Bundestagswahl)	83,4	51,8	11,3	23,3	5,3	24,9
Beteiligung an einer Unterschriftenaktion oder Online-Petition	48,6	32,3	36,7	32,4	14,7	35,3
Teilnahme an einer Demonstration	25,6	24,3	42,5	38,7	31,9	37,0
Politische Inhalte im Internet verbreiten	11,1	13,4	31,5	29,1	57,5	57,5
In sozialen Medien (z. B. TikTok, WhatsApp) Mitglied einer Gruppe werden, bei der es um politische Themen geht	13,4	13,1	35,4	30,9	51,2	56,0
In einer politischen Bewegung aktiv mitarbeiten (z. B. Fridays for Future)	16,9	12,2	49,0	40,9	34,1	46,9
Einer politischen Partei oder deren Jugendorganisation beitreten (z. B. CDU / Junge Union, SPD / Jusos, Die Grünen / Junge Grüne, FDP / Junge Liberale, AfD / Junge Alternative)	-	8,3	-	32,2	-	59,6
Einen Politiker oder eine Partei über das Internet kontaktieren	10,6	7,2	44,2	33,7	45,2	59,1
Anwenden von Gewalt gegen Personen aus politischen Gründen (z. B. Schlägereien auf Demonstrationen mit der Gegenseite oder Polizisten)	4,0	2,9	15,6	11,3	80,4	85,8
Beschädigung fremden Eigentums aus politischen Gründen (z. B. Fenster einschlagen, politischen Spruch an Hauswand sprayen)	3,1	2,7	15,7	13,1	81,1	84,3

Mitwirkungsmöglichkeiten in der Stadt/Gemeinde

In der aktuellen Erhebungswelle wurde erstmals nach den vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten in der eigenen Stadt oder Gemeinde gefragt (s. Tab. 4.7).

Tab. 4.7: Kommunale Mitwirkungsmöglichkeiten und Teilnahme 2022/2023 (in %)

	Mitwirkungsmöglichkeit			
	Weiß ich nicht	Gibt es nicht	Gibt es ...	
			..., habe ich aber noch nicht mitgemacht.	... und habe ich bereits mitgemacht
Teilnahme an oder Anhörung in anderen Gremien der Stadt/Gemeinde (z. B. Stadtverordnetenversammlung, Gemeindevertretersitzung, Sozialausschuss)	38,6	25,4	30,2	5,9
Jugendbudget (Geld, über das junge Menschen selbst entscheiden können)	39,1	32,7	22,0	6,2
Kinder- und Jugendfragestunde / Einwohnerfragestunde	39,1	29,8	24,9	6,3
Kinder- und Jugendgremium (z. B. gewählter Kinder- und Jugendbeirat, gewähltes Kinder- und Jugendparlament)	37,9	27,9	27,5	6,7
Kinder- und Jugendforum (Versammlung, an der alle teilnehmen können)	35,6	27,0	30,4	7,0
Gespräch oder Diskussionsrunde mit Politikerinnen oder Politikern der Stadt/Gemeinde (z. B. Bürgermeisterin oder Bürgermeister) oder Mitarbeitenden der Verwaltung	34,5	27,7	28,7	9,1
Workshop, runder Tisch oder Zukunftswerkstatt zu Themen der Stadt/Gemeinde (z. B. Freiflächengestaltung, Spielplatz- oder Schulhofplanung)	33,9	23,9	31,9	10,3
Kontaktaufnahme zu Kinder- und Jugendbeauftragten	30,8	18,7	39,6	10,9
Plan- oder Rollenspiel in der Schule oder im Jugendclub (z. B. Jugend- Europaparlament, „Pimp your town“)	31,9	30,5	26,4	11,3
Ehrenamtliches Engagement (z. B. Müllsammelaktionen, Planung und Durchführung von Festen und Projekten)	26,7	18,7	39,1	15,5
Digitale Möglichkeiten (App auf dem Handy, Onlinefragebogen)	30,5	20,6	27,5	21,4
Befragung mit Papier-Fragebogen	30,8	23,4	24,2	21,6

Die drei von den Jugendlichen am häufigsten genutzten Mitwirkungsmöglichkeiten sind die Teilnahme an Befragungen mit einem Papier-Fragebogen (21,6 %), die Nutzung digitaler Möglichkeiten (21,4 %) sowie ehrenamtliches Engagement (15,5 %). Wesentlich mehr Jugendliche wissen um die Existenz einzelner Mitwirkungsmöglichkeiten, haben sie aber bisher nicht genutzt: So wissen beispielsweise mehr als 39 Prozent der Befragten, dass es in ihrer Stadt oder Gemeinde die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme zu Kinder- und Jugendbeauftragten oder zum ehrenamtlichen Engagement gibt, haben diese aber bislang nicht genutzt. Je nach Mitwirkungsmöglichkeit äußern zwischen 18,7 und 32,7 Prozent der Jugendlichen, dass die entsprechende Möglichkeit bei ihnen nicht vorhanden wäre. Zudem äußern je nach Mitwirkungsmöglichkeit zwischen 26,7 und 39,1 Prozent der Jugendlichen, dass sie nicht wissen, ob es diese Mitwirkungsmöglichkeit in ihrer Stadt oder Gemeinde vorhanden sei. Dies deutet darauf hin, dass ggf. vorhandene Angebote gezielter beworben werden müssen, um die Jugendlichen auch tatsächlich zu erreichen.

Darüber hinaus wurden die Jugendlichen in der aktuellen Erhebungswelle gefragt, an welchen konkreten Projekten sie sich schon beteiligt haben (s. Tab. 4.8). Mehr als 28 Prozent der Jugendlichen gaben an, bereits an der Gestaltung des Schulhofes mitgewirkt zu haben. Etwa 19 Prozent haben sich bei der Auswahl des Essensanbieters der Schule beteiligt und knapp 17 Prozent engagierten sich bei der Pflege oder dem Bau von Sportanlagen oder Spielplätzen. Die Mehrheit der Jugendlichen hat sich aber bisher (noch) nicht an konkreten Projekten beteiligt: Je nach Projektform liegt der Anteil an Jugendlichen, die sich (noch) nicht beteiligt haben, zwischen 71,7 und 92,1 Prozent.

Tab. 4.8: Beteiligung an konkreten Projekten 2022/2023 (in %)

	Konkrete Projekte	
	... habe ich mich noch nicht beteiligt.	... habe ich mich schon beteiligt.
An der Einrichtung, der Pflege oder dem Bau von Radwegen ...	92,1	7,9
An der Ausstattung, dem Angebot oder der Pflege einer Bibliothek ...	90,4	9,6
An der Beschaffung von Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr ...	88,4	11,6
An der Pflege, dem Bau der Ausstattung oder dem Angebot von Freizeiteinrichtungen ...	85,7	14,3
An der Pflege, der Gestaltung oder dem Bau von Grünanlagen und Parks ...	84,2	15,8
An der Pflege oder dem Bau von Sportanlagen/Spielplätzen ...	83,1	16,9
An der Auswahl des Essensanbieters in der Schule ...	80,9	19,1
An der Schulhofgestaltung ...	71,7	28,3

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, dass es in ihrer Stadt oder Gemeinde viele Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gibt (Kategorien „Stimmt eher“ und „Stimmt völlig“ insgesamt: 53,8 %; s. Tab. 4.9). Gleichzeitig stimmt es knapp zwei Drittel der Jugendlichen (64,8 %) zufolge „Eher nicht“ oder „Gar nicht“, dass die Politik die Interessen

von Kindern und Jugendlichen bei ihren Entscheidungen berücksichtigt. Die geringe wahrgenommene Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen von der lokalen Politik könnte möglicherweise dazu beitragen, dass die angebotenen Mitwirkungsmöglichkeiten von den Jugendlichen selten genutzt werden.

Tab. 4.9: Bewertung der Mitwirkungsmöglichkeiten 2022/2023 (in %)

	Mitwirkungsmöglichkeiten			
	Stimmt gar nicht	Stimmt eher nicht	Stimmt eher	Stimmt völlig
In meiner Stadt/Gemeinde gibt es viele Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.	10,2	36,0	41,8	12,0
Meine Stadt/Gemeinde berücksichtigt in der Politik die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei ihren Entscheidungen.	16,3	48,5	29,1	6,1

Freiwilligendienst

Unter den brandenburgischen Jugendlichen besteht durchaus die Bereitschaft, ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Ökologisches Jahr abzuleisten: 21,7 Prozent der Jugendlichen können sich ein solches Engagement vorstellen. Damit liegt die Bereitschaft – unter Umständen auch als Folge der Corona-Pandemie – zwar unter dem Niveau von 2017 (30,0 %), ist aber höher als im Jahr 2010 (20,0 %). Das Interesse der Mädchen (24,4 %) fällt deutlich höher aus als das Interesse der Jungen (18,5 %). Zudem unterscheidet sich das Interesse in Abhängigkeit vom Alter: Während 22,7 Prozent der bis 14-Jährigen und 24,6 Prozent der 15- bis 17-Jährigen Interesse zeigen, beträgt der Anteil bei den über 18-Jährigen nur 15,6 Prozent. Jugendliche, die ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Ökologisches Jahr absolvieren möchten, weisen zudem eine höhere „Klassische Partizipationsbereitschaft“ auf als andere Jugendliche ($r = .15$).

Die bevorzugten Einsatzbereiche derjenigen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Ökologisches Jahr ableisten möchten, sind – ähnlich wie im Jahr 2017 – die „Kinder- und Jugendbetreuung“ (2017: 23,1 %; 2022: 19,9 %), der „Pflege-, Sozial- und Rettungsdienst“ (2017: 22,0 %; 2022: 22,2 %) sowie der Sportsektor (2017: 21,8 %; 2022: 20,5 %). Hinsichtlich eines „Einsatz(es) im Ausland“ ist das Interesse der betroffenen Jugendlichen seit der Befragung im Jahr 2017 wieder leicht angestiegen (2017: 15,6 %; 2022: 17,3 %). Eine Tätigkeit im „Ökologischen Bereich“ präferieren 8,6 Prozent der betroffenen Jugendlichen (2017: 10,7 %). Nur wenige betroffene Jugendliche möchten Arbeiten im Kulturbereich (2017: 4,0 %; 2022: 2,2 %) oder im Politikbereich (2017: 2,9 %; 2022: 2,3 %) übernehmen.

Ein vertiefender Blick auf die Geschlechtsverteilung der am Freiwilligendienst interessierten Jugendlichen zeigt, dass der Bereich Kinder- und Jugendhilfe nur bei 14,0 Prozent der Jungen, aber 23,7 Prozent der Mädchen auf Interesse stößt. Mädchen haben auch ein größeres Interesse an Tätigkeiten im ökologischen Bereich als Jungen (Mädchen: 10,9 %; Jungen: 4,8 %). Entgegengesetzt verteilt sich das Interesse bezüglich eines Einsatzes im Sportbereich (Jungen: 31,1 %; Mädchen: 13,5 %). Schülerinnen und Schüler der Gymnasien interessieren sich häufig für Tätigkeiten im „Ausland“ (18,4 %), im Sport-Bereich (17,1 %) oder im Pflege-, Sozial- und Rettungsdienst (22,7 %). Schülerinnen und Schüler der Oberschulen präferieren ebenfalls Tätigkeiten im Pflege-, Sozial- und Rettungsdienst (22,3 %), aber auch Tätigkeiten im Bereich Sport (24,3 %) oder in der Kinder- und Jugendbetreuung (19,4 %). Auszubildende an OSZ möchten am häufigsten in der Kinder- und Jugendbetreuung arbeiten (31,0 %), haben aber auch

Interesse an Tätigkeiten im Pflege-, Sozial- und Rettungsdienst (20,5 %) oder im Bereich Sport (20,4 %).

Typologie von Jugendlichen im Hinblick auf politische Partizipation

In Anlehnung an Neller und van Deth (2006) sowie Dusin, Süßmilch und Bredow (2019) wurden für weiterführende Analysen zur politischen Partizipation entsprechend des von den Jugendlichen berichteten politischen Interesses und der tatsächlichen politischen Beteiligung vier verschiedenen Typen gebildet (s. Tab. 4.10) und alle Befragungsteilnehmerinnen und Befragungsteilnehmer jeweils einem Typen zugeordnet. Diese vier Typen wurden anschließend mit anderen Variablen (z. B. Geschlecht, Schulform, politische Kompetenz) in Beziehung gesetzt.

Tab. 4.10: Operationalisierung der Typologie bestehend aus „Politisches Interesse“ und „Politische Partizipation“ (eigene Darstellung in Anlehnung an Neller & van Deth, 2006)

		Politisches Interesse „Ich interessiere mich für Politik.“	
		Stimmt völlig / Stimmt eher	Stimmt eher nicht / Stimmt gar nicht
Politische Partizipation	Höchstens an einer politischen Aktionsform in der Vergangenheit beteiligt	Die „Zuschauer“	Die „Apathischen“
	Mindestens an zwei politischen Aktionsformen in der Vergangenheit beteiligt	Die „Engagierten“	Die „Mitmacher“

Der Typus der „Apathischen“ ist dadurch gekennzeichnet, dass die Jugendlichen in der Vergangenheit höchstens an einer der erhobenen politischen Partizipationsmöglichkeiten teilgenommen haben und ein niedriges politisches Interesse aufweisen. Diesem Typus gehören 43,1 Prozent (2017: 42,5 %) der befragten Jugendlichen an. Das Gegenstück zu diesem Typus bilden die „Engagierten“. Sie haben mindestens an zwei Partizipationsformen teilgenommen und bekunden politisches Interesse. Dieser Gruppe sind 21,5 Prozent (2017: 19,8 %) der Jugendlichen zuzuordnen. Die „Mitmacher“ (2017: 13,2 %; 2022: 17,9 %) haben sich zwar bereits mindestens zweimal in der Vergangenheit politisch beteiligt, äußern allerdings nur ein geringes politisches Interesse. Die „Zuschauer“ (2017: 24,5 %; 2022: 17,6 %) hingegen weisen ein hohes Interesse an Politik auf, haben sich in der Vergangenheit aber höchstens an einer politischen Partizipationsform beteiligt.

Nachfolgend soll untersucht werden, welche Merkmale die jeweiligen Typen auszeichnen. In der Tabelle 4.11 ist zu diesem Zweck dargestellt, inwieweit sich die vier Typen nach Geschlecht und Schulform unterscheiden. Der gestiegene Anteil der „Mitmacher“ seit der letzten Erhebungswelle ist auf Veränderungen bei den Mädchen zurückzuführen (2017: 14,2 %; 2022: 19,8 %). Gleichzeitig ist der Anteil der Mädchen an den „Zuschauern“ zurückgegangen (2017: 23,6 %; 2022: 15,1 %). Der Anteil der Jungen an den jeweiligen Gruppen ist dagegen relativ konstant geblieben. Grundsätzlich sind Mädchen häufiger dem Typ „Mitmacher“ und Jungen häufiger den „Zuschauern“ zuzuordnen. Die „Apathischen“ stellen in jeder Schulform die größte Gruppe unter den Schülerinnen und Schülern dar; an Oberschulen sind sie zudem überproportional häufig vertreten. An den Gymnasien und an den Oberstufenzentren ist der Anteil der „Engagierten“ und der „Mitmacher“ dementsprechend höher als an den Oberschulen. „Zuschauer“ sind wiederum vor allem an den Oberschulen und Gymnasien vertreten.

Tab. 4.11: Die vier Beteiligungstypen nach Geschlecht und Schulform 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Beteiligungsgruppen							
	Apathische		Mitmacher		Zuschauer		Engagierte	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	42,5	43,1	13,2	17,9	24,5	17,6	19,8	21,5
Jungen	40,5	45,9	12,4	13,8	25,3	21,2	21,9	19,2
Mädchen	44,7	44,6	14,2	19,8	23,6	15,1	17,5	20,5
Oberschule	49,5	53,9	12,6	12,9	23,3	19,2	14,6	14,0
Gymnasium	38,2	41,9	10,9	15,2	29,6	20,4	21,3	22,6
OSZ	39,3	36,2	17,6	25,7	18,5	12,4	24,7	25,7

Was kennzeichnet die Mitglieder der einzelnen Typen? Die „Apathischen“ schreiben sich selbst nur geringe politische Kompetenzen zu und sind wenig partizipationsbereit. Sie sind mit ihrem Leben und mit der Berücksichtigung ihrer Interessen in der Politik zufrieden. Sie haben eher schlechtere Noten und sind vor allem an Oberschulen zu finden. Die „Mitmacher“ zeichnen sich durch eine hohe Partizipationsbereitschaft, aber keine ausgeprägte politische Kompetenz aus. Sie sind mit ihrem Leben und mit der Vertretung ihrer Interessen in der Politik nur mittelmäßig zufrieden. Sie sind vor allem an Oberstufenzentren vertreten. Die „Zuschauer“ nehmen sich selbst als politisch kompetent wahr und haben bessere Durchschnittsnoten als die „Apathischen“ und die „Mitmacher“. Darüber hinaus sind sie mit der Vertretung ihrer Interessen in der Politik zufriedener als die „Engagierten“ und die „Mitmacher“ und weisen insgesamt eine sehr hohe Zufriedenheit mit ihrem Leben auf. Es handelt sich hier insbesondere um Schülerinnen und Schüler der Gymnasien. Die „Engagierten“ zeichnen sich durch eine ausgeprägte politische Kompetenz und gute Durchschnittsnoten in der Schule aus. Dafür sind sie mit ihrem Leben und der Berücksichtigung ihrer Interessen unzufriedener als die anderen drei Gruppen. Die „Engagierten“ besuchen vor allem Gymnasien und Oberstufenzentren. In der Tabelle 4.12 findet sich ein zusammenfassender Überblick über die charakteristischen Eigenschaften der Mitglieder der einzelnen Beteiligungstypen.

Tab. 4.12: Charakteristik der Beteiligungstypen 2022/2023 (Mittelwerte)

Item	f	Beteiligungsgruppen			
		Apathische	Mitmacher	Zuschauer	Engagierte
Politische Kompetenz ¹	.63	1,9	2,2	2,8	2,9
Durchschnittsnote in der Schule ²	.19	2,7	2,5	2,4	2,3
Zufriedenheit mit der Berücksichtigung der Interessen Jugendlicher insgesamt ¹	21	2,9	2,7	2,8	2,6
Lebenszufriedenheit (Index) ¹	.20	3,5	3,3	3,5	3,3

Anmerkungen:

¹ Mittelwerte (eines Index) von „1“ = „Niedrig“, „2“ = „Eher niedrig“, „3“ = „Eher hoch“ bis „4“ = „Hoch“

² Schulnoten von „1“ = „Sehr gut“, „2“ = „Gut“, „3“ = „Befriedigend“, „4“ = „Ausreichend“, „5“ = „Mangelhaft“ bis „6“ = „Ungenügend“

In der Abbildung 4.4 wird die quantitative Verteilung der Jugendlichen auf die vier Beteiligungstypen im Zeitraum von 1996 bis 2022/2023 dargestellt. Zu allen vier Erhebungszeitpunkten bildeten die „Apathischen“ die größte Gruppe, wobei ihr Anteil mit einigen Schwankungen stets bei etwa 40 Prozent lag. Während im Jahr 1996 noch 30,8 Prozent der Jugendlichen zu den „Mitmachern“, 17,5 Prozent zu den „Engagierten“ und nur 11,5 Prozent zu den „Zuschauern“ gehörten, näherten sich die Anteile dieser drei Gruppen bis zum Jahr 2010 stetig an. Zu diesem Zeitpunkt waren jeweils rund 18 Prozent der Jugendlichen den drei Beteiligungsgruppen zuzurechnen. Der Anteil der „Mitmacher“ ist im Jahr 2017 auf 13,2 Prozent gesunken, im Jahr 2022/2023 aber wieder auf 17,9 Prozent angestiegen. Bei den „Zuschauern“ ist der umgekehrte Trend zu beobachten. Im Jahr 2017 ist der Anteil auf 24,5 Prozent angestiegen, im Jahr 2022 jedoch wieder auf 17,6 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der „Engagierten“ ist seit 1996 weitgehend stabil bei etwa 20 Prozent geblieben.

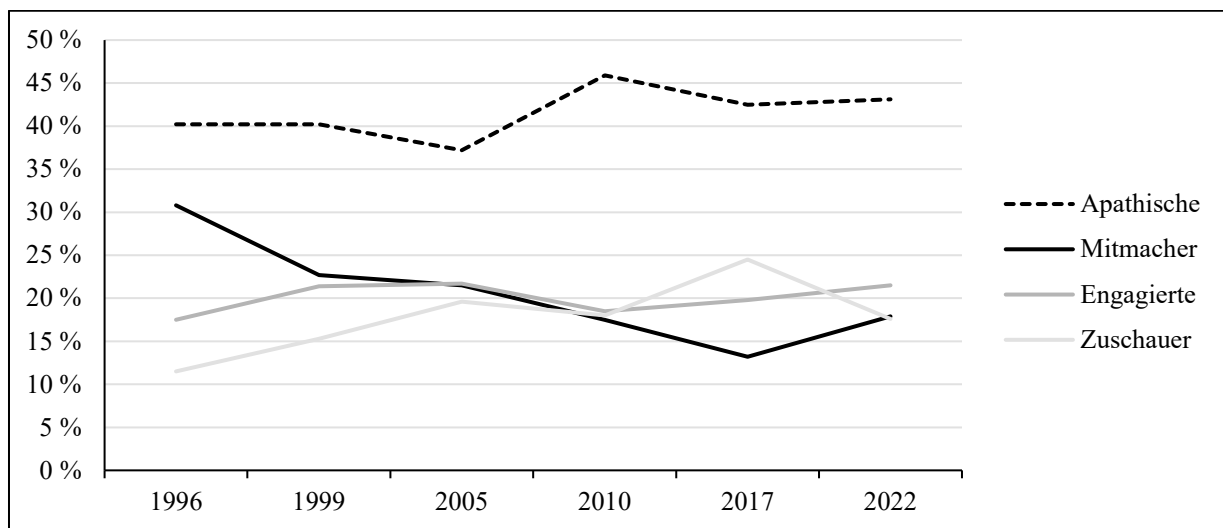


Abb. 4.4: Die vier Beteiligungstypen im Zeitraum von 1996 bis 2022/2023 (in %)

4.3 Fazit

Mit der Erhebungswelle 2022/2023 sind das politische Interesse und die Einschätzung der politischen Kompetenz unter brandenburgischen Jugendlichen zurückgegangen. Allerdings hat auch die Politikverdrossenheit der Jugendlichen leicht abgenommen, wenngleich sie auf einem nach wie vor hohen Niveau liegt. Die Zufriedenheit mit der Politik im Land Brandenburg fällt grundsätzlich hoch aus, wobei insbesondere die Zufriedenheit mit der Schaffung von Freizeitangeboten im Vergleich zum Jahr 2017 angestiegen ist. Möglicherweise wird hier im Nachgang der Corona-Pandemie sichtbar, dass Jugendliche sehr unter den Eindämmungsmaßnahmen im Freizeitbereich gelitten haben. Die Öffnung der Freizeitangebote nach dem Ende der Corona-Maßnahmen wird der Politik zugutegehalten und durch ein entsprechendes Antwortverhalten honoriert.

Die tatsächliche politische Beteiligung ist im Vergleich zum Jahr 2017 bezüglich der meisten erhobenen legalen Partizipationsformen – insbesondere der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten – gestiegen. Als deutliche Ausnahme sind allerdings Unterschriftenaktionen und Online-Petitionen zu nennen, an denen sich deutlich weniger Jugendliche beteiligt haben als noch im Jahr 2017. Bei der Partizipationsbereitschaft – also der beabsichtigten zukünftigen politischen Beteiligung – ist eine zunehmende Zurückhaltung der Jugendlichen zu erkennen. Eine differenzierte Ergebniseinordnung hinsichtlich der politischen Partizipation soll nachfolgend anhand der beschriebenen Einteilung von Jugendlichen – entsprechend ihres politischen Interesses und ihrer politischen Beteiligung – in die vier Typen „Engagierte“, „Zuschauer“, „Mitmacher“ und

„Apathische“ erfolgen (Dusin, Süßmilch & Bredow, 2019; Neller & van Deth, 2006). Betrachten wir zunächst die „Engagierten“: Diese zumeist bildungsnahen Jugendlichen müssen nicht mehr speziell zur politischen Beteiligung motiviert werden; man muss ihnen vor allem ausreichend interessante Möglichkeiten eröffnen, um im politischen Leben Handlungsfelder zu erschließen und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu sammeln.

Ausreichende Möglichkeiten, politisches Handeln zu erfahren, sind auch für die „Zuschauer“ wichtig – zuvor gilt es bei ihnen jedoch, Motivationsarbeit zu leisten, damit sich ihr politisches Interesse in politischem Handeln niederschlägt. Ein vertiefender Blick auf die Studienergebnisse verdeutlicht, dass die Lebenszufriedenheit der „Zuschauer“ hoch ist – vielleicht lähmt gerade das ihre politische Aktivität? Zur Motivationsförderung erscheint es sinnvoll, den „Zuschauern“ die aktuellen politischen Veränderungen auf der nationalen und internationalen Bühne nahe zu bringen und ihnen die damit verbundenen möglichen Konsequenzen für ihr eigenes Leben zu verdeutlichen. Zudem sollten anregende Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, die mit alltagsrelevanten sozialen Medien verknüpft sind. Erkennt der „Zuschauer“ seine Möglichkeiten und erlebt er direkte Partizipationserfolge, führt das zu einem erhöhten Selbstwerterleben, verstärkter sozialer Anerkennung und einem Motivationsschub. Im Ergebnis könnte sich der „Zuschauer“ zum „Engagierten“ weiterentwickeln.

Wenden wir uns nun den „Mitmachern“ zu, die sich prinzipiell für eine Beteiligung begeistern lassen. Die Gründe dafür liegen jedoch oftmals nicht im politischen Interesse, sondern vielmehr in gruppendynamischen Prozessen. „Mitmachern“ geht es also eher um das „Agieren mit der Gruppe“ und weniger um das „Warum“. Eine Sensibilisierung für die Relevanz politischen Wissens könnte in der Schule über Projektarbeit oder spielerisch orientierte Methoden (z. B. Wettbewerbe) erreicht werden. Für die „Mitmacher“ wie auch für die „Apathischen“ gilt es, die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme und zu demokratischem Handeln ohne Überforderung sukzessive aufzubauen. Dafür müssen lebensnahe gesellschaftliche Diskurse den Weg in die Schule finden und durch Ansätze problem- und erfahrungsbasierten kooperativen Lernens zielgruppengerecht aufbereitet werden.

Will man die nicht selten bildungsfernen und politikverdrossenen „Apathischen“ erreichen und an politische Partizipation heranführen, bedarf es niedrigschwelliger Angebote. Da es sich bei den „Apathischen“ mit Abstand um die größte und vielfältigste Gruppe von Jugendlichen handelt, bedarf es auch einer didaktisch facettenreichen politischen Bildungsarbeit. In diesem Zusammenhang sind Ansätze erfolgversprechend, welche die Heterogenität in Schulklassen aufgreifen und nutzbar machen. Denkbar wären beispielsweise pädagogische Angebote zum kooperativen Lernen: Zu Beginn werden Gruppenaufgaben mit unterschiedlichen inhaltlichen und didaktischen Zielen verteilt, die arbeitsteilig nach einer ausgehandelten gemeinsamen Strategie bearbeitet werden und in eine gruppenübergreifenden Problemlösung einfließen. Damit wird einerseits erlebbar, wie politisches Wissen, politische Urteilsbildung sowie politische Einflussmöglichkeiten und Beteiligung in Wechselwirkung stehen. Andererseits werden damit die Mechanismen wechselseitig aufeinander bezogenen sozialen Handelns geübt, deren Beherrschung für Kooperation und (politische) Partizipation unerlässlich ist.

Erstmals wurde mit der Erhebungswelle 2022/2023 auch die politische Partizipation der Jugendlichen auf der Ebene der Städte und Gemeinden erfasst. Auch wenn seit dem Jahr 2018 über § 18a der Kommunalverfassung in Brandenburg die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an allen politischen Entscheidungen festgeschrieben ist, die sie betreffen, scheint bei den Jugendlichen selbst noch ein Gefühl des „Nicht-gehört-werdens“ vorzuherrschen. Lediglich etwas mehr als ein Drittel der befragten Jugendlichen ist der Meinung, dass ihre Interessen in der Politik auch tatsächlich berücksichtigt werden. Die gesetzliche Regelung scheint damit im Bewusstsein der Jugendlichen noch nicht den gewünschten Erfolg zu erzielen. Zwar ist gut die

Hälfte der Jugendlichen der Ansicht, dass ihre Stadt bzw. Gemeinde viele Möglichkeiten zur Beteiligung bietet. Diese Möglichkeiten werden bislang jedoch nur von wenigen Jugendlichen genutzt, um ihre Interessen zu vertreten: Die Beteiligungsquote liegt unter allen erhobenen Partizipationsmöglichkeiten bei maximal 22 Prozent – bei vielen Partizipationsmöglichkeiten liegt sie weit darunter. Darüber hinaus sind viele der erhobenen kommunalen Partizipationsmöglichkeiten den Jugendlichen nicht bekannt. Die konkreten Projekte, an denen sich Jugendliche bereits beteiligt haben, fanden zumeist im schulischen Kontext statt (Schulhofgestaltung oder Auswahl des Essensanbieters in der Schule). Hier ist davon auszugehen, dass die Bekanntheit der Projekte über die schulischen Akteure sichergestellt wurde. Es erscheint unverzichtbar, die vielfältigen kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche auch außerhalb des schulischen Umfelds durch geeignete Maßnahmen noch stärker bekannt zu machen und so die Teilnahme weiter zu steigern.

Literatur

- Albert, M., Hurrelmann, K., Quenzel, G. & Kantar (2019). *Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie*. Weinheim: Beltz.
- Albert, M., Hurrelmann, K., Quenzel, G. & TNS Infratest Sozialforschung (2015). *Jugend 2015. 17. Shell Jugendstudie*. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag.
- Andersen, U. & Woyke, W. (Hrsg.). (2021). *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Heidelberg: Springer VS.
- Antes, W., Gaedicke, V. & Schiffrers, B. (2020). *Jugendstudie Baden-Württemberg 2020*. Baltmannsweiler: Schneider.
- Arzheimer, K. (2002). *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Beierlein, C., Kemper, C., Kovaleva, A. & Rammstedt, B. (2012). *Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussserwartungen: Political Efficacy Kurzskala (PEKS)*. GESIS Working Papers 2012/18. Köln: GESIS.
- Calmbach, M., Flaig, M., Edwards, J., Möller-Slawinski, H., Borchard, I. & Schleer, C. (2020). *Wie ticken Jugendliche? SINUS-Jugendstudie 2020: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Verfügbar unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/SINUS-Jugendstudie_ba.pdf [04.04.2023].
- Dusin, R., Süßmilch, M. & Bredow, B. (2019). Politische Partizipation und die EU als Lebenswelt. In D. Sturzbecher, B. Bredow & M. Büttner (Hrsg.), *Wandel der Jugend in Brandenburg – Lebenslage, Werte, Teilhabe* (S. 113-147). Wiesbaden: Springer VS.
- Ferber, M. & Jörg, O. (Hrsg.). (2019). *Jugendstudie Bayern 2019 – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter der Bevölkerung Bayerns ab 17 Jahren*. München: Hanns Seidel Stiftung.
- Gaiser, W., Krüger, W., de Rijke, J. & Wächter, F. (2016). Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa. In J. Tremmel & M. Rutsche (Hrsg.), *Politische Beteiligung junger Menschen* (S. 13-38). Wiesbaden: Springer VS.
- Goede, L.-R., Schröder, C. P. & Lehmann, L. (2020). *Perspektiven von Jugendlichen. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“*. KFN-Forschungsbericht Nr. 151. Verfügbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_151_2.Auflage.pdf [07.06.2023].
- Heil, L. U. (2016). *Gesättigte Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Neller, K. & van Deth, J. W. (2006). Politisches Engagement in Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 30-31.
- Neller, K. (2002). Politisches Interesse. In M. Greiffenhagen & S. Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (S. 489-494). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Niedermayer, O. (2005). *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, H. (2005). Ist Wissen auch an der Wahlurne Macht? Politische Kompetenz und Wahlverhalten. In S. Schumann & H. Schoen (Hrsg.), *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung* (S. 137-155). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- TUI (2023). *Gesamtstudie „Junges Europa 2023“ – Die Jugendstudie der TUI Stiftung*. Verfügbar unter: https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/06/2023_06_02-YouGov_Ergebnisbericht_TUI-Stiftung_Junges-Europa.pdf [15.09.2023].
- van Deth, J. (2013). Politisches Interesse. In J. van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?* (S. 271-296). Wiesbaden: Springer VS.
- Zehrt, U. & Feist, M. (2012). Interesse und Beteiligung am politischen Leben. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 103-128). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

5 Delinquenz und Opfererfahrungen

5.1 Theoretische und methodische Vorbemerkungen

Delinquentes Verhalten im Jugendalter

Seit jeher steht das Thema Jugendkriminalität im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Häufig werden medial ausgeschlachtete Einzelfälle zum Anlass genommen, eine vermeintliche „Verrohung“ der Jugend zu beklagen und auf den drohenden Verfall der gesellschaftlichen Ordnung hinzuweisen. Während Einzelfälle zur Lagebeurteilung grundsätzlich wenig geeignet sind, müssen auch bei der Beurteilung relevanter Kriminalstatistiken unterschiedliche Faktoren berücksichtigt werden, um sinnvolle Interpretationen zu ermöglichen. Diesbezüglich muss zunächst zwischen „Hellfeldstatistiken“ und „Dunkelfeldstatistiken“ unterschieden werden, die jeweils eigene Besonderheiten aufweisen.

In der Hellfeldstatistik – z. B. der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) – werden ausschließlich polizeilich erfasste Delikte abgebildet. In der Regel unterschätzen die in der PKS ausgewiesenen Kriminalitätsraten daher das tatsächliche Ausmaß von Kriminalität. Darüber hinaus sind die PKS-Raten zumeist verzerrt, da sie vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung abhängen. Dieses Anzeigeverhalten ist nicht für alle Delikte gleich ausgeprägt, sondern hängt von bestimmten Faktoren ab (z. B. Schwere der Delikte, Grad der wahrgenommenen moralischen Verwerflichkeit). Somit haben bestimmte Delikte größere Chancen, in die PKS einzufließen, als andere. Außerdem kann sich das Anzeigeverhalten der Bevölkerung im Zeitverlauf ändern. Daher ist es möglich, dass sich auch das Bild der Kriminalitäts- und Gewaltbelastung in der Hellfeldstatistik wandelt, ohne dass sich die tatsächliche Anzahl der Delikte verändert hat (Sturzbecher, Großmann & Reinmuth, 2007).

Dunkelfeldstatistiken beruhen in der Regel auf Selbstauskünften von Individuen zu deviantem oder delinquentem Verhalten und sind daher nicht vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung abhängig. In diesen Statistiken können somit auch polizeilich unbekannte kriminelle Handlungen erfasst werden. Man geht davon aus, dass Dunkelfeldstatistiken ein genaueres Bild der tatsächlich vorherrschenden Kriminalitätsbelastung liefern können als Hellfeldstatistiken, auch wenn sie ebenfalls bestimmte Schwächen haben. Grundsätzlich hängen Dunkelfeldstatistiken von den Antworten der befragten Personen ab, die aus verschiedenen Gründen nicht immer der Wahrheit entsprechen müssen. Das Spektrum potenzieller Fehlerquellen reicht von schlichten Erinnerungslücken über bewusstes Verschweigen bestimmter Taten bis hin zu prahlerischen Falschangaben. Darüber hinaus sind bei Dunkelfeldstatistiken, die in der Regel auf Befragungen von Bevölkerungsstichproben basieren, alle methodischen Herausforderungen zu berücksichtigen, die grundsätzlich in der Befragungsforschung relevant sind (z. B. gesicherte Aussagekraft der Stichprobe und Güte der Erhebungsinstrumente).

Im Sinne eines möglichst hohen Erkenntnisgewinns ist die kombinierte Betrachtung der Ergebnisse von Hellfeld- und Dunkelfeldstatistiken erstrebenswert. Nur durch die Verknüpfung der Vorteile beider Methoden kann man zu realistischen Einschätzungen des Ausmaßes der Jugenddelinquenz gelangen. Daher werden im vorliegenden Bericht die Ergebnisse der Studie „Jugend in Brandenburg 2022/2023“, die zu den Dunkelfeldbefragungen zählt, mit den Ergebnissen der PKS kontrastiert.

Bei der Analyse von Jugendkriminalität wird zwischen „konformem Verhalten“ und „abweichendem Verhalten“ unterschieden. Als Bezugsgröße dienen dabei soziale Verhaltenserwartungen bzw. Normen, die das Zusammenleben in einer Gesellschaft regeln. Als abweichendes bzw. deviantes Verhalten werden Verhaltensweisen bezeichnet, die den in einer Gesellschaft vorherrschenden Normen nicht entsprechen (Schellhoss, 1993). Delinquentes Verhalten bezieht

sich auf eine Teilmenge des devianten Verhaltens und umfasst Verhaltensweisen, mit denen rechtliche Grenzen überschritten werden (Oerter & Montada, 2002).

Unter Devianz bzw. Delinquenz werden also „Problemverhaltensweisen“ verstanden, die mehr oder minder verwerflich erscheinen. Welche Verhaltensweisen darunterfallen, hängt von den normativen Vorstellungen des Betrachters über angemessenes Verhalten ab. In Anlehnung an Jessor (1987) sind Problemverhaltensweisen dadurch charakterisiert, dass sie „von der sozialen bzw. gesellschaftlichen und/oder gesetzlichen Norm einer Gesellschaft abweichen sowie von den Autoritäten in einer Gesellschaft missbilligt werden und in der Regel mit sozialen Sanktionen einhergehen, wie zum Beispiel milden Formen von Tadel bis hin zu sozialer Zurückweisung oder sogar Haftstrafen in Folge strafrechtlicher Verfolgung“ (Scheithauer, Hayer & Niebank, 2008, S. 12).

Deviantes Verhalten und auch leichte Formen der Delinquenz können aus entwicklungspsychologischer Perspektive als ein Bestandteil des Lernprozesses in der Kindheit und Jugend betrachtet werden (Melzer & Jakob, 2002; Schumann, 2018): Insbesondere im Umgang mit Gleichaltrigen, in der Freizeit und bei der Schaffung neuer Lebensräume außerhalb der eigenen Familie werden Normen auf ihre Tauglichkeit getestet, zuweilen überschritten und dabei erlernt. Für Jugenddelinquenz sind zwei Phänomene besonders kennzeichnend: Ihre große Verbreitung (Ubiquität) und ihre Episodenhaftigkeit. Grenzüberschreitungen und damit auch Normbrüche sind im Jugendalter also weit verbreitet und zeigen sich oft nur als vorübergehende Erscheinungen, die sich in der Regel auch ohne strafrechtliche Verfolgung und schwerwiegende Sanktionen wieder legen (Kreuzer, 1993; Schumann, 2018). Dabei erstreckt sich Jugenddelinquenz vor allem auf Bagatelldelikte (z. B. Ladendiebstahl, Sachbeschädigung, Fahren ohne gültigen Fahrschein) und umfasst kaum schwerwiegende Straftaten. Die überwiegende Mehrzahl der bei der Polizei auffällig werdenden Kinder und Jugendlichen werden lediglich ein- bis zweimal auffällig. Es existiert jedoch auch eine kleine Personengruppe von Mehrfach- und Intensivtätern, die für den Großteil wiederholter und schwerwiegender Straftaten verantwortlich ist.

In der noch vor Beginn der Corona-Pandemie durchgeführten Dunkelfeld-Studie „Jugendliche in Niedersachsen“ wurde eine Reihe verschiedener Eigentums- und Gewaltdelikte bei niedersächsischen Jugendlichen erfasst. In dieser Studie stellte das Delikt „Schwarzfahren“ (27 %) die mit Abstand am häufigsten verübte Straftat dar (Bergmann, Kliem, Krieg & Beckmann, 2019). Das gleiche Ergebnis zeigte sich in der bundesweiten Dunkelfeld-Studie „Perspektiven von Jugendlichen“. Hier wurden ebenfalls selbstberichtete delinquente Verhaltensweisen von Jugendlichen getrennt nach Eigentums- und Gewaltdelikten erfasst; als am häufigsten verübte Straftat wurde das Delikt „Schwarzfahren“ (36 %) identifiziert (Goede, Schröder & Lehmann, 2020).

In der Hellfeld-Statistik für das Land Brandenburg ist nach dem Ende der Corona-Eindämmungsmaßnahmen zwischen den Jahren 2021 und 2022 – nach einem langjährigen rückläufigen Trend – zum ersten Mal wieder ein Anstieg der registrierten Kriminalität zu verzeichnen (Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, 2022). Es wurden 7,1 Prozent mehr Kriminalitätsfälle registriert als im Vorjahr. Zudem stieg der Anteil der unter 21-Jährigen an allen ermittelten Tatverdächtigen von 19,8 Prozent im Jahr 2021 auf 21,1 Prozent im Jahr 2022. Aufgeschlüsselt nach Altersgruppen waren 5,2 Prozent der Tatverdächtigen Kinder unter 14 Jahren (2021: 4,3 %), 8,5 Prozent Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren (2021: 8,0 %) und 7,4 Prozent Heranwachsende von 18 bis unter 21 Jahre (2021: 7,5 %). Die Tatverdächtigenanteile der Heranwachsenden und der Jugendlichen lagen damit im Land Brandenburg unter dem Bundesdurchschnitt. Dagegen lag der Anteil der tatverdächtigen Kinder im Land Brandenburg über dem Bundesdurchschnitt. Im Zehnjahresvergleich (seit 2013) zeigt sich ein Anstieg der reinen Tatverdächtigenzahlen bei den 14- bis unter 21-jährigen um insgesamt

18,1 Prozent, wobei die Anzahl der jugendlichen Tatverdächtigen um 15,3 Prozent und die Anzahl der heranwachsenden Tatverdächtigen um 21,5 Prozent anstieg. Die Anzahl der tatverdächtigen Kinder wuchs in diesem Zeitraum um 15,9 Prozent an. Insgesamt kann man schließen, dass die polizeilich registrierte Jugendkriminalität in Brandenburg zwischen den Jahren 2021 und 2022 angestiegen ist, da sowohl die reine Anzahl der Tatverdächtigen als auch der Anteil der Jugendlichen unter diesen Tatverdächtigen im Jahr 2022 höher ist als im Jahr 2021. Eine gewisse Unschärfe bleibt bei der Interpretation allerdings bestehen, da die Bevölkerungsentwicklung im selben Zeitraum der Statistik nicht zu entnehmen ist. Die getroffene Aussage eines Anstiegs der Jugendkriminalität ist nur unter der Annahme eines weitgehend stabilen Anteils der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung zwischen 2021 und 2022 in Brandenburg haltbar.

Auch für Gesamtdeutschland zeigt die PKS im Jahr 2022 bei den absoluten Zahlen eine Zunahme der Kriminalität junger Menschen im Vergleich zum Jahr 2021 (Bundeskriminalamt, 2022, 2023; Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022, 2023). Zwischen den Jahren 2021 und 2022 liegt ein Zuwachs der Tatverdächtigen im Alter bis 14 Jahren um 35,8 Prozent vor. Bei den Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren beträgt dieser Zuwachs 18,9 Prozent und bei den Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren 2,2 Prozent (BMI, 2023). Als Ursachen kommen sowohl Verschiebe- als auch Nachholeffekte im Zuge der Corona-Pandemie infrage (Nägel & Kroneberg, 2023). Möglicherweise holen Jugendliche Erfahrungen und Verhaltensweisen nach, die ihnen durch die Corona-Eindämmungsmaßnahmen nicht möglich waren (z. B. Diskotheken- und Kneipenbesuche) und die delinquenzfördernd wirken können.

Im Zuge der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ stellt die Erfassung der Jugenddelinquenz ein zentrales Themenfeld dar. In diesem Zusammenhang werden die Jugendlichen zu verschiedenen Delikten (z. B. Fahren ohne Führerschein, Konsum von Drogen, Diebstahl) befragt, ob und in welcher Häufigkeit sie diese in den letzten 12 Monaten begangen haben. Die meisten der Items werden mindestens seit 2005 im Rahmen der Zeitreihenstudie erhoben, sodass ein Vergleich der Ergebnisse über viele Jahre hinweg vorgenommen werden kann. Bei der Erhebung von Daten zu solch brisanten Themen sind die Gewährleistung einer vertrauensvollen Befragungssituation und die Garantie zur anonymen Verwendung der erhobenen Daten unerlässlich, um die Befragten zu belastbaren Aussagen zu bewegen. Diese Voraussetzungen wurden in der vorliegenden Studie erfüllt: Die in der „Dunkelfeldstudie“ (s. o.) verwendete computergestützte anonyme Befragungstechnik bietet den Vorteil, an Aussagen über normabweichendes und kriminelles Verhalten zu gelangen, die weder eine Befragung von Angesicht zu Angesicht noch die polizeiliche Kriminalstatistik liefern können (Sachse & Sturzbecher, 2002).

Opfererfahrungen im Jugendalter

Grundsätzlich ist das „Opferwerden“ nicht als ein punktuellere Ereignis, sondern als ein sozialer Prozess zu verstehen, in dem über einen längeren Zeitraum hinweg unterschiedliche Faktoren zusammenkommen (Karagöl, 2009). In der Viktimologie werden verschiedene Opfertypen unterschieden, anhand derer die Rolle von Opfer und Täter sowie die Interaktion zwischen beiden beschrieben werden können (Fattah & Sacco, 1989). So wird beispielsweise zwischen einem „teilnehmenden“ und einem „nicht-teilnehmenden“ (unschuldigen) Opfer differenziert. Für die Zuordnung ist entscheidend, auf welche Weise das Opfer selbst an der Tat beteiligt war (z. B. der „beklaute Dieb“). Bei „prädisponierten Opfern“ wird angenommen, dass bei den betroffenen Personen auch Leichtgläubigkeit, Naivität oder Schwäche substantiell dazu beigetragen haben, zum Opfer zu werden. Hingegen fordert ein „provozierendes Opfer“ seine Opferrolle heraus, indem es beispielsweise durch Sorglosigkeit oder Aggressivität den Täter reizt. Im Hinblick auf die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen ist davon auszugehen, dass zu jedem gewalttätig gewordenen Jugendlichen auch Opfer gehören, die Gewalt erfahren haben. Inwiefern eher

Jugendliche, die selbst schon einmal zum Täter geworden sind, oder eher „schwächere“ Jugendliche zum Opfer werden, ist nur im Einzelfall zu betrachten.

Opfererfahrungen können sich auf den Bereich physischer Gewalt (z. B. Schlägereien, Angriffe mit Waffen), den Bereich verbaler Gewalt (z. B. Beleidigungen, Bedrohungen, Bloßstellungen) sowie den Bereich „Bullying“ (Mobbing) beziehen (Karagöl, 2009). Vor allem die zuletzt genannten Gewaltbereiche finden sich zunehmend auch im Internet. Beim sogenannten „Cyberbullying“, bei dem Gewalt in schriftlicher und bildlicher Form ausgeübt wird, werden wiederum weitere Gewaltformen unterschieden (Staude-Müller, Bliesener & Nowak, 2009). Dazu zählen beispielsweise das wiederholte Zusenden von verletzenden Nachrichten und das Veröffentlichenden persönlicher Fotos oder Videos. Dabei stellen sexuelle Belästigungen bzw. Angriffe mit sexuellen Inhalten keine Seltenheit dar, wobei Mädchen von dieser speziellen Gewaltform häufiger betroffen sind als Jungen.

Die Prä-Corona-Studie „Jugendliche in Niedersachsen“ zeigt für das Jahr 2019, dass Opfererfahrungen in Bezug auf Eigentumsdelikte wie „Sachbeschädigung“, „Diebstahl“, „Fahrraddiebstahl“ oder „Fahrzeuggestahl“ im Zeitverlauf relativ stabil geblieben sind. Bei den Gewaltdelikten kam es hingegen zu einer Zunahme der Opfererfahrungen. Am häufigsten wurden die Jugendlichen Opfer von „Körperverletzung“, gefolgt von „sexueller Belästigung“ (Krieg et al., 2020).

Die Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD)“ aus dem Jahr 2020 ermittelte das höchste Viktimisierungsrisiko (12-Monats-Prävalenz) in Bezug auf eine Körperverletzung ohne Waffe in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (3,5 %), gefolgt von den 16- bis 17-Jährigen (2,9 %). Höhere Altersgruppen wiesen ein deutlich geringeres Risiko auf, Opfer des genannten Delikts zu werden (Birkel, Church, Erdmann, Hager & Leitgöb-Guzy, 2022).

Für das Hellfeld geht aus einer Statistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu den von Schulen angezeigten gewaltbedingten Unfällen an Schulen (sogenannte „Raufunfallstatistik“) hervor, dass im Zeitraum zwischen 2002 und 2022 insgesamt ein Rückgang von gewaltbedingten Unfällen an Schulen stattgefunden hat (Zusammenstellung des Deutschen Jugendinstituts, 2023). Eine deutliche Verringerung der Fallzahlen war erwartungsgemäß während der Corona-Pandemie 2020 bis 2021 zu beobachten, als Kontaktbeschränkungen galten und Schulschließungen stattfanden. Der Statistik lässt sich darüber hinaus ein schulformspezifischer Unterschied entnehmen, da im Jahr 2022 an Haupt- und Realschulen sowie an Förderschulen häufiger Raufunfälle gemeldet wurden als an Gymnasien (Deutsches Jugendinstitut, 2023).

Die deutschlandweite PKS zeigt, dass männliche Personen im Hinblick auf die meisten Gewaltstraftaten häufiger Opfer werden als weibliche Personen. Sieht man von Sexualdelikten ab, so sind männliche Kinder, Jugendliche und Heranwachsende etwa doppelt so stark gefährdet, Opfer einer Gewaltstraftat zu werden, wie weibliche Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Im Langzeitvergleich der letzten 20 Jahre ist die höchste Opfergefährdung junger Menschen in Bezug auf Gewaltkriminalität im Jahr 2007 zu finden. Auch die Werte für das Jahr 2022, die einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu den Vor-Corona-Zahlen erkennen lassen, erreichen nicht das hohe Niveau von 2007.

Bezugnehmend auf die vorliegende Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ wird bereits seit dem Jahr 2010 erfasst, welche Opfererfahrungen die Jugendlichen mit Diebstahl, Beschädigungen, sexuellen Belästigungen und körperlichen Angriffen gemacht haben. Seit dem Jahr 2017 erfolgt die Abfrage der Erfahrungen mit sexueller Belästigung getrennt danach, ob sie im direkten Kontakt mit anderen Personen (z. B. in der Schule, auf der Straße) oder im Internet stattfand. Zudem wird seit dem Jahr 2017 auch erfasst, ob die Jugendlichen Beleidigungen, Bedrohungen und Bloßstellungen erlebt haben – auch hier wird nach Erfahrungen im direkten

Kontakt und im Internet unterschieden. Im Hinblick auf die Opfererfahrungen im Internet wurden die Jugendlichen ergänzend gefragt, ob sie durch Mitschüler oder durch andere Personen belästigt bzw. beleidigt, bedroht oder bloßgestellt wurden.

5.2 Untersuchungsergebnisse

Delinquentes Verhalten

Delinquentes Verhalten von Jugendlichen im Land Brandenburg stellt, wie auch bei den vorangegangenen Erhebungen der Zeitreihenstudie, keine Seltenheit dar. Rund 67 Prozent der Jugendlichen (2017: 60,2 %) haben in den letzten 12 Monaten mindestens einmal eines der im Rahmen der vorliegenden Studie erfassten Delikte begangen. Zu diesen Delikten gehören das Führen eines Fahrzeugs ohne Führerschein oder unter Alkohol, Diebstahl, Drogenkonsum, die Teilnahme an gewalttätigen Aktionen, der Aufbruch und die unerlaubte Benutzung eines Autos, die absichtliche Beschädigung eines fremden Fahrzeugs, das Spraysen von Graffiti und die Beförderungerschleichung. Es zeigt sich, dass vor allem Jungen und ältere Jugendliche (ab 15 Jahren) sowie Oberschülerinnen und Oberschüler zu delinquentem Verhalten neigen (s. Abb. 5.1).

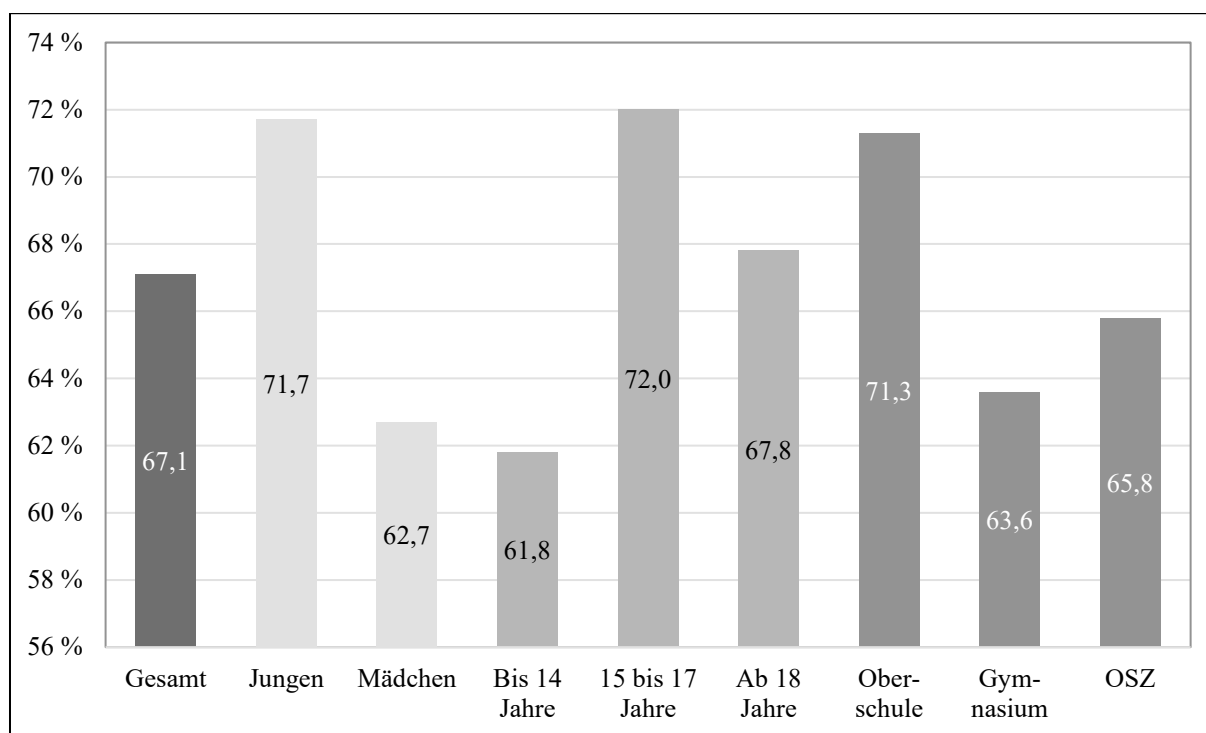


Abb. 5.1: Verbreitung delinquenten Verhaltens 2022/2023: Anteil an Jugendlichen, die mindestens einmal in den letzten 12 Monaten eines der erfassten Delikte begangen haben (in %)

Im direkten Vergleich mit den Ergebnissen aus der Erhebungswelle 2017 wird ersichtlich, dass es eine Zunahme der Delinquenz bei nahezu allen Delikten gegeben hat (s. Tab. 5.1). Lediglich der häufige Drogenkonsum („dreimal, oder öfter“) ist im Vergleich zur vorherigen Erhebungswelle etwas zurückgegangen. Die stärksten Steigerungen der Kriminalitätsraten sind bei den Delikten „Schwarzfahren“ und „Etwas klauen“ zu verzeichnen.

Wie bereits in den vorherigen Studien, betrifft das „Fahren unter Alkohol“ auch in der aktuellen Erhebungswelle schwerpunktmäßig die Gruppe der volljährigen jungen Erwachsenen: Knapp jeder siebte Angehörige (13,4 %) dieser Altersgruppe ist in den vorangegangenen 12 Monaten

mindestens einmal unter Alkoholeinfluss motorisiert gefahren; in der Altersgruppe der 15- bis 17-Jährigen trifft dies lediglich auf etwa jeden 15. Jugendlichen zu, in der Gruppe der bis 14-Jährigen auf jeden 24. Jugendlichen ($f = .14$). Es ist davon auszugehen, dass die Ursache dieses Ergebnisses in der fehlenden Fahrerlaubnis der unter 18-Jährigen liegt, die damit weniger Gelegenheit haben, alkoholisiert ein Fahrzeug zu führen.

Nicht alle Jugendlichen lassen sich allerdings durch eine fehlende Fahrerlaubnis vom Fahren eines Kraftfahrzeugs abhalten (25,1 %). Dabei treten die 15- bis 17-jährigen Jugendlichen als besondere Risikogruppe hervor: 29,1 Prozent der Jugendlichen dieser Altersgruppe haben in den letzten 12 Monaten mindestens einmal ein Fahrzeug ohne Fahrerlaubnis geführt (bis 14-Jährige: 23,1 %; über 18-Jährige: 21,5 %; $f = .09$). Nach wie vor geht der Anteil der Jugendlichen, die ohne Fahrerlaubnis fahren, nach dem Erreichen der Volljährigkeit deutlich zurück, da viele Jugendliche bis dahin einen Pkw-Führerschein erworben haben. Eine bedenkliche Entwicklung ist der deutliche Anstieg dieses Delikts in der niedrigsten Altersgruppe von 14,0 Prozent im Jahr 2017 auf nunmehr 23,1 Prozent.

Tab. 5.1: Delinquente Verhaltensweisen 2017 und 2022/2023 (in %)

	„Ich habe in den letzten 12 Monaten ...					
	Nein, gar nicht		Ja, ein- oder zweimal		Ja, dreimal oder öfter	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022
... ein Moped/Motorrad/Auto ohne Führerschein gefahren.“	78,7	74,9	12,3	14,4	8,9	10,7
... unter Alkohol ein Moped/Motorrad/Auto gefahren.“	93,6	92,6	5,1	5,4	1,3	2,0
... etwas geklaut.“	88,8	76,4	8,8	17,5	2,4	6,0
... Drogen probiert (Pillen, Haschisch und Ähnliches).“	76,2	75,2	10,7	13,1	13,1	11,7
... an gewaltsamen Aktionen teilgenommen.“	85,7	82,5	11,5	13,5	2,8	4,0
... ein Auto ‚geknackt‘ und bin damit gefahren.“	99,6	98,6	0,2	0,9	0,1	0,5
... ein fremdes Fahrzeug absichtlich beschädigt.“	98,2	95,5	1,4	3,2	0,3	1,2
... Graffiti gesprayt.“	92,2	90,7	5,8	6,3	2,0	3,0
... bewusst den Bus oder die Bahn ohne Ticket genutzt (‚schwarzgefahren‘).“	62,2	53,0	25,0	25,6	12,7	21,4

Im Jahr 2022/2023 geben 23,5 Prozent der Jugendlichen an, in den zurückliegenden 12 Monaten mindestens einmal „etwas geklaut“ zu haben. Hinsichtlich dieses Eigentumsdelikts ist damit ein deutliches Anwachsen der Kriminalität festzustellen, denn der Anteil lag im Jahr 2017 noch bei 11,2 und im Jahr 2010 bei 14,6 Prozent. 56,4 Prozent der Täter sind männliche Jugendliche (Mädchen: 43,6 %). Weiterhin zeigt sich, dass Diebstahl häufiger von Oberschülerinnen und Oberschülern praktiziert wird als von Schülerinnen und Schülern anderer Schulformen: 28,7 Prozent der Oberschülerinnen und Oberschüler geben an, mindestens einmal in den letzten 12 Monaten etwas geklaut zu haben (Gymnasium: 20,9 %; OSZ: 19,5 %).

Ebenfalls ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Jahr 2017 ist beim Delikt „Teilnahme an Gewaltaktionen“ zu verzeichnen: Der Anteil an Jugendlichen, die in den letzten 12 Monaten mindestens einmal an einer Gewaltaktion teilgenommen haben, ist auf 17,5 Prozent angewachsen. Er erreicht damit allerdings noch nicht das Niveau von 2010 (2010: 19,4 %; 2017: 14,3 %). Vor allem männliche Jugendliche ($f = .18$), Oberschülerinnen und Oberschüler ($f = .14$) sowie bis 14-Jährige nehmen an Gewaltaktionen teil ($f = .10$; s. Abb. 5.2).

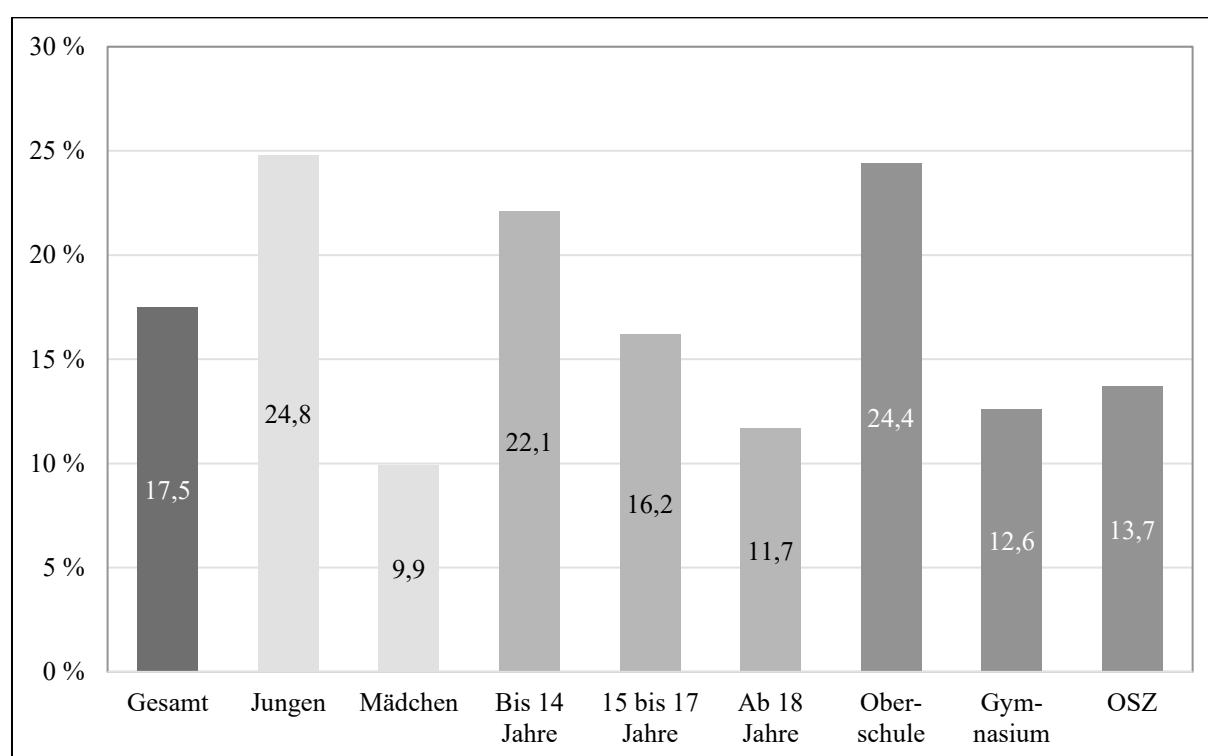


Abb. 5.2: Verbreitung „Teilnahme an Gewaltaktionen“ 2022/2023: Anteil an Jugendlichen, die mindestens einmal in den letzten 12 Monaten an Gewaltaktionen teilgenommen haben (in %)

Der Anteil an Jugendlichen, die einen Pkw „geknackt“ haben und mit diesem gefahren sind, ist nach wie vor sehr klein ($n = 44$): Im Jahr 2022/2023 geben 1,4 Prozent aller Jugendlichen an, dieses Delikt innerhalb der vergangenen 12 Monate mindestens einmal begangen zu haben (2017: 0,4 %). Rund 71 Prozent der Täterinnen und Täter sind männlich und fast jede bzw. jeder zweite (49,4 %) besucht eine Oberschule. Ähnlich verhält es sich beim „Beschädigen eines fremden Fahrzeugs“: 6,7 Prozent der Jugendlichen an Oberschulen haben innerhalb der letzten 12 Monate mindestens einmal ein fremdes Auto absichtlich beschädigt (Gymnasium: 2,8 %; OSZ: 3,2 %). Dabei neigen Jungen eher dazu, dieses Delikt zu begehen, als Mädchen (Jungen: 6,3 %; Mädchen: 2,3 %).

In der aktuellen Studie geben 9,3 Prozent der Jugendlichen an, innerhalb der vergangenen 12 Monate mindestens einmal Graffiti gesprüht zu haben; dieser Anteil ist im Vergleich zu den Vorgängerstudien leicht gestiegen (2010: 8,5 %; 2017: 7,8 %). Die Sprayerinnen und Sprayer sind zu rund 67,5 Prozent männlich und gehören eher den Altersgruppen der bis 14-Jährigen (41,2 %) und der 15- bis 17-Jährigen (41,4 %) als der Altersgruppe der über 18-Jährigen (17,4 %) an. Darüber hinaus besuchen die Sprayerinnen und Sprayer häufiger eine Oberschule (50,3 %) als ein Gymnasium (28,8 %) oder ein OSZ (18,2 %). Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass möglicherweise auch legale Sprayer dieses Item bejaht haben; der Anteil delinquenter Graffiti-Sprayer unter den Jugendlichen könnte dadurch etwas überschätzt werden.

Das Probieren von Drogen zählt ebenfalls zu den Delikten, bei denen im Vergleich zum Jahr 2017 ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist: 24,8 Prozent der Jugendlichen haben in den letzten 12 Monaten mindestens einmal Drogen genommen (2010: 18,4 %; 2017: 23,8 %). Dabei ist der Anteil an Jugendlichen, die „dreimal oder öfter“ Drogen genommen haben, allerdings wieder leicht zurückgegangen (2010: 8,1 %; 2017: 13,1 %; 2022: 11,7 %). Auszubildende an OSZ nahmen in den letzten 12 Monaten häufiger Drogen als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Oberschülerinnen und Oberschüler ($f = .16$; s. Abb. 5.3). Diese vergleichsweise hohe Ausprägung des Delikts unter Jugendlichen an OSZ ist auf die Altersgruppenverteilung zurückzuführen, da ältere Jugendliche deutlich häufiger Drogen probieren als jüngere ($f = .25$).

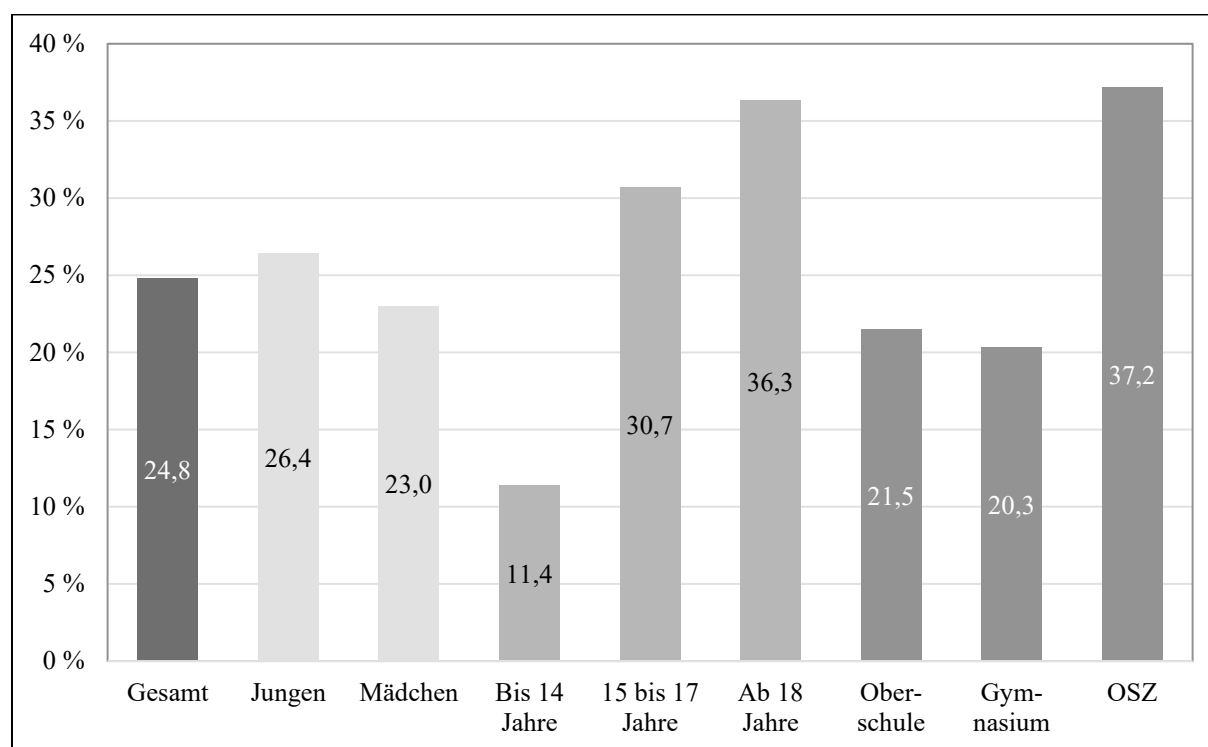


Abb. 5.3: Verbreitung „Drogen probiert“ 2022/2023: Anteil an Jugendlichen, die mindestens einmal in den letzten 12 Monaten Drogen genommen haben (in %)

Wie bereits in der Erhebungswelle des Jahres 2017 wurden die Jugendlichen auch wieder danach gefragt, ob und gegebenenfalls wie häufig sie in den letzten 12 Monaten öffentliche Verkehrsmittel bewusst ohne gültigen Fahrschein genutzt haben. Dabei zeigt sich, dass die Beförderungerschleichung mit Abstand das häufigste Delikt ist, das die Jugendlichen begehen – die Verbreitung hat im Vergleich zu 2017 sogar noch zugenommen. War im Jahr 2017 noch etwas

mehr als jeder dritte Jugendliche (37,8 %) in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens einmal bewusst ohne gültigen Fahrschein Bus oder Bahn gefahren, so ist es 2022/2023 schon fast jeder zweite Jugendliche (47,0 %). Dieses Delikt wird von Schülerinnen und Schülern der Oberschulen etwas häufiger begangen als von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Auszubildenden an OSZ ($f = .09$). Zudem begehen Jungen dieses Delikt – wie auch alle anderen erfassten Delikte – häufiger als Mädchen. Schließlich wird deutlich, dass ältere Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren eher dazu neigen, ohne gültigen Fahrschein die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, als bis 14-jährige und ab 18-jährige Jugendliche ($f = .15$). Einen zusammenfassenden Überblick über die Verbreitung aller erfassten Delikte und die diesbezügliche Altersgruppenverteilung bietet die Abbildung 5.4.

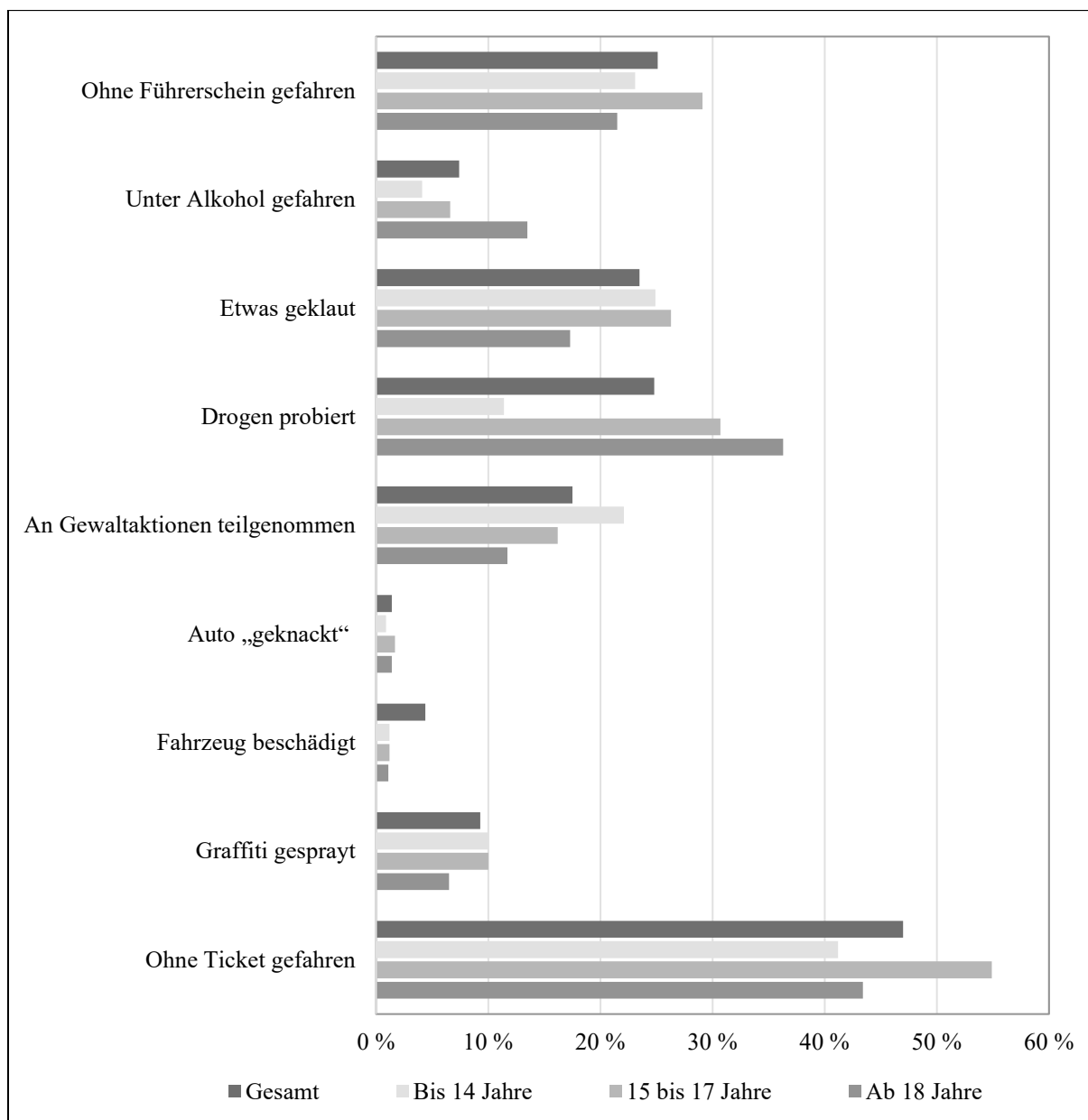


Abb. 5.4: Verbreitung einzelner Delikte differenziert nach Altersgruppen 2022/2023 (in %)

Im Ergebnis von Korrelationsanalysen zeigt sich ein Zusammenhang zwischen einigen Delikten und der Wohnlage der Jugendlichen. So sind Jugendliche, die nicht im Umland von Berlin wohnen, häufiger in den letzten 12 Monaten mindestens einmal ohne Führerschein gefahren, als Jugendliche, die im Berliner Umland wohnen ($V = .15$). Dies könnte daran liegen, dass auf dem Land die Verkehrsinfrastruktur weniger gut ausgebaut ist als in Großstädten und ihrem regionalen Verflechtungsraum. Jugendliche werden dadurch möglicherweise eher dazu verleitet, sich auf illegalem Weg motorisiert fortzubewegen, um beispielsweise soziale Kontakte pflegen zu können. Hingegen haben Jugendliche, die in städtischen Regionen wohnen, häufiger in den letzten 12 Monaten mindestens einmal die öffentlichen Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein benutzt ($V = .15$). Auch die Lebenszufriedenheit der Jugendlichen steht in Verbindung mit dem Begehen von Delikten: Jugendliche, die weniger zufrieden mit ihrer Schulsituation ($V = .12$), ihrer finanziellen Lage ($V = .11$), den Möglichkeiten zur selbst bestimmten Lebensgestaltung ($V = .12$) oder dem Verhältnis zu ihren Eltern ($V = .10$) sind, haben häufiger in den letzten 12 Monaten mindestens einmal ein Delikt begangen.

Weiterhin ist ein Zusammenhang zwischen Trennungserfahrungen und dem Begehen von Delikten festzustellen: Jugendliche, die eine Trennung der Eltern miterlebten, haben häufiger in den letzten 12 Monaten mindestens einmal ein Delikt begangen als Jugendliche aus intakten Familien ($V = .07$). Zudem hängt die Häufigkeit erlebter elterlicher Gewalt mit der Häufigkeit des Begehens von Diebstählen ($\rho = .14$) und der Teilnahme an gewaltsamen Aktionen zusammen ($\rho = .15$).

Abschließend ist anzumerken, dass der bislang anhand der Daten der Studie „Jugend in Brandenburg“ geschilderte breite Anstieg der Jugendkriminalität grundsätzlich auch durch die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Land Brandenburg und für die gesamte Bundesrepublik bestätigt wird. Es ist bekannt, dass sich die in der PKS ausgewiesenen Hellfeldzahlen deutlich von Dunkelfeldbefunden unterscheiden können, da die in der PKS beschriebenen Entwicklungen beispielsweise auch von der Veränderung der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung abhängen (s. oben). Die in der Jugendstudie ermittelten Kriminalitätszuwächse in Brandenburg fallen moderater aus als die deutschlandweit im Hellfeld ermittelten Zuwächse. Dies kann darauf hindeuten, dass der Anstieg der Jugendkriminalität in Brandenburg geringer ist als in der gesamten Bundesrepublik. Möglicherweise sind für die Differenzen aber auch die bekannten Einschränkungen der PKS ursächlich. Insgesamt scheint der Befund einer zunehmenden Jugendkriminalität in den Nach-Corona-Jahren aber gesichert festzustehen. Es bleibt abzuwarten, ob die Zuwächse durch einen „Nachholeffekt“ im Zuge der Corona-Pandemie ausgelöst wurden und sich ebenso schnell wieder umkehren, oder ob ein Wendepunkt im ansonsten langjährigen Trend sinkender Kriminalitätsraten bei Jugendlichen erreicht wurde.

Opfererfahrungen

Erwartungsgemäß geht die festgestellte Zunahme der Deliktraten bei brandenburgischen Jugendlichen mit einer Zunahme von Opfererfahrungen einher: Rund drei Viertel (75,9 %) der Jugendlichen waren in den der Befragung vorangegangenen 12 Monaten mindestens einmal Opfer eines der abgefragten Delikte; im Jahr 2017 waren es lediglich 67,0 Prozent (s. Tab. 5.2). Dabei sind Mädchen (76,8 %) geringfügig häufiger betroffen als Jungen (74,6 %).

Der Anstieg an Opfererfahrungen im Vergleich zur Erhebungswelle 2017 bezieht sich vor allem auf Jugendliche, denen in den letzten 12 Monaten mindestens einmal etwas absichtlich zerstört oder beschädigt wurde (2017: 24,2 %; 2022: 34,2 %) oder die mindestens einmal im direkten Kontakt (2017: 40,3 %; 2022: 51,4 %) oder im Internet beleidigt, bedroht oder bloßgestellt wurden (2017: 21,5 %; 2022: 31,7 %). Auch die Anteile derjenigen, die in den letzten 12 Monaten im Internet (2017: 13,4 %; 2022: 21,7 %) oder im direkten Kontakt (2017: 12,4 %; 2022: 19,2 %) sexuell belästigt oder ohne Waffen angegriffen wurden (2017: 12,9 %; 2022: 19,4 %)

sind stark angestiegen. Über Angriffe mit Waffen wird von den Jugendlichen am seltensten berichtet, wenngleich auch hier eine Zunahme zu verzeichnen ist (2017: 3,3 %; 2022: 6,9 %).

Tab. 5.2: Opfererfahrungen 2017 und 2022/2023 (in %)

	„Ist es in den letzten 12 Monaten vorgekommen, dass ...“					
	Nein, gar nicht		Ja, ein- oder zweimal		Ja, dreimal oder öfter	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022
... Ihnen jemand etwas gestohlen hat?“	75,8	70,1	21,7	26,1	2,5	3,8
... jemand etwas, das Ihnen gehört, absichtlich zerstört oder beschädigt hat?“	75,8	65,8	21,6	29,7	2,6	4,5
... Sie im direkten Kontakt (z. B. in der Schule, auf der Straße) beleidigt, bedroht oder bloßgestellt wurden?“	59,7	48,6	30,2	34,8	10,1	16,6
... Sie im Internet beleidigt, bedroht oder bloßgestellt wurden?“	78,5	68,3	14,5	18,3	7,0	13,4
... Sie im direkten Kontakt (z. B. in der Schule, auf der Straße) sexuell belästigt wurden?“	87,6	80,8	10,4	13,7	2,0	5,5
... Sie im Internet sexuell belästigt wurden?“	86,6	78,3	9,6	12,1	3,8	9,6
... Sie jemand mit Fäusten oder Fußtritten, aber ohne Waffen angegriffen hat?“	87,1	80,6	11,1	14,9	1,8	4,5
... Sie jemand mit einer Waffe (Messer, Stock, Schusswaffe, Werkzeug usw.) angegriffen hat?“	96,7	93,1	2,7	5,6	0,6	1,3

Im Altersgruppenvergleich zeigt sich, dass die Opfererfahrungen tendenziell mit dem Erreichen der Volljährigkeit abnehmen: Jugendliche ab 18 Jahren (67,8 %) haben seltener in den vorhergehenden 12 Monaten mindestens eine Opfererfahrung gemacht als bis 14-Jährige (79,2 %) und 15- bis 17-Jährige (78,1 %). Darüber hinaus werden bei einigen Delikten eher jüngere Jugendliche und bei anderen Delikten eher ältere Jugendliche zum Opfer: Beispielsweise sind die bis 14-jährigen Jugendlichen in den vorangegangenen 12 Monaten häufiger mindestens einmal von Zerstörungen oder Beschädigungen (43,3 %; $f = .19$) betroffen gewesen als ältere Jugendliche (15- bis 17-Jährige: 33,3 %; über 18-Jährige: 21,7 %). Gleiches gilt für Angriffe ohne Waffen ($f = .15$): 26,1 Prozent der bis 14-Jährigen, aber nur 17,1 Prozent der 15- bis 17-Jährigen und 12,1 Prozent der ab 18-Jährigen wurden in den letzten 12 Monaten mindestens einmal Opfer dieses Delikts. Direkte sexuelle Übergriffe mussten in den vorangegangenen 12 Monaten hingegen weniger bis 14-Jährige (14,8 %) erleiden als 15- bis 17-Jährige (22,2 %) und ab 18-Jährige (21,6 %).

Bei differenzierter Betrachtung der verschiedenen Opfererfahrungen nach Geschlecht zeigt sich, dass von physischen Angriffen (z. B. mit Fäusten bzw. Fußtritten oder Waffen) und Diebstahl häufiger Jungen und von verbalen Angriffen (z. B. Beleidigungen) im direkten Kontakt sowie sexuellen Belästigungen im direkten Kontakt und im Internet häufiger Mädchen betroffen sind (s. Abb. 5.5). Allerdings hat auch etwa jedes siebte Mädchen in den letzten 12 Monaten Gewalterfahrungen in Form von Angriffen mit Fäusten oder Fußtritten gemacht; bei den Jungen

betrifft dies etwa jeden vierten Jugendlichen. Zerstörungen oder Beschädigungen von persönlichen Dingen sowie Beleidigungen, Bedrohungen und Bloßstellungen im Internet erfahren Mädchen und Jungen in etwa ähnlich häufig.

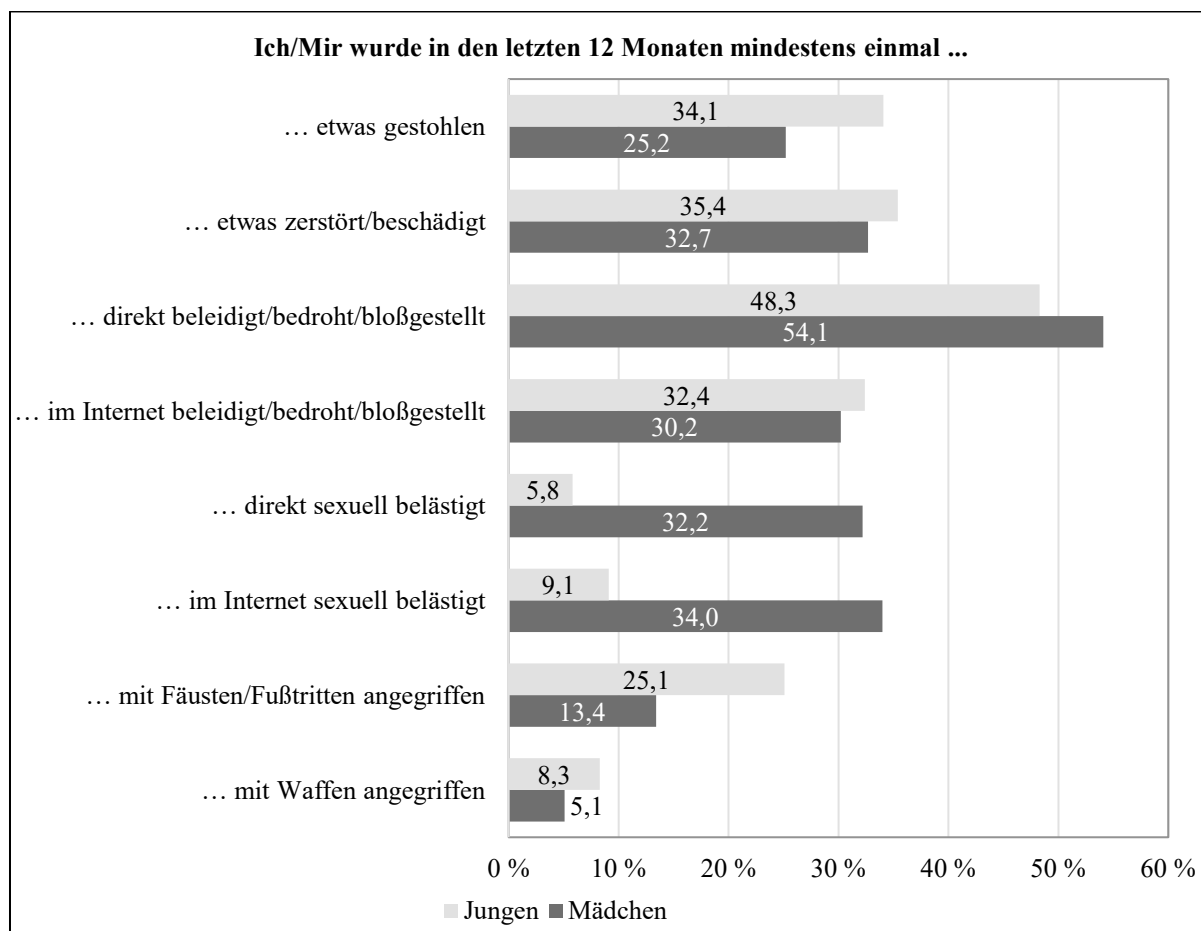


Abb. 5.5: Opfererfahrungen differenziert nach Geschlecht 2022/2023 (in %)

Im Geschlechtervergleich stechen nicht zuletzt die Erfahrungen mit sexueller Belästigung hervor. Mädchen wurden in den letzten 12 Monaten wesentlich häufiger Opfer von sexuellen Belästigungen im direkten Kontakt als Jungen ($V = .34$). Fast jedes dritte Mädchen (32,2 %) ist in den letzten 12 Monaten im direkten Kontakt mindestens einmal sexuell belästigt worden; bei den Jungen war es nur circa jeder Siebzehnte (5,8 %). Dabei berichten 9,5 Prozent der Mädchen davon, sogar dreimal oder öfter derartige Erfahrungen gemacht zu haben. Ähnliche Ergebnisse finden sich auch bei sexuellen Belästigungen im Internet: 34,0 Prozent der Mädchen sowie 9,1 Prozent der Jungen wurden in den letzten 12 Monaten im Internet sexuell belästigt ($V = .31$). 15,2 Prozent der Mädchen erfuhren sogar dreimal oder öfter im Internet sexuelle Belästigung; bei den Jungen betraf dies 3,6 Prozent.

Im Altersgruppenvergleich zeigt sich, dass vor allem die 15- bis 17-Jährigen sowie die ab 18-Jährigen in den letzten 12 Monaten Erfahrungen mit sexueller Belästigung gemacht haben (s. Tab. 5.3). Für alle Altersgruppen gilt, dass die sexuellen Belästigungen noch etwas häufiger im Internet vorkamen als im direkten Kontakt. Beim Vergleich der Schulformen zeigt sich, dass Gymnasiastinnen und Gymnasiasten von sexuellen Belästigungen häufiger betroffen sind als Schülerinnen und Schüler der anderen Schulformen: 22,4 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten haben in den letzten 12 Monaten sexuelle Belästigungen im direkten Kontakt erfahren (Oberschule: 15,4 %; OSZ: 19,8 %). Bezüglich sexueller Belästigungen im Internet

berichtet ebenfalls die Schülerschaft von Gymnasien am häufigsten, derartige Erfahrungen gemacht zu haben (Gymnasium: 23,1 %; Oberschule: 20,9 %; OSZ: 20,9 %).

Hinsichtlich der Opfererfahrungen mit sexueller Belästigung – sowohl im direkten Kontakt als auch im Internet – ist im Vergleich zu 2017 eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Neben einer möglichen tatsächlichen Zunahme diesbezüglicher Taten kommt als Ursache für diesen Befund auch eine veränderte Aufmerksamkeit der Jugendlichen infrage. Man kann davon ausgehen, dass durch die jüngsten gesellschaftlichen Debatten (z. B. MeToo) und Aufklärungskampagnen auch unter Jugendlichen ein größeres Bewusstsein für sexuelle Belästigung geschaffen wurde. Insofern erscheint es möglich, dass im Jahr 2017 von den Jugendlichen erlebte Taten noch nicht als sexuelle Belästigungen angegeben wurden, die beim heutigen Bewusstsein in der aktuellen Studie als solche benannt und dokumentiert wurden.

Tab. 5.3: Erfahrungen mit sexueller Belästigung 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Ich habe in den letzten 12 Monaten mindestens einmal Erfahrung mit sexueller Belästigung gemacht ...	
	Im direkten Kontakt	Im Internet
Gesamt	19,2	21,7
Jungen	5,8	9,1
Mädchen	32,2	34,0
Bis 14 Jahre	14,8	17,8
15 bis 17 Jahre	22,2	24,5
Ab 18 Jahre	21,6	23,8
Oberschule	15,4	20,9
Gymnasium	22,4	23,1
OSZ	19,8	20,9

5.3 Fazit

Mit den dargestellten Ergebnissen hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung lässt sich der in der wissenschaftlichen Forschung bekannte Befund einer ubiquitären Verbreitung von Jugendkriminalität auch für Brandenburg belegen: Etwas mehr als zwei Drittel der brandenburgischen Jugendlichen haben in den der Erhebung vorangegangenen 12 Monaten mindestens eins der abgefragten Delikte begangen. Ebenfalls typisch für das Phänomen Jugendkriminalität ist die stärkere Belastung von Jungen als von Mädchen, die auch in der aktuellen Studie zutage tritt. Weiterhin deuten die in der aktuellen Studie ermittelten Unterschiede zwischen den Altersgruppen auf den in der Forschung gut belegten typischen Altersverlauf von Jugendkriminalität – mit einem Belastungshöhepunkt zwischen dem 15. und dem 18. Lebensjahr – hin (sogenannte „age-crime curve“). Damit decken sich die Untersuchungsergebnisse hinsichtlich der Kriminalität brandenburgischer Jugendlicher grundsätzlich mit den bekannten Charakteristika von Jugendkriminalität. Darüber hinaus entspricht die in der aktuellen Studie gezeigte Dunkelfeldentwicklung der brandenburgischen Jugendlichen zwischen den Jahren 2017 und 2022 der Hellfeldentwicklung: In fast allen erfassten Bereichen der Delinquenz sind angestiegene Zahlen zu erkennen. Die stärksten Steigerungen finden sich dabei – ebenfalls typisch für Jugendkriminalität – bei den Bagatelldelikten Leistungerschleichung („Schwarzfahren“) und Diebstahl.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die im Ergebnisteil berichteten hohen Raten einzelner Delikte (z. B. Fahren ohne Führerschein, „Schwarzfahren“) sowie die deutlichen Steigerungen einiger (Bagatell-)Delikte im Vergleich zum Jahr 2017 Anlass zur Sorge bieten und geeignete politische Reaktionen (z. B. Präventionsmaßnahmen, Senkung der Preise im öffentlichen Nahverkehr) nach sich ziehen sollten. Für Alarmismus taugen die Ergebnisse aber nicht, zumal sie kein brandenburgisches Spezifikum darstellen.

Zur Erklärung der zutage getretenen Entwicklungen lassen sich einige Umstände anführen, die zum größten Teil mit der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen zusammenhängen. Nägel und Kroneberg (2023) führen dazu fünf mögliche Erklärungsmuster aus: 1) Durch die Schließung von Schulen und die Umstellung auf Homeschooling konnten Schulen ihre Funktion als Orte sozialen Lernens nicht mehr wie gewohnt ausfüllen. Gerade in den Grundschulen wird Kindern aber auch der gewaltfreie Umgang mit Aggressionen und Konflikten vermittelt. Aufgrund des eingeschränkten Schulbetriebs vermuten die Autoren einen Nachholbedarf beim Erlernen gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien bei einem Teil der Schülerinnen und Schüler, der sich auch in den nun gestiegenen Deliktraten ausdrückt. 2) Wiederum aufgrund der Schulschließungen konnten Schulen ihre Funktion als Frühwarnsystem nur noch eingeschränkt wahrnehmen. Externalisierende Verhaltensproblemen bei Kindern, die im Schulalltag sichtbar werden, konnten somit den Eltern nicht mehr angezeigt und diese nicht auf Unterstützungs- und Hilfsangebote aufmerksam gemacht werden. 3) Weiterhin war es durch die Beeinträchtigungen im Schulbetrieb im Zuge der Corona-Eindämmungsmaßnahmen den Schulen nicht mehr möglich, als Schutzraum vor familiärer Gewalt zu dienen. Kinder waren durch die Lockdowns vermehrt diesbezüglich prägenden Handlungen ausgesetzt. Darüber hinaus konnten Schulen weniger Anzeichen von Kindeswohlgefährdungen erkennen und melden. In diesem Zusammenhang ist der bekannte Befund relevant, dass Kinder, die vermehrt elterliche Gewalt und Vernachlässigung erfahren, später selbst zu verstärkt gewalthaltigem Verhalten neigen. 4) Während der Corona-Eindämmungsmaßnahmen bestand für bestimmte Geburtskohorten keine oder nur eingeschränkte Gelegenheit, entwicklungstypische kriminogene Freizeitaktivitäten auszuüben. Die entsprechenden Jahrgänge konnten erst verspätet im Jahr 2022 ihre Freizeitaktivitäten umstellen. Gleichzeitig hatten aber zwei neue Geburtsjahrgänge das entsprechende „Einstiegsalter“ erreicht, sodass ein zeitlicher Verschiebungs- und Nachholeffekt zu beobachten ist. 5) Möglicherweise haben durchlittene Corona-Infektionen mittel- und langfristige gesundheitliche Auswirkungen, die bei Kindern in einzelnen Fällen auch die Gehirnentwicklung sowie kriminalitätsrelevante Neigungen wie etwa Impulsivität oder Frustrationstoleranz beeinflussen. Insofern ist nicht auszuschließen, dass die Corona-Epidemie selbst einen Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung genommen haben könnte.

Einige der aufgezeigten Ursachen lassen hoffen, dass es sich bei der zugenommenen Jugendkriminalität um eine „Welle“ handelt, die von selbst wieder abebbt. Dennoch hat es sich in der Vergangenheit als sinnvoll erwiesen, auf einen Anstieg der Jugendkriminalität unverzüglich mit entsprechenden Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu reagieren. Wie könnten solche wirkungsvollen Maßnahmen gegen Jugenddelinquenz aussehen? Zunächst ist in diesem Zusammenhang eine deliktspezifische und passgenaue Ursachenforschung zu betreiben um zielgerichtete Maßnahmen zu entwickeln. Genauso vielfältig wie die delinquenten Akteure und die Erscheinungsformen von Jugenddelinquenz sind – auch im vorliegenden Kapitel wurde nur eine kleine Auswahl sehr unterschiedlicher Facetten von „Schwarzfahren“ bis Drogenmissbrauch angesprochen – müssen die dagegen gerichteten Präventions- und Interventionsmaßnahmen ausfallen. Als wirksamer Ansatzpunkt hat sich erwiesen, in den Bereichen Familie, Bildung, Arbeit, Freizeit und Sport nach Möglichkeiten zur Kultivierung von Gestaltungspotenzialen, Selbstwirksamkeitsüberzeugungen und Anerkennungserfahrungen für Jugendliche zu suchen. Es ist bekannt, dass gerade Jugendliche, die im Bereich sozial erwünschten oder

zumindest akzeptierten Handelns wenig Selbstwirksamkeit und soziale Anerkennung erfahren, ihr delinquentes Verhaltensrepertoire ausdifferenzieren und trainieren. In der Folge erleben sie sich gerade über delinquentes Handeln und nicht zuletzt durch das Ausüben von Gewalt als scheinbar handlungskompetent und leistungsfähig, was ihr Selbstwertgefühl erhöhen und ihnen soziale Anerkennung bei Gleichgesinnten eintragen dürfte. Insbesondere hier gilt es, mit entsprechenden Angeboten erzieherisch bzw. pädagogisch gegenzusteuern. Dazu sollten die Strategien der Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe, der Schule, der Polizei und der Justiz weiter befördert und ausgebaut werden.

Literatur

- Bergmann, M. C., Kliem, S., Krieg, Y. & Beckmann, L. (2019). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2017* (KFN-Forschungsbericht Nr. 144). Hannover: KFN. Verfügbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_144.pdf [28.09.2023].
- Birkel, C., Church, D., Erdmann, A., Hager, A. & Leitgöb-Guzy, N. (2022). *Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.). (2022). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2021 – Zeitreihen*. Verfügbar unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2021/Interpretation/Tatverdaechtige/ZR-TV-01-T20-TV-insg_xls.xlsx?__blob=publicationFile&v=5 [28.09.2023].
- Bundeskriminalamt (Hrsg.). (2023). *Bundesrepublik Deutschland. Wichtige Hinweise zur Dateninterpretation*. Verfügbar unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2022/Interpretation/01_div_Dok/Wichtige-Hinweise-zur-Interpretation.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [28.09.2023].
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.). (2022). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2022. Ausgewählte Zahlen im Überblick*. Verfügbar unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2021/FachlicheBroschueren/IMK-Bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6 [28.09.2023].
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.). (2023). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2022. Ausgewählte Zahlen im Überblick*. Verfügbar unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2022/FachlicheBroschueren/IMK-Bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6 [28.09.2023].
- Deutsches Jugendinstitut (2023). *Zahlen – Daten – Fakten. Jugendgewalt. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention*. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Fattah, E. A. & Sacco, V. F. (1989). *Crime and victimization of the elderly*. New York: Springer.
- Goede, L.-R., Schröder, C. P. & Lehmann, L. (2020). *Perspektiven von Jugendlichen. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“* (KFN-Forschungsbericht Nr. 151). Hannover: KFN. Verfügbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_151_2.Auflage.pdf [28.09.2023].
- Jessor, R. (1987). Problem-Behavior Theory, Psychosocial Development, and Adolescent Problem Drinking. *British Journal of Addictions*, 82, 331-342.
- Karagöl, B. (2009). *Jugendliche Opfer von Jugendgewalt – Situation und Unterstützungsangebote*. Verfügbar unter: <https://camino-werkstatt.de/downloads/Jugendliche-Opfer-von-Jugendgewalt-2009.pdf> [28.09.2023].
- Kreuzer, A. (1993). Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität, Umfang, Struktur und Entwicklung. In G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hrsg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch* (S. 160-167). Heidelberg: C. F. Müller.
- Krieg, Y., Rook, L., Beckmann, L. & Kliem, S. (2020). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2019* (KFN-Forschungsbericht Nr. 154). Hannover: KFN. Verfügbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_154.pdf [28.09.2023].
- Melzer, W. & Jakob, D. (2002). *Delinquenz und Sozialisation jugendlicher Mehrfachtäter – Abschlussbericht für das Sächsische Staatsministerium des Innern*. Dresden: Technische Universität Dresden.
- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2022). *Eckdaten der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 des Landes Brandenburg*. Verfügbar unter: https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Anlage_2_Handout_PKS_2022.pdf [28.09.2023].

- Nägel, C. & Kroneberg, C. (2023). *Zum Anstieg der Kinder- und Jugenddelinquenz nach Ende der Corona-Pandemie*. Verfügbar unter: https://www.econtribute.de/RePEc/ajk/ajkpbs/ECONtribute_PB_047_2023.pdf [28.09.2023].
- Oerter, R. & Montada, L. (Hrsg.). (2002). *Entwicklungspsychologie*. Weinheim: Beltz.
- Sachse, S. & Sturzbecher, D. (2002). Drogengebrauch unter Jugendlichen. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugendtrends in Ostdeutschland: Bildung, Freizeit, Politik, Risiken* (S. 110-134). Opladen: Leske + Budrich.
- Scheithauer, H., Hayer, T. & Niebank, K. (2008). *Problemverhalten und Gewalt im Jugendalter*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schellhoss, H. (1993). Abweichendes Verhalten. In G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hrsg.), *Kleines Kriminologisches Wörterbuch* (S. 1-5). Heidelberg: C. F. Müller Juristischer Verlag.
- Schumann, K. F. (2018). Jugenddelinquenz im Lebensverlauf. In B. Dollinger & H. Schmidt-Semisch (Hrsg.), *Handbuch Jugendkriminalität* (S. 261-279). Wiesbaden: Springer VS.
- Staudé-Müller, F., Bliesener, T. & Nowak, N. (2009). Cyberbullying und Opfererfahrungen von Kindern und Jugendlichen im Web 2.0. *Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis*, 2, 43-47.
- Sturzbecher, D., Großmann, H. & Reinmuth, S. I. (2007). Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds. In D. Sturzbecher & D. Holtmann (Hrsg.), *Werte, Familie, Politik, Gewalt – Was bewegt die Jugend?* (S. 230-277). Berlin, Münster: LIT-Verlag.

6 Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds

6.1 Theoretische und methodische Vorbemerkungen

In der medialen und öffentlichen Rezeption von Jugenddelinquenz spielen Gewalttaten eine herausgehobene Rolle, da sie in der Gesellschaft oft eine besondere Betroffenheit auslösen. Im Alltag werden unter dem Schlagwort „Jugendgewalt“ verschiedene Tatbestände subsummiert, die von Mobbing und Schulhofraufereien bis hin zu schwersten Gewaltstraftaten wie Amokläufen reichen. Die Weltgesundheitsorganisation fasst Gewalt folgendermaßen: „Gewalt ist der tatsächliche oder angedrohte absichtliche Gebrauch von physischer oder psychologischer Kraft oder Macht, die gegen die eigene oder eine andere Person, gegen eine Gruppe oder Gemeinschaft gerichtet ist und die tatsächlich oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Verletzungen, Tod, psychischen Schäden, Fehlentwicklung oder Deprivation führt.“ In den Sozialwissenschaften existiert kein einheitliches Begriffsverständnis. Meist wird zwischen einem engen und einem weiten Gewaltbegriff unterschieden; diese Unterscheidung spiegelt sich dann auch bei der Definition von Gewaltdelikten wider. Eng gefasst meint Gewalt in der Regel intentionale unmittelbare körperliche Handlungen von Menschen, die physische Schädigungen bei anderen Menschen hervorrufen. Der weite Gewaltbegriff umfasst dagegen auch weitere Dimensionen von Gewalt (z. B. psychische oder verbale Gewalt, Gewalt gegen Gruppen, Tiere oder Gegenstände). Theunert (1987) definiert Gewalt beispielsweise als „Manifestation von Macht und/oder Herrschaft mit der Folge und/oder dem Ziel der Schädigung von einzelnen oder Gruppen von Menschen“. Wahl (2009) hingegen unterscheidet zwischen „Aggression“ und „Gewalt“. Der Begriff „Aggression“ ist weiter gefasst und beinhaltet – als evolutionäres Erbe – „bio-psycho-soziale Mechanismen, die der Selbstbehauptung oder Durchsetzung gegen andere mit schädigenden Mitteln dienen“. Dagegen wird „Gewalt“ als eine durch Normierungen festgelegte Teilmenge von „Aggression“ verstanden, die gesamtgesellschaftlich als nicht akzeptabel angesehen wird. Für ein qualitativ abgrenzbares Gewaltverständnis sind dabei wiederum physische, psychische und strukturelle Formen der Gewalt zu unterscheiden (Willems, Eckert, Würtz & Steinmetz, 1993).

Die verschiedenen Definitionen von Gewalt – und somit auch von Jugendgewalt – erschweren einen Vergleich der Forschungsbefunde unterschiedlicher Studien zu diesem Thema. Daher ist es nicht einfach, valide Aussagen über die Verbreitung und den Wandel von Jugendgewalt zu treffen. Gelegentlich erklären die unterschiedlichen Auffassungen von Gewalt auch die in der Gewaltforschung anzutreffenden widersprüchlichen wissenschaftlichen Befunde (z. B. bezüglich der Zunahme oder Abnahme von Gewalttaten), da diese häufig auf unterschiedlichen Operationalisierungen bzw. Indikatoren von Jugendgewalt beruhen (Willems et al., 1993).

Es existiert eine große Anzahl an theoretischen Erklärungsansätzen zu den Ursachen und Entstehungsbedingungen von Gewaltbereitschaft und Gewalthandeln. Diese Ansätze entstammen unterschiedlichen Fachdisziplinen – z. B. Verhaltensbiologie, Psychologie, Soziologie – und beleuchten jeweils andere Schwerpunkte. Zuweilen wird auch versucht, verschiedene theoretische Ansätze zu integrativen Erklärungsmodellen zu verknüpfen (Lösel & Bliesener, 2003). Mit keiner der bekannten Theorie kann indes die Entstehung von Gewalt vollständig erklärt werden, da gewalttätigem Verhalten ein multifaktorielles Bedingungsgeflecht zugrunde liegt.

In verhaltensbiologischen und neuropsychologischen Ansätzen werden biologisch bedingte, genetisch angelegte Prozesse als eine bedeutsame Ursache für gewalttätiges Verhalten angesehen (Coie & Dodge, 1998). Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass eine erhöhte Konzentration des Geschlechtshormons Testosteron die Aggressionsneigung bzw. die Gewaltbereitschaft erhöht (Beelmann & Raabe, 2007; Wahl, 2009). In neuropsychologischen Ansätzen wird zudem dem präfrontalen Cortex – als Kontrollinstanz des Gehirns für aggressives Verhalten – eine bedeutende Rolle bei der Aggressionssteuerung zugeschrieben (Beelmann & Raabe,

2007). Zwar scheinen biologisch-genetische Faktoren einen Einfluss auf die Entwicklung von gewalttätigem Verhalten zu haben, sie wirken dabei aber entscheidend mit weiteren Umweltfaktoren (z. B. unterstützendes vs. nicht unterstützendes Familienklima) zusammen.

Psychologische Ansätze beruhen auf der Annahme, dass vorrangig subjektive Erfahrungen und individuelle Lernprozesse ursächlich für die Herausbildung von gewalttätigem Verhalten sind. Nach der „Sozialen Lerntheorie“ von Bandura (1973, 1976, 1979) wird Aggressivität bzw. gewalttätiges Verhalten vorrangig durch Lernen am Modell („Beobachtungslernen“) in unterschiedlichen sozialen Kontexten sowie durch damit verbundene Belohnungserfahrungen (z. B. innerhalb der Familie oder Peergroup) erworben und aufrechterhalten. Die soziale Lerntheorie bietet auch einen Erklärungsansatz für die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Auftreten von physischer Gewalt: Aggressives Verhalten wird aufgrund der gesellschaftlichen Normvorstellungen von Geschlechterrollen bei Mädchen stärker sanktioniert bzw. abgelehnt als bei Jungen und tritt in der Folge auch seltener auf (Bliesener, Lösel & Averbek, 1999). Im Rahmen des „Sozial-kognitiven Informationsverarbeitungsansatzes“ (Crick & Dodge, 1994; Dodge, 1986) wird davon ausgegangen, dass Gewalt auch aus sozio-kognitiven Fehlleistungen bei der Wahrnehmung und Interpretation von sozialen Situationen resultieren kann.

In soziologischen Theorien werden bei der Suche nach den Ursachen von Gewalt vor allem soziale und – im weiteren Sinne – gesellschaftliche Bedingungen und Prozesse in den Mittelpunkt gestellt. Zu den bekanntesten soziologischen Erklärungsansätzen gehören die ätiologischen „Anomietheorien“ und „Kontrolltheorien“ sowie die interaktionistischen „Etikettierungstheorien“. Die kriminalsoziologisch bedeutsame Anomietheorie nach Merton (1938) geht von einem Widerspruch zwischen den als legitim erkannten kulturellen Zielen einer Gesellschaft und einer ungleichen Verteilung der Mittel zu ihrer Erreichung aus. Menschen aus unteren sozialen Schichten greifen verstärkt zu nonkonformen Mitteln, um die gesellschaftlichen Ziele zu erreichen, da sie weniger Möglichkeiten als Menschen aus höheren Schichten haben, die Ziele auf einem konformen Weg zu erreichen. In der Sozialen Kontrolltheorie nach Hirschi (1969) wird postuliert, dass ein festes Netz aus konventionellen sozialen Beziehungen und Verantwortlichkeiten Jugendliche vor Devianz und Delinquenz schützen kann, wohingegen die Lockerung oder Zerstörung solcher Bindungen die Gefahr von abweichendem Verhalten erhöht. Die soziale Kontrolltheorie ist zwar eine der bekanntesten Kriminalitätstheorien, zugleich wird sie aber auch sehr kontrovers diskutiert (Akers, 1991; Goode, 2008). Bei den „Etikettierungstheorien“ wird schließlich davon ausgegangen, dass Zuschreibungsprozesse durch andere Personen – im Sinne der „gesellschaftliche(n) Reaktion auf ein Handeln, das als kriminell bezeichnet wird“ (Eifler, 2002, S. 47) – gewalttätiges Handeln auslösen und begründen können (Lemert, 1951; Tannenbaum, 1938).

Welche Rolle spielen nun die Familie, die Schule und der Freundeskreis als zentrale Sozialisationsinstanzen für die Herausbildung von Gewaltbereitschaft und Gewalthandeln? Der Erwerb sozialer Kompetenzen wie Empathie, Frustrationstoleranz, Konfliktbewältigungsvermögen und Selbstkontrolle, die der Gewaltbereitschaft und dem Gewalthandeln entgegenstehen, hängt stark von den Bindungs- und Beziehungserfahrungen in der Familie und vom Fürsorgeverhalten der Eltern ab (Wahl, 2009). Zudem werden wenig Kommunikation unter den Familienmitgliedern über Emotionen, eine Trennung der Eltern bzw. ein abwesender Vater sowie ein autoritärer oder vernachlässigender Erziehungsstil oft als gewaltfördernde Einflussfaktoren genannt (Beilmann & Raabe, 2007). In fürsorglichen, entwicklungsförderlichen Familienbeziehungen erwerben Kinder und Jugendliche ein stabiles Selbstwertempfinden und vielfältige Selbstwirksamkeitserfahrungen. Darüber hinaus lernen sie, souverän mit Kritik umzugehen. Dagegen können bei Jugendlichen, die im Elternhaus statt Zuwendung und Wertschätzung vor allem Zurückweisung und Herabwürdigung erlebt haben, schon lapidare Situationen von Fremdbeschä-

mung, Demütigung und sozialer Ausgrenzung eine massive Bedrohung des Selbstwertempfindens darstellen. Daraus erwachsen Gefühle von Wertlosigkeit und Unterlegenheit, die wiederum zu kompensatorischen Gewaltimpulsen führen können (Lemme & Körner, 2013).

Ob sich Jugendliche im sozialen Kontext der Schule und der Peergroup wohl fühlen, soziale Anerkennung finden, ihre Interessen artikulieren und Konflikte friedfertig bewältigen, hängt einerseits von ihren sozial-emotionalen Fähigkeiten, ihrer Anpassungsfähigkeit an gegebene Strukturen sowie ihren Selbstwert- und Selbstwirksamkeitserfahrungen ab. Andererseits beeinflussen das „soziale Klima“ an der Schule und in der Freizeitgruppe sowie die Reaktionen des sozialen Umfeldes auf Gewaltaktionen wesentlich, inwieweit Jugendliche mit psychischer und körperlicher Gewalt wie Beleidigungen, Drohungen, Ausgrenzung, Cybermobbing und anderen Formen von „Bullying“ konfrontiert werden und ob sie letztlich selbst gewalttätig werden (Schubarth, 2010). Vor allem Jugendliche, die keine gewaltfreien Strategien der Selbstbehauptung und Konfliktlösung kennen oder solche Strategien als dysfunktional erlebt haben, bevorzugen Gewalt als eigene Verhaltensoption gegenüber anderen Jugendlichen aber auch gegenüber Lehrenden (forsa Politik- und Sozialforschung GmbH, 2018). Dagegen lehnen Kinder und Jugendliche, die in der Schule und im Freundeskreis wenig Gewalt miterleben und die Erfahrung machen, dass bei Gewalthandlungen sofort interveniert wird, Gewalt eher ab.

Sturzbecher, Hess und Them (2002) haben auf der Grundlage einer Längsschnittstudie mit zwei Messzeitpunkten (766 Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren; Erhebungen im Abstand von zwei Jahren) mittels einer hierarchischen Regressionsanalyse den Einfluss verschiedener Sozialisationskontexte auf die „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ (diese Komplexvariable beinhaltete Indikatoren zur Gewaltakzeptanz, zur instrumentellen Gewaltbereitschaft und zum Gewalthandeln) zum zweiten Messzeitpunkt abgeschätzt. Bei einer Varianzaufklärung von insgesamt 46,7 Prozent trugen die Persönlichkeitseigenschaften „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ (gemessen zum ersten Messzeitpunkt) und „Erregbarkeit“ 28,2 Prozent zur Gesamtvarianzaufklärung bei. Eine rechtsextremistische Radikalisierung im Untersuchungszeitraum leistete einen Beitrag von 10,2 Prozent. Die Familie („Elterliche Restriktion“) erhöhte die Varianzaufklärung nur um 1,0 Prozent. Die Schule („Schulunlust“, „Schulisches Gewaltniveau“ und „Lehrer sehen weg bei Gewalt“) leistete dagegen 4,8 Prozent, und die Mitgliedschaft in einer gewaltakzeptierenden Clique steigerte die aufgeklärte Varianz nochmals um 2,5 Prozent. Das schulische Gewaltniveau und die sozialen Gruppenprozesse in der Schule sind also ein entscheidendes Lern- und Entwicklungsfeld für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf Gewaltprävention. Schulen können einen positiven Einfluss auf die Eindämmung von Gewaltakzeptanz, Gewaltbereitschaft und Gewalthandeln nehmen, indem sie in organisatorischer und pädagogischer Hinsicht einen besonderen Schwerpunkt auf die soziale Beziehungskultur, die Sicherheitsvorsorge und die Gewaltprävention legen. Erfolgreich können derartige Anstrengungen nur sein, wenn sie mit einer Stärkung der Partizipation und Eigenverantwortung der Schülerschaft einhergehen (Blum & Beck, 2016; Sturzbecher, Landua & Shahla, 2001).

Im vorliegenden Kapitel der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ liegt der Untersuchungsschwerpunkt auf der Erfassung von Gewaltphänomenen, die im Zusammenhang mit dem physischen Gewaltbegriff stehen (Sturzbecher et al., 2001, 2002; Sturzbecher & Langner, 1997). Dazu zählen „Schlägereien“ bzw. „gewalttätige Aktionen“ (Prügel, Tritte, Ohrfeigen), die mit einer Schädigungsabsicht der Täterin bzw. des Täters einhergehen (Parke & Slaby, 1983) und gut beobachtbar sind. Über derartiges Gewalthandeln hinaus wurden explizit auch die Akzeptanz von Gewalt und die Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt als psychische Einstellungsdimensionen erfasst (Kleeberg-Niepage & Sturzbecher, 2012). Die verwendeten Indikatoren sind seit 1993 weitgehend unverändert, wodurch die Jugendgewalt in Brandenburg auch in ihrem langfristigen Wandel betrachtet werden kann. Die Skala „Gewaltakzeptanz“ besteht aus fünf Indikatoren (s. Anhang); die Variable „Instrumentelle Gewaltbereitschaft“ wird

mit Hilfe des Einzelindikators „Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.“ erfasst. Bezüglich des Gewalthandelns geben die Befragten an, wie oft sie sich an „Schlägereien oder gewalttätigen Aktionen“ beteiligt haben. Darüber hinaus wird vor allem zur Analyse multivariater Zusammenhänge die komplexe Skala „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ verwendet, die Indikatoren aller drei Ebenen enthält (s. Anhang).

Zur Gewaltwahrnehmung im schulischen Kontext und im Freizeitumfeld werden brandenburgische Jugendliche seit 1996 befragt. Seit dem Jahr 1999 wird für den schulischen Kontext auch erhoben, wie die Reaktion der Lehrerinnen und Lehrer auf Gewalt ausfällt (z. B. „Sie sehen weg“). In Bezug auf das Freizeitumfeld wird erfragt, wie die Schülerinnen und Schüler selbst auf Gewalthandlungen reagieren (z. B. „... schaue ich selbst meist nur zu, ohne einzugreifen“). Schließlich wird auch erfasst, wie oft die Jugendlichen selbst Opfer von Gewalt waren.

Zu anderen Gewaltphänomenen, die dem Bereich der psychischen Gewalt zugerechnet werden (z. B. Mobbing und sexuelle Belästigungen im Internet oder im direkten Kontakt), werden im Rahmen der vorliegenden Jugendstudie ebenfalls Daten erhoben. Die diesbezüglichen Auswertungsergebnisse wurden bereits im Kapitel 5 „Delinquenz und Opfererfahrungen“ vorgestellt.

6.2 Untersuchungsergebnisse

Gewaltakzeptanz

Die Gewaltakzeptanz der brandenburgischen Jugendlichen hat sich gegenüber dem Jahr 2017 wenig verändert (Skala „Gewaltakzeptanz“ s. Anhang; Ergebnisse s. Tab. 6.1). An den Polen der Skala ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen (Kategorie „Niedrig“ im Jahr 1999: 36,3 %; 2001: 35,8 %; 2005: 42,1 %; 2010: 41,7 %; 2017: 40,4 %; 2022: 43,5 %; Kategorie „Hoch“ im Jahr 1999: 2,9 %; 2001: 3,4 %; 2005: 4,1 %; 2010: 3,7 %; 2017: 2,8 %; 2022: 4,2 %). Damit scheint sich der Abwärtstrend „Niedriger“ und „Hoher“ Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen nicht weiter fortzusetzen: Die Anteile entsprechen 2022/2023 in etwa wieder denjenigen des Jahres 2005, in dem bislang die höchsten Anteile der Extrempole zu finden waren. In allen Teilgruppen ist die Gewaltakzeptanz in der Kategorie „Hoch“ gegenüber 2017 leicht angestiegen; die größten Veränderungen sind bei den 15- bis 17-Jährigen (2017: 2,4 %; 2022: 4,2 %) und bei den Jungen (2017: 3,9 %; 2022: 6,8 %) festzustellen. Insgesamt gesehen, ist die Gewaltakzeptanz bei Jungen deutlich höher als bei Mädchen ($f = .28$) und an Oberschulen deutlich höher als an den anderen Schulformen ($f = .22$). Bezüglich des Alters ist festzuhalten, dass die Gewaltakzeptanz bei älteren Schülerinnen und Schülern niedriger ausgeprägt ist als bei jüngeren ($f = .14$).

Tab. 6.1: Gewaltakzeptanz 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	40,4	43,5	41,3	37,6	15,5	14,7	2,8	4,2
Jungen	30,1	31,6	45,1	41,5	20,9	20,1	3,9	6,8
Mädchen	51,7	55,2	37,2	33,9	9,6	9,2	1,5	1,6
Bis 14 Jahre	36,1	36,1	41,1	41,8	18,8	17,4	4,0	4,7
15 bis 17 Jahre	40,6	42,9	42,9	37,9	14,2	15,0	2,4	4,2
Ab 18 Jahre	46,4	56,6	39,5	30,4	12,6	10,0	1,4	3,0
Oberschule	30,8	30,0	42,5	41,8	21,3	21,6	5,4	6,6
Gymnasium	47,3	51,9	40,5	36,1	11,1	9,7	1,1	2,3
OSZ	43,2	52,4	40,8	32,9	14,3	11,3	1,8	3,3

Im langfristigen Vergleich zeigt sich ein Absinken der Gewaltakzeptanz der Jugendlichen vor allem im Zeitraum von 1993 bis 1999. Seit 1999 sinkt der Mittelwert weiter ab, allerdings nur noch sehr geringfügig. Im Jahr 2022/2023 liegt die Gewaltakzeptanz bei einem Mittelwert von 1,80 (s. Abb. 6.1).

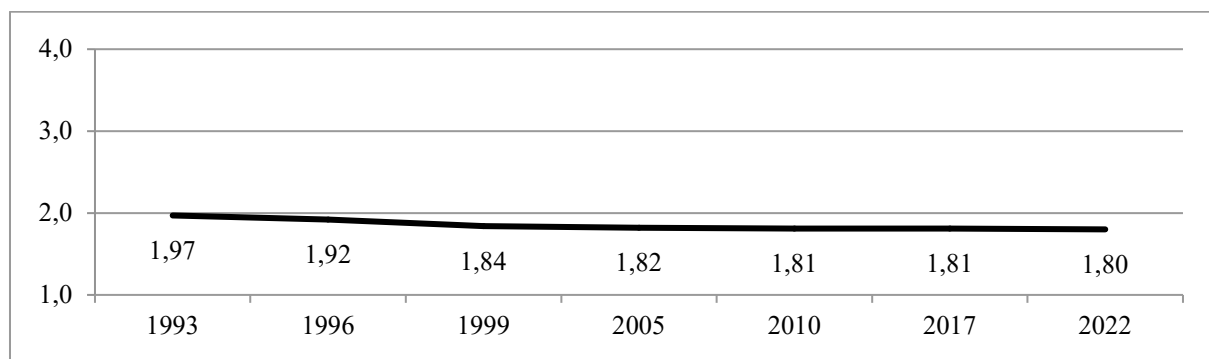


Abb. 6.1: Skala „Gewaltakzeptanz“ im Zeitraum von 1993 bis 2022/2023 (Mittelwerte einer Skala von „1“ = „Niedrig“, „2“ = „Eher niedrig“, „3“ = „Eher hoch“ bis „4“ = „Hoch“)

Instrumentelle Gewaltbereitschaft

Die Mehrheit der brandenburgischen Jugendlichen lehnt die Aussage „Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen“ völlig oder tendenziell ab (Kategorien „Stimmt gar nicht“ und „Stimmt eher nicht“ insgesamt im Jahr 2022: 73,1 %). Damit liegt der Wert in etwa auf dem Niveau von 2017 (73,8 %; s. Tab. 6.2).

Tab. 6.2: „Instrumentelle Gewaltbereitschaft“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	„Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.“							
	Stimmt völlig		Stimmt eher ²⁹		Stimmt eher nicht ³⁰		Stimmt gar nicht ³¹	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	7,8	7,9	18,3	19,0	29,4	34,2	44,4	38,9
Jungen	11,6	12,0	25,1	24,1	32,2	35,6	31,1	28,3
Mädchen	3,7	3,8	11,0	13,8	26,3	32,6	58,9	49,7
Bis 14 Jahre	8,5	8,3	21,4	23,8	29,7	38,3	40,5	29,6
15 bis 17 Jahre	7,7	9,5	17,4	17,4	31,5	34,7	43,4	38,4
Ab 18 Jahre	7,0	4,7	15,5	14,0	25,9	27,4	51,6	53,9
Oberschule	11,2	10,9	22,0	24,7	29,5	37,0	37,2	27,5
Gymnasium	4,8	6,0	16,8	16,2	30,2	34,6	48,2	43,3
OSZ	7,7	6,2	15,7	14,0	28,1	29,1	48,5	50,7

Zwischen den betrachteten Teilgruppen bestehen hinsichtlich der Mittelwerte der instrumentellen Gewaltbereitschaft ähnliche Unterschiede wie bei der Gewaltakzeptanz. So sind Jungen gewaltbereiter als Mädchen ($f = .27$). Darüber hinaus weisen Oberschülerinnen und Oberschüler eine höhere instrumentelle Gewaltbereitschaft auf als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Auszubildende an OSZ ($f = .18$). Auch die Alterskategorien unterscheiden sich leicht voneinander ($f = .18$): Je jünger die Befragten sind, desto höher ist auch die durchschnittliche Gewaltbereitschaft. Im Vergleich zu 2017 ist sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen vor allem die vollständige Ablehnung der Anwendung körperlicher Gewalt gesunken – erkennbar an einem Anstieg in der Kategorie „Stimmt eher nicht“ und einem Absinken in der Kategorie „Stimmt gar nicht“. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei den Teilgruppen der bis 14-Jährigen, der 15- bis 17-Jährigen, der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie der Oberschülerinnen und Oberschüler zu beobachten. Durch diese Veränderungen im Ausmaß der Ablehnung von Gewaltanwendung ist auch der im Vergleich zu 2017 leicht erhöhte Gesamtmittelwert von 1,96 zu erklären. Im Zeitreihenkontext betrachtet, haben sich die Mittelwerte insgesamt aber nur graduell verändert (s. Abb. 6.2).

²⁹ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

³⁰ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

³¹ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

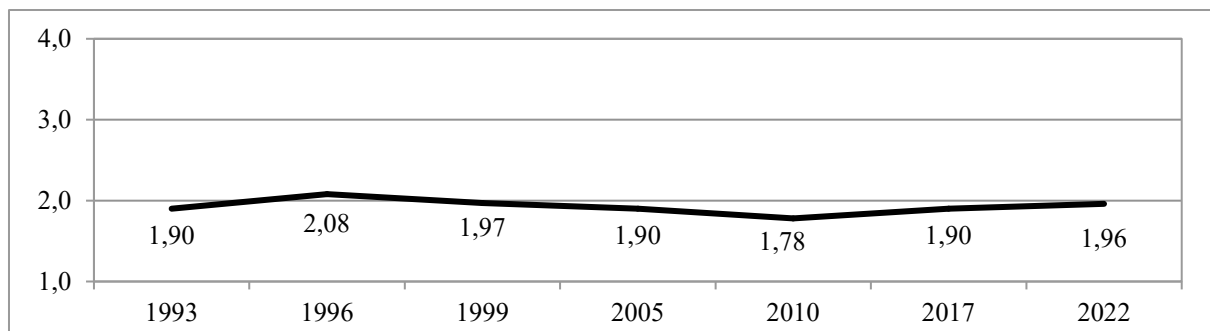


Abb. 6.2: „Instrumentelle Gewaltbereitschaft“ im Zeitraum von 1993 bis 2022/2023 (Mittelwerte von „1“ = „Niedrig“, „2“ = „Eher niedrig“, „3“ = „Eher hoch“ bis „4“ = „Hoch“)

Beteiligung an gewalttätigen Aktionen

Der Anteil an brandenburgischen Jugendlichen, die sich „Nie“ an gewalttätigen Aktionen beteiligen, ist im Vergleich zum Jahr 2017 etwas zurückgegangen (s. Tab. 6.3), nachdem im Jahr 2017 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war (2010: 61,2 %; 2017: 68,5 %; 2022: 64,4 %). Dementsprechend ist der Anteil derjenigen Jugendlichen wieder leicht angestiegen, die sich „Oft“ oder „Manchmal“ an Schlägereien beteiligen (2010: 10,9 %; 2017: 8,1 %; 2022: 9,2 %). Der Anstieg von Gewalthandlungen ist insbesondere für die Teilgruppen der Mädchen, der bis 14-Jährigen sowie der Oberschülerinnen und Oberschüler zu konstatieren. Insgesamt beteiligen sich Jungen dennoch häufiger an gewalttätigen Aktionen als Mädchen ($f = .24$). Mit zunehmendem Alter sinkt die Beteiligungshäufigkeit ($f = .20$). Oberschülerinnen und Oberschüler sind häufiger an gewalttätigen Aktionen beteiligt als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Auszubildende an OSZ ($f = .23$). Die Befunde zur Entwicklung der Gewaltbeteiligung in den letzten Jahren spiegeln die ansteigende Jugendkriminalität wider, die auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für diesen Zeitraum festzustellen ist.

Tab. 6.3: Beteiligung an gewalttätigen Aktionen 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Beteiligung an gewalttätigen Aktionen							
	Nie		Selten		Manchmal		Oft	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	68,5	64,4	23,4	26,4	7,0	6,7	1,1	2,5
Jungen	54,9	51,9	33,1	35,6	10,3	9,4	1,7	3,1
Mädchen	83,3	77,1	12,7	17,0	3,4	3,9	0,6	2,0
Bis 14 Jahre	59,3	52,6	30,0	34,3	8,9	9,7	1,8	3,5
15 bis 17 Jahre	72,2	69,0	20,4	23,0	6,4	5,4	1,0	2,6
Ab 18 Jahre	76,5	76,3	17,9	18,7	5,1	3,9	0,4	1,0
Oberschule	56,7	50,0	29,3	34,5	11,9	11,2	2,1	4,4
Gymnasium	76,6	73,2	19,3	21,7	3,6	3,7	0,5	1,4
OSZ	72,4	74,1	21,3	20,3	5,5	4,4	0,8	1,2

In der Abbildung 6.3 ist der Zeitreihenverlauf bezüglich der „Beteiligung an gewalttätigen Aktionen“ seit 1996 dargestellt. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass der Anteil an brandenburgischen Jugendlichen, die sich „Nie“ an gewalttätigen Aktionen beteiligen, von 1996 bis 2017 kontinuierlich gestiegen ist. Gleichzeitig ist im selben Zeitraum der Anteil derer gesunken, die

sich „Oft“, „Manchmal“ oder „Selten“ an gewalttätigen Aktionen beteiligen. Die oben bereits beschriebene Entwicklung einer wieder ansteigenden Gewaltbeteiligung seit 2017 lässt sich vor dem Hintergrund der langen Zeitreihe besser einordnen als im reinen Vergleich der beiden letzten Erhebungszeitpunkte: Offensichtlich war das Jahr 2017 ein positiver „Ausreißer“; es war ein überdurchschnittlich großer Rückgang der Gewaltbeteiligung zu beobachten. Im Jahr 2022/2023 liegt das Gewaltbeteiligungs-Niveau zwar über dem des Jahres 2017, aber deutlich unter dem des Jahres 2010. Der Anteil an Jugendlichen, die sich „Nie“ an gewalttätigen Aktionen beteiligen, fällt dabei so hoch aus wie zu keinem anderen Erhebungszeitpunkt – mit Ausnahme des Jahres 2017. Inwieweit sich ein Trend zunehmender aktiver Gewaltausübung verfestigt oder die aktuellen Zahlen nur eine vorübergehende Erscheinung temporär ansteigender Gewaltbeteiligung anzeigen, sollte intensiv beobachtet werden.

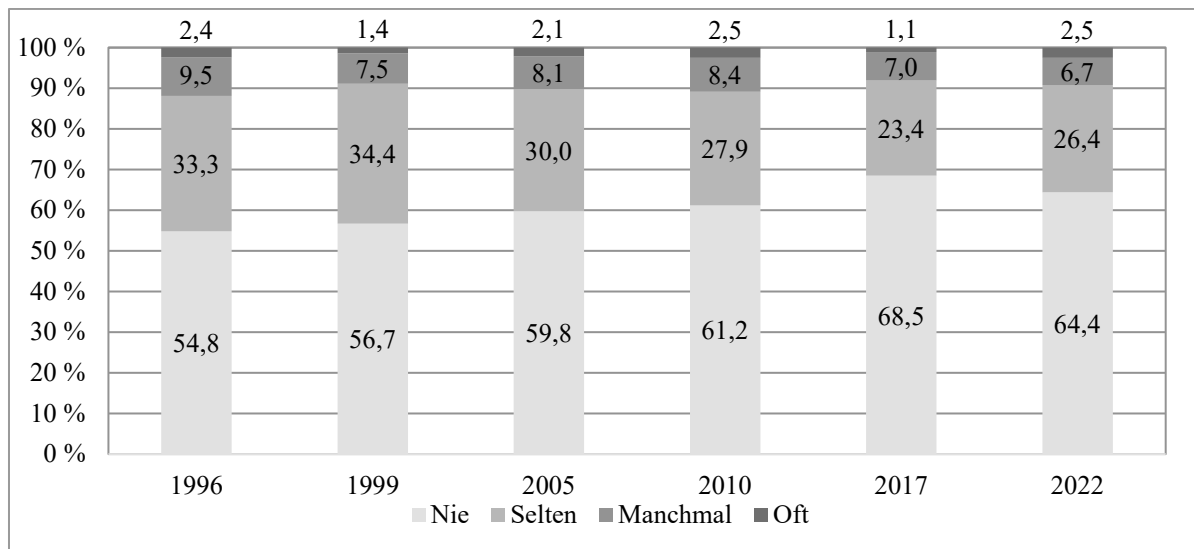


Abb. 6.3: Beteiligung an gewalttätigen Aktionen im Zeitraum von 1996 bis 2022/2023 (in %)

Gewaltbelastung im Lebensumfeld

Seit 1999 wird die Gewaltbelastung im Lebensumfeld der brandenburgischen Jugendlichen erfasst. Wie auch schon in den Vorgängerstudien, zeigt sich im Jahr 2022/23 eine höhere Gewaltbelastung im Freizeitbereich gegenüber dem „überwachten“ Kontext der Schule (s. Abb. 6.4). Sowohl im Freizeitbereich als auch im Schulumfeld stellen Jugendliche seit 2017 aber wieder ein erhöhtes Ausmaß an Gewalthandlungen fest. So sank zwischen 2017 und 2022/2023 der Anteil derjenigen, die „Fast nie“ Gewalthandlungen im Freizeitbereich beobachten, deutlich von 59,9 Prozent auf 50,0 Prozent und im Schulumfeld von 71,5 Prozent auf 67,1 Prozent ab.

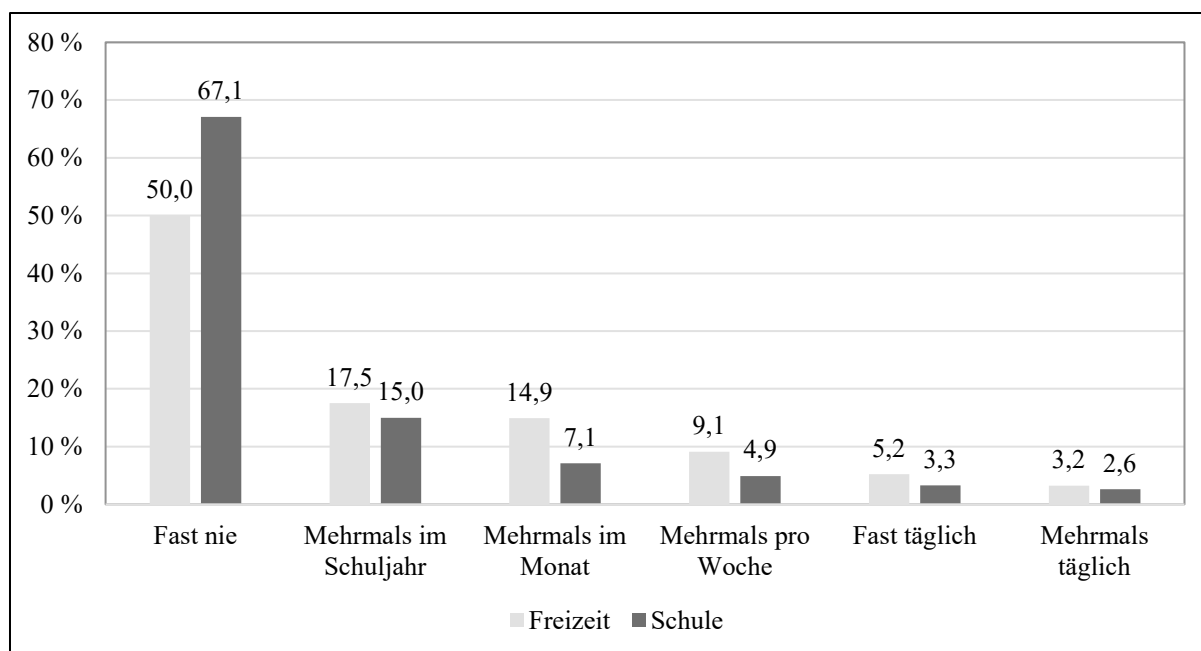


Abb. 6.4: Beobachtungen von Gewalthandlungen in Schule und Freizeit 2022/2023 (in %)

Reaktionen auf Gewalt

Seit 1999 wird auch erfasst, wie die Jugendlichen selbst auf Gewalthandlungen anderer Personen reagieren. Die mit Abstand am häufigsten angegebene Reaktion der Jugendlichen ist es, „Hilfe zu holen“. 69,0 Prozent stimmen dieser Aussage „Völlig“ oder „Eher“ zu. Darüber hinaus würden 50,3 Prozent der Jugendlichen „dazwischen gehen“. Fast genauso viele (50,2 %) würden „nur zuschauen“, und 36,4 Prozent würden „verschwinden“ (s. Tab. 6.4).

Tab. 6.4: Reaktion der Jugendlichen auf Gewalt 2017 und 2022/2023 (in %)

	„Wenn es zu Gewalthandlungen in Ihrem Freizeitumfeld kommt ...“							
	Stimmt völlig		Stimmt eher ³²		Stimmt eher nicht ³³		Stimmt gar nicht ³⁴	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
„... schaue ich selbst meist nur zu, ohne einzugreifen.“	5,8	11,9	25,5	38,3	31,8	36,7	36,9	13,1
„... sehe ich zu, dass ich schnell verschwinden kann.“	6,5	9,3	21,0	27,1	29,7	40,7	42,8	22,9
„... versuche ich, selbst dazwischen zu gehen.“	15,3	11,6	43,2	38,7	23,1	33,2	18,4	16,5
„... versuche ich, Hilfe zu holen.“	46,9	26,7	36,5	42,3	10,7	20,4	5,8	10,7

³² Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

³³ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

³⁴ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

Ein Vergleich der prozentualen Kategorienhäufigkeiten zwischen 2017 und 2022/2023 sowie eine Betrachtung des Mittelwertverlaufs über den Zeitraum der gesamten zur Verfügung stehenden Zeitreihe zeigen erhebliche Veränderungen bei den Jugendlichen. Eine grundlegende Erkenntnis ist, dass die brandenburgischen Jugendlichen 2022/2023 beim Erleben von Gewaltaktionen weniger couragiert reagieren als noch im Jahr 2017. Während die Häufigkeit der Reaktion „Hilfe holen“ zwischen den Jahren 2005³⁵ und 2017 kontinuierlich gestiegen war, sinkt sie 2022/2023 deutlich ab. Obwohl diese Reaktion nach wie vor die häufigste Reaktion der Jugendlichen bleibt, fällt die Zustimmung zur Kategorie „Stimmt völlig“ um fast 20 Prozentpunkte geringer aus als noch in der letzten Studie. Auch die höchste Zustimmungskategorie der Reaktion „Dazwischengehen“ ist 2022/2023 geringer besetzt als noch 2017; der Mittelwert veränderte sich seit dem Jahr 2005 allerdings kaum. Deutlich mehr Jugendliche schauen nun hingegen bei Gewalthandlungen nur zu, ohne einzugreifen („Zuschauen“), oder versuchen, schnellstmöglich zu verschwinden („Verschwinden“; s. Abb. 6.5).

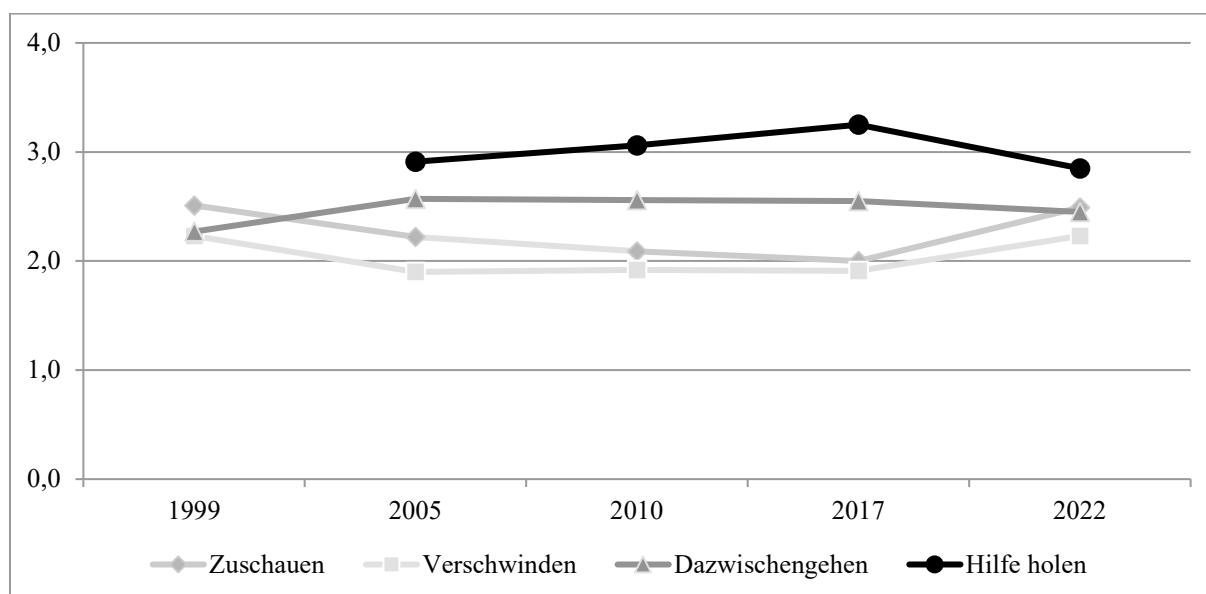


Abb. 6.5: Reaktionen auf Gewalthandlungen im Zeitraum von 1999 bis 2022/2023 (Mittelwerte von „1“ = „Stimmt gar nicht“³⁶, „2“ = „Stimmt eher nicht“³⁷, „3“ = „Stimmt eher“³⁸ bis „4“ = „Stimmt völlig“)

Zusammenhänge zwischen der „Allgemeinen Gewaltbereitschaft“ und ausgewählten Entwicklungsbedingungen Jugendlicher

Wie bereits dargelegt, umfasst die komplexe Skala „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ sowohl die Gewaltakzeptanz als auch die instrumentelle Gewaltbereitschaft und das Gewalthandeln. Wie in allen vorangegangenen Untersuchungen der Zeitreihenstudie weisen Jungen eine höhere allgemeine Gewaltbereitschaft auf als Mädchen ($V = .21$). Auch das Alter korreliert mit der allgemeinen Gewaltbereitschaft ($r = -.23$): Jüngere Jugendliche sind etwas häufiger gewaltbereit als ältere Jugendliche. Darüber hinaus steht die „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ in einem engen Zusammenhang zu rechtsextremistischen Einstellungen (s. Tab. 6.5). Damit werden sowohl die Ergebnisse vorangegangener Erhebungswellen der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ als auch die Befunde anderer Jugendstudien (z. B. Shell-Studie) bestätigt. Auch „Ausländerfeindlichkeit“ und „Externale Kontrollüberzeugung“ weisen mittlere Korrelationen mit

³⁵ 1999 war dieses Item noch nicht im Fragebogen enthalten.

³⁶ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

³⁷ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

³⁸ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

der Gewaltbereitschaft auf. Zudem korrespondiert die Skala mit den Lebenszielen „Ein angenehmes Leben führen“ und „Viel Geld verdienen“.

Tab. 6.5: Zusammenhänge zwischen der Skala „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ und verschiedenen Einstellungen 2022/2023

Item	Korrelationen mit der Skala „Allgemeine Gewaltbereitschaft“
Rechtsextremismus (Skala)	$r = .55^{***}$
„Ausländerfeindlichkeit“ (Skala)	$r = .28^{***}$
Externale Kontrollüberzeugung (Skala)	$r = .27^{***}$
Hedonismus („Ein angenehmes Leben führen“)	$r = .13^{***}$
Materialismus („Viel Geld verdienen“)	$r = .18^{***}$

Anmerkungen: * = signifikant auf dem 5%-Niveau; ** = signifikant auf dem 1%-Niveau; *** = signifikant auf dem 0,1%-Niveau

Bei der Suche nach Einflussfaktoren auf die Gewaltbereitschaft Jugendlicher ist auch die Institution „Familie“ zu berücksichtigen, von der bedeutende Impulse für die Sozialisation im Kindes- und Jugendalter ausgehen. Die Befunde der vorliegenden Studie deuten darauf hin, dass diejenigen Jugendlichen häufiger gewaltbereit sind, die von ihren Eltern vernachlässigt (Skala „Elterliche Vernachlässigung“: $r = .19^{***}$) oder restriktiv kontrolliert werden (Skala „Elterliche Restriktion“: $r = .21^{***}$). Auch die Häufigkeit der Gewalterfahrung durch die eigenen Eltern ist ein Faktor, der die Gewaltbereitschaft begünstigt (Vater: $r = .15^{***}$; Mutter: $r = .08^{***}$). Das Erleben familiärer Belastungen steht dagegen nicht mit der Gewaltbereitschaft der Jugendlichen im Zusammenhang.

Neben der Familie prägt auch das schulische Umfeld die Einstellungen von Jugendlichen (s. Tab. 6.6). Jugendliche mit einer geringen Schulmotivation und einem geringen Schulspass weisen eine höhere Gewaltbereitschaft auf als hochmotivierte Jugendliche und Jugendliche, die Spaß an der Schule haben. Darüber hinaus zeigen sich Zusammenhänge zwischen der Gewaltbereitschaft und der Reaktion der Lehrerinnen und Lehrer auf Gewalt: Jugendliche, deren Lehrkräfte Gewalthandlungen ignorieren, sind in stärkerem Maße gewaltbereit als andere Jugendliche. Gewaltbereite Jugendliche beobachten zudem mehr Gewalt in der Schule und im Freizeitbereich; dies überrascht nicht, da gewaltbereite Jugendliche wahrscheinlich auch häufiger gewaltaffine soziale Milieus aufsuchen.

Tab. 6.6: Zusammenhänge zwischen Peers, Schule und der Skala „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ 2022/2023

Item	Korrelationen mit der Skala „Allgemeine Gewaltbereitschaft“
Schulmotivation	$r = -.33^{***}$
Schulspass	$r = -.16^{***}$
Reaktion der Lehrkräfte auf Gewalt: „Sie sehen weg.“	$r = .20^{***}$
Gewaltbeobachtung Schule	$\rho = .27^{***}$
Gewaltbeobachtung Freizeit	$\rho = .30^{***}$

Anmerkungen: * = signifikant auf dem 5%-Niveau; ** = signifikant auf dem 1%-Niveau; *** = signifikant auf dem 0,1%-Niveau

Nachfolgend soll mit Hilfe einer Regressionsanalyse das Zusammenwirken verschiedener Variablen hinsichtlich ihres Einflusses auf die „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ beschrieben werden.³⁹ Dabei wurden die potenziellen Prädiktoren in Blöcken in die Regressionsanalyse aufgenommen. Unter Berücksichtigung einer entwicklungspsychologischen Perspektive wurden vier Blöcke festgelegt:

1. Block „Familie“: Die Eltern setzen zuerst grundlegende Sozialisationsbedingungen bei der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und moderieren die externen Sozialisationseinflüsse.
2. Block „Schule“: Darauf aufbauend werden mit Schulbeginn in der sozialen Interaktion mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Mitschülerinnen und Mitschülern Einstellungen und Verhaltensweisen erworben und gefestigt.
3. Block „Peers“: Mit dem Beginn des Jugendalters und der Ablösung von den Eltern prägen zunehmend die Gleichaltrigen die Persönlichkeitsentwicklung.
4. Block „Politische Einstellungen“: Der Aufbau einer politischen Identität beginnt erst im Verlauf des Jugendalters. Rechtsextremistische und ausländerfeindliche Orientierungen wurden daher zuletzt in das Regressionsmodell aufgenommen.

Für Mädchen und Jungen wurden getrennte Analysen durchgeführt. Die Ergebnisse werden nachfolgend dargestellt und erläutert (s. Tab. 6.7). Mit den ausgewählten Prädiktoren können bei den Jungen 38 Prozent und bei den Mädchen 35 Prozent der Varianz der Skala „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ erklärt werden. Die Einflüsse der einzelnen Prädiktoren sind aus den Beta-Werten abzulesen, die aus dem letzten Analyseschritt stammen.

Tab. 6.7: Multiple Regressionsanalyse zur „Allgemeinen Gewaltbereitschaft“ 2022/2023

Blöcke	Prädiktoren	Jungen korr. $R^2 = .38$	Mädchen korr. $R^2 = .35$
		β	β
„Familie“	Elterliche Vernachlässigung (Skala)	.10	n. s.
	Elterliche Restriktion (Skala)	.09	.13
„Schule“	Schulmotivation (Skala)	-.12	-.19
	Schulisches Gewaltniveau	.13	.07
„Peers“	Gewaltniveau in der Freizeit	.13	.15
„Politische Einstellungen“	Rechtsextremismus (Skala)	.42	.42
	„Ausländerfeindlichkeit“ (Skala)	n. s.	n. s.

Wie sind die in der Tabelle dargestellten Ergebnisse zu interpretieren? Im Variablenblock „Familie“ liegen sowohl bei den Mädchen als auch bei den Jungen nur jeweils niedrige standardisierte Regressionskoeffizienten vor. Dieser Block trägt damit am wenigsten zur Aufklärung der Varianz bei der Variable „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ bei. Dabei fällt „Elterliche Restriktion“ bei beiden Geschlechtern ins Gewicht; „Elterliche Vernachlässigung“ dagegen nur bei den Jungen. Auch die standardisierten Koeffizienten der Prädiktoren des zweiten Variablenblocks „Schule“ weisen auf eher schwache bis mittelstarke Einflüsse hin. Bei den Jungen wird

³⁹ Es ist zu berücksichtigen, dass aus den Befunden keine kausalen Schlüsse gezogen werden können, da es sich bei dem zugrundeliegenden Studiendesign um eine Querschnittsanalyse handelt (s. Kap. 1).

die Gewaltbereitschaft in einem ähnlich starken Ausmaß durch eine mangelnde Schulmotivation und das schulische Gewaltniveau beeinflusst. Bei den Mädchen spielt hingegen die mangelnde Schulmotivation eine deutlich stärkere Rolle als das Gewaltniveau in der Schule. Der dritte Variablenblock „Peers“ bzw. das Gewaltniveau im Freizeitumfeld hat bei beiden Geschlechtern ebenfalls einen geringen bis mittelstarken Einfluss auf die „Allgemeine Gewaltbereitschaft“. Im Hinblick auf die politischen Einstellungen der Jugendlichen erweist sich der Einfluss von „Ausländerfeindlichkeit“ bei beiden Geschlechtern nur dann als bedeutsam und signifikant, wenn Rechtsextremismus nicht in das Modell eingeschlossen wird. Schließt man Rechtsextremismus aber ein, wird der Effekt von „Ausländerfeindlichkeit“ gleichsam aufgesogen und bleibt nicht als eigenständiger Effekt bestehen. Der Einfluss von Rechtsextremismus auf die „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ fällt sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen von allen betrachteten Prädiktoren am stärksten aus. Im Wesentlichen bestätigen die Befunde von 2022/2023 damit die Ergebnisse der vorangegangenen Erhebungswellen der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“.

Was bedeuten die Ergebnisse der Regressionsanalyse für die Gewaltprävention und die Suche nach wirkungsvollen Interventionsstrategien gegen Jugendgewalt? Zunächst ist davon auszugehen, dass die Möglichkeiten der Familie, einen wirkungsvollen Beitrag zur Resozialisierung jugendlicher Gewalttäter zu leisten, nicht überschätzt werden dürfen. Zwar spielen die Eltern bei der Gewaltprävention eine Schlüsselrolle, auf die noch näher einzugehen ist; aber gerade gewaltbereite Jugendliche haben sich sozio-emotional meist schon so weit von ihren Eltern gelöst, dass sie für elterliche Erziehungsmaßnahmen kaum noch erreichbar sind. Dazu gehört auch, dass die Eltern ihren Einfluss auf die Auswahl des Freundeskreises ihrer Kinder verloren haben: Jugendliche bestimmen oft allein, mit wem sie ihre Freizeit verbringen.

Damit verbleiben als potenzielle „Stellschrauben“ für die Gewaltprävention – wenn man von juristischen Straf- und Erziehungsmaßnahmen bei jugendlichen Gewaltstraftätern absieht – nur noch die Schule und die Politische Bildung. Die Schule muss den Jugendlichen erstens interessante Lernangebote unterbreiten, um die Schul- und Lernmotivation zu fördern; hier ist das erste Handlungsfeld gegen Gewalt. Zweitens muss sie unmittelbar und verlässlich auf Gewaltaktionen reagieren und diese nicht nur unterbinden, sondern als Medium für soziales Lernen nutzen; dies ist das zweite Handlungsfeld. Als drittes Handlungsfeld schließlich sind Extremismus und Fremdenfeindlichkeit dringend zurückzudrängen, da sie als Katalysatoren für das Anwachsen von Gewaltbereitschaft im Jugendalter anzusehen sind. Der Kampf gegen Jugendgewalt bietet also „gewaltige“ Herausforderungen.

Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt sowie Reaktionen auf Gewalt

Eine Erarbeitung zielgruppenspezifischer Präventionsempfehlungen setzt zwingend voraus, dass man Teilgruppen von Jugendlichen beispielsweise im Hinblick auf ihre Gewaltbereitschaft und Opfererfahrung unterscheidet. Eine solche Unterscheidung und Beschreibung von Teilgruppen wurde bereits in den Jugendstudien von 1999 und 2017 vorgenommen und soll in dieser Studie erneut erfolgen. In der Jugendstudie von 1999 wurden die Jugendlichen anhand ihrer Werte bei der „Allgemeinen Gewaltbereitschaft“ und bei der „Opfererfahrung durch andere Jugendliche“ in vier Kategorien eingeteilt. Dabei wurde die Mehrheit der Jugendlichen (86,3 %) der Kategorie der „Unauffälligen“ zugeordnet, die weder im besonderen Ausmaß Gewalt ausüben noch Gewalt erfahren. Weitere 9,1 Prozent waren „Reine Täter“ und jeweils 2,3 Prozent „Reine Opfer“ bzw. „Täter & Opfer“ (Sturzbecher et al., 2001). In der Studie von 2017 wurden bei der Gruppenbildung zusätzlich die Reaktionen auf Gewalthandlungen Anderer berücksichtigt. Dabei wurden mit dem „Zuschauen“, dem „Dazwischengehen“, dem „Verschwinden“ und dem „Hilfe holen“ vier unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten in die Analyse einbezogen. Zudem wurde die Gruppe der „Unauffälligen“ mit Hilfe von explorativen Faktoren- und Clusteranalysen in „Couragierte Unauffällige“ und „Passive Unauffällige“ aufgeteilt.

Da die Jugendlichen in der aktuellen Studie 2022/2023 nur dann nach ihren Reaktionen auf Gewalthandeln befragt wurden, wenn sie auch Gewalthandeln beobachtet hatten, liegen von rund einem Drittel der Jugendlichen keine Antworten auf diese Frage vor; diese Jugendlichen gaben an, kein Gewalthandeln beobachtet zu haben. Daher wurde bei der Typenbildung in der aktuellen Studie auf den Einbezug der entsprechenden Variable verzichtet und wieder die Vorgangsweise des Jahres 1999 gewählt. Die nachfolgend beschriebene Viergruppenlösung ist daher mit den Ergebnissen aus der Vorgängerstudie nicht vergleichbar, wohl aber mit der Studie von 1999. Die ermittelten vier Gruppen lassen sich wie folgt beschreiben:

- (a) Die übergroße Mehrheit der brandenburgischen Jugendlichen ist weder als Täter noch als Opfer an Gewalthandlungen beteiligt („Unauffällige“). Der Anteil von 86,3 Prozent ist dabei so groß wie in der Studie von 1999.
- (b) Die Jugendlichen der Gruppe der „Reinen Täter“ sind durch eine hohe Gewaltbereitschaft gekennzeichnet und nur selten selbst Opfer von Gewalt. Auf diese Gruppe entfallen 8,6 Prozent der Jugendlichen. Der Prozentanteil ist damit etwas geringer als im Jahr 1999 (9,1 %).
- (c) In die Gruppe der „Reinen Opfer“ lassen sich 2,8 Prozent der jungen Menschen einordnen. Sie sind in einem hohen Ausmaß Opfer von Gewalt in der Schule, in der Freizeit und/oder in der Familie; zuweilen sind sie aber auch selbst gewaltbereit. Ihr Anteil hat sich im Vergleich zu 1999 geringfügig erhöht (1999: 2,3 %).
- (d) Der mit 2,3 Prozent kleinste Anteil brandenburgischer Jugendlicher ist gleichermaßen „Täter & Opfer“ von Gewalt. Auch dieser Anteil ist – ebenso wie der Anteil der „Unauffälligen“ – so groß wie bereits im Jahr 1999.

In der Abbildung 6.6 werden die Verteilungen nach Geschlecht, Alter und Schulform in den verschiedenen Gruppen dargestellt.

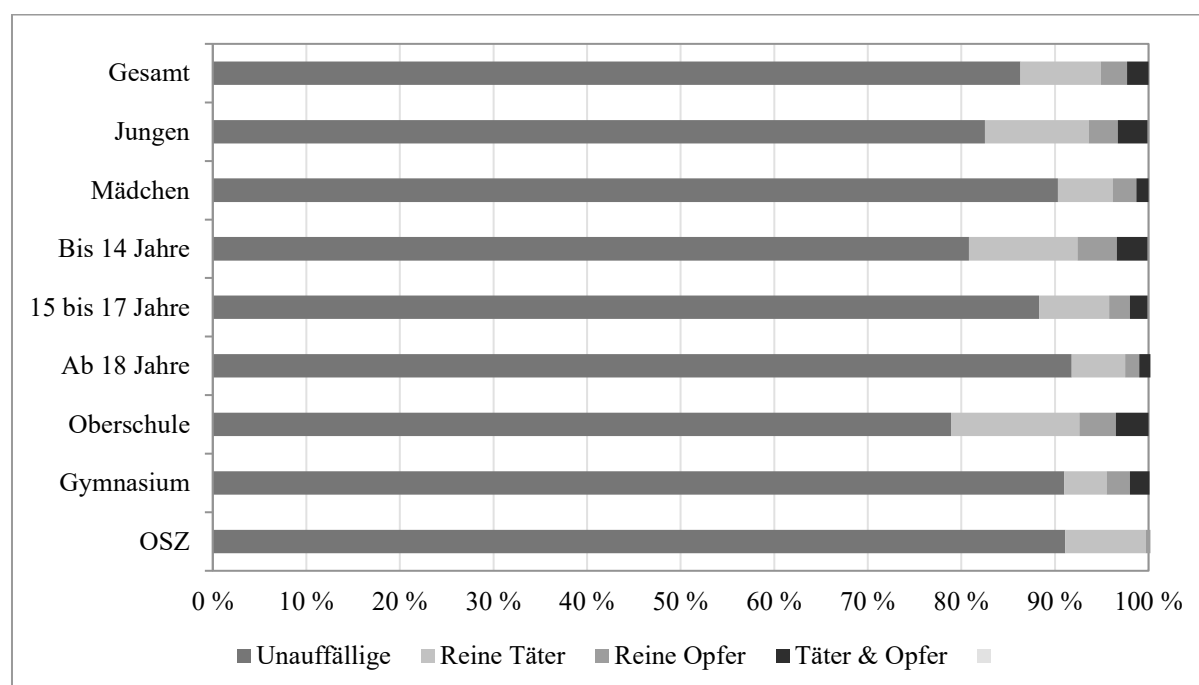


Abb. 6.6: Verteilung der Gruppen nach Geschlecht, Alter und Schulform 2022/2023 (in %)

Über 90 Prozent der Mädchen gehören zu den „Unauffälligen“, bei den Jungen sind es mit 82,5 Prozent etwas weniger. Jeder neunte Junge gehört zur Gruppe der „Reinen Täter“, wobei in Rechnung zu stellen ist, dass das zugrundeliegende Merkmal „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ nicht nur tatsächliches Gewalthandeln abbildet, sondern vor allem auch Gewaltakzeptanz und eine potenzielle Gewaltbereitschaft. Mit anderen Worten: Nicht alle Mitglieder dieser Gruppe fallen zwangsläufig häufig als „Schläger“ auf. Jungen stellen im Vergleich zu Mädchen auch den größeren Anteil der „Täter & Opfer“ dar (3,2 %). Im Hinblick auf das Alter fällt auf, dass mit zunehmendem Alter der Anteil der „Unauffälligen“ anwächst. Dagegen nehmen die Anteile der „Reinen Täter“, der „Reinen Opfer“ und der „Täter & Opfer“ bei steigendem Alter ab. Je älter die Jugendlichen werden, desto seltener sind sie als Täter und/oder Opfer an Gewalthandlungen beteiligt. Hinsichtlich der verschiedenen Schulformen zeigt sich, dass unter den Oberschülerinnen und Oberschülern die Anteile der Gruppen der „Reinen Opfer“, der „Reinen Täter“ sowie der „Täter & Opfer“ jeweils höher ausfallen als unter den Schülerinnen und Schülern anderer Schulformen sowie den Auszubildenden.

Im Hinblick auf das eingangs benannte Ziel – die Ableitung zielgruppenspezifischer Präventionsempfehlungen – sind nun die gefundenen Gruppen vertiefend bezüglich der typischen Entwicklungsbedingungen ihrer Mitglieder zu beschreiben. Weiß man beispielsweise, dass die „Reinen Opfer“ typischerweise unter Vernachlässigung und Restriktion im Elternhaus leiden, kann man als Lehrerin bzw. Lehrer oder Schulsozialarbeiterin bzw. Schulsozialarbeiter im Einzelfall das Vorliegen eines solchen Zusammenhangs prüfen und gegebenenfalls versuchen, die Eltern für die Situation ihrer Kinder und Stärkungsmöglichkeiten zu sensibilisieren. Für die Erstellung einer vertiefenden Merkmalscharakteristik der Gruppen wurden die Gruppenmittelwerte in Bezug auf verschiedene Indikatoren von Entwicklungsbedingungen miteinander verglichen und mit Hilfe einfaktorieller Varianzanalysen auf signifikante Unterschiede untersucht (s. Abb. 6.7).

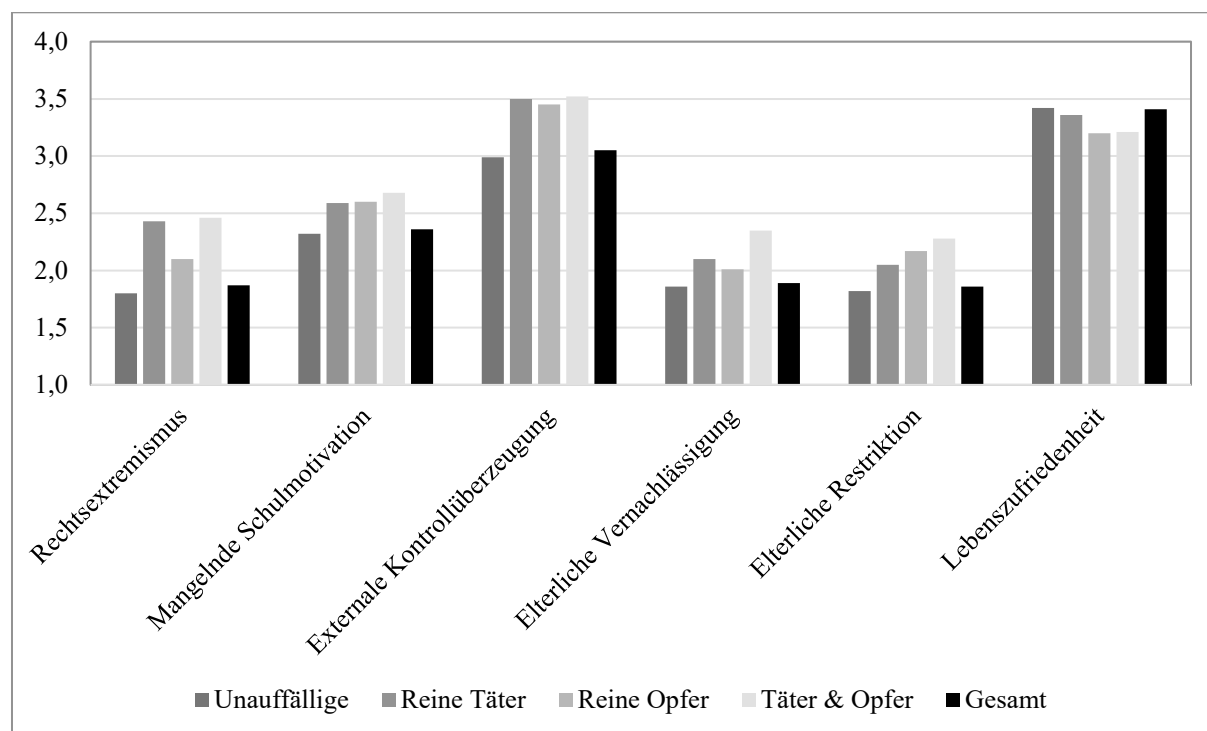


Abb. 6.7: Charakteristik der Gruppen 2022/2023 (Mittelwerte von „1“ = „Niedrig“, „2“ = „Eher niedrig“, „3“ = „Eher hoch“ bis „4“ = „Hoch“)

Die vier gefundenen Gruppen lassen sich vertiefend wie folgt charakterisieren:

- (a) Die „Unauffälligen“ lehnen rechtsextremistische Einstellungen ab. Sie werden von den Eltern weder vernachlässigt noch restriktiv behandelt. Weiterhin sind sie durch hohe interne Kontrollüberzeugungen, eine hohe Schulmotivation und eine hohe Lebenszufriedenheit gekennzeichnet. Sie können insgesamt als sozial gut integriert und selbstbestimmt bezeichnet werden.
- (b) Die „Reinen Täter“ weisen einen überdurchschnittlich hohen Wert auf der Skala „Rechtsextremismus“ auf. Weiterhin sind sie überdurchschnittlich häufig davon überzeugt, ihr Leben nicht selbst bestimmen zu können. Sie erleben häufiger elterliche Vernachlässigung und Restriktion. Mit ihrem Leben sind sie im durchschnittlichen Ausmaß zufrieden, ihre Schulmotivation fällt hingegen eher gering aus.
- (c) Die „Reinen Opfer“ sind mit ihrem Leben unterdurchschnittlich zufrieden. Darüber hinaus sind die Jugendlichen dieser Gruppe stärker als andere Jugendliche davon überzeugt, dass ihr Leben durch andere Personen bestimmt wird. Sie sind überdurchschnittlich rechtsextrem eingestellt und weisen eine unterdurchschnittliche Schulmotivation auf. Neben der für die Gruppenzugehörigkeit prägenden Gewalterfahrungen tragen dazu auch autoritäre Eltern bei, die sich ansonsten aber wenig um ihre Kinder kümmern.
- (d) Die „Täter & Opfer“ stellen die kleinste Gruppe dar und weisen eine sehr prägnante Merkmalscharakteristik auf. Sie erreichen die höchsten Mittelwerte auf den Skalen „Rechtsextremismus“ und „Externale Kontrollüberzeugungen“ und zeichnen sich im Vergleich mit Jugendlichen aus anderen Gruppen durch eine besonders geringe Schulmotivation und Lebenszufriedenheit aus. Zusätzlich schmälern eine hohe elterliche Vernachlässigung und Restriktion die familiären Entwicklungsressourcen.

6.3 Fazit

Als augenfälliger Entwicklungstrend ist hinsichtlich der Delinquenz im Allgemeinen und der Jugendgewalt im Besonderen festzuhalten, dass es nach der Corona-Pandemie einen deutlichen Anstieg gegeben hat. Im Kapitel „Delinquenz und Opfererfahrungen“ wurde bereits auf die möglichen Ursachen für diesen Trend hingewiesen. An dieser Stelle sollen auf Grundlage der vorgestellten Ergebnisse mögliche „Stellschrauben“ für eine wirksame Gewaltprävention betrachtet werden.

Nimmt man als Ausgangspunkt die von Coie und Dodge (1998) herausgearbeiteten Risikofaktoren für die Entstehung von Gewaltbereitschaft, so sollten Präventionsmaßnahmen unter anderem bei der familialen Frühsozialisation ansetzen. Diesbezüglich ist bekannt, dass emotional defizitäre Eltern-Kind-Beziehungen – verbunden mit Zwang, inkonsistenten harten Strafen, physischer Misshandlung und Missbrauch – die kindliche Intelligenz- und Moralentwicklung beeinträchtigen und auf diese Weise eine Hyperaufmerksamkeit gegenüber feindlichen Reizen, aversive Fehlattribuierungen, aggressives Problemlösen und den Glauben an die Funktionalität von Aggression fördern. Verstärkt werden kann die Wirkung durch Armut und Familienstressoren wie Partnerschaftskonflikte oder Erwerbslosigkeit der Eltern. Auch wenn die Jugendstudie ihren Fokus auf Jugendliche und nicht auf Kinder legt, so belegen die berichteten Ergebnisse einen entsprechenden Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und familialen Sozialisationsbedingungen: Jugendliche in Brandenburg, die von ihren Eltern vernachlässigt oder restriktiv kontrolliert werden oder Gewalt durch die Eltern erfahren, neigen zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft.

Während genetische und biologische Faktoren als alleinige Erklärungsansätze für menschliches Verhalten in den Sozialwissenschaften heutzutage überwiegend abgelehnt werden, ist meist anerkannt, dass Kinder und Jugendliche unterschiedliche genetische und biologische Voraussetzungen hinsichtlich ihrer Gewaltbereitschaft mitbringen. Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich ein besonderer Betreuungsbedarf im Umgang mit gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen, der zuerst von der Familie erfüllt werden muss, in die das Kind hineingeboren wird. Nach Sroufe, Coffino und Carlson (2010) haben das Temperament oder die Geburtsfaktoren allein keinen wesentlichen Einfluss auf spätere Verhaltensstörungen. Entscheidend sei vielmehr, wie feinfühlig die Eltern auf das Kind eingehen. Bei nicht angemessenen Reaktionen auf kindliches Verhalten besteht die Gefahr, dass das Kind nicht lernen kann, Gefühle und Erregung angemessen zu regulieren. In der Folge können dann die Eltern-Kind-Konflikte eskalieren sowie Aufmerksamkeits- und Verhaltensstörungen entstehen.

Aus den genannten Zusammenhängen und den aktuellen Studienergebnissen ergeben sich Herausforderungen, wenn in diesem Bereich mit Präventionsmaßnahmen angesetzt werden soll. So muss eine „ansprechende“ familienpädagogische Aufklärung stattfinden und es müssen (niedrigschwellige) Beratungsangebote für Eltern umgesetzt werden. Derartige Angebote sollten nicht zuletzt an Bildungseinrichtungen zu finden sein und stellen für die Gewaltprävention ein wichtiges Instrument dar. Ihre Bedeutung scheint angesichts der ungebrochen zunehmenden Liberalisierung und Vielfalt elterlicher Erziehungsstile eher noch weiter anzuwachsen.

Neben Maßnahmen im familienpolitischen Bereich erscheint auf der Grundlage der aktuellen Studienergebnisse der Blick auf den schulischen Bereich angebracht. Bei allen Erhebungen der Zeitreihenstudie, in denen Daten sowohl zur Gewaltbereitschaft Jugendlicher als auch zur Schulqualität erhoben wurden, zeigten sich substanzielle Zusammenhänge zwischen diesen beiden Bereichen; in der eingangs angesprochenen Längsschnittstudie (Sturzbecher et al., 2002) wurden sogar kausale Wirkungen des Schulklimas auf die Herausbildung von Gewaltbereitschaft in der Schülerschaft nachgewiesen. In der aktuellen Studie zeigt sich für 2022/2023 erneut, dass Jugendliche mit einer geringen Schulmotivation und einem geringen Schulspaß eine erhöhte Gewaltbereitschaft aufweisen. Darüber hinaus sind Jugendliche, deren Lehrer Gewalthandlungen ignorieren, in stärkerem Ausmaß gewaltbereit als andere Jugendliche. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Wahl (2009), der auf der Grundlage verschiedener Studien die Zusammenhänge zwischen der Häufigkeit von Gewalttätigkeiten an Schulen und der Schulkultur herausgearbeitet hat.

Während die geschilderten Zusammenhänge für die Gesamtheit der Schulen zutreffen, ist daneben auffällig, dass nicht alle Schulen gleichermaßen unter Jugendgewalt leiden, sondern in hohem Maße unterschiedlich betroffen sind: An einer der 2022/2023 befragten Schulen erklärten nur 7,3 Prozent der Befragten, sie wären „Völlig“ oder zumindest „Eher“ bereit, Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen einzusetzen; an einer anderen Schule waren es 54,7 Prozent. Der Anteil an Schülern, die sich „Oft“ oder „Manchmal“ an Gewalthandlungen beteiligen, variierte zwischen 0,0 Prozent und 24,7 Prozent. Ähnlich groß fielen auch die Schulunterschiede bei den ausländerfeindlichen Einstellungen (die Varianzweite beim Schüleranteil mit den Skalenwerten „Hoch“ und „Eher hoch“ reicht von 8,6 % bis 66,7 %) und den stark gewaltfördernden rechts-extremistischen Einstellungen aus (die Varianzweite beim Schüleranteil mit den Skalenwerten „Hoch“ und „Eher hoch“ reicht von 0,0 % bis 47,6 %). Daher erscheint ein vertiefender Blick auf die „Feinmechanik“ des Zusammenspiels von Schulkultur und Jugendgewalt lohnenswert. Nachfolgend findet sich eine Zusammenfassung der nach wie vor zutreffenden Darstellungen von Sturzbecher und Langner (1997).

Eine der bedeutendsten Längsschnittstudien (das „Inner London Education Authority Junior School Projekt“), mit denen die schulischen Entwicklungsbedingungen als Ursachen für delinquentes bzw. gewalttätiges Verhalten Jugendlicher untersucht wurden, startete mit der Feststellung, dass bei benachbarten Schulen in unterprivilegierten Gegenden große Unterschiede hinsichtlich des Auftretens von schlechten Schulleistungen, Verhaltensstörungen, Schulverweigerung und Delinquenz zu finden waren (Rutter, Maughan, Mortimore & Ouston, 1980). Im Zeitvergleich konnte belegt werden, dass der Zusammenhang zwischen Schulcharakteristik und Schülercharakteristik wie auch die Unterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern verschiedener Schulen über die Untersuchungsperiode stetig wuchsen. In einer Folgeuntersuchung (Gray, Smith & Rutter, 1980) wurde die Wirkungslinie von schlechten Unterrichtsbedingungen an der Schule hin zu geringem beruflichem Erfolg der Schülerinnen und Schüler als Indiz für die Entwicklungswirksamkeit schulischer Bedingungen gezeigt: An Schulen mit schlechten Unterrichtsbedingungen war die Wahrscheinlichkeit von Schulschwänzen und vorzeitigen Schulabbrüchen jeweils doppelt so hoch wie an Schulen mit guten Unterrichtsbedingungen. Daneben war die Wahrscheinlichkeit, beim letzten Messpunkt keinen Schulabschluss zu erreichen, an „ineffizienten“ Schulen fünfmal höher als an anderen Schulen. Maughan (1989) reanalysierte die genannte Studie und betrachtete weitere thematisch einschlägige Längsschnittanalysen aus Europa und den USA. Sie kam unter anderem zu der Feststellung, dass „gute“ Schulen, welche die Entwicklung von Selbstwertgefühl und Problemlösefähigkeiten anregen sowie sozialen Erfolg und Leistungserfolg fördern, die Wahrscheinlichkeit von emotionalen Störungen und Verhaltensstörungen reduzieren, einen protektiven Faktor gegen familiäre Benachteiligungen darstellen und den Lebenserfolg voraussagen.

Als Merkmale erfolgreicher Schulen, die auch heute als wesentlich für die Schulentwicklung zu betrachten sind, nennt die Autorin (1) Schülerstruktur, (2) soziales Schulklima und (3) Lehrmanagement.

- (zu 1) Hinsichtlich der Schülerzusammensetzung ist in jeder Klasse ein „Nukleus mit Durchschnittsintelligenz und normalem familialen Hintergrund“ unverzichtbar für erfolgreiche Bildungs- und Erziehungsarbeit. Dieser in der Primarstufe meist vorhandene Nukleus sollte nicht durch frühzeitige Differenzierung möglicher Schullaufbahnen bzw. eine „Frühselektion“ zerstört werden. Der Auslesedruck sollte aus der Mittelstufe genommen und die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen erhöht werden.
- (zu 2) Das soziale Schulklima umfasst das Verhältnis zwischen Schulleitung, Lehrerschaft, Schülerschaft und Elternschaft. An den erfolgreichen Schulen wurde die zielgerichtete Führung des Schulleiters durch die Einbeziehung der Lehrerschaft in Entscheidungsprozesse ergänzt; die Lehrerschaft demonstrierte in ihrem Auftreten Konsens und Konsistenz, die Elternschaft war in schulische Angelegenheiten involviert. Das Schulklima wurde durch eine zwar arbeitsorientierte, aber zugleich freundliche soziale und physikalisch-ästhetische Umwelt gekennzeichnet. Im Rahmen ihrer Schulkultur pflegten die erfolgreichen Schulen Schultraditionen und boten Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten und eine Bibliothek an. Die wichtigsten Bausteine eines guten Schulklimas waren jedoch Klassenverbände mit stabilen sozialen Bindungen der Schüler, wechselseitiger Hilfe („peer tutoring“, „student advisory boards“) und der zielgerichteten Führung durch eine Klassenlehrerin bzw. einen Klassenlehrer. Die Lehrerinnen und Lehrer im Allgemeinen und die Klassenlehrerinnen sowie Klassenlehrer im Besonderen bewirken nach Ansicht der Autorin den kumulativen Effekt aller fördernden Faktoren.
- (zu 3) Hinsichtlich eines erfolgreichen Lehrmanagements sollte eine konsequente Planung und Strukturierung der Unterrichtsarbeit durch Hausaufgaben und Examen sowie anregende

Lehrmethoden erfolgen, die gekennzeichnet sind durch sanktionsfreudiges Lehrpersonal sowie Entscheidungsfreiräume und Verantwortlichkeiten für Schülerinnen und Schüler. Die schulischen Inhalte sollen auch für Schülerinnen und Schüler erkennbare Relevanz für die Lebensbewältigung besitzen und in einer Weise dargeboten werden, die nach dem Prinzip der individuellen Bestleistung unterhalb der Überforderungsschwelle akzeptable Ziele setzt. Projektarbeit wirkt dabei einem Versagen aufgrund fehlender Vorkenntnisse entgegen und trägt so dazu bei, eine Stigmatisierung von „Schulversagern“ zu verhindern (Oser, 1995).

Wie bereits erwähnt, zeigt die aktuelle Studie „Jugend in Brandenburg“, dass das gewaltbezogene „Schulklima“ in einem Zusammenhang mit der Ausprägung von Gewaltbereitschaft bei Schülerinnen und Schülern steht. Dieses Klima wird auch dadurch bestimmt, wie zuverlässig und engagiert Lehrkräfte bei beobachteten Gewaltaktionen gegen die Akteurinnen und Akteure vorgehen. Zwar sehen nach Einschätzung einer großen Mehrheit der befragten Jugendlichen (83,8 %) die Lehrerinnen und Lehrer bei Gewaltaktionen nicht weg, sondern reagieren in irgendeiner Weise darauf. Dennoch verbleibt ein nicht unerheblicher Anteil an Jugendlichen (16,3 %), die berichten, dass ihre Lehrer bei Gewaltaktionen wegschauen würden. Hinsichtlich einer erfolgreichen Gewaltprävention ist diese „Nicht-Reaktion“ schlimmer als eine reine Abwesenheit von Lehrkräften, denn die Täterinnen und Täter fühlen sich durch das Nichteingreifen gegebenenfalls bestätigt, die Wahrscheinlichkeit künftiger Gewaltaktionen wird erhöht, die Opfer werden entmutigt und die Zeugen werden moralisch entlastet.

Für die Ableitung zielgruppenorientierter Präventionsmaßnahmen bietet sich die Betrachtung der herausgearbeiteten vier Täter-Opfer-Teilgruppen von Jugendlichen an. Diese Gruppen weisen ein jeweils unterschiedliches Gruppenprofil bezüglich ihrer Gewaltbereitschaft sowie ihrer Opfererfahrung auf und eignen sich daher gut, um spezifische Empfehlungen darstellen zu können.

Zwar treten die „Unauffälligen“ weder als Täter noch als Opfer in Erscheinung, Maßnahmen zur Gewaltprävention sollten sich aber auch nicht nur auf Täter und Opfer von Gewalt beschränken. Die Zivilcourage der in dieser Gruppe versammelten gewaltablehnenden Jugendlichen muss gezielt gestärkt werden, da sie bislang in Gewaltsituationen häufig nur „zugucken“ oder „verschwinden“. Hier sind Präventionsstrategien angezeigt, mit denen diese Jugendlichen lernen, in Mobbing- und Gewaltsituationen ihr Selbstvertrauen und Verantwortungsgefühl zu mobilisieren sowie zur Konfliktdeeskalation beizutragen. Die Jugendlichen sollten darin bestärkt werden, in entsprechenden Konfliktsituationen erkennbar zu protestieren und Hilfe zu holen, um Täterinnen und Täter zu stoppen. Auch dieses Verhalten erfordert Mut, ist keine Selbstverständlichkeit und sollte deshalb gebührend anerkannt werden. Dies und die Bedeutung solcher Schritte für die Gemeinschaft im Sinne von sozialer Verantwortungsübernahme müssen den Vertreterinnen und Vertretern dieser Gruppe verdeutlicht werden.

Die kleine Gruppe der „Reinen Opfer“ ist in einem hohen Ausmaß Opfer von Gewalt in der Schule, in der Freizeit und/oder in der Familie. Ihre typischen Vertreterinnen und Vertreter stammen häufig aus sozial und finanziell benachteiligten Familien, erleben sich als fremdbestimmt, sozial ausgeschlossen und sind zugleich oft Stigmatisierungsprozessen ausgesetzt. Diese Jugendlichen brauchen Möglichkeiten, ihre Gewalterfahrungen in den jeweiligen sozialen Kontexten selbstwertdienlich zu verarbeiten. Dazu müssen Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter als Vertrauenspersonen zur Verfügung stehen, an die sie sich wenden und mit denen sie auch Probleme besprechen können, die über den schulischen Kontext hinausgehen. Unterstützende Maßnahmen in Gewaltsituationen sollten darauf abzielen, solche realen Konflikte in der sozialen Gemeinschaft als nicht wünschenswerte Phänomene geduldig zu bearbeiten und als Anlass zu nehmen, die moralische Entwicklung aller Beteiligten

(d. h. von Tätern, Opfern und Zeugen) zu fördern. Ein gutes Instrument dafür stellt der Täter-Opfer-Ausgleich dar, der es erlaubt, Täter- und Opferperspektiven auf den Konflikt kennenzulernen und zu diskutieren. Gewaltaktionen können so zum Medium der Moralerziehung werden und eine Gelegenheit bieten, die Gleichaltrigen in Maßnahmen zur Gewaltprävention einzubinden. Darüber hinaus muss bei den „Reinen Opfern“ die soziale Integration verbessert werden. Dazu sollten sie durch geeignete Freizeitangebote befähigt werden, den eigenen Freundeskreis zu erweitern sowie ihr Selbstwertgefühl und ihr Selbstwirksamkeitserleben zu stärken. Insgesamt sollte im Vordergrund stehen, gezielt die Kompetenzen der Alltagsbewältigung der Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppe zu stärken.

Auffälligkeiten der „Reinen Täter“ sind in ihren rechtsextremistischen Ansichten und ihrer geringen Schulmotivation zu finden. Die Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppe müssen einerseits spürbar erfahren, dass Gewalt abgelehnt wird, Grenzen gesetzt werden und Gewalthandlungen konsequent sanktioniert werden. Andererseits müssen die psychischen „Belohnungen“ kompensiert werden, die Gewalthandlungen dieser Gruppe bieten können (z. B. Dominanz- und Machtgefühle). Gerade im schulischen Kontext sollte daher eine unmissverständliche, konsequente und einheitliche Linie bei der Reaktion auf Gewalthandeln verfolgt werden. Darüber hinaus sollten zum Beispiel im Ganztagsangebot der Schulen und im Freizeitbereich (z. B. in Sportvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Jugendeinrichtungen) attraktive Gelegenheiten eröffnet werden, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen, die gleichzeitig von sozialem Zusammenhalt bzw. im positiven Sinne von „Kameradschaft“ geprägt sind. In diesen sozialen Settings ist dann auch zu verdeutlichen, dass Gewalt, Extremismus und „Ausländerfeindlichkeit“ nicht nur die Opfer, sondern auch die soziale Gemeinschaft belasten.

Bei den Vertreterinnen und Vertretern der „Täter & Opfer“ sind die Lebenszufriedenheit und die Leistungsbereitschaft am geringsten von allen Gruppen ausgeprägt. Daneben scheinen die Bereitschaft zum „Austeilen und Einstecken“ und die Suche nach erregenden exzessiven Gewalterfahrungen – nicht selten mit rechtsextremen Überzeugungen gerechtfertigt – eine große Rolle zu spielen. Angebote der Schulsozialarbeit, ein breites Spektrum von Ganztagsangeboten und insbesondere Teamsportarten können bei diesen Jugendlichen zur Resozialisierung beitragen und die soziale Anerkennung ermöglichen, die sie im familiären und schulischen Umfeld nicht finden. Vor allem aber kommt es angesichts der Besonderheiten des Einzelfalls und seiner vielfältigen Probleme darauf an, Personen zu finden, denen gegenüber sich die Jugendlichen öffnen und denen sie vertrauen. Solche Vertrauensbeziehungen können sich sowohl in der Schule (z. B. zu Lehrkräften oder Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern) als auch im Freizeitkontext (z. B. zu Trainern) entwickeln. Bei der Beantwortung der Frage, wer eine Vertrauensperson sein könnte und wie die Beziehung zu stärken ist, sollte die Schule eine Lotsenfunktion übernehmen.

Literatur

- Akers, R. L. (1991). Self-control as a general theory of crime. *Journal of Quantitative Criminology*, 7, 201-211.
- Bandura, A. (1973). *Aggression: A social learning analysis*. Oxford, England: Prentice-Hall.
- Bandura, A. (1976). *Lernen am Modell. Ansätze zu einer sozial-kognitiven Lerntheorie*. Stuttgart: Klett Verlag.
- Bandura, A. (1979). *Sozial-kognitive Lerntheorie*. Stuttgart: Klett.
- Beelmann, A. & Raabe, T. (2007). *Dissoziales Verhalten bei Kindern und Jugendlichen. Erscheinungsformen, Entwicklung, Prävention und Intervention*. Göttingen: Hogrefe.
- Bliesener, T., Lösel, F. & Averbach, M. (1999). Die Wahrnehmung und Bewertung von Konfliktsituationen bei Schülern mit reaktiv versus proaktiv aggressivem Verhalten. In R. Dollase, T. Kliche & H. Moder (Hrsg.), *Politische Psychologie der Fremdenfeindlichkeit. Opfer-Täter-Mittäter* (S. 159-172). Weinheim: Juventa-Verlag.
- Blum, H. & Beck, D. (2016). No Blame Approach. Mobbing-Intervention in der Schule. Köln: fairaend.
- Coie, J. D. & Dodge, K. A. (1998). Aggression and antisocial behavior. In W. Damon & N. Eisenberg (Eds.), *Handbook of child psychology: Social, emotional, and personality development* (pp. 779-862). Hoboken, NJ, US: John Wiley & Sons Inc.
- Crick, N. R. & Dodge, K. A. (1994). A review and reformulation of social information-processing mechanisms in children's social adjustment. *Psychological Bulletin*, 115, 74-101.
- Dodge, K. A. (1986). A social information processing model of social competence in children. In M. Perlmutter (Ed.), *The Minnesota Symposium on Child Psychology* (pp. 77-123). Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Eifler, S. (2002). *Kriminalsoziologie*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Elias, N. & Scotson, J. L. (1993). *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Emery, R. E. (1989). Family violence. *American Psychologist*, 44 (2), 321-328.
- forsa Politik- und Sozialforschung GmbH (2018). *Gewalt gegen Lehrkräfte aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter. Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung*. Verfügbar unter: https://www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/3_2018-04-09_forsa-Bericht_Gewalt-gg-LK_Sicht-SL_Bund.pdf [02.10.2023].
- Goode, E. (Ed.). (2008). *Out of control: Assessing the general theory of crime*. Stanford, CA: Stanford Social Sciences.
- Gray, G., Smith, A. & Rutter, M. (1980). School attendance and the first year of employment. In L. Hersov & I. Berg (Eds.), *Out of school: Modern perspectives in truancy and school refusal* (pp. 343-370). Chichester: Wiley.
- Hirschi, T. (1969). *Causes of Delinquencies*. Berkeley: University of California Press.
- Kleeberg-Niepage, A. & Sturzbecher, D. (2012). Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfeldes. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann, L. (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituationen und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 145-168). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lemert, E. M. (1951). *Social Pathology*. New York: McGraw-Hill.
- Lemme, M. & Körner, B. (2013). Sicherer Ort: Verankerung und Verantwortung nach Psychotraumata. In M. Grabbe, J. Borke & C. Tsirigotis (Hrsg.), *Autorität, Autonomie und Bindung. Die Ankerfunktion bei elterlicher und professioneller Präsenz* (S. 233-364). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lösel, F. & Bliesener, T. (2003). *Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen: Untersuchungen von kognitiven und sozialen Bedingungen*. Neuwied: Luchterhand.
- Maughan, B. (1989). School experiences as risk/protective factors. In M. Rutter (Ed.), *Studies of Psychosocial Risk* (pp. 200-220). NY: Press Syndicate of the University of Cambridge.
- Merton, R. K. (1938). Social Structure and Anomie. *American Sociological Review*, 3 (5), 672-682.

- Oser, F. (1995). Selbstwirksamkeit und Bildungsinstitution. In W. Edelstein (Hrsg.), *Entwicklungskrisen kompetent meistern* (S. 25-34). Heidelberg: Asanger.
- Parke, R. D. & Slaby, R. G. (1983). The development of aggression. In P. H. Mussen (Eds.), *Handbook of child psychology* (pp. 547-641). New York: Wiley.
- Rutter, M., Maughan, B., Mortimore, P. & Ouston, J. (1980). *Fünfzehntausend Stunden*. Weinheim: Beltz.
- Schubarth, W. (2010). *Gewalt und Mobbing an Schulen. Möglichkeiten der Prävention und Intervention*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Sroufe L. A., Coffino B. & Carlson E. A. (2010). Conceptualizing the Role of Early Experience: Lessons from the Minnesota Longitudinal Study. *Developmental Review*, 30, 36-51.
- Sturzbecher, D. & Langner, W. (1997). „Gut gerüstet in die Zukunft?“ – Wertorientierungen, Zukunftserwartungen und soziale Netze brandenburgischer Jugendlicher. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie* (S. 11-81). Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Sturzbecher, D., Hess, M. & Them, W. (2002). Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugendtrends in Ostdeutschland – Bildung, Freizeit, Politik, Risiken* (S. 182-209). Opladen: Leske + Budrich.
- Sturzbecher, D., Landua, D. & Shahla, H. (2001). Jugendgewalt unter ostdeutschen Jugendlichen. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend in Ostdeutschland – Lebenssituationen und Delinquenz* (S. 249-300). Opladen: Leske + Budrich.
- Tannenbaum, F. (1938). *Crime and the Community*. New York: Columbia University Press.
- Theunert, H. (1987). *Gewalt in den Medien – Gewalt in der Realität*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wahl, K. (2009). *Aggression und Gewalt. Ein biologischer, psychologischer und sozialwissenschaftlicher Überblick*. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.
- Willems, H., Eckert, R., Würtz, S. & Steinmetz, L. (1993). *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation*. Opladen: Leske + Budrich.

7 Rechtsextremismus, „Ausländerfeindlichkeit“ und Diskriminierung

7.1 Theoretische und methodische Vorbemerkungen

Begriffsdefinitionen

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht wird ausgeführt, dass Rechtsextremismus durch Ethnozentrismus, Nationalismus und Rassismus sowie die Ideologie einer ethnisch-rassistischen Volksgemeinschaft gekennzeichnet ist. Weitere Merkmale bestehen in einer Missachtung der zentralen Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Demokratiefeindlichkeit (Bundesministerium des Innern, 2023). Decker, Kiess, Heller und Brähler (2022, S. 33) definieren Rechtsextremismus als „ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“. Auch Stöss (2007, S. 25) subsumiert unter dem Begriff „Rechtsextremismus“ ein breites Spektrum „gesellschaftliche[r] Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman“ gelten. Der Autor unterscheidet dabei zwischen rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremen Verhaltensweisen. Rechtsextreme Einstellungen sind nach Stöss (2007) durch „Ausländerfeindlichkeit“, Antisemitismus, Chauvinismus, Sozialdarwinismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Befürwortung rechtsautoritärer Diktaturen gekennzeichnet. Rechtsextreme Verhaltensweisen zeigen sich beispielsweise in Form von Gewalttaten gegen Migranten, in der Verwendung und Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole und Schriften, in der Beteiligung an rechtsextremen Demonstrationen und Kundgebungen, in der Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen bzw. informellen Gruppen und in der Wahl von rechtsextremen Parteien. Die Unterscheidung einer Einstellungsdimension und einer Verhaltensdimension berücksichtigt, dass Menschen, die über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen, nicht zwingend politisch aktiv oder gewalttätig sein müssen. So liegt die Anzahl derjenigen mit einem rechtsextremen Einstellungsmuster höher als die Anzahl derer, die durch ein entsprechendes Verhalten öffentlich in Erscheinung treten (Decker, Kiess & Brähler, 2012; Heitmeyer, 2009). Umgekehrt stellt ein rechtsextremes Weltbild in der Regel eine Voraussetzung für rechtsextremes Verhalten dar.

Den genannten Definitionen ist gemein, dass Ethnozentrismus als eine Facette von Rechtsextremismus angesehen wird. Ethnozentrismus ist geprägt durch die Auf- bzw. Überbewertung der eigenen Gruppe bzw. deren Mitglieder und die gleichzeitige Abwertung anderer Gruppen und deren Mitglieder (Decker et al., 2022, S. 45). Die Begriffe „Ausländerfeindlichkeit“ und „Fremdenfeindlichkeit“ bezeichnen dabei die Ablehnung oder Feindseligkeit gegenüber Personen, die als Ausländerinnen bzw. Ausländer oder schlicht als „fremd“ angesehen werden (Burghardt, 2011, S. 8). Obwohl „Ausländerfeindlichkeit“ dem rechtsextremen Einstellungsmuster zugeordnet wird, erscheint eine begriffliche Abgrenzung sinnvoll, denn Personen können ausländerfeindlich eingestellt sein, obwohl sie keine darüber hinausgehenden rechtsextremen Positionen vertreten.⁴⁰ Entstanden ist der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ im Zuge einer zunehmenden Ablehnung von Gastarbeitern in Deutschland in den 1970 Jahren. Da allerdings schnell deutlich wurde, dass die Staatsangehörigkeit der betroffenen „ausländischen“ Personen nicht das entscheidende Kriterium für deren Ausgrenzung war, ersetzte man den Begriff in der öffentlichen Debatte immer häufiger durch den Begriff der „Fremdenfeindlichkeit“. Auch die-

⁴⁰ Gleichwohl wird „Ausländerfeindlichkeit“ durchaus als „Einstiegsdroge in ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ angesehen (Decker, Brähler & Geißler, 2006, S. 167; Landua, Harych & Schutter, 2002).

ser Begriff wird jedoch stark kritisiert (Butterwege, 2002): Es ist unklar, was genau die Bezeichnung „fremd“ umfasst und wem die Deutungshoheit über diese Zuschreibung zukommt. Gleichzeitig würden bei seiner Verwendung Personen, die Opfer entsprechender Anfeindungen werden, quasi per Definition zu Fremden erklärt. In der Folge dieser Diskussion wurden weitere Begriffsvorschläge in die Debatte eingebracht (z. B. Xenophobie, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit), die sich allerdings noch nicht durchsetzen konnten. In der öffentlichen Diskussion und der wissenschaftlichen Forschung wird weiterhin regelmäßig der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ verwendet, obwohl dessen Limitationen offensichtlich sind. Auch in der aktuellen Erhebungswelle der „Jugend in Brandenburg“-Studie wird der Begriff genutzt, da er zum einen bereits seit vielen Jahren in der Zeitreihenstudie verwendet wurde und zum anderen – im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Alternativen – in der Lebenswelt und dem Sprachgebrauch von Jugendlichen verankert ist.

Was aus juristischer Sicht in Deutschland als Diskriminierung anzusehen ist, wird mithilfe des „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)“ geregelt. In diesem Gesetz wird allerdings nicht direkt von Diskriminierung gesprochen, sondern der Begriff der Benachteiligung verwendet. Im AGG wird festgelegt, dass Menschen nicht aus rassistischen Gründen, wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität im Arbeitsleben oder bei Alltagsgeschäften benachteiligt werden dürfen. Hinsichtlich unterschiedlicher Formen von Benachteiligung unterscheidet das Handbuch zum europäischen Antidiskriminierungsrecht zwischen „unmittelbarer“ und „mittelbarer“ Diskriminierung (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und Europarat, 2018): Unmittelbare Diskriminierung bezieht sich auf direkte Benachteiligungen von Menschen aufgrund eines Merkmals bzw. mehrerer Merkmale, die sogenannte rechtliche „Schutzgründe“ (z. B. Geschlecht, Alter, sexuelle Identität) darstellen. Unter die mittelbare Diskriminierung fallen Benachteiligungsprozesse, die aufgrund von zunächst unbedenklich erscheinenden Vorschriften stattfinden. Beispielweise würde es eine mittelbare Diskriminierung bedeuten, wenn Frauen bei der Arbeitsplatzwahl durch für sie unerfüllbare Ausschreibungskriterien benachteiligt würden. Neben den genannten Unterscheidungen existieren in der Forschung viele weitere Differenzierungen von Diskriminierungsformen (z. B. individuelle Diskriminierung, strukturelle Diskriminierung, institutionelle Diskriminierung, symbolische Diskriminierung)

Erklärungsansätze

Sowohl für Diskriminierung als auch für „Ausländerfeindlichkeit“ und Rechtsextremismus werden in der Forschung individuelle Vorurteile als wesentliche Ursachen angeführt. Als Vorurteile gelten dabei in der Regel negative pauschalisierende Urteile einer Person über die Mitglieder einer fremden Gruppe (Brown, 1995). Während zu Beginn der Vorurteilsforschung davon ausgegangen wurde, dass Vorurteile Ergebnisse fehlerhafter Urteile über Personen auf der Grundlage sozialer Kategorisierungen seien (Allport, 1971), betrachtet man heutzutage stärker die kognitiven, sozialen und emotionalen Funktionen, die Vorurteile erfüllen können (z. B. Komplexitätsreduktion, Statuserwerb, Sündenbockgenerierung; Jaschke, 2001).

Verschiedene sozialpsychologische Experimente der sogenannten „minimal group studies“ zeigen, dass Menschen grundsätzlich dazu neigen, Gruppeneinteilungen in „eigene“ (ingroup) und „fremde“ Gruppen (outgroups) vornehmen, wobei sich die Gruppenmitglieder noch nicht einmal persönlich kennen müssen. Dabei können Gruppenzuweisungen von „innen“, aber auch von „außen“ erfolgen. Werden solche Gruppenzuweisungen akzeptiert, neigen Individuen dazu, die Mitglieder der „eigenen“ Gruppe systematisch besser einzuschätzen und zu begünstigen, während die Mitglieder der „fremden“ Gruppe tendenziell eher abgewertet und diskriminiert werden (ingroup bias).

Zur Erklärung der Bildung von Vorurteilen und des „ingroup bias“ existieren verschiedene Ansätze. In der Theorie der Sozialen Identität (Tajfel, 1982) wird davon ausgegangen, dass Menschen im Rahmen von Gruppen eine eigene Identität entwickeln und soziale Anerkennung erkämpfen. Individuen streben nach einer positiven sozialen Identität (Tajfel & Turner, 1986) und nutzen zur Bildung einer solchen Identität auch soziale Kategorisierungen (z. B. Schichtzugehörigkeit, Wohnort). Durch den (sozialen) Vergleich der eigenen Gruppe mit anderen Gruppen erwirbt das Individuum Informationen über die eigene soziale Identität. Damit diese Identität vorteilhaft bewertet werden kann, muss die Eigengruppe positiv distinkt von der Fremdgruppe wahrgenommen werden, d. h. sich von dieser vorteilhaft absetzen. Dies kann auch durch die Abwertung der anderen Gruppe erreicht werden.

Mit der „Sozialen Lerntheorie“ (Bandura, 1979) kann erklärt werden, wie Vorurteile interindividuell bzw. intergenerativ „weitergegeben“ werden. Dieser Theorie zufolge werden wahrgenommene Einstellungen und Verhaltensmuster des sozialen Umfelds übernommen bzw. gelernt sowie in Abhängigkeit von (zu erwartenden) Sanktionen wie Lob und Tadel stabilisiert und ausgebaut oder wieder fallen gelassen bzw. „verlernt“. Somit kann aus den Vorurteilen von Kindern und Jugendlichen auf die Einstellungen ihres sozialen Umfeldes (typischerweise ihrer Eltern) geschlossen werden.

Hinsichtlich des Phänomens Rechtsextremismus wird in kognitionspsychologischen und persönlichkeitspsychologischen Erklärungsansätzen meist das Vorhandensein einer „autoritären Persönlichkeit“ als ursächlich angesehen (Adorno, 1950). Als maßgebliche Ursache der Entstehung solch einer autoritären Persönlichkeit wiederum gilt ein autoritärer Erziehungsstil der Eltern, der durch Machtgebrauch und harte Disziplinierungen gekennzeichnet ist (Hopf, Riecker, Sanden-Marcus & Schmidt, 1995).

Auf der Makroebene werden auch gesellschaftliche Entwicklungen als Ursache für die Entstehung von Vorurteilen und rechtsextremen Erscheinungsformen betrachtet. So resultiert aus ökonomischen Krisen, gesellschaftlichen Umbrüchen, Modernisierungsprozessen oder schlechten allgemeinen Lebensbedingungen häufig Unzufriedenheit bei den betroffenen Personengruppen (Stöss, 2007). Auf diese Weise können Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen stimuliert werden, die für diese Situation verantwortlich gemacht werden (sogenannter „Wohlstandschauvinismus“; Stöss, 2007). So kann der Wunsch nach autoritären Konzepten zur Veränderung dieser Situation entstehen (z. B. nach Sicherheit, Ordnung und einem starken Führer). Dieses Phänomen der sogenannten „Relativen Deprivation“ wird ebenfalls als begünstigender Faktor der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen angeführt (Gurr, 1970; Runciman, 1966). Auch andere Autoren gehen davon aus, dass die staatliche Unterstützung von Migranten als „Konkurrenz und Bedrohung um einen erhofften und angestrebten sozialen Status wahrgenommen, aber auch jenseits eigener und unmittelbarer Konkurrenzängste als ungerechtfertigt“ erachtet wird (Willems, Eckert, Würtz & Steinmetz, 1993, S. 251). Demnach stehen nicht nur eigene Deklassierungs- und Desintegrationserwartungen, sondern auch Vorstellungen von Verteilungsungerechtigkeiten im Fokus von theoretischen Erklärungsansätzen.

Gemäß der Desintegrationstheorie (Heitmeyer, 1992) lösen sich aufgrund der Individualisierungsprozesse in modernen Gesellschaften die traditionellen Milieus und Lebensformen auf. Mit der Individualisierung ist zwar ein Gewinn an Freiheit verbunden, aber der Gestaltungs- „Zwang“ bzw. die Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten können in Verbindung mit Mangelzuständen (z. B. Arbeitslosigkeit, fehlende soziale Unterstützung) in Desintegration und schließlich Isolation münden. Desintegrations- und Isolationserfahrungen gehen vor allem bei ressourcenschwachen Bevölkerungsgruppen – dazu zählen viele Jugendliche – mit Verunsicherung und Ohnmachtsgefühlen einher, sodass der Wunsch nach wertschätzenden sozialen Strukturen,

Geborgenheit und Stärke steigt. Rechtsextreme Ideologien und Gruppierungen können diese Erwartungen erfüllen.

Schließlich fördert nach Stöss (2007) auch die Unzufriedenheit mit dem politischen System die Herausbildung antidemokratischer Einstellungsmuster. Sind die staatlichen Institutionen nicht in der Lage, die notwendigen „Steuerungs-, Legitimations- und Integrationsleistungen zu erbringen“, um (vorübergehende) Krisenerscheinungen zu bewältigen, wird das demokratische System in seiner Gesamtheit in Frage gestellt, und es erfolgt eine Hinwendung zu antidemokratischen Bewegungen.

Einflussfaktoren

In der Fachliteratur wird davon ausgegangen, dass bestimmte Wechselwirkungen zwischen individuellen Persönlichkeitsmerkmalen und sozialen Kontexteinflüssen (z. B. familiäre Lebenssituation, Deprivationserfahrungen) die Herausbildung rechtsextremen Denkens und Handelns begünstigen (Freytag, 2001; Sturzbecher, Landua & Heyne, 2001; Sturzbecher & Langner, 1997). Der Rechtsextremismus Jugendlicher stellt dabei nicht selten ein „Passageres (Pubertäts-)Phänomen“ dar: Jüngere Jugendliche fühlen sich von rechtsextremen Symbolen und Parolen stärker angesprochen und stimmen rechtsextremen Statements häufiger zu als ältere Jugendliche. Eine Längsschnitterhebung im Rahmen der „Jugend in Brandenburg“-Zeitreihenstudie zeigt zudem, dass rechtsextreme Einstellungen im Altersverlauf deutlich rückläufig sind (Landua et al., 2002).

Männer bzw. männliche Jugendliche sind – verglichen mit weiblichen Personen – häufiger in rechtsextremen Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen aktiv und wählen auch häufiger extrem rechte Parteien (Möller, 2010). Ebenso verhält es sich bei rechtsextrem motivierten Straftaten. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass rechtsextreme Ideologien die Bedeutsamkeit des Mannes betonen und Frauen abwerten, indem ihnen klassisch konservative Rollen zugeschrieben werden (Burkert, 2012). Die Befundlage zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen fällt hingegen weniger eindeutig aus. Einerseits finden sich Belege, nach denen männliche Befragte wesentlich häufiger rechtsextremen Aussagen zustimmen als weibliche Befragte (Burkert, 2012; Decker et al., 2022). Andererseits wird in älteren Studien auch von einem ausgewogenen Verhältnis (Baier, Rabold & Doering, 2010; Decker, Weißmann, Kiess & Brähler, 2010) bzw. sogar von einem höheren Anteil von weiblichen Befragten mit rechtsextremen Einstellungen gesprochen (z. B. Heitmeyer, 2005). Möglicherweise resultieren die divergenten Befunde aus der Tatsache, dass in den Untersuchungen verschiedene Begriffsdefinitionen herangezogen und somit auch unterschiedliche Indikatoren zur Messung des Konstrukts „Rechtsextremismus“ verwendet wurden.

Der Institution „Familie“ wird eine bedeutende Rolle bei der Vermittlung von Werten und Einstellungen an Kinder und Jugendliche zugeschrieben (Cassel & Lo, 1997; Sherrod, Flanagan & Youniss, 2002). Allerdings fand man in einer Studie mit 1.000 thüringischen Jugendlichen, dass diese zwar ihre eigene Ausländerfeindlichkeit auf die Eltern projizierten; ein Zusammenhang zur tatsächlichen Ausländerfeindlichkeit der Eltern bestand hingegen nicht (Gniewosz & Noack, 2006). Die Autoren schlossen daraus, dass in den Familien scheinbar nur eine oberflächliche Auseinandersetzung mit der Thematik erfolgt. Dies wiederum könnte als Indiz für eine mangelhafte Kommunikation oder eine allgemeine Vernachlässigung der Jugendlichen in den Familien gewertet werden. Burkert (2012) untersuchte derartige Wechselwirkungen und fand nur geringe Zusammenhänge zwischen rechtsextremen Einstellungen bei Jugendlichen einerseits sowie elterlicher Restriktion und Vernachlässigung andererseits. Sturzbecher et al. (2001) zufolge besteht ein interessanter Interaktionseffekt: Sind sowohl die elterliche Restriktion als auch der Familienzusammenhalt stark ausgeprägt, steigt bei Jugendlichen die Wahrscheinlichkeit für die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen.

Auch in anderen Studien werden Zusammenhänge zwischen dem elterlichen Erziehungsstil und gewaltorientierten extremistischen Einstellungen von Jugendlichen beschrieben (Ribeaud, Eisner & Nivette, 2017; van Bergen, Ersanilli, Pels & De Ruyter, 2016). So gilt elterliche Gewalt als verlässlicher Prädiktor für die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen (Baier, Pfeiffer, Rabold, Simonson & Kappes, 2010; Burkert, 2012). Auch rechtsextreme Straftäter berichten überzufällig häufig von familiären Gewalterfahrungen (Lützing, 2010; Müller, 1997).

Neben der Familie spielt die Gruppe der Gleichaltrigen eine bedeutende Rolle bei der Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsbildung von Jugendlichen (Oepke, 2005; Oerter & Dreher, 2008). Ein wenig unterstützendes Familienklima und psycho-soziale Konfliktlagen fördern den Einfluss der Peergruppe auf Jugendliche zusätzlich. Laut Wahl (2001) erfolgt der Eintritt in die rechtsextreme (Jugend-)Szene durchschnittlich im Alter von 14 Jahren. Die rechtsextreme Clique stellt beim Vorliegen dysfunktionaler Familienbeziehungen⁴¹ und schulischer Desintegration⁴² eine „Ersatzfamilie“ dar; ihre Mitglieder finden in den „Kameradschaften“ emotionale Unterstützung und soziale Anerkennung (Rommelspacher, 2006). Rechtsextreme Cliques bilden nach Kohlstruck (2005) zudem einen Spezialfall maskuliner Jugendkulturen: Diese Cliques sind durch ein dominierendes, körperbetontes Verhalten sowie ein traditionelles Männlichkeitsbild charakterisiert. Hierzu passt, dass rechtsextrem eingestellte Jugendliche häufig einem gewaltakzeptierenden und gewaltausübenden Freundeskreis zuzuordnen sind. Rechtsextreme Jugendliche sehen Gewalt dabei nicht nur als ein legitimes Mittel zur Konfliktbewältigung an, sondern haben auch überdurchschnittlich oft selbst Opfererfahrungen gemacht (Sutterlüty, 2004; Quent, 2016). Ferner wird in rechtsextremen Gruppen vermehrt Alkohol konsumiert (Baier, Pfeiffer, Simonson & Rabold, 2009; Burkert, 2012).

Hellfeldebefunde zu Rechtsextremismus, „Ausländerfeindlichkeit“ und Diskriminierung

Nach dem rasanten Aufschwung des Rechtsextremismus Anfang der 1990er Jahre – welcher sich vor allem in den Wahlerfolgen und Mitgliederzuwächsen rechtsextremer Parteien sowie in den ansteigenden fremdenfeindlichen Gewaltanschlägen manifestierte – hatte sich das rechtsextreme Personenpotenzial⁴³ in Deutschland zwischen 1998 und 2017 mehr als halbiert⁴⁴: Von 53.600 Personen sank es auf 24.000 Personen (BMI, 1999; 2018). Seit dem Jahr 2018 ist hingegen wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen: Das rechtsextreme Personenpotenzial umfasst im Jahr 2022 nunmehr 38.800 Personen (BMI, 2023). Auch die Gesamtanzahl der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund ist – vor allem in der jüngsten Vergangenheit – wieder deutlich angestiegen. Zwischen den Jahren 2001 und 2022 wuchs im rechten Spektrum das Ausmaß der „Politisch motivierten Kriminalität“⁴⁵ um 42,4 Prozent (2001: 14.725 Straftaten; 2022: 20.967 Straftaten) an (BMI, 2002; 2023); rechtsextremistische Gewalttaten stiegen im

⁴¹ Etwas weniger als 50 Prozent der von Wahl (2001) untersuchten Straftäter gaben an, dass ihre Mütter eine besonders große Bedeutung in ihrem Leben einnehmen würden; in Bezug auf die Väter lag der Wert bei 30 Prozent. Die Jugendclique hingegen besaß für den Großteil der Täter (ca. 88 %) einen hohen Stellenwert.

⁴² Besteht keine gute Beziehung zum Lehrpersonal, entfällt eine wichtige Instanz zur Vermittlung demokratischer Werte (Neumann & Frindte, 1993).

⁴³ Unter dem „rechtsextremen Personenpotenzial“ werden subkulturell geprägte Rechtsextremisten, Neonazis und Mitglieder rechtsextremer Parteien sowie sonstiger rechtsextremer Organisationen subsummiert.

⁴⁴ Dabei ist zu beachten, dass seit 2006 die Mitglieder der Partei „Republikaner“ nicht mehr im rechtsextremistischen Personenpotenzial erfasst werden.

⁴⁵ Politisch motivierte Kriminalität umfasst Fälle, die einen oder mehrere Straftatbestände der „klassischen Staatsschutzdelikte“ erfüllen (z. B. Propagandadelikte, die Bildung einer terroristischen Vereinigung, Hochverrat) und Straftaten, die in der Allgemeinkriminalität begangen werden (z. B. Körperverletzung, Sachbeschädigung), bei denen die Tatumstände und/oder die Einstellung des Täters bestimmte Sachverhalte nahelegen (z. B. „Hasskriminalität“).

Jahr 2022 um rund 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2022: 1.016; 2021: 945). Darüber hinaus ist die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Körperverletzungsdelikte mit fremdenfeindlichem Hintergrund im Jahr 2022 um 16,3 Prozent höher als im Vorjahr (2022: 751; 2021: 646) und auch die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewalttaten stieg deutlich an (2022: 796; 2021: 686).

Im Land Brandenburg lag das rechtsextremistische Personenpotenzial im Jahr 2022 bei 2.855 Personen – damit ist ebenfalls ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.⁴⁶ Auch die Anzahl der Straftaten mit rechtem politischem Hintergrund liegt im Jahr 2022 auf einem neuen Höchststand seit dem Jahr 2001. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl solcher Straftaten um 13 Prozent an (2022: 2.046 Straftaten). Die Anzahl der politisch motivierten Gewalttaten mit rechtem Hintergrund sank von 108 im Jahr 2021 auf 90 im Jahr 2022 (Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, 2023a, 2023b).

Im Hinblick auf das Thema Diskriminierung berichtet die „Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung“ in ihrem Jahresbericht von einer Rekordanzahl an Beratungsanfragen zu Diskriminierung im Jahr 2022 (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2023). Insgesamt gingen 8.827 Beratungsanfragen ein, womit eine Steigerung um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen ist. Am häufigsten wurden dabei Anfragen zu Diskriminierung aufgrund von Rassismus, Behinderung, Geschlecht, Alter, Religion und sexueller Identität gestellt.

Dunkelfeldbefunde zu Rechtsextremismus und „Ausländerfeindlichkeit“

Aussagen zur Verbreitung und zum Wandel rechtsextremer und „ausländerfeindlicher“ Einstellungen in der deutschen Bevölkerung beruhen auf einer vergleichsweise geringen Anzahl an Studien. Darunter finden sich wiederum nur wenige Langzeituntersuchungen, und ein Vergleich der Studienergebnisse ist aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsdesigns nur unter Vorbehalt möglich. Zu den bekanntesten Zeitreihenstudien zählt die „Mitte-Studie“ (seit 2018 in „Leipziger Autoritarismus-Studie“ umbenannt), mit der seit 2002 im Zweijahresrhythmus rechtsextreme und „ausländerfeindliche“ Einstellungen in der deutschen Bevölkerung untersucht werden. Die Erfassung dieser Einstellungen erfolgt anhand von sechs Dimensionen: (1) die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, (2) Antisemitismus, (3) Sozialdarwinismus, (4) die Verharmlosung des Nationalsozialismus, (5) Chauvinismus und (6) Ausländerfeindlichkeit (Decker et al., 2022).

Die Autoren der „Mitte-Studie“ bzw. der „Leipziger Autoritarismus-Studie“ (Decker et al., 2010, 2012, 2022; Zick & Klein, 2014; Zick, Küpper & Berghan, 2019; Zick, Küpper & Krause, 2016) ermittelten zwischen 2012 und 2022 eine deutliche Abnahme des Bevölkerungsanteils, der rechtsextremen Aussagen zustimmte. Im Jahr 2012 lag dieser Anteil noch bei 8,8 Prozent, im Jahr 2022 hingegen lediglich bei 2,7 Prozent. Eine nähere Betrachtung zeigt, dass die Abnahme zwischen 2012 und 2022 sowohl für in Ost- als auch für in Westdeutschland aufgewachsene Personen zu beobachten war und in Westdeutschland einen kontinuierlichen, in Ostdeutschland dagegen einen eher wellenförmigen Verlauf mit größeren Schwankungen aufwies (Decker et al., 2022). Im Hinblick auf „ausländerfeindliche“ Einstellungen zeigte sich zwischen 2012 und 2022 ein wellenförmiger Verlauf für die gesamte deutsche Bevölkerung (ebd.). Während der Zustimmungsanteil zwischen 2012 und 2014 zunächst von 24,4 Prozent auf 17,7 Prozent deutlich zurückging, stieg er zum Jahr 2018 hin wieder auf 23,4 Prozent an. Danach war wiederum ein Absinken zu beobachten; im Jahr 2022 lag der Anteil bei 17,0 Prozent. Dabei war die „Ausländerfeindlichkeit“ bei in Ostdeutschland aufgewachsenen Personen beständig deutlich höher als bei in Westdeutschland aufgewachsenen Personen. Für das Jahr 2022 wurde

⁴⁶ Es ist zu beachten, dass das rechtsextremistische Personenpotenzial seit dem Jahr 2019 sprunghaft anstieg, da seit diesem Jahr die AfD Brandenburg, der sogenannte „Flügel“ und die Jugendorganisation der AfD als extremistische Verdachtsfälle eingestuft wurden.

in Ostdeutschland ein Zustimmungsanteil zu „Ausländerfeindlichkeit“ von 33,1 Prozent ermittelt.

In vier Wellen des „Niedersachsen-Survey“ wurden 2013, 2015, 2017 und 2019 repräsentative Stichproben von niedersächsischen Schülerinnen und Schülern der 9. Klassenstufe (Durchschnittsalter ca. 15 Jahre) untersucht (Bergmann, Baier, Rehbein, & Möble, 2017; Bergmann, Kliem, Krieg & Beckmann, 2019; Krieg, Rook, Beckmann & Kliem, 2020). Dabei wurden in den Jahren 2013 und 2015 die Skalen „Befürwortung der Diktatur“, „Antisemitismus“ und „Ausländerfeindlichkeit“ verwendet. In den Jahren 2017 und 2019 wurden zusätzlich die Konstrukte „Sozialdarwinismus“, „Chauvinismus“ und „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ erfasst. Zwischen den Jahren 2013 und 2015 änderten sich die mittleren Zustimmungswerte für Antisemitismus nicht wesentlich; sie gingen dann von 2015 bis 2017 leicht zurück. Die mittlere Zustimmung zur Skala „Befürwortung der Diktatur“ fiel zwischen 2013 und 2015 zunächst leicht ab und stieg dann zum Jahr 2017 hin wieder an. Zwischen den Jahren 2017 und 2019 gingen die mittleren Zustimmungswerte für alle Skalen leicht zurück. Die mittlere Zustimmung zu „ausländerfeindlichen“ Aussagen blieb von 2013 bis 2015 annähernd gleich und sank zwischen 2015 und 2019 leicht ab, wobei ein Vergleich der Ergebnisse für 2019 mit den Jahren 2013 und 2015 nur eingeschränkt möglich ist, da in den Erhebungen unterschiedliche Skalen verwendet wurden. Die Ergebnisse der Dunkelfeld-Studien sprechen damit – im Gegensatz zu den Hellfeld-Befunden – eher für eine Reduktion in der Zustimmung zu rechtsextremen und „ausländerfeindlichen“ Aussagen in den letzten Jahren.

Verwendete Indikatoren in der vorliegenden Studie

Im Rahmen der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ werden seit 1993 rechtsextreme Einstellungen über die Skala „Rechtsextremismus“ erfasst. Diese Skala umfasst sechs Indikatoren, die inhaltliche Aspekte wie „Chauvinismus“, „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, „Antisemitismus“, „Führerprinzip“ und „Gewaltakzeptanz“ widerspiegeln (s. Anhang). „Ausländerfeindlichkeit“ wird über eine Skala erfasst, die zwar ebenfalls schon seit 1993 Teil der Studie „Jugend in Brandenburg“ ist, für die aktuelle Studie aber einer Revision unterzogen wurde. Diese Revision war aufgrund der Erfahrungen aus der Vorgängerstudie 2017 und des im Vorfeld der aktuellen Erhebung durchgeführten Pretests notwendig geworden, da einige Items nicht mehr zeitgemäß erschienen und/oder von den Jugendlichen inhaltlich nicht mehr verstanden wurden. Die revidierte Skala besteht aus insgesamt sieben Indikatoren (s. Anhang). Drei Indikatoren werden bereits seit dem Jahr 1993 verwendet. Die anderen vier Indikatoren wurden für die aktuelle Studie entweder neu erstellt oder im Wortlaut deutlich überarbeitet. Aufgrund der Revision der Skala muss in der folgenden Ergebnisdarstellung auf einen Vergleich mit früheren Erhebungen verzichtet werden.

In der aktuellen Studie erfolgte erstmals eine Erfassung persönlicher Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen. Für die Befragung wurde den Jugendlichen wie folgt erläutert, was unter „Diskriminierung“ zu verstehen ist: „Diskriminierung bedeutet, dass eine Person aus bestimmten Gründen (z. B. wegen ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer Religion) schlechter behandelt wird als andere Personen, ohne dass es dafür einen sachlichen Grund gibt.“ Den Jugendlichen wurden sieben potenzielle Diskriminierungsgründe dargeboten: 1) Rassistische Gründe, 2) Geschlecht, 3) sexuelle Orientierung, 4) Religion oder Weltanschauung, 5) Behinderung oder chronische Krankheit, 6) Bildung und 7) anderer Grund. Ihr mögliches Zutreffen auf die Jugendlichen wurde jeweils in einem dichotomen Antwortformat (Ja/Nein) erhoben.

7.2 Untersuchungsergebnisse

Rechtsextremismus

Die Veränderungen in der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter brandenburgischen Jugendlichen seit 1993 werden in der Abbildung 7.1 dargestellt. Der Anteil an brandenburgischen Jugendlichen, die rechtsextreme Aussagen tendenziell oder völlig befürworten, ist in der aktuellen Erhebungswelle wieder leicht gesunken (1993: 25,5 %; 1996: 19,1 %; 1999: 20,3 %; 2005: 13,2 %; 2010: 13,4 %; 2017: 15,7 %; 2022: 14,3 %). Dementsprechend ist an Anteil der Jugendlichen wieder gestiegen, die rechtsextreme Aussagen tendenziell oder völlig ablehnen (1993: 74,5 %; 1996: 80,9 %; 1999: 79,8 %; 2005: 86,8 %; 2010: 86,6 %; 2017: 84,3 %; 2022: 85,8 %). Mehr als Hälfte der befragten Jugendlichen lehnt 2022/2023 rechtsextreme Aussagen völlig ab (52,5 %); im Jahr 2017 lag dieser Anteil noch bei 50,2 Prozent. Damit war nur im Jahr 2010 das Ausmaß der entschiedenen Ablehnung rechtsextremer Einstellungen noch höher als in der aktuellen Studie.

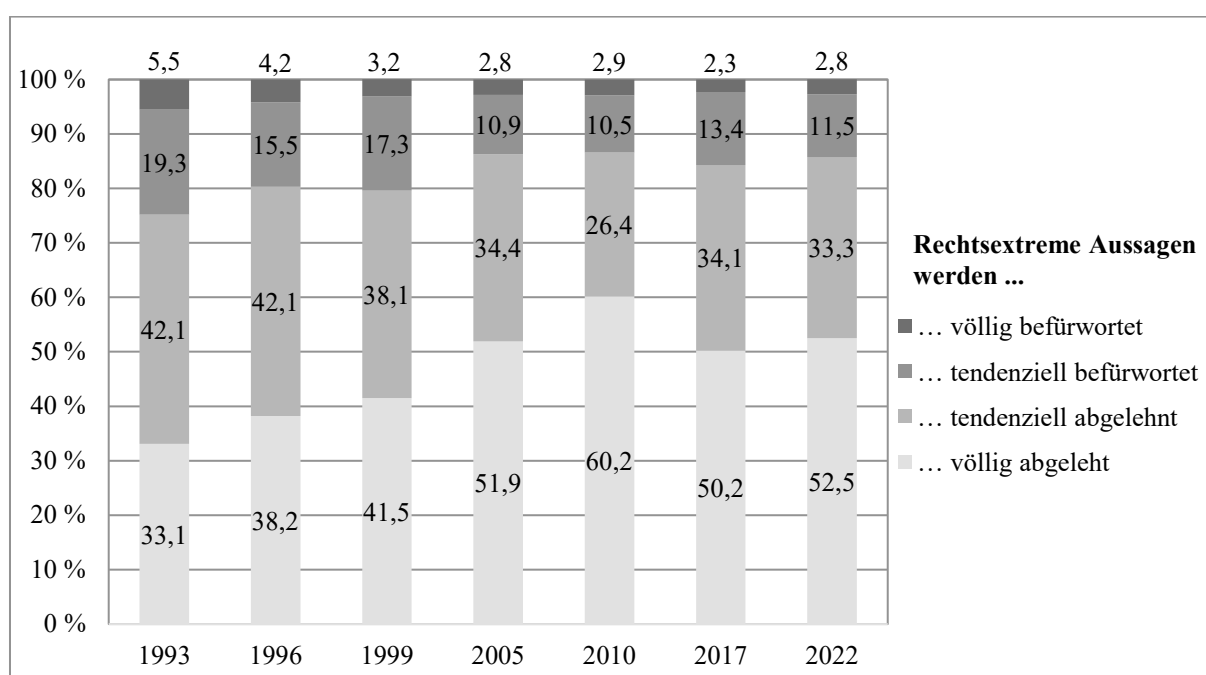


Abb. 7.1: Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen im Zeitraum von 1993 bis 2022/2023 (in %)

Ein Blick auf die einzelnen Teilgruppen zeigt, dass Jungen 2022/2023 mit 20,1 Prozent (Kategorien „Völlig befürwortet“ und „Tendenziell befürwortet“ insgesamt) rechtsextremen Aussagen deutlich häufiger zustimmen als Mädchen (8,4 %; $f = 0.22$). Zudem sind die Zustimmungswerte von Jungen im Vergleich zur vorherigen Erhebungswelle weitgehend gleich geblieben (2017: 19,8 %), wohingegen die Werte der Mädchen gesunken sind (2017: 11,2 %). Ein Vergleich der verschiedenen Altersgruppen zeigt, dass sich die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen – wie in allen Vorgängerstudien – mit zunehmendem Alter verringert (bis 14 Jahre: 19,6 %; 15 bis 17 Jahre: 12,9 %; ab 18 Jahre: 7,8 %; $f = .24$). Unterschiede finden sich auch zwischen den Schulformen ($f = .32$): Oberschülerinnen und Oberschüler (24,6 %) sind deutlich anfälliger für Rechtsextremismus als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (6,0 %) sowie Auszubildende an OSZ (10,4 %; s. Tab. 7.1).

Tab. 7.1: Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Rechtsextreme Aussagen werden ...							
	... völlig abgelehnt.		... tendenziell abgelehnt.		... tendenziell befürwortet.		... völlig befürwortet.	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	50,2	52,5	34,1	33,3	13,4	11,5	2,3	2,8
Jungen	44,1	43,7	36,1	36,2	16,7	16,0	3,1	4,1
Mädchen	56,9	60,7	31,9	30,9	9,9	7,0	1,3	1,4
Bis 14 Jahre	36,0	39,0	41,0	41,4	19,8	16,2	3,2	3,4
15 bis 17 Jahre	58,0	57,6	30,4	29,5	9,6	9,7	1,9	3,2
Ab 18 Jahre	59,5	65,3	29,5	26,9	9,7	6,6	1,3	1,2
Oberschule	33,2	34,5	41,3	40,9	21,1	19,5	4,4	5,1
Gymnasium	64,4	67,5	27,6	26,6	7,4	5,5	0,6	0,5
OSZ	52,3	58,1	33,6	31,5	12,2	7,9	1,9	2,5

Ein Blick auf die einzelnen Items der Skala „Rechtsextremismus“ zeigt, dass sich im Vergleich zum Jahr 2017 insbesondere die Zustimmung zum Item „Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen“ verändert hat (s. Tab. 7.2). In der aktuellen Erhebung stehen wieder deutlich mehr Jugendliche dieser Aussage kritisch gegenüber: Stimmt im Jahr 2017 noch 36,8 Prozent dieser Aussage „Eher“ oder „Völlig“ zu, sind es aktuell nur noch 22,8 Prozent. Die Jugendlichen tendieren 2022/2023 somit wieder deutlich weniger zu chauvinistischen Äußerungen als die Jugendlichen der vorangegangenen Erhebungswelle.

In der Itemzusammenstellung zum Thema Rechtsextremismus werden auch zwei Aussagen mitgeführt, die nicht in den Skalenindex eingehen. Dabei liegt die Ablehnung der Aussage „Ich fühle mich betroffen, wenn ich an die Zeit des Nationalsozialismus denke“ auf einem hohen Niveau von 77,6 Prozent („Stimmt eher nicht“ und „Stimmt gar nicht“ insgesamt). Die Zustimmung zur Aussage „Man sollte endlich Schluss machen mit dem Gerede über unsere Schuld den Juden gegenüber“ liegt bei 47,2 Prozent („Stimmt eher“ und „Stimmt völlig“ insgesamt). Es scheint damit in weiten Kreisen der brandenburgischen Jugend ein bedenklicher Hang zum Geschichtsrevisionismus vorzuherrschen. Offenbar verfangen Teile der Argumentationslinien von Rechtspopulisten in Deutschland, die unter dem abwertenden Sammelbegriff des „Schuld-kults“ die Verantwortung Deutschlands für die NS-Verbrechen und ihre Folgen infrage stellen und teilweise sogar ablehnen.

Tab. 7.2: Items „Rechtsextremismus“ 2017 und 2022/2023 (in %)

	Items „Rechtsextremismus“							
	Stimmt völlig		Stimmt eher ⁴⁷		Stimmt eher nicht ⁴⁸		Stimmt gar nicht ⁴⁹	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
„Das Wichtigste in der heutigen Zeit ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, notfalls auch mit Gewalt.“	8,8	9,8	34,3	31,6	34,2	41,6	22,7	17,0
„Deutschland braucht wieder einen starken Mann als Führer.“	9,3	10,0	14,2	12,0	16,2	23,6	60,3	54,5
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	6,5	5,6	19,1	18,4	28,7	32,3	45,8	43,7
„Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.“	5,4	4,6	31,4	18,2	29,2	38,2	34,0	39,0
„Die Juden sind mitschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.“	3,8	4,0	9,0	7,4	18,1	20,1	69,1	68,5
„In den Berichten über Konzentrationslager und Judenverfolgung wird viel übertrieben dargestellt.“	6,3	4,6	20,3	14,4	26,1	28,8	47,3	52,2

„Ausländerfeindlichkeit“

Das Konstrukt „Ausländerfeindlichkeit“ wird im Rahmen der vorliegenden Studie mittels einer revidierten Skala erfasst, weshalb für diese Skala kein Vergleich mit früheren Erhebungen vorgenommen werden kann (s. Abschnitt 7.1). Die Auswertung der aktuellen Skala zeigt, dass „Ausländerfeindlichkeit“ unter brandenburgischen Jugendlichen deutlich stärker verbreitet (33,3 % Zustimmung in den Kategorien „Völlig befürwortet“ und „Tendenziell befürwortet“) ist als Rechtsextremismus: Jede bzw. jeder dritte Jugendliche befürwortet „ausländerfeindliche“ Aussagen tendenziell oder völlig (s. Tab. 7.3). Trotz dieser größeren Verbreitung „ausländerfeindlicher“ Einstellungen, besteht insgesamt ein starker Zusammenhang zwischen den Skalen „Ausländerfeindlichkeit“ und „Rechtsextremismus“ ($r = .46$).

⁴⁷ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

⁴⁸ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

⁴⁹ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

Tab. 7.3: Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Ausländerfeindliche Aussagen werden ...			
	... völlig abgelehnt.	... tendenziell abgelehnt.	... tendenziell befürwortet.	... völlig befürwortet.
Gesamt	24,4	42,3	25,4	7,9
Jungen	21,2	41,4	28,0	9,3
Mädchen	26,8	43,4	23,1	6,8
Bis 14 Jahre	24,6	44,5	24,5	6,5
15 bis 17 Jahre	24,5	40,7	25,5	9,2
Ab 18 Jahre	24,1	41,9	26,0	8,0
Oberschule	16,6	43,9	29,8	9,6
Gymnasium	35,3	40,8	19,5	4,4
OSZ	19,9	42,2	27,3	10,6

Eine nähere Betrachtung der Teilgruppen zeigt, dass Jungen „ausländerfeindliche“ Aussagen häufiger „Tendenziell“ oder „Völlig“ befürworten als Mädchen (Jungen: 37,3 %; Mädchen: 29,9 %; $f = .08$). Bei der Betrachtung des Alters fällt auf, dass sich „ausländerfeindliche“ Einstellungen – im Gegensatz zu rechtsextremen Einstellungen – mit dem Alter kaum verändern: Die Zustimmung zu „ausländerfeindlichen“ Aussagen unterscheidet sich nur geringfügig zwischen den Altersgruppen (bis 14 Jahre: 31,0 %; 15 bis 17 Jahre: 34,7 %; ab 18 Jahre: 34,0 %). Deutliche Unterschiede zeigen sich dagegen zwischen den Schulformen ($f = .20$): Der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit „ausländerfeindlichen“ Einstellungen ist an Oberschulen (39,4 %) und an OSZ (37,9 %) deutlich höher als an Gymnasien (23,9 %).

Die Antwortverteilungen der einzelnen Indikatoren der Skala „Ausländerfeindlichkeit“ offenbaren teilweise große Unterschiede in der Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen (s. Tab. 7.4).⁵⁰ So stimmt, ähnlich wie im Jahr 2017, eine überwältigende Mehrheit der befragten Jugendlichen der Aussage „Eher“ oder „Völlig“ zu, dass ausländische Personen bei entsprechender Ausbildung dieselben Chancen wie Deutsche auf dem Arbeitsmarkt haben sollten (2017: 85,0 %; 2022: 89,1 %). Etwa 65 Prozent der Befragten meinen, man solle „alle Ausländer, die in unserem Land leben wollen, willkommen heißen“. Auch dieser Wert fällt ähnlich hoch aus wie im Jahr 2017 (63,1 %). Knapp die Hälfte der Befragten empfinden ausländische Personen als Bereicherung für unsere Kultur (50,5 %). Gleichzeitig teilen aber 28,0 Prozent der Befragten die Ansicht „Eher“ oder „Völlig“, dass ausländische Personen den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Ausländische Personen führten 48,2 Prozent der Befragten zufolge zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt. Mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen meint, ausländische Personen würden häufiger als Deutsche Straftaten begehen (53,9 %). Schließlich beträgt der Anteil an Jugendlichen, für die es im Land Brandenburg zu viele ausländische Personen gibt, 44,1 Prozent. Im Jahr 2017 lag der Anteil noch bei 51,7 %. Dies ist besonders bemerkenswert, da der Ausländeranteil in Brandenburg im Jahr 2022 mit 7,0 Prozent zwar noch deutlich unter dem bundesweiten Ausländeranteil von 14,6 Prozent liegt, aber im Jahr 2017 mit

⁵⁰ Aufgrund der Revision der Skala „Ausländerfeindlichkeit“ sind Vergleiche mit den vorherigen Erhebungen in vielen Fällen nicht möglich. Einzelne Items wurden allerdings im Wortlaut aus der bislang verwendeten Skala übernommen. Für diese Items wird im Fließtext ein Vergleich mit der Erhebung des Jahres 2017 vorgenommen.

4,4 Prozent noch deutlich niedriger war (Statista, 2023). Das heißt, dass trotz eines faktischen Anstiegs des Ausländeranteils das „Zu-Viel“-Gefühl abgenommen hat.

Tab. 7.4: Items „Ausländerfeindlichkeit“ 2022/2023 (in %)

	Skala „Ausländerfeindlichkeit“			
	Stimmt völlig	Stimmt eher	Stimmt eher nicht	Stimmt gar nicht
„Bei entsprechender Ausbildung sollten Ausländer die- selben Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wie Deut- sche.“	56,8	32,3	7,8	3,1
„Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg.“	7,5	20,5	42,0	30,0
„Die Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland.“	13,5	37,0	35,9	13,7
„Die Ausländer führen zu Problemen auf dem Woh- nungsmarkt.“	14,6	33,6	38,0	13,8
„Die Ausländer begehen häufiger Straftaten als Deut- sche.“	19,2	34,7	32,9	13,2
„Wir sollten alle Ausländer, die in unserem Land leben möchten, willkommen heißen.“	25,1	39,8	26,1	9,0
„Im Land Brandenburg gibt es zu viele Ausländer.“	17,7	26,4	36,4	19,5

Zusammenhänge zwischen rechtsextremen und „ausländerfeindlichen“ Einstellungen von Ju- gendlichen und ihren Entwicklungsbedingungen

Es existiert eine Fülle an Hypothesen zu den Zusammenhängen zwischen den Entwicklungsbedingungen von Jugendlichen einerseits und der Herausbildung rechtsextremer bzw. „ausländerfeindlicher“ Einstellungen andererseits. Im Folgenden werden derartige Zusammenhänge auf bivariater Ebene geprüft.⁵¹

Ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen „Externalen Kontrollüberzeugungen“ (z. B. „Mein Leben wird größtenteils von den Mächtigen kontrolliert“, „Es lohnt sich nicht, sich anzustrengen, weil sowieso alles anders kommt“; Skala s. Anhang) und rechtsextremen sowie „ausländerfeindlichen“ Einstellungen. Je stärker „Externale Kontrollüberzeugungen“ ausgeprägt sind, desto rechtsextremer und „ausländerfeindlicher“ äußern sich die Jugendlichen ($r = .29$ bzw. $r = .20$). Rechtsextreme und „ausländerfeindliche“ Jugendliche sind also eher der Meinung, auf wichtige Bereiche ihres Lebens keinen entscheidenden Einfluss ausüben zu können. Ein ähnlicher Befund fand sich bereits in den Jugendstudien von 1999 und 2017. Sturzbecher et al. (2001) konnten in diesem Zusammenhang zeigen, dass sich bei Rechtsextremen erstaunlicherweise überzufällig häufig hohe externe Kontrollüberzeugungen mit einem starken Selbstvertrauen paaren. Die Autoren interpretieren diese irrationale Kombination nicht zuletzt angesichts der oft geringen Schulleistungen von rechtsextremen Jugendlichen als Selbstüberschätzung und realitätsfernen Versuch, absehbare Misserfolge in der Schul- und Berufslaufbahn zu kompensieren. Auch in der aktuellen Erhebungswelle steht die Schulnote in einem statisti-

⁵¹ Dabei ist zu beachten, dass aus den Befunden aufgrund des querschnittlichen Studiendesigns keine kausalen Schlussfolgerungen abgeleitet werden können (s. Kap. 1).

schen Zusammenhang sowohl mit rechtsextremen als auch mit „ausländerfeindlichen“ Einstellungen ($p = .27$ bzw. $p = .15$). Dagegen finden sich keine Zusammenhänge zwischen Rechtsextremismus und „Ausländerfeindlichkeit“ einerseits sowie „Berufsbezogenem Zukunftsoptimismus“ (z. B. „Mein Berufswunsch wird in Erfüllung gehen“; „Ich werde einen sicheren Arbeitsplatz finden“; Skala s. Anhang) oder „Lebenszufriedenheit“ (z. B. mit der Schulsituation) andererseits.

Zwischen einer materialistischen Wertorientierung („Viel Geld verdienen“) und Rechtsextremismus ($r = .15$) sowie „Ausländerfeindlichkeit“ ($r = .20$) besteht hingegen ein Zusammenhang. Obwohl materielle Werte einen gewissen Stellenwert einnehmen, zeigen rechtsextreme Jugendlichen weniger Bereitschaft, Anstrengungen zu unternehmen, um die materiellen Ziele zu erreichen („Ohne Anstrengungen ein angenehmes Leben führen“; $r = .15$). Die dargestellten Befunde lassen sich gut mit der Theorie der relativen Deprivation (Runciman, 1966) verknüpfen: Die empfundene ungerechte Verteilung von Ressourcen und Furcht vor künftigen (Modernisierungs-)Verlusten begünstigt die Herausbildung von rechtsextremen und „ausländerfeindlichen“ Einstellungen (Stöss, 2007). Wer nicht leistungsbereit ist und auch nicht daran glaubt, „des eigenen Glückes Schmied zu sein“, hat allen Grund, Konkurrenz und den Verlust von Privilegien zu fürchten. Eine solche Person ist darauf angewiesen, ihren künftigen Lebenserfolg und sozialen Status durch die Ausgrenzung und Abwertung anderer zu sichern. Mit dieser Haltung ist nicht zwangsläufig ein geringer berufsbezogener Optimismus verbunden, sofern man zuversichtlich ist, dass Ausgrenzung und Abwertung als zukunftsichernde Strategien funktional sind und mehrheitlich akzeptiert werden (Voigt, Büttner & Sturzbecher, 2019).

Die Skalen „Elterliche Vernachlässigung“ (s. Anhang) und „Elterliche Restriktion“ (s. Anhang) korrelieren nur schwach mit der Skala „Rechtsextremismus“ ($r = .12$ bzw. $r = .11$) und nicht nennenswert mit „Ausländerfeindlichkeit“. Die familiäre Unterstützung steht weder zu Rechtsextremismus noch zu „Ausländerfeindlichkeit“ in einem nennenswerten Zusammenhang. Stärkere Zusammenhänge als zum elterlichen Verhalten finden sich im Hinblick auf den Freundeskreis der Jugendlichen: Kontakte mit ausländischen Personen im Freundeskreis korrelieren negativ mit „ausländerfeindlichen“ Einstellungen ($r = -.24$). Dieser Befund findet sich auch in anderen Studien (Beelmann & Heinemann, 2014; Davies, Tropp, Aron, Pettigrew & Wright, 2011; Fritzsche, 2006; Pettigrew & Troop, 2006). Bedeutsamer als der „bloße“ Kontakt zu ausländischen Personen scheint allerdings die Qualität der persönlichen Erfahrungen zu sein: Je positiver die Erfahrungen beurteilt werden, desto weniger wird rechtsextremen ($r = -.24$) bzw. „ausländerfeindlichen“ ($r = -.60$) Aussagen zugestimmt. Dies führt zur Frage, wie man – beispielsweise im Rahmen von Präventionsangeboten – „positive“ Erfahrungen organisieren und damit wirksame Maßnahmen gegen „Ausländerfeindlichkeit“ gestalten kann.

Zur Beantwortung der aufgeworfenen Frage sollen Forschungsarbeiten zur so genannten „Kontakthypothese“ (Allport, 1954) herangezogen werden, der zufolge Vorurteile durch den Kontakt mit Mitgliedern anderer sozialer Gruppen abgebaut werden. Diese Hypothese wird zu Recht kontrovers diskutiert: Die Lebenserfahrung lehrt, dass sich Vorurteile bei Kontakt auch verfestigen können. Zudem zeigt die aktuelle Erhebungswelle der brandenburgischen Jugendstudie, dass der bloße Kontakt mit ausländischen Personen in der Schule oder Ausbildungsstätte in keinem nennenswerten Zusammenhang mit rechtsextremen oder „ausländerfeindlichen“ Einstellungen steht. In einer Metastudie zur Kontakthypothese (Pettigrew & Troop, 2006) fand man heraus, dass bestimmten Rahmenbedingungen die Chancen zur Reduzierung von Ausländerfeindlichkeit durch Kontakt erhöhen: So sollten die verschiedenen Personen oder sozialen Gruppen in der Kontaktsituation den gleichen Status innehaben sowie mit gemeinsamen Zielen und Strategien eine für sie bedeutsame Aufgabe kooperativ bearbeiten. Dabei sollten auch vielfältige Möglichkeiten gegeben sein, sich persönlich mit seinen individuellen Erfahrungshintergründen, Meinungen und Plänen vorzustellen und kennenzulernen. Die Zusammenarbeit und

das Kennenlernen dürfen nicht dem Selbstlauf überlassen werden, sondern müssen von Beginn an durch Autoritäten und Regularien flankiert werden. Gerade Schulen gelten dabei als das ideale Umfeld, in dem sich diese Rahmenbedingungen etwa durch Lehrkräfte gezielt herstellen lassen (Dollase, 2001). Fremde Kulturen lösen also nicht automatisch Neugier oder gar Faszination aus, und ihre Vertreterinnen und Vertreter dürfen nicht zum bloßen Mittel zur „Bekehrung“ intoleranter Menschen degradiert werden (Voigt, Büttner & Sturzbecher, 2019).

Weiterhin ragt die erhöhte Politikverdrossenheit der rechtsextremen und „ausländerfeindlichen“ Jugendlichen aus dem Spektrum der vorliegenden Befunde hervor. So korreliert die „Politikverdrossenheit“ (Skala s. Anhang) der Jugendlichen positiv mit Rechtsextremismus ($r = .16$) und stärker noch mit „Ausländerfeindlichkeit“ ($r = .30$). Rechtsextreme und „ausländerfeindliche“ Jugendliche sind also mit den politischen Gegebenheiten besonders unzufrieden – gleichzeitig zeigen die Studienergebnisse aber auch, dass sie nicht willens sind, sich tiefer mit politischen Prozessen zu beschäftigen oder sich mit legalen Mitteln politisch zu engagieren. Zudem weisen Jugendliche mit hohen Zustimmungswerten zu rechtsextremen bzw. „ausländerfeindlichen“ Aussagen eine hohe „Gewaltakzeptanz“ ($r = .58$ bzw. $r = .29$; Skala s. Anhang) und eine hohe „Allgemeine Gewaltbereitschaft“ auf ($r = .57$ bzw. $r = .28$; Skala s. Anhang). Der starke Zusammenhang zwischen „Rechtsextremismus“ und „Gewaltakzeptanz“ lässt sich als Beleg für die Inhaltsvalidität der Rechtsextremismus-Skala interpretieren, da Gewaltakzeptanz ein konstituierendes Merkmal des Rechtsextremismus darstellt.

Auch für die wahrgenommene Bedrohlichkeit aktueller Krisen zeigen sich Zusammenhänge mit rechtsextremen bzw. „ausländerfeindlichen“ Einstellungen. Wenig verwunderlich, korreliert die gefühlte Bedrohlichkeit der Zuwanderung und der Aufnahme von Geflüchteten mittelstark mit Rechtsextremismus ($r = .29$) und stark mit „Ausländerfeindlichkeit“ ($r = .56$). Dagegen nehmen Jugendliche den Klimawandel bzw. die Umweltverschmutzung (Rechtsextremismus: $r = -.34$; Ausländerfeindlichkeit: $r = -.36$) oder den Ukraine-Krieg (Rechtsextremismus: $r = -.24$; „Ausländerfeindlichkeit“: $r = -.25$) als umso weniger bedrohlich wahr, je höher ihre rechtsextremen oder „ausländerfeindlichen“ Einstellungen sind. Gerade in Bezug auf den Ukraine-Krieg befürchten rechtsextrem bzw. „ausländerfeindlich“ eingestellte Jugendliche die Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen (Rechtsextremismus: $r = .28$; „Ausländerfeindlichkeit“: $r = .53$). Gleichzeitig haben sie weniger Angst davor, dass der Krieg noch länger dauert (Rechtsextremismus: $r = -.16$; „Ausländerfeindlichkeit“: $r = -.20$). Speziell rechtsextreme Jugendliche haben zudem weniger Sorge davor, dass sich der Krieg auf Deutschland ausweitet ($r = -.12$) oder dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen kommt ($r = -.14$). Je rechtsextremer eingestellt Jugendliche sind, desto weniger bedrohlich werden ferner die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ($r = -.16$) und der Terrorismus ($r = -.12$) gesehen. Letzteres mag auf den ersten Blick überraschend erscheinen, könnte sich aber durch die höhere Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft von Jugendlichen mit rechtsextremen Einstellungen erklären lassen: Wer selbst Gewalt befürwortet, fühlt sich möglicherweise auch durch die Gewalt von anderen weniger bedroht.

Diskriminierung

In der Erhebungswelle 2022/2023 wurde erstmals nach den Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen gefragt. Als mögliche Diskriminierungsgründe wurden Herkunft oder Ethnie, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion oder Weltanschauung, Behinderung oder chronische Krankheit, Bildungsstand und „andere Gründe“ erfasst. Insgesamt gaben 46,2 Prozent der befragten Jugendlichen an, im letzten Jahr schon einmal aus einem oder mehreren der aufgeführten Gründe diskriminiert worden zu sein. Wenn man von der Sammelkategorie „Aus einem anderen Grund“ zunächst einmal absieht, machen Diskriminierungserfahrungen aufgrund des Geschlechts den größten Teil der diesbezüglichen Erfahrungen aus (20,1 %; s. Tab. 7.5). Jeweils rund 10 Prozent der Jugendlichen gaben an, im letzten Jahr aufgrund ihrer Herkunft bzw.

Ethnie (10,6 %), ihres Bildungsstandes (10,3 %) oder ihrer sexuellen Orientierung (10,1 %) diskriminiert worden zu sein. Auch wenn der Fragebogen die in der Literatur genannten häufigsten Diskriminierungsgründe enthält, scheinen in der Lebensrealität der Jugendlichen weitverbreitet Diskriminierungserfahrungen aufzutreten, die über die erfassten Gründe nicht abgedeckt werden. So gaben über 30 Prozent der befragten Personen an, im letzten Jahr aus einem anderen als den genannten Gründen diskriminiert worden zu sein.

Tab. 7.5: Diskriminierungserfahrungen 2022/2023 (in %)

Diskriminierungserfahrungen		
Diskriminierung im letzten Jahr aufgrund von ...	Ja	Nein
Geschlecht	20,1	79,9
Herkunft/Ethnie	10,6	89,4
Bildungsstand	10,3	89,7
Sexueller Orientierung	10,1	89,9
Religion/Weltanschauung	7,2	92,8
Behinderung/Krankheit	6,3	93,7
einem anderem Grund	31,2	68,8

Erwartungsgemäß berichten deutlich mehr Mädchen (29,5 %) von Diskriminierungserfahrungen aufgrund des Geschlechts als Jungen (9,0 %). Jugendliche, die ihr Geschlecht als „Divers“ angeben⁵², berichten sehr häufig, nicht nur Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts (72,6 %), sondern auch aufgrund ihrer sexuellen Orientierung (63,7 %) und aus sonstigen Gründen (54,5 %) erlebt zu haben. Dieser Befund stimmt mit den Ergebnissen anderer Studien überein, die zeigen, dass gerade Jugendliche, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen oder sich nicht dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht zugehörig fühlen, im Alltag häufig diskriminiert werden (Oldemeier & Krell, 2018).

Jugendliche, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, berichten wesentlich häufiger von Diskriminierungserfahrungen aus rassistischen Gründen (aufgrund ihrer Herkunft oder Ethnie; 31,9 %) sowie aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung (20,2 %) als Jugendliche mit deutscher Staatsbürgerschaft (Herkunft/Ethnie: 9,2 %; Religion/Weltanschauung: 6,3 %). Tendenziell machen Jugendliche ohne deutsche Staatsbürgerschaft auch in anderen Bereichen häufiger Diskriminierungserfahrungen als Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit (s. Tab. 7.6).⁵³

⁵² Es ist zu berücksichtigen, dass nur wenige Jugendliche als Geschlecht „Divers“ angaben (insgesamt 49 Personen, von denen 45 Personen Angaben bei den Diskriminierungsfragen machten). Daher können die Angaben einzelner Personen in der Teilgruppe „Divers“ einen stärkeren Einfluss auf die Diskriminierungsanteile haben als bei den Teilgruppen der beiden anderen Geschlechter.

⁵³ Bei der Ergebniseinordnung ist zu berücksichtigen, dass in der Stichprobe insgesamt lediglich 103 Personen (3,3 %) ohne deutsche Staatsangehörigkeit enthalten sind. Daher können die Angaben einzelner Personen einen stärkeren Einfluss auf die berichteten Diskriminierungsanteile haben.

Tab. 7.6: Diskriminierungserfahrung nach Staatsbürgerschaft und Geschlechtsidentität 2022/2023 (in %)

Diskriminierung aufgrund von ...	Identität				
	Deutsche Staatsbürgerschaft		Geschlechtsidentität		
	Ja	Nein	Männlich	Weiblich	Divers
Herkunft/Ethnie	9,2	31,9	10,8	10,7	6,9
Geschlecht	20,3	17,5	9,0	29,5	72,6
Sexueller Orientierung	9,7	16,4	7,2	11,2	63,7
Religion/Weltanschauung	6,3	20,2	6,5	7,8	11,0
Behinderung/Krankheit	6,1	10,2	6,0	6,3	15,5
Bildungsstand	9,8	18,3	8,3	12,2	17,0
Einem anderen Grund	30,8	37,2	25,1	36,4	54,5

7.3 Fazit

Insbesondere durch zwei Einzelvorkommnisse in Brandenburg in der jüngsten Vergangenheit wurden die Themen Rechtsextremismus, „Ausländerfeindlichkeit“ und Diskriminierung bei Jugendlichen stark in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. So hatten im April 2023 zwei Lehrkräfte einer Schule im Spreewald in einem zunächst anonymen Brief rechtsextreme Vorfälle an ihrer Schule öffentlich gemacht und geschildert, sie seien an ihrer Schule täglich mit Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie konfrontiert. Kurz darauf kam es in einem brandenburgischen Ferienlager zu einem rassistischen Angriff auf Schülerinnen und Schüler einer Berliner Schulklasse. Beide Vorkommnisse erzeugten ein überregionales mediales Echo und lösten eine bundesweite Debatte über die Verbreitung rechten Gedankenguts unter Jugendlichen in Deutschland – insbesondere in Ostdeutschland – aus.

Zwar eignen sich Einzelfälle nur begrenzt für eine rationale Debatte, aber sie lenken den Blick auf ein vorherrschendes gesellschaftliches Problem. Eingangs wurde ausgeführt, dass die einschlägigen Hellfeld-Statistiken sowohl für Deutschland als auch für Brandenburg einen Anstieg rechtsextremer Straftaten und einen Zuwachs des rechtsextremen Personenpotenzials zeigen. Die (wenigen) bekannten Dunkelfeld-Befunde zeigen, wie oben dargelegt, eher ein uneinheitliches Bild der zeitlichen Entwicklung vor allem rechtsextremer Einstellungen. Vor diesem Hintergrund sind die hier vorgelegten Erkenntnisse umso wichtiger, da sie einen Einblick in die Lebenswelt brandenburgischer Jugendlicher gewähren und eine zeitliche Einordnung dieser Ergebnisse über einen langen Zeitraum ermöglichen. Für 2022/2023 stellt sich die Lage in der Jugendstudie so dar, dass rechtsextreme Einstellungen bei etwa einem Siebtel (14,3 %) und „ausländerfeindliche“ Einstellungen bei etwa einem Drittel (33,3 %) der brandenburgischen Jugendlichen verbreitet sind. Beide Einstellungsmuster stehen dabei in einem starken Zusammenhang miteinander. Die Zustimmung zu Rechtsextremismus ist im Vergleich zur Studie von 2017 damit insgesamt leicht zurückgegangen. Eine kleine Minderheit von 2,8 Prozent bildet nach wie vor einen „harten Kern“ mit einer ausgeprägten rechtsextremen Haltung und meist hoher Gewaltbereitschaft. Dieser Anteil stieg im Vergleich zur Vorstudie leicht an.

Betrachtet man den gesamten Zeitraum, der mit den Studien „Jugend in Brandenburg“ überblickt werden kann, so lässt sich eine deutliche und kontinuierliche Abnahme rechtsextremer Einstellungsmuster zwischen 1993 und 2010 beobachten. Zwischen den Jahren 2010 und 2017

kam es dann zu einer Trendumkehr, da die entsprechenden Zustimmungsanteile in diesem Zeitraum wieder deutlich anstiegen. Im Vergleich dazu veränderten sich die aktuellen Zahlen kaum merklich. Zwar ermöglicht das Untersuchungsdesign der Studie „Jugend in Brandenburg“ nicht die Analyse der Gründe für die beobachtete Entwicklung in Brandenburg zwischen 2010 und 2017, dennoch können einige Hinweise zur Einordnung der Befundlage gegeben werden: In den Jahren 2015 und 2016 erfolgte vorwiegend aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien ein starker Zustrom von Schutzsuchenden nach Deutschland. Diese – als sogenannte „Flüchtlingskrise“ bezeichnete – Situation führte zu einer gesellschaftlichen Debatte, die eine große Aufmerksamkeit erfuhr. Neben einem starken ehrenamtlichen Engagement vieler Helferinnen und Helfer und einer mehrheitlich positiven Grundstimmung der Bevölkerung den Flüchtenden gegenüber („Willkommenskultur“), zeigten sich bei einigen Bürgerinnen und Bürgern Verunsicherung, eine Beschleunigung von politischen Radikalisierungsentwicklungen und eine Zunahme verschwörungstheoretischer Einstellungen. Vor diesem Hintergrund instrumentalisierten rechte Parteien wie die AfD die Krise und erfuhren – gerade in Ostdeutschland – einen deutlichen Zuspruch. Diese gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen scheinen sich auch in den Einstellungsmustern der brandenburgischen Jugendlichen niedergeschlagen zu haben.

Die differenzierte Analyse zeigt, dass auch in der aktuellen Studie Jugendliche im Alter bis 14 Jahren besonders anfällig für die Übernahme von rechtsextremem Gedankengut sind. Diese Anfälligkeit kann nach Landua et al. (2002) als „Passageres (Pubertäts-)Phänomen“ bezeichnet werden und wird damit in Zusammenhang gebracht, dass mit dem Übergang der Jugendlichen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen neue Freundeskreise gebildet werden. Die anfängliche Anziehungskraft der rechtsextremen Subkultur (z. B. durch soziale Anerkennung) lässt dann im Entwicklungsverlauf nach. Hierbei spielen auch das formale Bildungsniveau sowie schulspezifische Faktoren wie Schulnoten eine bedeutende Rolle. Man kann darüber hinaus davon ausgehen, dass demokratiefördernde Unterrichtsinhalte und Schulprojekte bei den älteren Schülerinnen und Schülern Wirkungen zeigen. Im Hinblick auf „ausländerfeindliche“ Einstellungen ist ein solcher Altersverlauf nicht zu finden; in allen betrachteten Altersgruppen ist die Verbreitung von „Ausländerfeindlichkeit“ ähnlich hoch.

Wie mit der aktuellen Studie erstmal gezeigt werden konnte, sind Diskriminierungserfahrungen bei brandenburgischen Jugendlichen weit verbreitet. 46,2 Prozent der Jugendlichen berichten, im vergangenen Jahr diskriminiert worden zu sein. Die am häufigsten genannten Gründe stellen – übereinstimmend mit Hellfeld-Befunden für die Gesamtbevölkerung – das Geschlecht, die Herkunft bzw. Ethnie, der Bildungsstand und die sexuelle Orientierung dar. Zudem scheinen viele Diskriminierungserfahrungen aus Gründen gemacht worden zu sein, die nicht in eine der erhobenen Kategorien fallen und einer weiterführenden Sondierung bedürfen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das ermittelte Lagebild Anlass zur Sorge bietet, auch wenn das Ausmaß der rechtsextremen Einstellungen unter Jugendlichen seit 2017 nicht weiter gestiegen ist und längst nicht auf dem Niveau der 1990er Jahre liegt. Die Größenordnungen der Verbreitung rechtsextremer und „ausländerfeindlicher“ Einstellungen sowie das Ausmaß an Diskriminierungserfahrungen, denen Jugendliche ausgesetzt sind, zeigen jedoch Handlungsbedarf auf. Dabei kommt einer wirksamen und nachhaltigen Präventionsarbeit im schulischen Kontext eine überaus wichtige Rolle zu. Gerade in einer Zeit, in der sich größere Teile der Gesamtgesellschaft rechten Argumentationsmustern zu öffnen scheinen, müssen Schulen noch stärker zum Hort demokratiefördernder Erziehung werden als bisher. Dazu gehören die Vermittlung fachlichen Wissens, das Anregen von Diskussionen und das Abwägen unterschiedlicher Argumente als Bestandteile des Unterrichts, um Vorurteile und stereotype Vereinfachungen in der Schülerschaft aufzubrechen bzw. deren Entwicklung und Verstetigung entgegenzuwirken. Gerade das Aufgreifen aktueller und medial präsenter Themen (z. B. Aufnahme und

Integration von Geflüchteten, rechtsextreme Vorfälle an Schulen) kann hilfreich sein, um adäquate Auseinandersetzungen mit den geführten – teils populistischen – Debatten und den vermittelten Informationen zu ermöglichen. Im Hinblick auf die Vermittlung fachlichen Wissens ist die Schule auch als Gegenpol zur Verbreitung unkorrekter Behauptungen und Zahlen („Fake News“) gefragt, die als bekannte Argumentationsmuster von rechten Akteuren verwendet werden (z. B. Erhöhung der Kriminalität, vermeintliche Bevorzugung von Geflüchteten beim Erhalt von Sozialleistungen und Wohnraum).

In diesem Zusammenhang erscheint es unverzichtbar, dass die Schule ihren Auftrag zur Medienziehung noch stärker wahrnimmt als bisher. Jugendliche müssen über die Gefahren der Verbreitung von Extremismus im Internet und in den sozialen Medien aufgeklärt und zu einem reflektierten Informationskonsum angeleitet werden. Besonders die Fragen, wie im Internet und in den sozialen Medien korrekte Informationen beschafft werden können, wie Informationen kritisch reflektiert werden und wie der Gefahr von sogenannten „Filterblasen“ entgangen werden kann, müssen im Schulunterricht diskutiert werden. An manchen Schulen scheint der Aufbau demokratischer Grundhaltungen bereits heutzutage stark gefördert und Extremismus schon in den Anfängen wirkungsvoll bekämpft zu werden; an anderen Schulen scheint dies noch nicht zu gelingen. So variiert das Ausmaß von Rechtsextremismus und „Ausländerfeindlichkeit“ zwischen den einzelnen, an der Studie teilnehmenden Schulen erheblich: An einer der Schulen vertraten 0,0 Prozent und an einer anderen Schule 47,6 Prozent der Schülerinnen und Schüler rechtsextreme Einstellungen. Bei „ausländerfeindlichen“ Einstellungen reicht die Zustimmungsspannweite in Abhängigkeit von der teilnehmenden Schule von 8,6 Prozent bis 66,7 Prozent. Die Spannweite zeigt, dass möglichst maßgeschneiderte schulspezifische Konzepte und Handlungsstrategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und „Ausländerfeindlichkeit“ erforderlich sind, die auch die Besonderheiten der Schüler- und Elternschaft berücksichtigen.

Ferner können die Vermittlung fachlich korrekter Kenntnisse über die Grundlagen politischer Systeme und politischer Prozesse sowie die Stärkung der Mitwirkungsbereitschaft und damit verbunden des politischen Engagements wesentlich dazu beitragen, eine demokratische Haltung aufzubauen. In diesem Zusammenhang sollten Jugendliche die Schule selbst als Ort der Demokratie erleben: Präventionsmaßnahmen sollten „lebensnahe Lerninhalte, eine am individuellen Leistungsvermögen der Schüler orientierte Unterrichtsgestaltung sowie eine umfassende Demokratisierung der Schule durch die aktive Einbeziehung der Schülerschaft in die Gestaltung des Unterrichts sowie in außerunterrichtliche Bereiche des schulischen Lebens“ beinhalten (Sturzbecher, 2002, S. 28).

Schließlich deuten die Ergebnisse der aktuellen Studie darauf hin, dass die populistische rechte Argumentationsfigur des sogenannten deutschen „Schuldakts“ offenbar auch bei vielen Jugendlichen auf einen fruchtbaren Boden fällt. Vor diesem Hintergrund erscheint es unverzichtbar, dass den Schülerinnen und Schülern im Schulunterricht noch stärker als bisher bei der Behandlung des Nationalsozialismus die historische Verantwortung Deutschlands vor Augen geführt und die Wichtigkeit der deutschen Erinnerungskultur verdeutlicht wird.

Literatur

- Adorno, T. W. (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Wiley & Sons.
- Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und Europarat (2018). *Handbuch zum europäischen Antidiskriminierungsrecht*. Verfügbar unter: https://www.echr.coe.int/documents/d/echr/handbook_non_discr_law_deu [11.10.2023].
- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Cambridge, MA: Perseus Books.
- Allport, G. W. (1971). Die Natur des Vorurteils. Köln: Kiepenhauer & Witsch.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.). (2023). *Jahresbericht 2022*. Verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2022.pdf?__blob=publicationFile&v=7 [11.10.2023].
- Baier, D., Pfeiffer, C., Rabold, S., Simonson, J. & Kappes, C. (2010). *Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KfN*. Hannover: KfN.
- Baier, D., Pfeiffer, C., Simonson, J. & Rabold, S. (2009). *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KfN*. Hannover: KfN.
- Baier, D., Rabold, S. & Doering, B. (2010). *Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt im Bundesland Sachsen-Anhalt*. Hannover: KfN.
- Bandura, A. (1979). *Sozial-kognitive Lerntheorie*. Stuttgart: Klett.
- Beelmann, A. & Heinemann, K. S. (2014). Preventing prejudice and improving intergroup attitudes: A meta-analysis of child and adolescent training programs. *Journal of Applied Developmental Psychology*, 35, 10-24.
- Bergmann, M. C., Baier, D., Rehbein, F. & Mößle, T. (2017). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015* (KfN-Forschungsbericht Nr. 131). Hannover: KfN.
- Bergmann, M. C., Kliem, S., Krieg, Y. & Beckmann, L. (2019). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2017* (KfN-Forschungsbericht Nr. 144). Hannover: KfN.
- Brown, R. (1995). *Prejudice. Its social psychology*. Oxford: Blackwell.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.). (1999). *Verfassungsschutzbericht 1998*. Bonn, Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.). (2002). *Verfassungsschutzbericht 2001*. Bonn, Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.). (2023). *Verfassungsschutzbericht 2022*. Verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=8 [11.10.2023].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.). (2018). *Verfassungsschutzbericht 2017*. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf> [30.07.2018].
- Burghardt, R. (2011). *Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zur Förderung von Demokratie und Toleranz in der Stadt Weiden i. d. OPf. Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Weiden i. d. OPf*. Verfügbar unter: https://www.migration-online.de/data/lap_weiden_ressourcen_analyse.pdf [03.07.2018].
- Burkert, M. (2012). Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 169-188). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwege, C. (2002). Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. *UTOPIE kreativ*, 135, 55-67.
- Cassel, C. A. & Lo, C. C. (1997). Theories of political literacy. *Political Behavior*, 19, 317-335.
- Davies, K., Tropp, L. R., Aron, A., Pettigrew, T. F. & Wright, S. C. (2011). Cross-group friendships and intergroup attitudes: A meta-analytic review. *Personality and Social Psychology Review*, 15, 332-351.

- Decker, O., Brähler, E. & Geißler, N. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf> [11.10.2023].
- Dollase, R. (2001). Fremdenfeindlichkeit verschwindet im Kontakt von Mensch zu Mensch. Zur Reichweite der Kontakthypothese. *DISKURS*, 10 (2), 16-21.
- Freytag, R. (2001). Antisemitismus. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz* (S. 120-150). Opladen: Leske + Budrich.
- Fritzsche, S. (2006). Multikulturelle Schülerschaft und Fremdenfeindlichkeit. In W. Helsper, H.-H. Krüger, S. Fritzsche, S. Sandring, C. Wiezorek, O. Böhm-Kasper & N. Pfaff (Hrsg.), *Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik* (S. 75-96). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gniewosz, B. & Noack, P. (2006). Intergenerationale Transmissions- und Projektionsprozesse intoleranter Einstellungen zu Ausländern in der Familie. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, 38 (1), 33-42.
- Gurr, T. (1970). *Why Men Rebel*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Heitmeyer, W. (1992). Desintegration und Gewalt. *deutsche Jugend*, 3, 109-122.
- Heitmeyer, W. (2009). Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozeß und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände* (S. 13-52). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.). (2005). *Deutsche Zustände*. Folge 4. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hopf, C., Riecker, P., Sanden-Marcus, M. & Schmidt, C. (1995). *Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer*. Weinheim, München: Juventa.
- Jaschke, H.-G. (2001). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kohlstruck, M. (2005). Rechtsextremistische Milieus und Gewalt. In Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus. Ein Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz. 4. Oktober 2004. Beiträge*. Verfügbar unter http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/symp_2004.pdf [30.07.2018].
- Krieg, Y., Rook, L., Beckmann, L. & Kliem, S. (2020). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2019* (KFN-Forschungsbericht Nr. 154). Hannover: KFN. Verfügbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_154.pdf [07.03.2022].
- Landua, D., Harych, P. & Schutter, S. (2002). Politische Einstellungen, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugendtrends in Ostdeutschland: Bildung, Freizeit, Politik, Risiken* (S. 39-63). Opladen: Leske + Budrich.
- Lützing, S. (2010). *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Köln: Luchterhand.
- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2023a). *Lagebild Brandenburg. Cottbus im Blickpunkt*. Verfügbar unter: https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/mueller_vortrag_fachtagung_27._juni_2023_lage_suedbrandenburg_cottbus.pdf [11.10.2023].
- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2023b). *Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg*. Verfügbar unter: https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/VS_Bericht_2022_Pressefassung_neu.pdf [11.10.2023].

- Möller, K. (2010). Männlichkeitsforschung im Rahmen von Rechtsextremismusstudien. Ausgangspunkte, Ansätze, Ergebnisse und Perspektiven. In R. Claus, E. Lehnert & Y. Müller (Hrsg.), „Was ein rechter Mann ist ...“ – Männlichkeiten im Rechtsextremismus (S. 25-38). Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Müller, J. (1997). *Täterprofile. Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalt*. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Neumann, J. & Frindte, W. (1993). Der biographische Verlauf als Wechselspiel von Ressourcenerweiterung und -einengung. In K. Wahl (Hrsg.), *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern* (S. 166-188). Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Oepke, M. (2005). *Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunden und Schule*. Opladen: Leske + Budrich.
- Oerter, R. & Dreher, E. (2008). Jugendalter. In R. Oerter & L. Montada (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie* (S. 271-332). Weinheim: Beltz.
- Oldemeier, K. & Krell, C. (2018). Coming-out – und dann...?! In A. Langer, H. Reiter, S. Schutter & C. Steiner (Hrsg.), *Handbuch Kindheits- und Jugendsoziologie* (S. 407-424). Wiesbaden: Springer VS.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90, 751-783.
- Quent, M. (2016). *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Ribeaud, D., Eisner, M. & Nivette, A. (2017). *Können gewaltbereite extremistische Einstellungen vorausgesagt werden?* Verfügbar unter: https://jacobsfoundation.org/app/uploads/2017/04/UZH-pub_zproso_de.pdf [11.10.2023].
- Rommelspacher, B. (2006). „Der Hass hat uns geeint“. *Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Runciman, W. G. (1966). *Relative Deprivation and Social Justice*. Berkeley: University of California Press.
- Sherrod, L. R., Flanagan, C. & Youniss, J. (2002). Dimensions of Citizenship and Opportunities for Youth Development: The What, Why, When, Where, and Who of Citizenship Development. *Applied Developmental Science*, 6, 264-272.
- Statista (2023). *Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Brandenburg von 2009 bis 2022*. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/256076/umfrage/auslanderanteil-in-brandenburg/> [21.08.2023].
- Stöss, R. (2007). *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Sturzbecher, D. & Langner, W. (1997). „Gut gerüstet für die Zukunft?“ – Wertorientierungen, Zukunftserwartungen und soziale Netze brandenburgischer Jugendlicher. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend und Gewalt in Ostdeutschland* (S. 11-81). Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Sturzbecher, D. (Hrsg.). (2002). *Jugendtrends in Ostdeutschland: Bildung, Freizeit, Politik, Risiken*. Opladen: Leske + Budrich.
- Sturzbecher, D., Landua, D. & Heyne, M. (2001). Politische Einstellungen und Rechtsextremismus unter ostdeutschen Jugendlichen. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz* (S. 85-119). Opladen: Leske + Budrich.
- Sutterlüty, F. (2004). Was ist eine „Gewaltkarriere“? *Zeitschrift für Soziologie*, 33 (4), 266-284.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1986). The social identity theory of intergroup behavior. In S. Worchel & W. G. Austin (Eds.), *Psychology of intergroup relations* (pp. 7-24). Chicago: Nelson-Hall.
- Tajfel, H. (1982). *Gruppenkonflikt und Vorurteil: Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen*. Bern, Stuttgart, Wien: Hans Huber.
- van Bergen, D. D., Ersanilli, E. F., Pels, T. V. M. & De Ruyter, D. J. (2016). Turkish-Dutch youths' attitude toward violence for defending the in-group: What role does perceived parenting play? *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 22, 120-133.

- Voigt, J., Büttner, M. & Sturzbecher, D. (2019). Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. In D. Sturzbecher, B. Bredow & M. Büttner (Hrsg.), *Wandel der Jugend in Brandenburg: Lebenslage – Werte – Teilhabe* (S. 223-258). Wiesbaden: Springer VS.
- Wahl, K. (2001). Entwicklungspfade von Aggression, Devianz, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. In K. Wahl (Hrsg.), *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern* (S. 195-228). Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Willems, H., Eckert, R., Würtz, S. & Steinmetz, L. (1993). *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation*. Opladen: Leske + Budrich.
- Zick, A. & Klein, A. (2014). Rechtsextreme Einstellungen in einer fragilen Mitte. In R. Melzer (Hrsg.), *Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014* (S. 32-60). Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019). *Verlorene Mitte - feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.
- Zick, A., Küpper, B. & Krause, D. (2016). Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In R. Melzer (Hrsg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 111-142). Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.

8 Schulqualität und Schulschwächen

8.1 Theoretische und methodische Vorbemerkungen

Schulqualität

Eine aktuelle Analyse der Rahmenkonzeptionen zur Schulqualität in allen 16 Bundesländern belegt sowohl Übereinstimmungen als auch Unterschiede hinsichtlich der zentralen Merkmale von Schulqualität (Thiel & Tarkian, 2019). Zumeist erfolgt eine Orientierung an den von Ditton (2000) aufgestellten vier Qualitätsdimensionen für die Schulebene: Management/Führung, Professionalisierung/Personalentwicklung, Kooperation/Abstimmung und Schulkultur. Auch Vergleichsarbeiten werden weit verbreitet als ein Instrument schulischer Qualitätsentwicklung angesehen.

Hinsichtlich der Frage, was Schulqualität ist und auf welchem Niveau sie vorliegt, sind die Erwartungen an Schule von hoher Relevanz. Solche Erwartungen basieren auf normativen Setzungen (Terhart, 2000), in denen sich manche Individuen einer Gesellschaft wiederfinden können, andere hingegen nicht. Schulqualität ist also von der Perspektive der jeweiligen Person, die eine Qualitätsbewertung vornimmt, und ihren Normen abhängig. In diesem Zusammenhang zeigte sich beispielsweise in den Ergebnissen früherer Untersuchungen zur Schulqualität in Brandenburg, dass Jugendliche der fachlichen Qualität des Unterrichts eine vergleichsweise geringe Bedeutung für die Schulqualität beimessen (Leiske, Sturzbecher & Keil, 2001). Aus einer berufsständisch-professionellen Sicht dürfte die fachliche Qualität des Unterrichts hingegen einen hohen Stellenwert einnehmen. Inwiefern eine hohe bzw. zufriedenstellende Schulqualität vorliegt, hängt also davon ab, auf welchen Qualitätsbegriff zur Operationalisierung von Schulqualität rekurriert wird. In der Regel wird Schulqualität zum Erhalt eines detaillierten und ausgewogenen Bildes – wie etwa im Modell zur Beziehung zwischen Qualitätsfaktoren nach Ditton (2000) oder im Qualitätsrahmen von Holtappels, Kamski und Schnetzer (2009) – mehrdimensional konzipiert sowie im Zuge von Evaluationen (z. B. Schulvisitation bzw. Schulin-spektion) über mehrere Qualitätsdimensionen und Bewerterperspektiven erfasst.

Auch im derzeit gültigen „Orientierungsrahmen Schulqualität“ des Landes Brandenburg werden verschiedene Dimensionen der Qualität von Schule bzw. Qualitätsbereiche definiert: „Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung“, „Unterricht – Lehren und Lernen“, „Schulkultur“, „Führung und Schulmanagement“, „Professionalität der Lehrkräfte“ sowie „Ergebnisse der Schule“ (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, MBJS, 2016). Dieser Orientierungsrahmen stellt eine zentrale konzeptuelle Grundlage der Schulvisitationen dar, die seit dem Jahr 2005 einen externen Blick auf die Qualitätssicherung in Schule und Unterricht ermöglichen sollen. Als grundlegende Erkenntnisse des zweiten – und vorerst letzten – Zyklus der Schulvisitationen zeigten sich bei den brandenburgischen Schulen Stärken bei der „Berufs- und Studienorientierung“, bei der „aktiven Beteiligung von Schülern und Eltern“ sowie bei der „Schul- und Unterrichtsorganisation“. Mehr als die Hälfte der Schulen wiesen dagegen Schwächen bei der „individuellen Förderung und Differenzierung“ der Schüler sowie bei der „Qualitätsentwicklung“ auf. Rund jede dritte Schule verfügte zudem über Optimierungspotenziale bei der „Implementierung eines schulinternen Curriculums“, bei der „Aktivierung und Selbstregulation der Schüler im Unterricht“ sowie beim „Qualitätsmanagement“ (Gärtner, 2016, S. 62).

Im Jahr 2022 erfolgte eine Abkehr von der bisherigen Vorgehensweise der Schulvisitationen, deren Wirkungskraft auf eine nachhaltige Qualitätsentwicklung der Schulen vom MBJS infrage gestellt wurde (MBJS, 2022). Statt einer regelmäßigen Vollerhebung aller brandenburgischen Schulen soll seitdem eine Auswahl von Schulen datengestützt ermittelt und extern evaluiert werden. Als Grundlage für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung wurden zwölf relevante Handlungsfelder identifiziert: 1) Neuaufstellung

von Fortbildung, Qualitätssicherung, Digitalisierung in einem landeseigenen Institut, 2) Konsequente datengestützte Schulleitung, Schulaufsicht, Steuerung durch das MBJS, 3) Gezieltere Finanzierung im Schulbereich / indikatorengestützte Ressourcenzuweisung, 4) Stärkung der Eigenverantwortung der Schule, 5) Stärkung der Schulleitungen, 6) Digitalisierung als Verbesserung der Unterrichtsqualität und der individuellen Förderung weiterentwickeln, 7) Schulvisitation neu aufstellen, 8) Kooperation Grundschule – Frühe Bildung in der Kita, 9) Weiterführen des Gemeinsamen Lernens, 10) Ausbau ganztägiger Bildung, 11) Überarbeitung der Rahmenlehrpläne und 12) Dialog und wissenschaftliche Begleitung.

Die Dimensionen des „Orientierungsrahmens Schulqualität“ und die Handlungsfelder der „Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Schulen in Brandenburg“ werden in der vorliegenden Zeitreihenstudie nicht systematisch aufgegriffen, weil die Zeitreihe vor der Konzeptionierung des „Orientierungsrahmens Schulqualität“ begann und als Untersuchungsschwerpunkt nicht die Schulqualität, sondern die Perspektive von Jugendlichen auf verschiedene Lebensbereiche erfasst wird. Insofern werden mit der Studie gezielt solche schulbezogenen Merkmale erhoben (z. B. Schulattraktivität, Schulschwänzen, Schulgewalt), in denen sich die Bedeutung der Schule für die Jugendlichen sowie die bildungsbezogenen Wertorientierungen und Einstellungen der Jugendlichen widerspiegeln. Speziell im Hinblick auf die Schulqualität werden – wie bereits in den vorangegangenen Studien – in der vorliegenden Untersuchung zum einen Qualitätsmerkmale erfasst, welche die Rolle der Schule als Enkulturations- und Integrationsinstanz betonen bzw. die sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen in Schulen betreffen. Hierzu zählen auf der Unterrichts- bzw. Schülerebene etwa die Skalen „Soziale Lehrqualität“, „Schulspaß“ und „Schulmotivation“. Auf der Ebene der Bildungseinrichtung werden die Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler zur Schulgestaltung und zur Nutzung außerschulischer Angebote (z. B. Skala „Schulattraktivität“) betrachtet sowie die Einschätzungen der Jugendlichen zu sozialen Phänomenen wie Schulstress und Schulgewalt analysiert.⁵⁴ Weitere Merkmale von Schulqualität wie etwa die Güte von Lernergebnissen oder die Existenz schulentwicklungsfördernder Strukturen (z. B. im Lehrerkollegium) werden in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt.

Für die einzelnen Facetten von Schulqualität (z. B. Skala „Schulspaß“) wurde jeweils eine bestimmte Anzahl an Aussagen (Items) formuliert, zu denen die Befragten ihre Zustimmung bzw. Ablehnung angeben mussten. Um einen umfassenden Einblick in die einzelnen Facetten von Schulqualität zu erhalten, wurden die jeweils inhaltlich zusammengehörigen Items zu Skalen zusammengeführt. Alle Skalen wurden faktorenanalytisch geprüft und weisen eine zufriedenstellende interne Konsistenz auf. Nachfolgend wird ein Überblick über die in der Zeitreihenstudie eingesetzten Skalen zum Themenkomplex „Schulqualität“ gegeben.

Die Skala „Schulattraktivität“ (s. Anhang) wurde in der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ im Jahr 1999 erstmals verwendet (Leiske, Sturzbecher & Keil, 2001). Sie umfasst insgesamt sechs Items, die das soziale Klima („In meiner Schule gibt es guten Kontakt zwischen den Schülern einzelner Klassen“), die Partizipations- und Entfaltungsmöglichkeiten (z. B. „In meiner Schule können wir unsere Ideen bei der Gestaltung der schulischen Räumlichkeiten einbringen“, „In meiner Schule gibt es interessante Arbeitsgemeinschaften“) und den Ruf der Schule („Meine Schule hat einen guten Ruf“) thematisieren.

Die Skala „Soziale Lehrqualität“ (s. Anhang) wurde ebenfalls erstmals im Jahr 1999 verwendet und umfasst acht Items, mit denen die Beziehungsqualität zwischen Lehrkräften und Schülerschaft (z. B. „Unsere Lehrer sind gerecht“, „Unsere Lehrer werden von den Schülern geachtet“), die Bewertungstransparenz („Unsere Lehrer erklären, wie unsere Noten gebildet werden“)

⁵⁴ Ausführliche Erläuterungen zu den sozialen Aspekten von Schulqualität siehe Leiske, Sturzbecher und Keil (2001).

sowie die Schülerorientierung und Binnendifferenzierung des Unterrichts (z. B. „Sie geben uns Möglichkeiten, am Unterricht aktiv teilzunehmen“, „Sie gehen auf die Bedürfnisse fachlich schwächerer Schüler ein“) erfragt werden.

Die Skalen „Schulspaß“ und „Schulstress“ (s. Anhang) werden seit dem Jahr 1996 verwendet (Dietrich & Freytag, 1997). In den Faktorenanalysen zeigte sich, dass die befragten Jugendlichen „Schulspaß“ vor allem über soziale Eingebundenheit (z. B. „In der Schule ist mir wichtig, dass ich mit meinen Freunden zusammen bin“) und Freude am Verstehen (z. B. „Es ist ein gutes Gefühl, wenn ich im Unterricht Dinge begreife, die mir vorher unklar waren“, „In der Schule lerne ich Dinge, die ich später im Leben gebrauchen kann“) zu erleben scheinen. „Schulstress“ scheint für die Schülerinnen und Schüler dagegen insbesondere aus (zu) hohen schulischen Anforderungen (z. B. „Ich muss einen großen Teil meiner Freizeit für Schularbeiten verwenden, um in der Schule mitzukommen“) und aus Versagensängsten (z. B. „Ich gerate in Panik, wenn plötzlich unvorbereitet eine Leistungskontrolle geschrieben wird“, „Die Schule verfolgt mich bis in den Schlaf“) zu resultieren. Mit Blick auf die hohen schulischen Anforderungen ist anzumerken, dass diese auch zu einer hohen Ergebnisqualität, d. h. guten Lernleistungen führen können, sofern die Bildungsprozesse von Lehrern und Eltern angemessen begleitet werden (z. B. gute Unterrichtsplanung, angemessene Unterstützung).

Die Skala „Schulmotivation“ (s. Anhang) wird bereits seit dem Jahr 1993 eingesetzt (Dietrich & Sturzbecher, 1993). Sie ist negativ – d. h. im Sinne von „Schulunlust“ – formuliert und beinhaltet sechs Items zum betriebenen Lernaufwand (z. B. „Ich versuche, mit dem kleinsten Aufwand ‚über die Runden zu kommen‘“, „Meistens sitze ich in der Schule nur die Zeit ab“), zu den Lerngründen (z. B. „Ich lerne, um mir Ärger mit meinen Eltern und Lehrern zu ersparen“) und zum empfundenen Lernnutzen (z. B. „Vieles, was ich in der Schule lernen soll, ist nutzlos“) operationalisiert.

Seit dem Jahr 2010 wird ferner die Schulgewalt als weitere Facette von Schulqualität im Fragebogen thematisiert. Hierbei wird zum einen die Häufigkeit erfasst, mit welcher die Schülerinnen und Schüler ernsthafte Gewaltaktionen (hierzu zählen z. B. Ohrfeigen, Schläge oder Tritte) an ihren Schulen beobachten. Zum anderen werden auch die Reaktionen der Lehrkräfte erfragt, von denen es abhängt, wie mit Gewalt an der Schule umgegangen wird (z. B. Ignoranz bzw. Toleranz, Sanktionierung, inhaltliche Aufarbeitung bzw. Reflektion). In der Regel werden die skizzierten schulbezogenen Indikatoren der Zeitreihenstudie seit ihrem Ersteinsatz mit gleichem oder vergleichbarem Wortlaut und in stabilen Skalen erfasst. Dies erlaubt eine vergleichende Betrachtung der Ergebnisse im Zeitverlauf. Ein detaillierter Überblick über die in der vorliegenden Studie verwendeten Skalen findet sich im Anhang.

Schulschwänzen

Allgemein werden verschiedene Formen des Absentismus bei Schülerinnen und Schülern unter dem Begriff Schulverweigerung oder Schulabsentismus zusammengefasst und umgangssprachlich als „Schulschwänzen“ bezeichnet. Dazu gehören bei schulpflichtigen Schülerinnen und Schülern unter anderem die unentschuldigte Abwesenheit in der Schule und entschuldigtes Fernbleiben von der Schule, bei dem die Gründe nicht gerechtfertigt sind (z. B. vorgetäuschte Erkrankungen). Auch die passive Verweigerung des Unterrichts trotz physischer Anwesenheit kann zur Schulverweigerung gezählt werden. In der Fachliteratur finden sich weitere Begriffe, die aufbauend auf dem Verständnis von Schulschwänzen ergänzende Unterscheidungen einführen und damit eine noch feinere Differenzierung hinsichtlich der Bedeutung des Fernbleibens ermöglichen (z. B. hinsichtlich der Häufigkeit, dem Grund oder der theoretischen Einordnung des Fernbleibens). Geläufige andere Begriffe stellen etwa „Schulmüdigkeit“, „Schulverdrossenheit“ und „Schulvermeidung“ dar (Dunkake, 2010; Kaiser, 2011; Wagner, Dunkake & Weiß, 2004).

In der vorliegenden Studie wird der Begriff „Schulschwänzen“ verwendet, da mit diesem eine wertneutrale und objektive – wenngleich auch umgangssprachliche – Bezeichnung für das sporadische oder anhaltende Fernbleiben von der Schule und vom Unterricht durch Kinder und Jugendliche möglich scheint (Hildeschiedt, Meister, Sander & Schorr, 1979; Kaiser, 1983). Bei der Konzeption des Fragebogens für die aktuelle Erhebungswelle wurde das Begriffsverständnis von Schulverweigerung nach Dietrich und Sturzbecher (1993, S.7) berücksichtigt, wonach Schulverweigerung „von Passivität und Desinteresse am Unterricht bis hin zum zeitweisen und völligen Fernbleiben vom Unterricht („Eckstundenschwänzen“, „Tagesschwänzen““) reichen kann.

In Brandenburg wurden Ende 2018 mit einem Rundschreiben an alle Schulen die Maßnahmen bei Schulpflichtverletzungen einheitlich geregelt und die systematische Erfassung der unentschultigten Schülerinnen und Schüler festgelegt (MBJS, 2018). Dabei wurden die Kategorien „gelegentliches Schulschwänzen“, „Schulverdrossenheit“ und „Schulverweigerung“ unterschieden. Durch die Erfassung wurde ermittelt, dass innerhalb eines Vierteljahres rund 1,8 Prozent aller Schülerinnen und Schüler an Brandenburgs allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Schuljahr 2018/2019 an mehr als 5 Tagen unentschultigt gefehlt hatten. Nach der Definition des MBJS wurden diese Personen als sogenannte Schulverweigerer geführt. Hinsichtlich der Schulformen zeigten sich deutliche Unterschiede: So fielen die entsprechenden Anteile an den Förderschulen „Lernen“ (rund 7 %), an den Oberschulen (rund 6 %) und an den Gesamtschulen (rund 4 %) besonders hoch aus.

Bundesweit repräsentative und vergleichbare Befunde zum Schulschwänzen sind indessen nicht auszumachen. Neben dem bereits skizzierten Problem der Begriffsvielfalt gelten unter anderem fehlende Standards zur Dokumentation von Fehlzeiten als Hauptursache für dieses Informationsdefizit (Kaiser, 2011). Eine schon ältere Schätzung von Schreiber (2007, S. 204) auf der Grundlage regionaler Auswertungen besagt, „dass täglich bundesweit etwa 10% der Schüler/innen vom Unterricht fernbleiben“. Für das „Deutsche Schulbarometer“ wurden im Juni 2023 Lehrkräfte nach ihrer Einschätzung zum Schulabsentismus ihrer Schülerinnen und Schüler befragt (Robert Bosch Stiftung, 2023). Aus Sicht der Lehrerinnen und Lehrer hat der Schulabsentismus von 36 Prozent im Jahr 2022 auf nunmehr 15 Prozent abgenommen. Darüber hinaus war das Ausmaß des Schulschwänzens an beruflichen Schulen und an Haupt-, Real- sowie Gesamtschulen besonders hoch, an Gymnasien und Grundschulen hingegen besonders niedrig. Ähnliche Befunde hinsichtlich der Schulform finden sich auch in anderen Studien (Hoffmann & Sturzbecher, 2011; Landua & Großmann, 2007; Schreiber-Kittl & Schröpfer, 2002). Auch in der letzten Erhebungswelle der Studie „Jugend in Brandenburg“ im Jahr 2017 lag der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die angaben, noch nie einen ganzen Schultag geschwänzt zu haben, bei den Gymnasiasten mit 78,5 Prozent über dem Durchschnitt der Gesamtstichprobe von 73,3 Prozent. Der Anteil von Berufsschülerinnen und Berufsschülern, die angaben, noch nie geschwänzt zu haben, lag hingegen mit 65,3 Prozent deutlich unter dem Anteil der Gesamtstichprobe (Teichert & Sturzbecher, 2019).

Das Phänomen Schulschwänzen scheint mit steigendem Alter der Schülerinnen und Schüler zuzunehmen (Hoffmann & Sturzbecher, 2011; Landua & Großmann, 2007). Offenbar stellt Schulschwänzen in jungen Jahren noch keinen etablierten Habitus, sondern eher eine gelegentliche Handlungsstrategie zur Vermeidung aversiver Erfahrungen in der Schule dar. Mit zunehmendem Alter und bei fehlenden Ressourcen zur Bewältigung schulischer Anforderungen entwickelt sich schulabsentes Verhalten dann gegebenenfalls zur Gewohnheit und zu einem identitätsstiftenden Bestandteil des Selbstbilds, mit dem eine Abgrenzung gegenüber anderen (z. B. den „Konformisten“, dem „Establishment“) aufrechterhalten werden kann. Fahrenholz (2015) erklärt den Zusammenhang zwischen Schulschwänzen und Alter mit einer veränderten Eltern-

Kind-Beziehung bzw. dem Eintritt der Jugendlichen in das entwicklungspsychologische Stadium der Autonomieentwicklung. Sofern dieser Prozess von den Eltern ungenügend begleitet wird, kann das alters- bzw. entwicklungsbedingte Bedürfnis nach dem Erleben von Autonomie als Schulschwänzen zutage treten.

Hinsichtlich einer möglichen Verfestigung von entsprechendem Verhalten stellte Baier (2018, S. 104) in einer Längsschnittstudie (Sechstklässler aller Schulformen in Hannover im Jahr 2008 und Siebtklässler im Jahr 2009) einen Zusammenhang zwischen dem Schwänzen in beiden Jahrgangsstufen fest: „Wer in der 6. Jahrgangsstufe geschwänzt hat [...], hat auch zu 61,2 % in der 7. Jahrgangsstufe geschwänzt, wer in der 6. Jahrgangsstufe nicht geschwänzt hat, nur zu 16,0 %“. Dieser Befund zeigt, dass der Umfang des Schulschwänzens nicht nur absolut, sondern auch vor dem Hintergrund individueller Bildungsverläufe zu betrachten ist. Diesbezüglich identifizierte Fahrenholz (2015, S. 271) auf der Grundlage von 26 „verstehenden Interviews“ mit (häufig tageweise) schulabsenten Jugendlichen verschiedene Faktoren, die sie in einen ursächlichen Zusammenhang mit dem Schulschwänzen setzte. Hierbei gelangte die Autorin zu der Hypothese, „dass sich Schulabsentismus aus dem familiären Kontext entwickelt und die Schüler angesichts einer problematischen Situation in der ersten großen Sozialisationsinstanz (Familie) Hilfe zur Bewältigung ihrer Schwierigkeiten von der zweiten Instanz (Schule) nicht erwarten“. Diese Hypothese wird durch Befunde von Hoffmann und Sturzbecher (2011) gestützt, die mit pfadanalytischen Methoden einen Mediatoreffekt der Variablen „Elterliche Gewalt“ und „Elterliche Vernachlässigung“ auf Schulschwänzen offenlegten.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt, der seit Kurzem besondere Aufmerksamkeit durch eine Autorengruppe um Ricking und Speck (2018) erfährt, stellt Schulabsentismus im Sinne des Fernhaltens der Schülerinnen und Schüler von der Schule durch die Eltern dar. Unterschieden werden dabei aktive bzw. unvermittelte Formen (z. B. das Kind geht nicht zur Schule, weil die Familie vor Ferienbeginn in den Urlaub fährt) und passive bzw. vermittelte Formen (z. B. das Kind geht nicht zur Schule, weil infolge familiärer Verpflichtungen Hausaufgaben nicht bearbeitet und daher nicht in der Schule vorgezeigt werden können). In einer Befragung von 872 niedersächsischen Sekundarschülern durch Rogge und Koglin (2018) gaben 36,5 Prozent der befragten Schulschwänzer zumindest eine der Formen des Fernhaltens durch Eltern als Grund für ihr Schulschwänzen an. Das Fernhalten von Schülerinnen und Schülern von der Schule durch Eltern stellt damit einen bedeutsamen Einflussfaktor auf schulabsentes Verhalten dar, der – auch wenn keine konkreten Daten zum geschwänzten Stundenumfang pro angeführtem Grund vorliegen – augenscheinlich gewichtiger ist, als beispielsweise Einflüsse durch Peers (z. B. Anstiften zum gemeinsamen Schwänzen), die nur von 6,6 Prozent der Befragten als Grund für das Schulschwänzen angegeben wurden.

Speck, Wulff und Rademacker (2018) haben in einer qualitativen Studie verschiedene Faktoren gefunden, die das Risiko des Fernhaltens von Schülerinnen und Schülern von der Schule durch Eltern erhöhen. Zu den risikoerhöhenden Faktoren zählen beispielsweise die (sub-)kulturelle Zugehörigkeit bzw. die Zugehörigkeit zu einem bildungsfernen Milieu, fehlende Akzeptanz gegenüber dem Zweck und dem Nutzen des Schulsystems, eine fehlende rechtzeitige Reaktion auf Anzeichen für Schulschwänzen der Kinder sowie psychische und suchtbezogene Erkrankungen der Eltern. Die Autoren rufen in ihren Beiträgen dazu auf, die Erkenntnisgrundlage durch die Intensivierung dieses Forschungszweigs zu erweitern.

Wie wird das Schulschwänzen nun in der Studie „Jugend in Brandenburg“ erhoben? Die Erfassung des Schulschwänzens in der Zeitreihenstudie erfolgt bereits seit dem Jahr 1993 und differenziert zwischen dem stundenweisen und dem tageweisen Fernbleiben von der Schule. Darüber hinaus werden auch die Gründe des Schwänzens und die (vermutete bzw. erlebte) Reaktion der Eltern erfragt.

8.2 Untersuchungsergebnisse

Schulattraktivität

Insgesamt liegt der Anteil an Jugendlichen, welche die Schulattraktivität 2022/2023 als „Eher hoch“ bzw. „Hoch“ einstufen, bei 38,5 Prozent (s. Tab. 8.1). Im Vergleich mit zurückliegenden Befragungswellen ist die Schulattraktivität deutlich zurückgegangen und liegt auf dem bislang niedrigsten Wert seit der Einführung der Skala im Jahr 1999 (1999: 45,9 %; 2005: 43,0 %; 2010: 49,6 %; 2017: 47,5 %). Zwar wird die Schulattraktivität in allen Teilgruppen niedriger bewertet als im Jahr 2017, allerdings zeigen sich zwischen den Teilgruppen Unterschiede im Ausmaß des Rückgangs: Die Abnahme der Schulattraktivität fällt bei den 15- bis 17-Jährigen stärker aus als bei den anderen beiden Altersgruppen (Bis 14 Jahre: 2017: 63,6 %, 2022: 59,1 %; 15 bis 17 Jahre: 2017: 48,0 %, 2022: 39,5 %; Ab 18 Jahre: 2017: 25,0 %, 2022: 19,4 %). Zudem ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die die Schulattraktivität als „Eher hoch“ bzw. „Hoch“ bewerten, an Oberschulen und Gymnasien deutlich stärker gesunken als an OSZ (Oberschule: 2017: 49,7 %, 2022: 38,7 %; Gymnasium: 2017: 59,9 %, 2022: 50,2 %; OSZ: 2017: 25,5 %, 2022: 22,6 %). Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Schulattraktivität von OSZ bereits 2017 deutlich niedriger bewertet wurde als die von Oberschulen und Gymnasien.

Tab. 8.1: Skala „Schulattraktivität“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Skala „Schulattraktivität“							
	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	10,8	12,8	41,7	48,6	39,2	32,0	8,3	6,5
Jungen	10,9	13,2	40,3	48,0	39,4	31,5	9,4	7,3
Mädchen	10,8	12,3	43,1	49,0	39,0	33,0	7,1	5,7
Bis 14 Jahre	4,9	7,1	31,5	33,9	50,2	44,2	13,4	14,9
15 bis 17 Jahre	7,7	8,7	44,4	51,8	39,6	34,3	8,4	5,2
Ab 18 Jahre	23,2	23,4	51,8	57,2	23,8	18,0	1,2	1,4
Oberschule	8,6	11,5	41,7	49,8	40,7	31,5	9,0	7,2
Gymnasium	4,3	7,4	35,8	42,4	48,0	40,9	11,9	9,3
OSZ	24,0	21,7	50,5	55,8	23,4	20,6	2,1	2,0

Wie im Jahr 2017 bestehen in der Einschätzung zur Schulattraktivität signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen ($f = .41$) und den Schulformen ($f = .31$), nicht aber zwischen den Geschlechtern. Da sowohl das Alter als auch die besuchte Schulform nicht nur mit der Schulattraktivität, sondern auch untereinander in einem systematischen Zusammenhang stehen (z. B. sind Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im Durchschnitt älter als Oberschülerinnen und Oberschüler), stellt sich die Frage, ob die Zusammenhänge der Schulattraktivität mit dem Alter bzw. der Schulform durch die Schulform bzw. das Alter mitbeeinflusst werden. Bei wechselseitiger Kontrolle der beiden Variablen „Alter“ und „Schulform“ in einer multiplen Regression zeigt sich, dass sowohl das Alter ($\Delta R^2 = .04$) als auch die Schulform ($\Delta R^2 = .02$) einen signifikanten eigenständigen Beitrag zur Vorhersage der Schulattraktivität leisten. Dies lässt darauf schließen, dass sowohl jüngere Schülerinnen und Schüler (aller Schulformen) als auch Gymnasias-

tinnen und Gymnasiasten (unabhängig vom Alter) den Items zur Schulattraktivität stärker zustimmen als ältere Schülerinnen und Schüler (aller Schulformen) und Nicht-Gymnasiastinnen und Nicht-Gymnasiasten (unabhängig vom Alter).

Es finden sich keine nennenswerten Zusammenhänge zwischen den Einschätzungen der Befragten zur Schulattraktivität einerseits und der Größe ihres Wohnortes, der Nähe ihrer Schule zu Berlin (ggf. relevant für bessere Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schulen und schul-externen Akteuren in Metropolregionen) oder einer etwaigen ausländischen Herkunft (ggf. relevant aufgrund möglicher subkulturell bedingter Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung von Schule) andererseits.

Bei der Betrachtung der einzelnen Items der Skala „Schulattraktivität“ fällt ein Rückgang in der Antwortkategorie „Stimmt völlig“ in allen Items auf (s. Tab. 8.2). Dieser Rückgang betrifft insbesondere den Ruf der Schule, den Kontakt zwischen den Schülern einzelner Klassen und das Angebot außerschulischer Veranstaltungen. Im Hinblick auf die außerschulischen Veranstaltungen ist es denkbar, dass sich der Rückgang zum Teil noch durch die pandemiebedingten Einschränkungen in den sozialen Kontakten erklären lässt. Zudem scheinen hier auch die Auswirkungen des Lehrermangels zutage zu treten. Dies sollte von den Schulleitungen im Gespräch mit der Schülerschaft geklärt werden.

Tab. 8.2: Items „Schulattraktivität“ 2017 und 2022/2023 (in %)

	Items „Schulattraktivität“							
	Stimmt gar nicht ⁵⁵		Stimmt eher nicht ⁵⁶		Stimmt eher ⁵⁷		Stimmt völlig	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
„In meiner Schule gibt es viele außerschulische Veranstaltungen.“	13,1	14,7	29,8	40,3	39,4	34,9	17,7	10,1
„In meiner Schule gibt es guten Kontakt zwischen den Schülern einzelner Klassen.“	6,0	7,7	15,9	20,7	48,5	51,3	29,7	20,3
„In meiner Schule können wir unsere Ideen bei der Gestaltung der schulischen Räumlichkeiten einbringen.“	21,2	17,8	30,3	35,2	35,6	36,0	12,9	11,0
„In meiner Schule gibt es interessante Arbeitsgemeinschaften.“	22,7	20,5	28,4	36,7	32,5	32,4	16,4	10,4
„In meiner Schule gibt es eine aktive Schülerzeitung.“	54,9	46,6	19,4	29,0	15,6	17,2	10,1	7,2
„Meine Schule hat einen guten Ruf.“	9,1	10,1	13,0	20,9	44,7	49,2	33,2	19,8

Soziale Lehrqualität

Der Anteil an Schülerinnen und Schülern, welche die soziale Lehrqualität als „Hoch“ bewerten, ist im Vergleich zu 2017 um mehr als 8 Prozentpunkte gesunken (s. Tab. 8.3). Damit wird ein seit 1999 bestehende Trend unterbrochen: Der Anteil an Jugendlichen, welche die soziale Lehrqualität als „Eher hoch“ bzw. „Hoch“ bewerten, ist nach einem kontinuierlichen Anstieg bis

⁵⁵ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

⁵⁶ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

⁵⁷ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

zum Jahr 2017 erstmals wieder gesunken (1999: 59,5 %; 2005: 74,6 %; 2010: 76,4 %; 2017: 86,0 %; 2022: 80,4 %). Die Veränderungen fallen je nach Teilgruppe unterschiedlich aus. So ist bei Mädchen (Kategorie „Hoch“: 2022: 21,7 %; 2017: 30,6 %) eine etwas stärkere Abnahme in der wahrgenommenen sozialen Lehrqualität zu verzeichnen als bei Jungen (2022: 25,0 %; 2017: 31,7 %). Gegenüber dem Jahr 2017 ist der Anteil der bis 14 Jahre alten Schülerinnen und Schüler, welche die soziale Lehrqualität als „Hoch“ bewerten, deutlich gesunken (-12,4 %). Ebenso bewerten 2022 im Vergleich zum Jahr 2017 deutlich weniger Oberschülerinnen und Oberschüler sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die soziale Lehrqualität als „Hoch“ (Oberschule: -14,1 %; Gymnasium: -10,6 %). Bei den über 18-jährigen Schülerinnen und Schülern und bei den Auszubildenden an OSZ gab es hingegen – abgesehen von kleineren Schwankungen – kaum nennenswerte Veränderungen.

Tab. 8.3: Skala „Soziale Lehrqualität“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Skala „Soziale Lehrqualität“							
	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	2,7	2,8	11,4	16,7	54,8	57,5	31,2	22,9
Jungen	3,1	3,0	10,8	14,8	54,4	57,1	31,7	25,0
Mädchen	2,1	2,3	12,0	17,9	55,3	58,1	30,6	21,7
Bis 14 Jahre	2,5	4,4	11,5	14,4	49,2	56,8	36,8	24,4
15 bis 17 Jahre	2,9	2,4	11,2	20,0	59,3	59,2	26,7	18,4
Ab 18 Jahre	2,5	2,2	11,4	12,9	56,2	56,1	29,9	28,8
Oberschule	4,3	5,5	13,6	21,0	49,8	55,3	32,3	18,2
Gymnasium	1,0	1,0	10,0	16,8	57,6	61,4	31,4	20,8
OSZ	2,9	2,3	10,4	12,1	57,4	54,6	29,2	31,0

Ein Blick auf die einzelnen Skalenitems offenbart fünf Items, bei denen es zu größeren Veränderungen kam (s. Tab. 8.4). So stimmen deutlich weniger Schülerinnen und Schüler als noch im Jahr 2017 den Aussagen völlig zu, dass die Lehrkräfte ihnen Möglichkeiten zur aktiven Unterrichtsteilnahme bieten oder die Notenbildung erklären. Bei der Frage, ob die Lehrer gerecht sind, ist eine deutliche Verschiebung von „Stimmt eher“ in Richtung „Stimmt eher nicht“ zu beobachten. Ebenso stimmt es deutlich mehr Schülerinnen und Schülern als im Jahr 2017 zufolge eher nicht, dass die Lehrer Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung und Stoffauswahl berücksichtigen oder auf fachlich schwächere Schülerinnen und Schüler eingehen.

Die Abnahme der wahrgenommenen sozialen Lehrqualität könnte teilweise auf den pandemiebedingten Distanzunterricht zurückzuführen sein. Beispielsweise bieten Videokonferenzen weniger Möglichkeiten zur interaktiven Unterrichtsgestaltung als der traditionelle Präsenzunterricht, sodass die Einbeziehung bestimmter Schülergruppen erschwert wurde. Es kann davon ausgegangen werden, dass zudem der Lehrkräftemangel eine Rolle spielt. Durch die höhere Belastung fehlen den Lehrkräften möglicherweise die Ressourcen, auf einzelne Lernende eingehen zu können. Da in die vorliegende Studie aber die Lehrkräfteperspektive nicht einfließt, müsste dieser Umstand gesondert untersucht werden. Für die festgestellten Veränderungen ist möglicherweise auch eine höhere Anspruchshaltung der Schülerschaft ursächlich. Für diese

These spricht, dass die Abnahme der wahrgenommenen sozialen Lehrqualität bei jüngeren Schülerinnen und Schülern stärker ausfällt als bei älteren Schülerinnen und Schülern.

Tab. 8.4: Items „Soziale Lehrqualität“ 2017 und 2022/2023 (in %)

	Items „Soziale Lehrqualität“							
	Stimmt gar nicht ⁵⁸		Stimmt eher nicht ⁵⁹		Stimmt eher ⁶⁰		Stimmt völlig	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
„Unsere Lehrer sind gerecht.“	6,8	6,3	14,1	24,1	64,0	54,7	15,1	14,9
„Unsere Lehrer werden von den Schülern respektiert.“	7,2	5,2	17,8	25,5	58,1	55,7	16,8	13,6
„Die Lehrer gehen auf unsere Fragen ein.“	3,8	2,9	10,8	14,1	58,7	59,4	26,8	23,6
„Unsere Lehrer berücksichtigen unsere Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung und Stoffauswahl.“	13,7	9,0	28,7	38,2	46,0	41,0	11,7	11,8
„Sie geben uns Möglichkeiten, am Unterricht aktiv teilzunehmen (z. B. durch Vorträge, Gesprächsrunden).“	2,5	2,7	7,4	11,8	49,0	56,6	41,1	28,9
„Unsere Lehrer erklären, wie unsere Noten gebildet werden.“	3,7	4,9	12,2	18,8	41,1	48,3	43,0	28,1
„Sie gehen auf die Bedürfnisse fachlich stärkerer Schüler ein.“	6,0	6,1	21,3	27,7	48,5	47,3	24,3	18,9
„Sie gehen auf die Bedürfnisse fachlich schwächerer Schüler ein.“	7,4	8,9	21,9	31,7	46,1	42,4	24,6	17,1

Auch bei der Skala „Soziale Lehrqualität“ wurde geprüft, inwieweit die Einschätzungen der Jugendlichen sich in Abhängigkeit vom Geschlecht, von der Altersgruppe und von der besuchten Schulform der Befragten unterscheiden. Im Ergebnis liegt kein signifikanter Geschlechtsunterschied vor. Kleine, aber signifikante Effekte finden sich im Gegensatz zu 2017 aber für die Altersgruppen ($f = .11$) und die Schulformen ($f = .15$). Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren sowie Oberschülerinnen und Oberschüler bewerten die soziale Lehrqualität niedriger als die Schülerinnen und Schüler anderer Altersgruppen und Schulformen. Ein Zusammenhang zwischen den Einschätzungen zur sozialen Lehrqualität und einer etwaigen ausländischen Herkunft der Befragten findet sich nicht.

Darüber hinaus wurde geprüft, inwiefern die soziale Lehrqualität mit anderen Skalen von Schulqualität zusammenhängt. Hierbei zeigt sich, dass die soziale Lehrqualität mittlere Korrelationen mit der Schulattraktivität ($r = .35$) und dem Schulspaß ($r = .34$) aufweist. Darüber hinaus liegen geringe negative Zusammenhänge mit Schulunlust ($r = -.23$) und Schulstress ($r = -.19$) vor. Leiske, Sturzbecher und Keil (1999) interpretieren diesen bereits in den Vorgängerstudien ermittelten Zusammenhang so, dass eine hohe Schulattraktivität und eine hohe soziale Lehrqualität sich positiv auf die erbrachten Schulleistungen und auf den dadurch erlebten

⁵⁸ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt nicht“.

⁵⁹ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt kaum“.

⁶⁰ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt teilweise“.

Schulspaß auswirken. Dieser Umstand führt sodann zu einer höheren Schulmotivation (bzw. geringerer Schulunlust). Umgekehrt bedeutet dies, dass die Abnahme der Schulmotivation und des Schulspaßes auch durch die Abnahme der Schulattraktivität und der sozialen Lehrqualität bedingt sein können. Da es sich hier lediglich um Korrelationen handelt, sind aber keine kausalen Schlussfolgerungen möglich.⁶¹ Die beschriebene Verkettung der Dimensionen von Schulqualität besitzt auch für die spätere Betrachtung des Schulschwänzens Relevanz, da eine höhere Schulmotivation zu einer Minderung des Schulschwänzens beitragen kann. Schließlich schafft die Anwesenheit im Unterricht so erneut die Voraussetzungen für positive Lernerlebnisse und Lernergebnisse. Auf diese Weise entsteht ein sich selbstverstärkender Kreislauf, der in einem die Entwicklung sowohl fördernden als auch – mit umgekehrten Vorzeichen – hemmenden Sinn funktionieren kann (Seeliger, 2016).

Schulspaß

Der „Schulspaß“ stellt eine weitere Skala dar, über deren Items die Schulqualität operationalisiert wird. Für die überwiegende Mehrheit der Schülerinnen und Schüler (86,1 %) ist der Spaß an der Schule „Hoch“ oder „Eher hoch“ (s. Tab. 8.5). Im Vergleich zu 2017 hat sich jedoch der Anteil an Schülerinnen und Schülern, deren Schulspaß „Niedrig“ oder „Eher niedrig“ ist, deutlich erhöht (2017: 7,2 %; 2022: 13,8 %). Gleichzeitig ist auch der Anteil an Jugendlichen, die den Schulspaß als „Hoch“ empfinden, drastisch gesunken. In allen betrachteten Teilgruppen ist ein Rückgang des „hohen“ Schulspaßes um mehr als 10 Prozentpunkte zu beobachten. Der Rückgang fällt bei Jungen und Gymnasiastinnen und Gymnasiasten am stärksten und bei Schülerinnen und Schülern, die unter 15 Jahre oder über 18 Jahre alt sind, am schwächsten aus.

Bei den Einschätzungen zum Schulspaß bestehen geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern ($f = .13$), den Altersgruppen ($f = .13$) sowie den Schulformen ($f = .13$): Mädchen, jüngere Jugendliche sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten stimmen den Items zum Schulspaß tendenziell stärker zu als Jungen, ältere Jugendliche sowie die Schülerinnen und Schüler der anderen Schulformen.

Tab. 8.5: Skala „Schulspaß“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Skala „Schulspaß“							
	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	0,8	1,6	6,4	12,2	44,8	52,7	48,0	33,4
Jungen	1,3	2,2	7,7	15,4	47,0	54,8	44,0	27,6
Mädchen	0,2	1,0	5,0	9,1	42,4	50,3	52,4	39,7
Bis 14 Jahre	1,2	1,2	5,2	11,0	38,3	43,9	55,3	44,0
15 bis 17 Jahre	0,6	1,9	4,9	12,4	47,1	54,3	47,4	31,4
Ab 18 Jahre	0,6	1,2	9,9	13,0	50,5	59,2	38,9	26,6
Oberschule	1,2	3,4	6,7	14,9	46,2	49,3	45,9	32,4
Gymnasium	0,3	0,4	4,6	9,3	40,2	52,1	54,9	38,3
OSZ	0,8	1,2	8,7	13,1	49,9	57,7	40,5	28,0

⁶¹ So könnten sich weitere Einflussfaktoren wie die Pandemie oder der Lehrkräftemangel auf alle Aspekte der Schulqualität auswirken.

Ein Blick auf die Items der Skala zeigt, dass über alle Items hinweg ein mehr oder minder deutlicher Rückgang in der Antwortkategorie „Stimmt völlig“ zu beobachten ist (s. Tab. 8.6). Wie im Jahr 2017 spielt das Begreifen von zuvor unverstandenen Lerninhalten („Aha-Erlebnis“) bei fast allen Befragten weiterhin für das Erleben von Spaß eine besondere Rolle: Dieser Aussage stimmen 91,7 Prozent aller Schülerinnen und Schüler „Eher“ oder „Völlig“ zu (2017: 94,4 %). Damit liegt es durchaus in den Möglichkeiten und in der Verantwortung der Lehrkräfte, durch eine anspruchsvolle didaktische Unterrichtsgestaltung maßgeblich den Spaß der Lernenden in der Schule zu erhöhen. Auch unabhängig vom Unterricht erleben 84,7 Prozent der Schülerinnen und Schüler Situationen, in denen sie „richtig Spaß“ hatten (Kategorien „Stimmt eher“ und „Stimmt völlig“ zusammen: 2017: 87,9 %) und 72,4 Prozent finden die Schule abgesehen vom Unterricht „gar nicht so schlecht“ (2017: 79,6 %).

Die Wichtigkeit der sozialen Kontakte ist im Vergleich zu 2017 deutlich zurückgegangen. Dies äußert sich in dem wesentlich geringeren Anteil an Befragten, denen es sehr wichtig ist, in der Schule Zeit mit ihren Freunden zu verbringen (Kategorie „Stimmt völlig“: 2022: 46,9 %; 2017: 62,3 %). An OSZ fällt dieser Rückgang zwar deutlich geringer aus als an Gymnasien. Dennoch besitzt das Zusammensein mit Freunden in der Schule bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten immer noch einen deutlich höheren Stellenwert als bei Auszubildenden.

Das schulische Wissen wird von den Jugendlichen als weniger nützlich empfunden als noch im Jahr 2017. So stimmen 44,1 Prozent der Befragten der Aussage „Gar nicht“ oder „Eher nicht“ zu, dass sie das in der Schule Gelernte im späteren Leben gebrauchen können. Im Jahr 2017 lag der Anteil nur bei 25,2 Prozent. Diesbezüglich liegen auch Unterschiede zwischen den Schulformen vor: Weniger als die Hälfte (48,7 %) aller Gymnasiastinnen und Gymnasiasten stimmen in der aktuellen Erhebungswelle der Aussage „Eher“ oder „Völlig“ zu, dass sie das in der Schule Gelernte später im Leben gebrauchen können (2010: 84,5 %; 2017: 66,6 %). Im Gegensatz dazu bewerten 70,9 Prozent der Auszubildenden an OSZ das Gelernte als nützlich. Hier ist ebenfalls ein Rückgang im Vergleich zu den vorherigen Erhebungswellen feststellbar (2010: 86,5 %; 2017: 85,5 %).

Der Rückgang im Schulspaß lässt sich zumindest in Teilen auf die Aus- und Nachwirkungen der Corona-Pandemie zurückführen. Im Distanzunterricht ergaben sich den befragten Jugendlichen weniger Gelegenheiten, abseits vom Unterricht an Schulen Spaß zu haben oder Zeit mit Freundinnen und Freunden zu verbringen. Die veränderte Form des Unterrichtens und Einschränkungen in der Interaktion zwischen Lehrkräften und Schülerschaft könnten auch zu einer Abnahme der „Aha“-Momente und somit auch von Erfolgserlebnissen beim Lernen geführt haben. Die Ergebnisse spiegeln darüber hinaus auch die unterschiedliche funktionale Einbettung der Schulformen in das Schulsystem wider. Da Gymnasien Bildungsinstitutionen mit universalem Bildungsauftrag sind, steht dort die (berufsbezogene) Nützlichkeit des Gelernten weniger im Vordergrund als an den enger an die berufliche Bildung angebotenen OSZ. Aufgrund des eingeschränkten Bezugs zu einem konkreten (beruflichen) Nutzen bewerten Gymnasiastinnen und Gymnasiasten das Gelernte eventuell als weniger nützlich für das spätere Leben. Dies muss nicht zwangsläufig ein Manko darstellen, da auch der Erwerb universaler Kompetenzen (bzw. von universaler Bildung) von den Schülerinnen und Schülern geschätzt werden kann; dies wurde in der vorliegenden Studie jedoch nicht erhoben. Allerdings kann es sich gerade in einer Zeit des raschen technologischen Wandels auch nachteilig auf die Lernbereitschaft der Schülerinnen und Schüler auswirken, wenn ihnen der Nutzen des Gelernten nicht ersichtlich ist.

Tab. 8.6: Items „Schulspañ“ 2017 und 2022/2023 (in %)

	Items „Schulspañ“							
	Stimmt gar nicht ⁶²		Stimmt eher nicht ⁶³		Stimmt eher ⁶⁴		Stimmt völlig	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
„Mal unabhängig vom Unterricht: In der Schule gibt es Situationen, in denen wir richtig Spaß haben.“	3,9	4,0	8,2	11,4	36,7	40,9	51,2	43,8
„In der Schule lerne ich Dinge, die ich später im Leben gebrauchen kann.“	7,6	11,5	17,6	32,6	47,2	37,0	27,6	18,9
„In der Schule ist mir wichtig, dass ich mit meinen Freunden zusammen bin.“	3,3	4,9	5,7	12,7	28,7	35,5	62,3	46,9
„Es ist ein gutes Gefühl, wenn ich im Unterricht Dinge begreife, die mir vorher unklar waren.“	1,0	2,1	4,6	6,2	30,5	38,9	63,9	52,8
„Ich freue mich, wenn ich eine richtige Lösung für eine Aufgabe weiß.“	1,8	2,9	9,5	10,1	33,0	38,4	55,7	48,5
„Abgesehen vom Unterricht ist die Schule gar nicht so schlecht.“	6,5	7,3	14,0	20,3	44,4	46,1	35,2	26,3

Ferner könnte es Auszubildenden aufgrund der kürzeren Dauer des Schulbesuchs und des höheren Eintrittsalters weniger wichtig als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sein, in der Schule mit Freundinnen und Freunden zusammen sein zu können. Möglicherweise fühlen sie sich auch eher Freundschaften aus der Zeit vor dem Besuch des OSZ verbunden. Der geringere Wert auf der Skala „Schulspañ“ bei den Auszubildenden muss also nicht zwingend bedeuten, dass Auszubildende weniger Spaß in der Schule haben. Vielmehr könnte es sein, dass sie bestimmten Items im Zusammenhang mit Schulspañ weniger Bedeutung beimessen als Schülerinnen und Schüler anderer Schulformen (z. B. in der Schule mit Freunden zusammen sein zu können). Ähnliche Gründe könnten auch dafür verantwortlich sein, dass der Schulspañ an OSZ weniger stark durch die Pandemie und ihre Folgen gemindert wurde als an Gymnasien.

Auch die Skala „Schulspañ“ wurde auf Zusammenhänge mit personenbezogenen Merkmalen und anderen Skalen von Schulqualität überprüft. Schulspañ korreliert positiv mit der Lebenszufriedenheit ($r = .20$), den regionalen Lebensbedingungen ($r = .21$), der Zufriedenheit mit der Landespolitik ($r = .16$) und dem berufsbezogenen Zukunftsoptimismus ($r = .19$). Dies deutet darauf hin, dass Zufriedenheit mit den Lebensumständen und den verfügbaren Ressourcen auch zu einem positiven Erleben der Schule beitragen kann. Ferner zeigen sich positive Zusammenhänge zwischen dem Schulspañ einerseits sowie der sozialen Lehrqualität ($r = .34$), der Schulattraktivität ($r = .27$) und der „Schulmotivation“ ($r = .16$) andererseits.

⁶² Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

⁶³ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

⁶⁴ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

*Schulmotivation*⁶⁵

Insgesamt zeigt zwar die Mehrheit der Befragten 2022/2023 eine „Eher hohe“ oder sogar „Hohe“ Motivation im Hinblick auf den Schulbesuch. Gleichzeitig weist aber mehr als ein Drittel der Befragten (37,5 %) eine „Niedrige“ bzw. „Eher niedrige“ Motivation auf (s. Tab. 8.7). Mit Blick auf die vergangenen Erhebungswellen hat die Schulmotivation damit ihren bislang niedrigsten Wert erreicht („Hohe“ und „Eher hohe“ Motivation zusammen 1996: 63,5 %; 1999: 71,3 %; 2005: 74,5 %; 2010: 70,0 %, 2017: 66,1 %; 2022/2023: 62,4 %). Ein Rückgang in der „Hohen“ Schulmotivation im Vergleich zum Jahr 2017 lässt sich für alle Teilgruppen konstatieren.

Tab. 8.7: Skala „Schulmotivation“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Skala „Schulmotivation“							
	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	3,5	3,8	30,4	33,7	49,1	50,5	17,0	11,9
Jungen	5,2	4,8	34,9	38,6	47,2	48,2	12,7	8,5
Mädchen	1,8	2,7	25,6	28,7	51,0	52,9	21,6	15,6
Bis 14 Jahre	5,4	4,8	31,7	37,3	48,7	47,1	14,2	10,8
15 bis 17 Jahre	3,7	3,8	33,7	38,6	48,1	48,8	14,4	8,9
Ab 18 Jahre	0,5	3,0	24,2	22,9	50,8	56,5	24,5	17,6
Oberschule	5,2	5,8	35,7	42,6	45,8	44,4	13,2	7,1
Gymnasium	3,3	2,8	30,4	32,9	50,7	52,4	15,6	11,9
OSZ	1,5	2,8	22,8	24,5	51,1	55,1	24,5	17,6

Betrachtet man die durchschnittliche Schulmotivation, so liegen sowohl hinsichtlich des Geschlechts ($f = .16$) als auch der Altersgruppen ($f = .17$) und der Schulformen ($f = .20$) signifikante Unterschiede zwischen den Befragten vor. Die Schulmotivation bei Mädchen ist dabei höher als bei Jungen, bei den älteren Befragten ist sie höher als bei den jüngeren und bei den Auszubildenden an OSZ höher als bei den Oberschülerinnen und Oberschülern.⁶⁶

Im Hinblick auf die einzelnen Items der Skala zeigt sich die größte Veränderung im Vergleich zum Jahr 2017 in den Antworten auf die Aussage, dass die Schule als nutzlos empfunden und ein Entrinnen der Pflicht versucht wird (s. Tab. 8.8). Lehnten im Jahr 2017 noch 43,7 Prozent der Jugendlichen diese Aussage völlig ab, trifft dies in der aktuellen Erhebung nur noch auf 29,0 Prozent der Befragten zu. Dies deckt sich mit den Befunden bei der Skala „Schulspaß“. Auch dort hat sich ein Rückgang der wahrgenommenen Nützlichkeit des Schulwissens gezeigt.

⁶⁵ Die Schulmotivation wurde eigentlich als „Schulunlust“ bzw. „geringe Schulmotivation“ erfasst. Für den vorliegenden Bericht wurden die Skalenwerte umgepolt und als Schulmotivation interpretiert

⁶⁶ Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten liegen bei der Schulmotivation im Mittelfeld. Die Schulmotivation ist nicht so hoch wie an OSZ und nicht so niedrig wie an Oberschulen.

Tab. 8.8: Items „(geringe) Schulmotivation“ 2017 und 2022/2023 (in %)

	Items „(geringe) Schulmotivation“							
	Stimmt gar nicht ⁶⁷		Stimmt eher nicht ⁶⁸		Stimmt eher ⁶⁹		Stimmt völlig	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
„Ich versuche, mit dem kleinsten Aufwand, über die Runden zu kommen.“	15,0	12,8	28,3	33,1	40,3	35,4	16,4	18,8
„Meistens sitze ich in der Schule nur die Zeit ab.“	26,2	17,9	38,0	40,8	26,2	30,5	9,5	10,8
„Ich lerne, um mir Ärger mit meinen Eltern und Lehrern zu ersparen.“	35,0	31,7	27,2	33,7	27,8	24,4	10,0	10,2
„Ich beuge mich den schulischen Anforderungen, um in Ruhe gelassen zu werden.“	13,3	10,1	27,4	32,9	43,5	41,1	15,7	16,0
„Vieles, was ich in der Schule lernen soll, ist nutzlos.“	10,4	5,5	27,4	30,3	45,5	42,0	16,7	22,2
„Ich empfinde die Schule als nutzlos und versuche, wenn möglich, dieser Pflicht zu entinnen.“	43,7	29,0	35,5	46,5	15,6	18,1	5,2	6,4

Aus der Berechnung eines linearen Regressionsmodells, in das neben den anderen Variablen zur Schulqualität auch das Geschlecht, die Schulform⁷⁰ und das Alter eingegangen sind, ergibt sich, dass alle Variablen mit Ausnahme der Schulattraktivität die Schulmotivation vorhersagen (s. Tab. 8.9). Je höher die soziale Lehrqualität und der Schulschmerz eingeschätzt werden und je älter die Befragten sind, desto motivierter sind die Schülerinnen und Schüler, wobei Mädchen generell motivierter als Jungen sind. Das Erleben von Schulstress sowie der Besuch einer Oberschule gehen mit niedrigerer Schulmotivation einher. Vergleichbare Ergebnisse wurden bereits im Jahr 2017 mit einem Regressionsmodell gefunden, das nur auf Daten von Schülerinnen und Schülern der Oberschulen und Auszubildenden der OSZ basierte.

Die genannten Befunde lassen sich dahingehend interpretieren, dass bestimmte schulische Anforderungen bei einigen Schülerinnen und Schülern Stressempfinden auslösen oder nicht zu einer Einsicht bezüglich Werts des Gelernten führen können. Dies wiederum kann ein „Aussetzen“ demotivierender Anforderungssituationen anstoßen (z. B. „Meistens sitze ich die Zeit in der Schule nur ab“, „Ich beuge mich den schulischen Anforderungen, um in Ruhe gelassen zu werden“). Einer solchen resignativen Anforderungsabwehr kann allerdings mit einer hohen sozialen Lehrqualität und mit der Förderung von Schulschmerz (z. B. „Aha“-Momente) begegnet werden: Die Berücksichtigung der individuellen Lernvoraussetzungen der Lernenden und soziale Zuwendung durch die Lehrkräfte tragen offensichtlich dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler auch in stressigen Situationen oder bei auf den ersten Blick wenig nützlich erscheinenden Inhalten ihre Schulmotivation bzw. ihre Leistungsambitionen nicht verlieren (Teichert &

⁶⁷ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt nicht“.

⁶⁸ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt kaum“.

⁶⁹ Im Jahr 2017 lautete die Antwortmöglichkeit „Stimmt teilweise“.

⁷⁰ Schulform ist eine Variable mit drei Ausprägungen: Oberschule, Gymnasium und OSZ. Aus mathematischen Gründen müssen zwei kontrastkodierte Variablen in die multiple Regression aufgenommen werden, um die Signifikanz statistisch korrekt beurteilen zu können. Für das vorliegende Regressionsmodell wurde eine Kodierung gewählt, die Oberschulen mit Gymnasien und OSZ sowie Gymnasien mit OSZ vergleicht.

Sturzbecher, 2019). Nach dieser Interpretation liegt die Herausforderung für Lehrkräfte vor allem darin, Leistungsanforderungen und Unterstützungsangebote schülerzentriert so zu justieren, dass es zu keiner Überforderung der Lernenden kommt. Maßnahmen, die primär auf eine Steigerung der Schulattraktivität (z. B. Einbeziehung bei der Gestaltung der Räumlichkeiten, außerschulische Veranstaltungen) fokussieren, scheinen hingegen eher wenig zur Schulmotivation beizutragen.

Tab. 8.9: Multiple lineare Regressionsanalyse zur Vorhersage der Schulmotivation 2022/2023

	β	Signifikanz
Schulattraktivität	.00	.91
Soziale Lehrqualität	.13	.00
Schulspaß	.09	.00
Schulstress (bzw. Schulangst)	-.28	.00
Geschlecht	.26	.00
Alter	.07	.01
Schulform Oberschule vs. Andere	-.11	.00
Schulform Gymnasium vs. OSZ	-.02	.46
Varianzaufklärung (korr. R^2)	.19	

Schulstress

Die Gesamtwerte auf der Skala „Schulstress“ haben sich gegenüber dem Jahr 2017 leicht verändert (s. Tab. 8.10). Der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die den Schulstress 2022/2023 als „Eher hoch“ oder „Hoch“ einstufen, beträgt 47,7 Prozent. Dieses Ergebnis stellt den höchsten Wert der letzten fünf Erhebungswellen dar (1999: 24,8 %; 2005: 28,2 %; 2010: 27,8 %; 2017: 44,0 %). Damit bleibt der erlebte Schulstress weiterhin hoch und ist im Vergleich zu 2017 sogar noch ein wenig gestiegen. Die Gesamtzunahme spiegelt sich jedoch nur bedingt in den Teilgruppen wider: So ist der Anteil an Mädchen, die „Eher hohen“ oder „Hohen“ Schulstress berichten, im Vergleich zum Jahr 2017 angestiegen (2017: 55,2 %; 2022: 61,5 %), bei den Jungen ist der Anteil dagegen leicht gesunken (2017: 33,6 %; 2022: 31,8 %). Mädchen leiden insgesamt sehr viel verbreiteter unter schulbedingtem Stress als Jungen. Auch bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern ist der Schulstress stärker gestiegen als bei älteren Schülern. Der Anteil der Befragten, die „Eher hohen“ oder „Hohen“ Schulstress erleben, liegt derzeit unter den bis zu 14 Jahre alten Schülerinnen und Schülern bei 56,7 Prozent (2017: 48,1 %). Bei Schülerinnen und Schülern, die zwischen 15 und 18 Jahre alt sind, liegt der Anteil bei 50,4 Prozent (2017: 48,0 %) und bei den Jugendlichen ab 18 Jahren bei 34,8 Prozent (2017: 32,9 %). Über die Hälfte (51,8 %) der Oberschülerinnen und Oberschüler gibt 2022/2023 an, „Eher hohen“ oder „Hohen“ Schulstress zu verspüren (2017: 41,4 %). An den OSZ liegt dieser Anteil bei 34,0 Prozent (2017: 31,3 %) und an den Gymnasien relativ konstant bei 54,0 % (2017: 54,9 %).

Bei der Untersuchung des durchschnittlichen Schulstresserlebens sind Unterschiede mit mittleren Effektstärken hinsichtlich des Geschlechts ($f = .38$), der Altersgruppe ($f = .25$) und der Schulform ($f = .25$) festzustellen. Mädchen, jüngere Altersgruppen, Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Oberschülerinnen und Oberschüler erleben mehr Schulstress als Jungen, ältere Altersgruppen und Auszubildende an OSZ.

Tab. 8.10: Skala „Schulstress“ 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	Skala „Schulstress“							
	Niedrig		Eher niedrig		Eher hoch		Hoch	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	17,2	13,5	38,8	38,9	35,0	36,3	9,0	11,4
Jungen	24,3	21,1	42,2	47,2	28,3	26,6	5,3	5,2
Mädchen	9,6	6,6	35,2	32,0	42,3	45,2	12,9	16,3
Bis 14 Jahre	10,7	8,4	41,2	34,9	37,2	44,3	10,9	12,4
15 bis 17 Jahre	13,8	10,2	38,3	39,3	36,9	35,8	11,1	14,6
Ab 18 Jahre	30,8	23,0	36,3	42,2	29,5	29,1	3,4	5,7
Oberschule	14,2	11,3	44,4	36,9	32,3	41,4	9,1	10,4
Gymnasium	10,4	9,0	34,8	37,0	41,6	38,8	13,3	15,2
OSZ	31,8	22,1	36,9	43,9	28,9	26,8	2,4	7,2

Ein Blick auf die Skalenitems zeigt, dass viele Items in der aktuellen Erhebungswelle ähnlich wie im Jahr 2017 bewertet wurden (s. Tab. 8.11). Die größte Ausnahme findet sich im Hinblick auf die Aussage, dass die Schule die Befragten bis in den Schlaf verfolge. Hier ist eine deutliche Abnahme in der Antwortkategorie „Stimmt nicht“ im Vergleich zu 2017 zu beobachten. Dies deutet darauf hin, dass schulische Sorgen die Schülerinnen und Schüler in der aktuellen Erhebung auch außerhalb der Schule stärker beschäftigen als dies im Jahr 2017 der Fall war. Insgesamt betrachtet könnte der zum zweiten Mal in Folge als hoch eingeschätzte Schulstress durch konstant höhere schulische Anforderungen oder durch eine veränderte Wahrnehmung dieser Anforderungen begründet sein. Schulstress korreliert ferner negativ mit der Schulmotivation ($r = -.24$) und der sozialen Lehrqualität ($r = -.20$). Es ist in diesem Zusammenhang zu vermuten, dass mit der Verbesserung der sozialen Lehrqualität bereits ein Abbau schulischer Ängste und Stressoren erreicht werden kann, ehe Schulstress zu Schulunlust führt.

Tab. 8.11: Items „Schulstress“ 2017 und 2022/2023 (in %)

	Items „Schulstress“							
	Stimmt gar nicht ⁷¹		Stimmt eher nicht ⁷²		Stimmt eher ⁷³		Stimmt völlig	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
„Ich gerate in Panik, wenn plötzlich unvorbereitet eine Leistungskontrolle geschrieben wird.“	10,7	8,2	24,3	23,3	38,1	36,1	26,8	32,4
„Ich erreiche ohne größere Mühen die in der Schule geforderten Leistungen.“	8,7	6,2	28,7	35,0	46,7	42,6	15,9	16,1
„Die Schule verfolgt mich bis in den Schlaf.“	37,6	25,2	26,5	32,7	22,6	25,6	13,4	16,5
„Ich muss einen großen Teil meiner Freizeit für Schularbeiten verwenden, um in der Schule mitzukommen.“	15,8	16,9	31,7	33,8	33,6	30,8	18,9	18,4
„Ich habe Angst, mich in der Schule zu blamieren.“	20,4	16,7	25,7	27,0	30,8	30,7	23,0	25,6
„Ich habe Angst, dass ich an die Tafel muss.“	25,6	22,4	29,4	30,0	26,5	26,1	18,6	21,5

Schulgewalt

Die Gewaltbelastung an Schulen sowie die Reaktionen der Lehrkräfte auf Gewalthandlungen stellen weitere Facetten von Schulqualität dar. Insgesamt nimmt die Häufigkeit beobachteter Gewalthandlungen seit 2005 zu. In der aktuellen Erhebungswelle geben nur 67,1 Prozent der Jugendlichen an, Gewalt an der Schule „Fast nie“ zu beobachten (1996: 56,2 %; 1999: 66,5 %; 2005: 73,2 %; 2010: 72,6 %; 2017: 71,5 %; s. Tab. 8.12). Dabei ist insbesondere der Anteil an Oberschülerinnen und Oberschülern sowie der bis zu 14 Jahre alten Schülerinnen und Schüler deutlich zurückgegangen, die angeben „Fast nie“ ernsthafte Gewaltaktionen an ihrer Schule zu beobachten. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen bis zu 14 Jahre und mehr als 60 Prozent aller Oberschülerinnen und Oberschüler beobachten nach eigenen Angaben „Mehr als im Schuljahr“ oder häufiger Schulgewalt.

Deutliche Unterschiede bei der Häufigkeit beobachteter Gewalt zeigen sich in Abhängigkeit von der Schulform ($V = .29$) und vom Alter ($\rho = -.31$). Auch ein geringer Einfluss des Geschlechts ($V = .08$) ist festzustellen. Schulgewalt wird von Oberschülerinnen und Oberschülern sowie von jüngeren Jugendlichen häufiger beobachtet als von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie älteren Jugendlichen. Jungen beobachten Schulgewalt etwas häufiger als Mädchen. Der Befund, dass in den jüngeren Altersgruppen häufiger als in den älteren Altersgruppen Schulgewalt beobachtet wird, könnte darauf hindeuten, dass jüngere Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer meist körperlichen Unterlegenheit häufiger Opfer von Gewaltaktionen werden als ältere. Außerdem kann ernsthafte Gewalt für ältere Schülerinnen und Schüler auch härtere (teils sogar juristische) Konsequenzen nach sich ziehen als für jüngere Schülerinnen und Schüler.

⁷¹ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

⁷² Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

⁷³ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

Tab. 8.12: Häufigkeit beobachteter Schulgewalt 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	„Wie häufig beobachten Sie in Ihrer Schule ernsthafte Gewaltaktionen?“											
	Mehr- mals täglich		Fast täglich		Mehr- mals in der Woche		Mehr- mals im Monat		Mehr- mals im Schuljahr		Fast nie	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	2,1	2,6	4,0	3,3	3,1	4,9	5,5	7,1	13,8	15,0	71,5	67,1
Jungen	3,2	3,1	4,0	4,0	3,5	6,2	5,8	7,5	14,9	15,5	68,6	63,6
Mädchen	0,9	2,0	3,9	2,8	2,7	3,8	5,1	6,5	12,7	14,8	74,7	70,2
Bis 14 Jahre	3,5	5,3	6,9	7,0	3,3	8,4	7,8	11,6	18,3	18,2	60,2	49,6
15 bis 17 Jahre	2,0	1,9	3,2	3,0	4,3	5,2	6,0	6,6	13,6	17,7	70,8	65,6
Ab 18 Jahre	0,3	1,0	1,0	0,5	1,2	1,3	1,5	3,2	7,6	8,5	88,4	85,4
Oberschule	4,4	5,9	6,9	8,3	5,7	10,8	9,9	12,9	22,2	22,2	50,9	39,9
Gymnasium	0,9	1,5	2,2	1,6	2,3	2,7	4,4	5,5	9,9	14,1	80,4	74,5
OSZ	0,7	0,6	2,4	0,1	0,9	1,8	0,9	2,8	8,0	8,6	87,2	86,0

Erwähnenswert erscheint, dass die Häufigkeit beobachteter Schulgewalt kaum mit dem eingeschätzten Schulspaß ($\rho = -.05$) oder der Schulattraktivität ($\rho = .07$)⁷⁴ zusammenhängt. Schulattraktivität und Schulschmerz scheinen in gewissem Umfang unabhängig von der empfundenen Häufigkeit von Schulgewalt zu sein. Anscheinend wird auch eine hohe Gewaltbelastung an manchen Schulen als normal empfunden, sodass dies bei den Schülerinnen und Schülern nicht mit einer substanziellen Beeinträchtigung des Wohlbefindens verbunden ist.

Im Rahmen der Befragung wurde auch die Reaktion der Lehrkräfte auf Gewalt in der Schule erfasst (s. Tab. 8.13). Insgesamt reagieren die Lehrkräfte auf Gewaltaktionen aus Sicht der Schülerinnen und Schüler ähnlich wie 2017. Die drei häufigsten Reaktionen stellen das Erfragen von Gründen für Gewalthandlungen (Kategorien „Stimmt völlig“ und „Stimmt eher“: 80,3 %; 2017: 81,0 %), das Zeigen von Unmut bzw. „Schimpfen“ (77,9 %; 2017: 74,0 %) und das Informieren der Erziehungsberechtigten (76,6 %; 2017: 75,1 %) dar. Der Schwerpunkt der Lehrkräftereaktionen scheint damit bei der Aufklärung und moralischen Stigmatisierung von Gewaltaktionen auch durch Einbeziehung der Erziehungsberechtigten zu liegen. 16 Prozent der Jugendlichen stimmen jedoch auch „Völlig“ oder „Eher“ der Aussage zu, dass die Lehrkräfte bei Gewaltaktionen wegsehen. Eine nähere Betrachtung der Ergebnisse zeigt, dass sich der Umgang der Lehrkräfte mit Gewalt an der Schule graduell verändert hat: So lässt sich im Vergleich zu 2017 über fast alle Aussagen hinweg eine mehr oder minder stark erkennbare Abnahme der Prozentanteile bei der höchsten, aber auch der niedrigsten Zustimmungskategorie („Stimmt völlig“ und „Stimmt gar nicht“) feststellen.

⁷⁴ Diese Korrelation ist zwar statistisch signifikant, aber sowohl Schulgewalt als auch Schulattraktivität stehen in einem Zusammenhang mit der Schulform. In einer multiplen Regression leistet die Schulgewalt keinen über die Schulform hinausgehenden Beitrag zur Vorhersage der Schulattraktivität.

Tab. 8.13: Reaktion der Lehrer auf Gewalt in der Schule 2017 und 2022/2023 (in %)

	„Wie reagieren Ihre Lehrer im Allgemeinen auf Gewalt in der Schule?“							
	Stimmt gar nicht ⁷⁵		Stimmt eher nicht ⁷⁶		Stimmt eher ⁷⁷		Stimmt völlig	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
„Sie gehen dazwischen und beenden die Gewalt mit körperlichem Einsatz.“	22,8	12,6	21,2	24,6	33,5	41,0	22,4	21,9
„Sie bestrafen die Beteiligten.“	16,7	9,9	15,9	17,5	33,5	45,6	33,9	27,0
„Sie schimpfen.“	12,2	7,6	13,7	14,4	32,0	45,5	42,0	32,4
„Sie fragen nach den Gründen.“	8,9	6,3	10,2	13,4	33,2	44,0	47,8	36,3
„Sie diskutieren, ob die Gründe gerechtfertigt sind.“	12,7	11,3	17,9	22,2	36,0	41,1	33,5	25,3
„Sie informieren die Erziehungsberechtigten.“	11,8	8,1	13,1	15,3	30,4	38,3	44,7	38,3
„Sie sehen weg.“	64,0	54,7	19,3	29,2	11,3	11,3	5,3	4,9

Stundenweises Schulschwänzen

Mehr als jeder bzw. jede fünfte Jugendliche in Brandenburg (20,9 %) schwänzt „Oft“ oder „Manchmal“ einzelne Unterrichtsstunden (s. Tab. 8.14). Über die Zeitreihe hinweg betrachtet, steigt der Anteil der schwänzenden Schülerinnen und Schüler damit wieder in etwa auf das Niveau von 2010 an (1993: 21,7 %; 1996: 26,1 %; 1999: 23,2 %; 2005: 19,1 %; 2010: 20,3 %, 2017: 16,2 %). Im Vergleich zum Jahr 2017 ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die „Nie“ eine Unterrichtsstunde schwänzen, insbesondere bei den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie den jüngeren Jugendlichen stark gesunken. Nur bei älteren Jugendlichen und den Auszubildenden an OSZ ist der Anteil der befragten Personen, die „Nie“ stundenweise schwänzen, leicht gestiegen.

Ähnlich wie im Jahr 2017 bestehen sowohl hinsichtlich der Altersgruppen ($f = .13$) als auch der Schulformen ($f = .06$), nicht aber des Geschlechts Unterschiede beim Ausmaß des stundenweisen Schwänzens. Mit Hilfe einer multiplen Regression kann für das Alter und die Schulform ein jeweils eigenständiger Effekt zur Vorhersage des stundenweisen Schulschwänzens belegt werden. Der Beitrag des Alters ($\Delta R^2 = .02$) ist dabei größer als der Beitrag der Schulform ($\Delta R^2 = .01$). Dies lässt sich zum Teil damit erklären, dass die Angaben zum Schwänzen von den Befragten nicht auf einen bestimmten Zeitraum (z. B. innerhalb der letzten sechs Monate) eingegrenzt waren und sich somit den älteren Befragten aufgrund der längeren Schulzeit mehr Gelegenheiten zum stundenweisen Schwänzen geboten haben. Zugleich ist es denkbar, dass ältere Schülerinnen und Schüler grundsätzlich häufiger schwänzen als jüngere.

⁷⁵ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt nicht“.

⁷⁶ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt kaum“.

⁷⁷ Im Jahr 2017 lautete die Kategorienbeschriftung „Stimmt teilweise“.

Tab. 8.14: Häufigkeit des stundenweisen Schulschwänzens 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	„Wie oft ist es schon vorgekommen, dass Sie einzelne Unterrichtsstunden geschwänzt haben?“							
	Oft		Manchmal		Selten		Nie	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	4,6	7,5	11,6	13,4	22,4	25,8	61,4	53,3
Jungen	5,2	7,7	12,6	12,5	22,3	27,1	59,9	52,7
Mädchen	3,9	7,3	10,7	14,3	22,5	24,4	62,9	54,0
Bis 14 Jahre	2,7	5,4	7,3	9,4	17,7	22,0	72,3	63,1
15 bis 17 Jahre	5,5	8,4	10,1	13,9	23,9	27,2	60,6	50,4
Ab 18 Jahre	6,1	8,1	19,7	16,1	26,9	27,1	47,3	48,6
Oberschule	5,1	9,5	11,8	13,3	19,7	25,3	63,4	51,9
Gymnasium	2,4	4,8	5,8	13,3	22,1	25,3	69,7	56,6
OSZ	7,2	8,9	20,1	13,6	26,8	27,2	46,0	50,3

Das stundenweise Schwänzen korreliert negativ mit der Lebenszufriedenheit ($\rho = -.20$), den regionalen Lebensbedingungen ($\rho = -.12$) und der Zufriedenheit mit der Landespolitik ($\rho = -.13$), nicht aber mit dem berufsbezogenen Zukunftsoptimismus. Dies deutet darauf hin, dass Unzufriedenheit in anderen Lebensbereichen und mit den gegenwärtigen Lebensbedingungen das Schulschwänzen wahrscheinlicher macht. Darüber hinaus wurden auch schwache negative Zusammenhänge zwischen dem Schwänzen einzelner Unterrichtsstunden und der Schulmotivation ($\rho = -.22$), der sozialen Lehrqualität ($\rho = -.15$) und dem Schulschmerz ($\rho = -.10$) aufgedeckt. Dies legt nahe, dass bestimmte Anreize für das gelegentliche oder häufigere Schwänzen einzelner Unterrichtsstunden (z. B. als langweilig oder nutzlos empfundene Unterrichtsstunden) bedeutsam sind. Auch könnte der Distanzunterricht während der Corona-Pandemie das Schwänzen einzelner Stunden erleichtert haben. In den Gruppen, in denen ein Anstieg des Schwänzens beobachtbar ist (jüngere Schülerinnen und Schüler, Oberschülerinnen und Oberschüler sowie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten), hat die soziale Lehrqualität besonders deutlich abgenommen. Den Lehrkräften gelingt es vermutlich nicht mehr so gut, Schülerinnen und Schüler durch eine aktive Einbindung in den Unterricht vom Schwänzen abzuhalten und ihnen die Sinnhaftigkeit des Unterrichts nahezubringen. Eine andere mögliche Erklärung für den Zunahme des Schwänzens ist, dass Jugendliche aufgrund der Zunahme von schulischen Anforderungen („Schulstress“) häufiger als in den vergangenen Jahren versuchen, sich dem Unterricht zu entziehen. Diese Erklärung wird aber durch die geringe Korrelation zwischen dem stundenweisen Schwänzen und dem Schulstress ($\rho = .02$) nicht gestützt.

Tageweises Schulschwänzen

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die „Oft“ oder „Manchmal“ einen ganzen Tag die Schule schwänzen, beträgt 14,8 Prozent (1993: 4,6 %; 1996: 9,2 %; 1999: 8,8 %; 2005: 8,5 %; 2010: 15,3 %; 2017: 10,9 %). Auch hier ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die angeben, noch „Nie“ einen ganzen Tag geschwänzt zu haben, im Vergleich zum Jahr 2017 wieder deutlich gesunken (s. Tab. 8.15). Dies geht einher mit einem höheren Anteil an Schülerinnen und Schüler, die „Selten“, „Manchmal“ oder „Oft“ schwänzen.

Tab. 8.15: Häufigkeit des tageweisen Schulschwänzens 2017 und 2022/2023 (in %)

(Teil-)Gruppen	„Wie oft ist es schon vorgekommen, dass Sie einen ganzen Tag die Schule geschwänzt haben?“							
	Oft		Manchmal		Selten		Nie	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	2,6	5,7	8,3	9,1	15,8	20,8	73,3	64,4
Jungen	2,9	6,5	10,4	7,1	15,5	20,2	71,2	66,2
Mädchen	2,4	5,0	6,0	10,9	16,1	21,1	75,5	63,0
Bis 14 Jahre	2,4	4,4	4,7	8,0	13,7	14,0	79,2	73,7
15 bis 17 Jahre	3,3	5,4	8,1	8,5	16,5	23,4	72,0	62,7
Ab 18 Jahre	2,1	7,3	13,5	10,6	17,7	23,6	66,7	58,5
Oberschule	4,3	6,7	7,0	9,2	15,4	18,7	73,3	65,4
Gymnasium	1,7	3,9	4,3	9,0	15,4	21,2	78,5	66,0
OSZ	1,7	7,1	16,1	9,0	16,9	22,8	65,3	61,1

Wie beim stundenweisen Schwänzen, so sind auch beim tageweisen Schwänzen nur schwache Unterschiede zwischen den Altersgruppen ($f = .12$) festzustellen. Keine signifikanten Unterschiede zeigen sich für die Schulform und das Geschlecht. Zusammenhänge finden sich hingegen im Hinblick auf die Schulmotivation ($\rho = -.20$), die soziale Lehrqualität ($\rho = -.15$) sowie die Lebenszufriedenheit ($\rho = -.19$), die regionalen Lebensbedingungen ($\rho = -.14$) und die Zufriedenheit mit der Landespolitik ($\rho = -.13$). Der erlebte Schulstress und der berufsbezogene Zukunftsoptimismus stehen in keinem erwähnenswerten Zusammenhang mit der Häufigkeit des tageweisen Schwänzens. Insgesamt zeichnet sich also ein ähnliches Bild wie beim stundenweisen Schwänzen ab, was angesichts der sehr hohen Korrelation zwischen stundenweisem und tageweisem Schwänzen ($\rho = .65$) wenig verwundert.

Die Motive der Schülerinnen und Schüler, die schon einmal die Schule geschwänzt haben, sind ähnlich wie im Jahr 2017: Die drei häufigsten Gründe (Kategorie „Stimmt völlig“) sind fehlende Schulmotivation bzw. „keine Lust“ (2017: 35,1 %; 2022: 31,2 %), eine bevorstehende Klassenarbeit (2017: 16,2 %; 2022: 18,5 %) oder langweilige Unterrichtsfächer (2017: 15,1 %; 2022: 16,7 %). Die Ergebnisse legen nahe, dass trotz der Veränderung in der Häufigkeit des Schwänzens die Gründe für das Fernbleiben vom Unterricht weitgehend dieselben bleiben.

Akzeptanz des Schulschwänzens und Reaktionen der Eltern

In der Befragung wurden neben den Gründen für das Schulschwänzen auch die Akzeptanz für das Schulschwänzen anderer Schülerinnen und Schüler sowie die Reaktionen der Eltern auf das eigene Schwänzen erfasst. Im Vergleich zum Jahr 2017 ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die Schulschwänzen für „Nicht OK“ halten, deutlich gesunken (s. Tab. 8.16). Dies gilt insbesondere für den Anteil an Jugendlichen, die sich auch offen gegen das Schulschwänzen aussprechen. Gleichzeitig ist die Akzeptanz des Schulschwänzens als freie Entscheidung jedes Einzelnen wieder gestiegen. In der aktuellen Erhebung stimmen dieser Aussage 46,3 Prozent der Befragten zu (1993: 43,1 %; 1996: 51,0 %; 1999: 55,6 %; 2005: 44,6 %; 2010: 43,4 %, 2017: 39,3 %).

Tab. 8.16: Akzeptanz des Schulschwänzens aus Sicht der Schülerinnen und Schüler 2017 und 2022/2023 (in %)

„Was halten Sie davon, wenn Schüler nicht zur Schule gehen?“									
Muss jeder für sich OK, sofern Leistun- selbst entscheiden gen erfüllt werden		Nicht OK, aber nicht einmischen		Nicht OK, aber Angst, es zu sagen und offen dagegen		Nicht OK			
2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
39,3	46,3	8,2	10,3	24,0	28,6	8,5	5,9	20,0	8,9

Bei den Elternreaktionen hingegen zeigen sich gegenüber dem Jahr 2017 kaum Veränderungen (s. Tab. 8.17). Das Sprechen über die Gründe für das Schulschwänzen ist nach wie vor die mit Abstand häufigste Reaktion der Eltern. Die Häufigkeit dieser Reaktion nimmt mit zunehmendem Alter der Schülerinnen und Schüler zu, während andere Reaktionen wie das Schimpfen oder das Bestrafen mit Verboten in etwa gleichem Umfang zurückgehen. Mit zunehmendem Alter der Jugendlichen geht allerdings auch das elterliche Interesse am Schwänzen zurück. Älteren Schülerinnen und Schülern wird damit einerseits eine größere Selbstverantwortung hinsichtlich der Entscheidung zugestanden, die Schule (nicht) zu schwänzen. Andererseits wird mit zunehmendem Alter der Jugendlichen häufiger an deren Einsicht appelliert, indem die Eltern mit ihnen über die Gründe des Schwänzens diskutieren. Dies deckt sich mit den von Fahrenholz (2015) beschriebenen Veränderungen in der Eltern-Kind-Beziehung, die mit zunehmendem Alter der Kinder von deren alters- bzw. entwicklungsbedingtem Bedürfnis nach dem Erleben von Autonomie geprägt ist.

Tab. 8.17: Elternreaktion auf Schulschwänzen 2017 und 2022/2023 (in %)

„Wie reagieren Ihre Eltern, wenn sie erfahren, dass Sie nicht in der Schule waren?“										
(Teil-)Gruppen	Es gibt eine Tracht Prügel.		Sie bestrafen mich (z. B. mit Verboten).		Sie schimpfen mit mir.		Sie sprechen mit mir über die Gründe.		Es interessiert sie wenig.	
	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022	2017	2022
Gesamt	2,3	2,0	13,6	12,4	25,5	25,4	49,2	49,5	9,4	10,7
Bis 14 Jahre	2,9	4,5	19,2	17,9	32,6	26,4	38,4	46,3	7,0	4,9
15 bis 17 Jahre	1,9	1,2	15,7	14,7	21,5	26,9	51,9	47,8	8,8	9,4
Ab 18 Jahre	1,9	1,7	2,6	5,4	22,3	22,7	60,0	54,4	13,2	15,9

Bandbreite der Schulqualität

Bislang wurde nur die Verteilung der Einschätzungen der Befragten im Hinblick auf die Gesamtstichprobe und bestimmte (Teil-)Gruppen von Jugendlichen betrachtet. So konnte beispielsweise ein Überblick darüber gewonnen werden, inwieweit die Schulen insgesamt als attraktiv erlebt werden und wie hoch der Schulstress und die schulische Gewaltbelastung empfunden werden. Was dagegen noch nicht beleuchtet wurde, sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen. Diesbezüglich finden sich teilweise beträchtliche Unterschiede zwischen den an der Untersuchung teilnehmenden Schulen im Hinblick auf die Schulqualität und das Ausmaß des Schulschwänzens. So bescheinigen beispielsweise an der Schule mit der höchsten Schulattraktivität mehr als 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine „Eher hohe“ oder

„Hohe“ Schulattraktivität. An der Schule mit der geringsten Schulattraktivität trifft dies auf lediglich 8,7 Prozent der Schülerschaft zu. Einen Überblick über die Bandbreite der Einschätzungen an den einzelnen Schulen bietet die Tabelle 8.18.

Tab. 8.18: Bandbreite ausgewählter Skalen an den Schulen 2022/2023 (in %)

Skala bzw. Item (Addierte Anteile)	Schule mit niedrigstem Anteilswert	Schule mit höchstem Anteilswert	Alle Schulen
Schulattraktivität („Eher hoch“ und „Hoch“)	8,7	80,3	35,6
Soziale Lehrqualität („Eher hoch“ und „Hoch“)	50,0	94,5	79,3
Schulspaß („Eher hoch“ und „Hoch“)	65,4	95,7	84,8
Schulmotivation („Eher hoch“ und „Hoch“)	38,3	95,5	62,8
Schulstress („Eher hoch“ und „Hoch“)	13,8	73,6	46,7
Schulschwänzen (Stunde) („Oft“ und „Manchmal“)	5,4	51,1	20,4
Schulschwänzen (Tag) („Oft“ und „Manchmal“)	4,1	42,2	15,0

Die große Bandbreite der Anteilswerte lässt darauf schließen, dass der Handlungsbedarf im Hinblick auf die Verbesserung der Schulqualität an manchen Schulen stärker ausfällt als an anderen Schulen. An einigen Schulen wurden die Herausforderungen bei der Qualitätssicherung und Qualitätsweiterentwicklung offenbar schon weitgehend erfolgreich bewältigt, sodass dort ein Erhalt der bereits erreichten Schulqualität im Vordergrund stehen sollte. Im Falle bildungspolitischer Handlungen muss daher stets abgewogen werden, ob die gesetzten Ziele am besten mit einer Breitenintervention oder einer gezielten schulspezifischen Intervention erfüllt werden können. Ohne eine solche zielführende Abwägung von Interventionsstrategien besteht die Gefahr, dass Interventionsaufwände „verpuffen“ und die Schulen nicht angemessen davon profitieren: Während die Investitionen an Schulen ohne Qualitätsdefizite nutzlos versickern, erreichen sie an „Problemschulen“ nicht die kritische Größe, um die erwünschten Wirkungen zu zeigen.

8.3 Fazit

In der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ erfolgt die Erfassung der (sozialen) Schulqualität aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler. Dazu werden die folgenden sieben Qualitätsdimensionen verwendet, die zugleich wichtige „Stellschrauben“ für weitere Qualitätsverbesserungen vor dem Hintergrund der Erwartungen der Schülerinnen und Schüler darstellen: die „Schulattraktivität“, die „Soziale Lehrqualität“, der „Schulstress“, die „Schulmotivation“, der „Schulspaß“, die „Schulgewalt“ und das „Schulschwänzen“.

Im Hinblick auf die Qualitätsdimension „Schulattraktivität“ – mit der u. a. die Verfügbarkeit interessanter Arbeitsgemeinschaften und außerschulischer Angebote sowie der gute Ruf der Schule erfasst werden – ist in der aktuellen Erhebungswelle ein deutliches Absinken festzustellen. Nur noch etwas mehr als jeder dritte Jugendliche schätzt die Schulattraktivität als „Hoch“

oder „Eher hoch“ ein. Es ist zu vermuten, dass zum einen die negativen Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen der Corona-Pandemie hinsichtlich der sozialen Kontakte von Jugendlichen auch 2022/2023 noch spürbar sind. Zum anderen wirken sich vermutlich die besonderen Herausforderungen, vor denen auch brandenburgische Schulen stehen – insbesondere der Lehrermangel und die hohen Krankenstände des Lehrpersonals – auf die in dieser Dimension erfassten außerschulischen Veranstaltungen und Arbeitsgemeinschaften aus. Diese Angebote sind direkt von der Konzentration vieler Schulen auf die schulische Grundversorgung betroffen. Soll die „Schulattraktivität“ erfolgreich gesteigert werden, empfiehlt es sich, zunächst zu ermitteln, wie eine attraktive Schule aus Sicht der heutigen Schülerinnen und Schüler aussehen sollte. Dabei ist zu beachten, dass sich die Erwartungshaltungen an attraktive Schulen mit voranschreitendem kulturellen, sozialen und technischen Wandel dynamisch verändern können.

Darüber hinaus empfiehlt es sich, im Rahmen von Evaluationsstudien und durch die Verbindung quantitativer und qualitativer Ansätze aufzuklären, welche Qualitätsanforderungen andere Akteursgruppen an Schulen stellen und wie die Schulqualität in der Schullandschaft hinsichtlich unterschiedlicher Qualitätsdimensionen ausgeprägt ist. Derartige Studien dienen dem „Bildungsmonitoring“ und der allgemeinen Schulsteuerung; sie müssen systematisch und regelmäßig durchgeführt werden, weil sich sowohl die inhaltlichen Qualitätsanforderungen als auch die Zielgruppen verändern.

Allerdings ist den einzelnen Schulen, die hinsichtlich ihrer Qualitätsentwicklung sehr unterschiedliche Niveaus erreicht haben, mit landesweiten Evaluationsstudien kaum geholfen. Vielmehr benötigen die Schulen ein für sie kostenloses und professionelles externes Evaluationsangebot, um ihre speziellen Potenziale für Qualitätsverbesserungen aufzudecken. „Professionell“ bedeutet, dass die schulspezifischen Erkenntnisinteressen zu den Stärken und Schwächen der jeweiligen Schule als Ausgangspunkt dienen und die wissenschaftlich-methodischen Standards der Datenerfassung und Datenauswertung eingehalten werden. Die Wirksamkeit derartiger Evaluationsangebote dürfte entscheidend davon abhängen, dass sie von den Schulen mit geringem Aufwand genutzt werden können und die Evaluationsergebnisse unmittelbar in eine Qualitätsentwicklungsdiskussion mit allen lokalen Akteuren (z. B. Schülerschaft, Eltern, Lehrerschaft, Schulsozialarbeiter, Schulleitung, Schulträger) einmünden. Darüber hinaus müssen die Evaluationsergebnisse als Ausgangspunkt für präzise darauf bezogene und zeitlich direkt anschließende Qualitätsfördermaßnahmen (z. B. schulinterne Fortbildungen) dienen (Teichert & Sturzbecher, 2019).

Anlass zum Nachdenken gibt auch die deutlich gesunkene „Soziale Lehrqualität“, in der sich die Gerechtigkeit der Lehrenden, ihre soziale Responsivität, die Binnendifferenzierung und die Notentransparenz widerspiegeln. Dieses Ergebnis ist besonders bedeutsam, da die soziale Lehrqualität alle anderen Qualitätsparameter beeinflusst und den Schlüssel der Lehrerschaft zur Persönlichkeitsförderung der Schülerinnen und Schüler darstellt: Nur wenn die Lehrenden respektiert und geachtet sind, können sie wirkungsvolle Entwicklungsimpulse setzen. Ebenso geben die in den Augen der Befragten nochmals angestiegenen Belastungen durch „Schulstress/Schulangst“ Grund zum Nachdenken: Der Schulstress, der Überforderungs- und Panikgefühle, Versagensängste sowie Depressionen im Hinblick auf schulische Anforderungen abbildet, liegt auf dem höchsten Stand seit Beginn der Erfassung im Jahr 1999. Die Ursachen für den weiteren Anstieg des erlebten Schulstresses können mit der vorliegenden Untersuchung nicht geklärt werden. Potenzielle Ursachen könnten u. a. in den bereits beschriebenen negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie und in dem Lehrkräftemangel zu finden sein. Auch die jüngsten gesellschaftlichen Krisen (s. Kap. 2) tragen vermutlich ihren Teil zur Überforderung der Jugendlichen bei. Es erscheint wichtig, diesen Thesen durch vertiefende Studien nachzugehen: Belastender oder gar unerträglicher (Schul-)Stress führt dazu, dass man sein Leistungspotenzial nicht ausschöpfen kann, dass man den Unterricht und die Schule zu meiden versucht und dass

die gesundheitlichen Gefahren steigen. Will man derartige Effekte verhindern, müssen einerseits typische Stressfaktoren aus Schülersicht aufgeklärt werden, um daraus Ansätze für eine stressreduzierende Unterrichtsgestaltung und Techniken für schulisches Stresscoping (z. B. durch Schulpsychologen) zu entwickeln. Andererseits gilt es nach denjenigen Stressverstärkern zu suchen, die in der Schulorganisation verborgen sind.

Mit der Qualitätsdimension „Schulmotivation“ wird die Arbeits- und Leistungsbereitschaft der Lernenden erfasst. Die gegenüber 2017 – insbesondere bei den Oberschülerinnen und Oberschülern – erneut leicht gesunkene Schulmotivation ist hauptsächlich dem Empfinden geschuldet, dass die Schule insgesamt nutzlos sei. Auch wenn bekannt ist, dass dieser wahrgenommene Nutzen seit Jahren abnimmt, sind Jugendliche zur Zeit mit einer besonderen Situation konfrontiert: Verschiedene kritische äußere Ereignisse brechen über sie herein, auf die sie keinen Einfluss haben (z. B. Pandemie, Krieg, Inflation, Energiekrise) und durch welche sich ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten verringern. Auch die Eltern der Jugendlichen – von ihnen in der Regel als qualifiziert wahrgenommen – werden von den Krisen negativ beeinflusst. Durch diese Wahrnehmung steigt die allgemeine Skepsis, dass mit Schulwissen Erfolge erzielt werden können – ein Befund, zu dem seit 20 Jahren Forschungsergebnisse vorliegen. Dieser Prozess führt dazu, dass die Schule geringer geschätzt wird und die Bildungsmotivation sinkt. Es kann davon ausgegangen werden, dass vor allem diejenigen Jugendlichen betroffen sind, die sowieso eine eher geringe Schulmotivation aufweisen. Ebenso dürften bildungsferne Jugendliche stärker betroffen sein als bildungsnahe, da die allgemeine Bildungsaspiration des Elternhauses präventiv wirkt.

Ebenfalls bedeutsam ist in dem geschilderten Zusammenhang auch eine zunehmende elterliche Vernachlässigung. In der derzeitigen gesellschaftlichen Lage geraten durch die vielfältigen Krisen viele Mittelschicht-Eltern unter Druck. Sie sind dazu gezwungen, ihre Ressourcenverteilung neu zu bewerten und auszurichten – mit einfachen Worten: Sie müssen sich stärker um sich selber kümmern. Da die Betreuung von jüngeren Kindern nur zu einem gewissen Grad eingeschränkt werden kann, laufen vor allem die Heranwachsenden – die durch ihre Lebensphase ohnehin vor viele Herausforderungen gestellt sind – Gefahr, zunehmend vernachlässigt zu werden. Ihnen traut man im Unterschied zu den jungen Kindern schon eher zu, allein zurechtzukommen. Allerdings zeitigt eine solche zunehmende Vernachlässigung ebenfalls negative Effekte auf die Schulmotivation.

Die Qualitätsdimension „Schulspaß“ erfasst sehr unterschiedliche Aspekte; dazu gehören Lern- und Leistungsfreude, die Erwartung eines hohen Lernnutzens für die Lebensgestaltung und ein gutes soziales „Klima“. Vor dem Hintergrund der bereits beschriebenen Ergebnisse der Studie kann kaum verwundern, dass auch die Einschätzungen der Jugendlichen zum „Schulspaß“ im Vergleich zur Studie von 2017 deutlich schlechter ausfallen. Es darf dabei allerdings nicht unterschlagen werden, dass der berichtete rückläufige Trend auf einem hohen Niveau stattfindet: Insgesamt bewerten 2022/2023 über 86 Prozent der Jugendlichen an brandenburgischen Schulen den Schulspaß als „Hoch“ oder „Eher hoch“. Ebenso wie bereits 2017 zeigt sich, dass das Begreifen von zuvor unverstandenen Lerninhalten bei fast allen Befragten für das Erleben von Spaß eine besondere Rolle spielt. Gemeinsam mit der Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Schulspaß und sozialer Lehrqualität verdeutlicht dies die Einflussmöglichkeit und die Verantwortung der Lehrkräfte, durch eine anspruchsvolle didaktische Unterrichtsgestaltung maßgeblich den Spaß der Lernenden in der Schule zu erhöhen.

Wie bereits in den Kapiteln 5 „Delinquenz und Opfererfahrungen“ sowie 6 „Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds“ berichtet wurde, ist ein allgemeiner Anstieg von Gewalttaten bei Jugendlichen in Brandenburg und in der gesamten Bundesrepublik festzustellen. Bereits seit dem Jahr 2005 gehen die Anteile der brandenburgischen Jugendlichen, die „Fast nie“ Gewalt

an der Schule beobachten, langsam aber kontinuierlich zurück. Gestiegen ist die beobachtete Gewalt in der Schule dabei vor allem in der jüngsten Altersgruppe und der Gruppe der Oberschülerinnen und Oberschüler. Zu möglichen Erklärungen und Handlungsempfehlungen sei auf die ausführliche Darstellung im Kapitel 6 verwiesen.

Im Vergleich zum Jahr 2017 hat die Verbreitung des Schulschwänzens insgesamt sowohl im Hinblick auf einzelne Stunden als auch auf ganze Tage wieder deutlich zugenommen. Dabei wird in der aktuellen Studie nun in etwa wieder das Niveau von 2010 erreicht. Als häufigste Gründe für das Schulschwänzen werden von den Jugendlichen nach wie vor Unlust, anstehende Klassenarbeiten und langweilige Fächer genannt. Um dem Schulschwänzen wirksam begegnen zu können, bedarf es einer möglichst früh einsetzenden sowie an den Lern- und Verhaltensvoraussetzungen der „Schulschwänzer“ angepassten sozialpädagogischen und psychotherapeutischen Begleitung über einen längeren Zeitraum. Eine notwendige Voraussetzung zur Erfüllung dieses Bedarfs stellen eine zuverlässige systematische Erfassung des Schulschwänzens und eine unter allen Beteiligten – Schülerschaft, Eltern, Lehrerschaft, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, Schulleitung – abgestimmte konzertierte Betreuung von Schulschwänzern dar. Vor diesem Hintergrund ist die eingangs genannte, 2018 eingeführte Maßnahme zur systematischen Erfassung von Schulpflichtverletzungen sehr zu begrüßen.

Literatur

- Baier, D. (2018). Familienbezogene Einflussfaktoren des Schulschwänzens. Ergebnisse einer Längsschnittstudie in der 6. und 7. Jahrgangsstufe. In H. Ricking & K. Speck (Hrsg.), *Schulabsentismus und Eltern* (S. 97-112). Wiesbaden: Springer VS.
- Dietrich, P. & Freytag, R. (1997). „Für das Leben lernen?“ – Schulzufriedenheit in Brandenburg. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie* (S. 113-142). Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Dietrich, P. S. & Sturzbecher, D. (1993). *Schulverweigerung von Jugendlichen in Brandenburg*. Potsdam: Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung.
- Ditton, H. (2000). Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung in Schule und Unterricht. In A. Helmke, W. Hornstein & E. Terhart (Hrsg.), *Qualität und Qualitätssicherung im Bildungsbereich: Schule, Sozialpädagogik, Hochschule* (S. 73-92). Weinheim: Beltz.
- Dunkake, I. (2010). *Der Einfluss der Familie auf das Schulschwänzen: Theoretische und empirische Analysen unter Anwendung der Theorien abweichenden Verhaltens*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fahrenholz, C. (2015). *Schulabsentismus als lineare Verlaufsgeschichte. Ursachen, Entstehungen und die Beweggründe der Schüler*. Verfügbar unter: <https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2782014> [05.10.2023].
- Gärtner, H. (2016). Schulinspektion und -visitation. In Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg (Hrsg.), *ISQ-Bericht zur Schulqualität 2016* (S. 57-64). Verfügbar unter: https://www.isq-bb.de/wordpress/wp-content/uploads/2017/03/ISQ_Bericht_Schulqualitaet_2016.pdf [05.10.2023].
- Hildeschiedt, A., Meister, H., Sander, A. & Schorr, E. (1979). *Unregelmäßiger Schulbesuch*. Weinheim: Beltz.
- Hoffmann, L. & Sturzbecher, D. (2011). Soziale Schulqualität, Schülerbeförderung und Schulschwänzen. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Werteorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 143-162). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holtappels, H. G., Kamski, I. & Schnetzer, T. (2009). Qualitätsrahmen für Ganztagschulen. In I. Kamski, H. G. Holtappels & T. Schnetzer (Hrsg.), *Qualität von Ganztagschulen. Konzepte und Orientierungen für die Praxis* (S. 61-88). Münster: Waxmann.
- Kaiser, H. (1983). *Schulversäumnisse und Schulangst. Eine empirische Analyse der Einflußfaktoren*. Frankfurt a. M.: Verlag Peter Lang.
- Kaiser, Y. (2011). *Jugendhilfe und Bildung: Rekonstruktion von Bildungsprozessen in einem Projekt für Schulverweigerer*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Landua, D. & Großmann, H. (2007). Soziale Schulqualität und Schulverweigerung. In D. Sturzbecher & D. Holtmann (Hrsg.), *Werte, Familie, Politik, Gewalt – Was bewegt die Jugend? Aktuelle Ergebnisse einer Befragung* (S. 82-124). Berlin: LIT Verlag.
- Leiske, M., Sturzbecher, D. & Keil, J.-G. (2001). Soziale Schulqualität aus der Sicht von Jugendlichen in Brandenburg. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend in Ostdeutschland – Lebenssituationen und Delinquenz* (S. 210-248). Opladen: Leske + Budrich.
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (2016). *Orientierungsrahmen Schulqualität. Ein Handbuch für gute Schulen im Land Brandenburg*. Verfügbar unter: https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/schule/schulentwicklung/schulqualitaet/orientierungsrahmen_schulqualitaet/Orientierungsrahmen_Schulqualitaet.pdf [05.10.2023].
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (2018). *Rundschreiben 17/18. Handlungsanleitung zur Durchsetzung der Schulpflicht bei unentschuldigtem Fernbleiben von der Schule (RS – Schulverweigerung)*. Verfügbar unter: https://bravors.brandenburg.de/sixcms/media.php/76/AbI-MBJS_31_2018.pdf [05.10.2023].

- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (2022). *Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Schulen in Brandenburg*. Verfügbar unter: https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/186-22_massnahmen_zur_verbesserung_der_qualitaet_der_schulen_in_brandenburg.pdf [05.10.2023].
- Ricking, H. & Speck, K. (Hrsg.). (2018). *Schulabsentismus und Eltern*. Wiesbaden: Springer VS.
- Robert Bosch Stiftung (2023). *Das Deutsche Schulbarometer: Aktuelle Herausforderungen aus Sicht der Lehrkräfte. Ergebnisse einer Befragung von Lehrkräften allgemein- und berufsbildender Schulen*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Rogge, J. & Koglin, U. (2018). Schulschwänzen, Schulverweigerung und Zurückhalten durch Eltern. Eine explorative Studie zu den Auftrittshäufigkeiten von Schulabsentismusformen in niedersächsischen Sekundarschulen. In H. Ricking & K. Speck (Hrsg.), *Schulabsentismus und Eltern* (S. 49-69). Wiesbaden: Springer VS.
- Schreiber, E. (2007). Wenn Jugendliche nicht mehr zur Schule gehen. In I. Hofman-Lun, A. Michel, U. Richter & E. Schreiber (Hrsg.), *Schulabbrüche und Ausbildungslosigkeit. Strategien und Methoden zur Prävention* (S. 316-331). München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.
- Schreiber-Kittl, M. & Schröpfer, H. (2002). *Abgeschrieben? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Schulverweigerer*. Opladen: Leske & Budrich.
- Seeliger, S. (2016). *Schulabsentismus und Schuld Dropout. Fallanalysen zur Erfassung eines Phänomens*. Wiesbaden: Springer VS.
- Speck, K., Wulff, C. & Rademacker, H. (2018). Elterngestützter Absentismus. Befunde einer qualitativen Studie bei Beraterinnen und Beratern. In H. Ricking & K. Speck (Hrsg.), *Schulabsentismus und Eltern* (S. 146-162). Wiesbaden: Springer VS.
- Teichert, C. & Sturzbecher, D. (2019). Schulqualität und Schulschwänzen. In D. Sturzbecher, B. Bredow & M. Büttner (Hrsg.), *Wandel der Jugend in Brandenburg – Lebenslage, Werte, Teilhabe* (S. 259-295). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23710-3_9
- Terhart, E. (2000). Qualität und Qualitätssicherung im Schulsystem. Hintergründe – Konzepte – Probleme. *Zeitschrift für Pädagogik*, 46 (6), 809-829.
- Thiel, F. & Tarkian, J. (2019). Rahmenkonzepte zur Definition von Schulqualität in den 16 Ländern. In F. Thiel, J. Tarkian, E. M. Lankes, N. Maritzen, T. Riecke-Baulecke & A. Kroupa (Hrsg.), *Datenbasierte Qualitätssicherung und -entwicklung in Schulen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wagner, M., Dunkake, I. & Weiß, B. (2004). Schulverweigerung. Empirische Analysen zum abweichenden Verhalten von Schülern. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 56, 457-489.

Anhang: Dokumentation der Skalen

Nachfolgend werden alle verwendeten Skalen und die dazugehörigen Indikatoren aufgeführt.

Skala „Externale Kontrollüberzeugung“
Ich glaube nicht, dass ich jemals das in meinem Leben bekomme, was ich mir wirklich wünsche.
Menschen wie ich haben nur geringe Möglichkeiten, ihre Interessen gegenüber mächtigeren Leuten durchzusetzen.
Es nützt nichts, etwas anzustreben, das ich gern hätte, da ich es wahrscheinlich doch nicht erreiche.
Es lohnt sich nicht, sich anzustrengen, weil sowieso alles anders kommt.
Ich glaube, dass ich in meinem Leben nie eine richtige Chance bekomme.
Mein Leben wird größtenteils von den Mächtigen kontrolliert.
Ich bekomme einfach nicht das, was ich will; es ist also Unsinn, überhaupt etwas zu wollen.
Wenn ich bekomme, was ich will, so geschieht das hauptsächlich, weil ich Glück habe.

Skala „Berufsbezogener Zukunftsoptimismus“
Mein Berufswunsch wird in Erfüllung gehen.
Ich werde einen sicheren Arbeitsplatz finden.
Ich denke, ich werde eine gesicherte Zukunft haben.

Skala „Elterliche Restriktion“
Meine Eltern lassen mich Dinge selbst entscheiden.
Meine Eltern haben mich nie körperlich bestraft (z. B. mit einer Ohrfeige).
Meine Eltern versuchen, alles zu kontrollieren, was ich mache.
Ich habe oft Auseinandersetzungen mit meinen Eltern.

Skala „Elterliche Vernachlässigung“
Meine Eltern kümmern sich nicht darum, was ich tue.
Meine Eltern sind nie da, wenn ich sie brauche.

Skala „Politikverdrossenheit“
Ich glaube nicht, dass sich Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.
Im Allgemeinen verlieren die Abgeordneten im Bundestag ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk.
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, die Ansichten der Wähler interessieren sie nicht.
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.
Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen, was die Regierung tut.

Skala „Gewaltakzeptanz“
Der Stärkere soll sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.
Es ist völlig normal, wenn Männer sich im körperlichen Kampf mit anderen beweisen wollen.
Ich finde es gut, wenn es Leute gibt, die mit Gewalt für Ordnung sorgen.
Man muss zu Gewalt greifen, weil man nur so beachtet wird.
Über Gewalttätigkeiten schaffen Jugendliche klare Verhältnisse. Die Erwachsenen reden nur herum.

Skala „Allgemeine Gewaltbereitschaft“
Ich finde es gut, wenn es Leute gibt, die mit Gewalt für Ordnung sorgen.
Man muss zu Gewalt greifen, weil man nur so beachtet wird.
Ein bisschen Gewalt gehört manchmal einfach dazu, um Spaß zu haben.
Ohne Gewalt wäre das Leben viel langweiliger.
Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.
Wenn ich richtig gut drauf bin, würde ich mich auch schon mal daran beteiligen, jemanden zu verprügeln.
Wenn ich zeigen muss, was ich draufhabe, würde ich auch Gewalt anwenden.
Wenn ich Frust habe, würde ich auch mal jemandem eine verpassen oder ihn anderweitig angreifen.
Häufigkeit der Beteiligung an Schlägereien oder gewalttätigen Aktionen

Skala „Rechtsextremismus“
Das Wichtigste in der heutigen Zeit ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, notfalls auch mit Gewalt.
Deutschland braucht wieder einen starken Mann als Führer.
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.
Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.
Die Juden sind mitschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.
In den Berichten über Konzentrationslager und Judenverfolgung wird viel übertrieben dargestellt.

Skala „Ausländerfeindlichkeit“
Bei entsprechender Ausbildung sollten Ausländer dieselben Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wie Deutsche.
Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg.
Die Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland.
Die Ausländer führen zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt.
Die Ausländer begehen häufiger Straftaten als Deutsche.
Wir sollten alle Ausländer, die in unserem Land leben möchten, willkommen heißen.
Im Land Brandenburg gibt es zu viele Ausländer.

Skala „Schulattraktivität“

In meiner Schule gibt es viele außerschulische Veranstaltungen.

In meiner Schule gibt es guten Kontakt zwischen den Schülern einzelner Klassen.

In meiner Schule können wir unsere Ideen bei der Gestaltung der schulischen Räumlichkeiten einbringen.

In meiner Schule gibt es interessante Arbeitsgemeinschaften.

In meiner Schule gibt es eine aktive Schülerzeitung.

Meine Schule hat einen guten Ruf.

Skala „Soziale Lehrqualität“

Unsere Lehrer sind gerecht.

Unsere Lehrer werden von den Schülern respektiert.

Die Lehrer gehen auf unsere Fragen ein.

Unsere Lehrer berücksichtigen unsere Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung und Stoffauswahl.

Sie geben uns Möglichkeiten, am Unterricht aktiv teilzunehmen (z. B. durch Vorträge, Gesprächsrunden).

Unsere Lehrer erklären, wie unsere Noten gebildet werden.

Sie gehen auf die Bedürfnisse fachlich stärkerer Schüler ein.

Sie gehen auf die Bedürfnisse fachlich schwächerer Schüler ein.

Skala „Schulspaß“

Mal unabhängig vom Unterricht: In der Schule gibt es Situationen, wo wir richtig Spaß haben.

In der Schule lerne ich Dinge, die ich später im Leben gebrauchen kann.

In der Schule ist mir wichtig, dass ich mit meinen Freunden zusammen bin.

Es ist ein gutes Gefühl, wenn ich im Unterricht Dinge begreife, die mir vorher unklar waren.

Ich freue mich, wenn ich eine richtige Lösung für eine Aufgabe weiß.

Abgesehen vom Unterricht ist die Schule gar nicht so schlecht.

Skala „Schulunlust“ bzw. geringe „Schulmotivation“

Ich versuche, mit dem kleinsten Aufwand „über die Runden zu kommen“.

Meistens sitze ich in der Schule nur die Zeit ab.

Ich lerne, um mir Ärger mit meinen Eltern und Lehrern zu ersparen.

Ich beuge mich den schulischen Anforderungen, um in Ruhe gelassen zu werden.

Vieles, was ich in der Schule lernen soll, ist nutzlos.

Ich empfinde die Schule als nutzlos und versuche, wenn möglich, dieser Pflicht zu entinnen.

Skala „Schulstress“
Ich gerate in Panik, wenn plötzlich unvorbereitet eine Leistungskontrolle geschrieben wird.
Ich erreiche ohne größere Mühen die in der Schule geforderten Leistungen.
Die Schule verfolgt mich bis in den Schlaf.
Ich muss einen großen Teil meiner Freizeit für Schularbeiten verwenden, um in der Schule mitzukommen.
Ich habe Angst, mich in der Schule zu blamieren.
Ich habe Angst, dass ich an die Tafel muss.